

# Stalinistische Autokratie und Bolschewistische Staatspartei

Zur innerpolitischen Nachkriegsentwicklung der Sowjetunion (Erster Teil)

Von Boris Meißner

Die sachliche Beurteilung der sowjetischen Politik und ihre Ausstrahlungen auf die übrige Welt ist immer mehr zum zentralen Problem unserer Zeit geworden. Wir haben diesem Problemkreis seit der ersten Folge des Europa-Archivs (Juli 1946), in der wir die programmatischen Wahlreden *Stalins* und *Molotows* vom Februar 1946 im Wortlaut brachten, besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Dabei sind wir allerdings nicht von dem traditionellen europazentrischen Weltbild ausgegangen, sondern von einer umfassenderen Vorstellung, wie sie etwa *Otto Hoetzsch* in seinem Beitrag „Versuch der Eingliederung Asiens in eine universalgeschichtliche Konzeption“ skizziert hat, den wir im Juli 1947 veröffentlicht haben.

Seither haben wir uns, wie die Auswahl bisher erschienener Beiträge auf Seite 3791/92 zeigt, bemüht, zunächst einmal auf Grund authentischer sowjetischer Quellen eine dokumentarische Grundlage für das Verständnis und die Analyse der Politik der Sowjetunion als der Vormacht Asiens zu schaffen. Gegenüber ihrem totalitären Regime ist es jedoch wesentlich schwieriger — aber, wie wir glauben, nicht unmöglich — die wissenschaftliche Objektivität zu wahren als gegenüber einem demokratischen Regime. Es gilt dabei, sich sowohl von einer sinnverfälschenden dokumentarischen „Neutralität“ freizuhalten, als auch von ideologischer Voreingenommenheit.

Wenn wir nun in dieser Folge dazu übergehen, die Probleme des Ostens in einem allgemeinen *Ost-Archiv* zu behandeln, so ist dafür zunächst der praktische Grund maßgebend, daß wir bei der Fülle des vorliegenden Materials und der Dringlichkeit des Problems mehr Raum benötigen als uns bei der bisher üblichen Gliederung zur Verfügung steht. Gleichzeitig soll damit jedoch auch zum Ausdruck kommen, daß wir uns nicht von der Zwangsvorstellung eines unabwendbaren Ost-West-Konfliktes hypnotisieren lassen wollen.

Nur wer selbst schon den bolschewistischen Propagandamethoden verfallen ist, wird sich durch die Gefährlichkeit der gegenwärtigen politischen Spannungen dazu verleiten lassen, nun alle politischen Probleme ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu stellen. Europa hat seit den Tagen *Attilas* unter ständiger Bedrohung aus dem Osten gelebt, aber seine größte Leistung war nicht die Abwehr, sondern die geistige Produktivität, die trotz dieser ständigen Bedrohung bisher nie erlahmt ist.

Co.

## Einführung

In der Sowjetunion bilden innere und äußere Politik eine unauflösliche Einheit. Dabei gebührt seit den Tagen von Brest-Litowsk der Innenpolitik gegenüber der Außenpolitik das unbedingte Primat. An ihm hat zwar schon mancher ungestüme bolschewistische Parteiführer gerüttelt, doch selbst das sanguinische Temperament eines *Shdanow* hat es nicht überwinden können. Solange an der Spitze des Sowjetstaates ein kühler Realist vom Schlage eines *Stalin* steht, bildet dieses Primat der Innenpolitik eine gewisse Gewähr dafür, daß die Sowjetunion von sich aus einer abenteuerlichen Außenpolitik zuliebe niemals einen globalen Krieg entfesseln wird, es sei denn, daß sie sich wirtschaftlich und militärisch für mächtig genug hält, um das damit verbundene Risiko einzugehen.

Die sowjetische Innenpolitik dient vor allem zwei Zielen: erstens der Erhaltung und Festigung der bestehenden autokratischen Herrschaftsordnung, zweitens der Stärkung des wehrwirtschaftlichen und mili-

tärischen Machtpotentials des Gesamtstaates. Die Betreuung der wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Bevölkerung, die Sicherung eines angemessenen sozialen Lebensstandards und persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten für den einzelnen Sowjetbürger treten gegenüber diesen Hauptzielen weit zurück und werden ihnen völlig untergeordnet.

Durch den Zweiten Weltkrieg sind die beiden primären Funktionen der sowjetischen Innenpolitik einer schweren Belastungsprobe unterworfen worden. Infolge des Krieges hat sich das vielgestaltige System der Kontrollen gelockert. Staatspolizei, Wehrmacht und Staatsverwaltung haben gegenüber der Partei an Bedeutung gewonnen. Die soziale Abhängigkeit der Parteihierarchie von der Intelligenz hat sich verstärkt, und die breiten Volksmassen sind mit einer technisch und kulturell überlegenen bürgerlich-kapitalistischen Umwelt in eine nähere Berührung gekommen. Alle diese Momente haben dazu beigetragen, den totalitä-



ren Charakter der stalinistischen Herrschaft ernstlich zu gefährden. Hinzu kam, daß infolge des amerikanischen Monopols über die Atomkraft sich die Hoffnungen der Sowjetunion als illusorisch erwiesen haben, die industrielle Vormachtstellung der Vereinigten Staaten bereits in absehbarer Zeit brechen zu können.

So blieb aus doktrinärem Mißtrauen und hegemonialem Selbsterhaltungstrieb nur der Ausweg in eine bewußte Isolierung, die dem idealistischen Bild von der einen, unteilbaren Welt die realistische Konzeption der Spaltung in zwei Welten verschiedener Wertordnung entgegensetzte.

Der Kalte Krieg, im Zeichen dieser Konzeption entfesselt, sollte die Effektivität dieser Absonderung verbürgen und es der sowjetischen Innenpolitik durch die gewonnene Atempause ermöglichen, ihre primären Funktionen auch unter den erschwerten Be-

dingungen der Nachkriegszeit zu erfüllen. Diesen Zwecken diene neben einer allseitigen Konsolidierung der autokratischen Herrschaft eine verstärkte Industrialisierung in Verbindung mit dem Wiederaufbau der vom Kriege zerstörten Gebiete. Wenn auch in den ersten fünf Nachkriegsjahren nicht alle Nahziele und erst recht nicht der zunächst angestrebte wehrwirtschaftliche Kräfteausgleich mit dem Westen erreicht worden ist, so besteht doch kein Zweifel darüber, daß die sowjetische Staatsführung diese Ziele auch in den bevorstehenden Jahren, ohne Rücksicht auf das persönliche Wohlergehen der Volksmassen, weiterverfolgen wird. Eine Aenderung wäre nur bei einer Liberalisierung der autokratischen Herrschaft oder gar ihrer Beseitigung zu erwarten, die bei der gegenwärtigen innerpolitischen Lage der Sowjetunion selbst bei einem Wechsel im Führeramte höchst unwahrscheinlich erscheint.

## Die Autokratie

### Historische Tradition

#### *Autokratie als traditionelle Staatsform*

Am 7. September 1947 wurde der 800jährige Gründungstag Moskaus in der ganzen Sowjetunion festlich begangen<sup>1</sup>. Neben der Verleihung des Lenin-Ordens an die Landeshauptstadt<sup>2</sup> wurde von der sowjetischen Öffentlichkeit ein Manifest *Stalins* besonders beachtet<sup>3</sup>, in dem der bolschewistische Staatschef die Verdienste Moskaus um das Werden des gesamtrossischen Staates besonders würdigte und den Zentralismus als das staatsgestaltende Prinzip verherrlichte. In dem Manifest wurde betont, daß das Verdienst Moskaus in erster Linie darin bestehe, daß es „die Grundlage wurde zum Zusammenschluß des zersplitterten Rußlands zu einem einheitlichen Staat mit einer einheitlichen Regierung, einer einheitlichen Führung“ und daß es „die Grundlage und der Urheber zur Schaffung eines zentralisierten Staates in Rußland war und bleibt“. Durch sein im Stil eines selbsterherrlichen Zaren abgefaßtes Manifest wurde von Stalin erneut bewußt die historische Kontinuität hervorgehoben, die sein autokratisches Regime mit dem der vorrevolutionären russischen Vergangenheit verknüpft und ihren Ursprung im Großfürstentum Moskau hat. Symbolisch für dieses Bekenntnis zu der traditionellen Staatsform Rußlands war der gleichzeitige Staatsakt, in dem die Enthüllung eines Denkmals des Großfürsten *Jurij Dolgorukij*, des Begründers Moskaus, erfolgte<sup>4</sup>.

#### *Die Institutionalisierung des Führeramtes*

Durch diese und ähnliche Vorgänge wurden in der Nachkriegszeit jene bereits in den dreißiger Jahren erkennbaren Bemühungen fortgesetzt, die neben einer historischen Rechtfertigung<sup>5</sup> für den stationären

Charakter der Diktatur eine Institutionalisierung des Führeramtes anstreben<sup>6</sup>.

Diese Tendenzen sind durch die Wiederbelebung des großrussischen Nationalismus während des Zweiten Weltkrieges wesentlich gestärkt worden und haben auch nach dem Kriege an Stoßkraft nicht verloren.

### Ideologische Rechtfertigung

#### *Diktatur als Grundmotiv des Marxismus-Leninismus*

Neben dem moskowitzischen Ursprung ist auch die marxistische Wurzel der stalinistischen Selbstherrschaft nicht vernachlässigt worden, wie die Versuche *Wyschinskijs* und seiner Kollegen von der juristischen Fakultät zeigen<sup>7</sup>, die anlässlich der 100-Jahr-Feier des Kommunistischen Manifestes im Februar 1948 bemüht waren, die Diktatur und nicht den Klassenkampf zum Grundmotiv der marxistischen Lehre zu erklären. So behauptete *Wyschinskij* mit scholastischer Spitzfindigkeit: „Das Wichtigste und Wesentlichste im Marxismus ist die Lehre von der Diktatur des Proletariats. *Lenin* bewies, wie falsch die Behauptung ist, das Wichtigste in der Lehre von *Karl Marx* sei der Klassenkampf.“<sup>8</sup>

Das Weiterbestehen und den Ausbau der Diktatur nach der Vollsozialisierung rechtfertigte *Wyschinskij* in seinen weiteren Ausführungen mit den gleichen Argumenten, die von *Stalin* bereits auf dem 18. Parteitag 1939 gebraucht worden waren<sup>9</sup>.

#### *Rechtfertigung der stationären Diktatur durch die Lehre von der „Revolution von oben“*

Anscheinend genügte diese dogmatisch enge und formalistische Beweisführung nicht, so daß sich *Stalin* selbst veranlaßt sah, durch eine Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Lehre im Sinne einer



dogmatischen Relativierung zu einer adäquaten ideologischen Rechtfertigung für seine autokratische Herrschaft zu gelangen. Mit der Lehre von der „Revolution von oben“ wurde praktisch nur eine Staatsphilosophie erneuert, deren Anhänger die autokratischen Herrscher in Rußland von jeher gewesen sind, man braucht hier nur an *Iwan den Schrecklichen* und *Peter den Großen* zu denken.

In viel stärkerem Maße als in den Jahren 1925 und 1939 bedeutet daher die 1950 durchgeführte Revision des Marxismus-Leninismus eine Abwendung vom ursprünglichen Dogma mit seiner stärkeren Betonung des utopischen Elements und eine Hinwendung zu den Realitäten der durch die autokratische Herrschaftsordnung bestimmten sowjetischen Wirklichkeit.

### Machtpolitische Struktur

#### *Führer und Führerrat*

Ein besonderes Kennzeichen der russischen Autokratie in der vorpetrinischen Zeit war die eigenartige Verbindung monokratischer und oligokratischer Züge, wie sie im Verhältnis von Zar und Bojarenrat zum Ausdruck kam. Nach außen waren der Herrscher (*Gossudarj*) und die Bojaren gemeinsam die Repräsentanten der autokratischen Staatsgewalt, wenn auch die letzte politische Entscheidung allein dem Zaren zustand<sup>10</sup>. In einer sehr ähnlichen Weise verkörpern heute *Stalin* als Inhaber des Führeramtes (*Woschdi*) und seine nächsten Mitarbeiter in ihrer Gesamtheit die Fülle der totalen Staatsgewalt in Rußland.

Der historischen Entstehung und Rechtsstellung nach ist das Führeramt unmittelbar mit dem Amt eines Generalsekretärs der Partei verbunden. In gleichem Maße gilt dieses für das Politbüro, das die Funktionen eines „Führerrates“ erfüllt und zusammen mit einem weiteren „äußeren Führerring“ die Säulen organisiert, auf denen die Macht der stalinistischen Herrschaft beruht.

#### *Das System der stationären Diktatur*

Es wäre aber falsch, auf Grund der Entwicklung seit 1934 *Stalin* und seinen höchsten Mitarbeiterstab lediglich als Organe der bolschewistischen Partei zu sehen. Das stalinistische Regime ist eine echte Selbstherrschaft, weil sie in der politischen Verfassungswirklichkeit ihre Berufung nur aus sich selbst ableitet und ihre absolute Gewalt auf die Kontrolle mehrerer gleichwertiger Machtquellen gründet. Mag bei diesen entscheidenden Machtpositionen auch zunächst der Partei der Vorrang gebühren, die Staatspolizei steht ihr heute bereits nur wenig an Bedeutung und noch weniger an einsatzbereiter Macht nach. Gegenüber diesen beiden Hauptträgern der autokratischen Herrschaftsordnung weisen Sowjetverwaltung und Sowjetwehrmacht ein geringeres poli-

tisches Eigengewicht auf. Erst recht gilt dies für die Gewerkschaften, Genossenschaften, Wehrverbände und die Parteijugend.

Doch die Partei bildet andererseits heute im gleichen Maße nur eine „Transmission“ im System der stationären Diktatur wie die übrigen Institutionen. Träger der letzten Entscheidungsgewalt und damit der Souveränität im Staate ist allein der selbstherrliche Diktator und die von ihm erkorenen Ratgeber. Wirken sie verfassungsrechtlich auch meist im Rahmen der Partei, so ist doch ihre Macht so weit konsolidiert und unbeschränkt, daß sie auch gegen die Partei und notfalls ohne sie regieren könnten, solange sie über die anderen entscheidenden Schlüsselpositionen im totalitären Regierungs- und Kontrollsystem verfügen<sup>11</sup>.

Die Nachkriegsentwicklung hat gezeigt, daß die autokratische Staatsführung von einer Mitwirkung der zahlenmäßig umfangreichen legislativen Parteiorgane weitgehend absah, während sie die administrativen Parteiorgane als eigene Exekutive benutzte. Von einem Verzicht auf den Parteiapparat kann infolgedessen vorläufig keine Rede sein. Doch dürfte die Verwandlung der Partei zu dem abhängigen Instrument einer in ihrem Ermessen völlig unbeschränkten autokratischen Staatsspitze dazu beitragen, daß die Losung der Kronstädter Aufständischen von 1921: „Sowjets ohne Bolschewisten“ in der Sowjetunion ebenso unvergessen bleibt wie die Forderung der oppositionellen bolschewistischen Parteimitglieder nach einer echten inneren Parteidemokratie.

### Soziologische Grundlagen

#### *Die neue „Intelligenz“ als soziale Führungsschicht*

Die stalinistische Herrschaft hätte den Stürmen des Zweiten Weltkrieges wohl kaum so erfolgreich standgehalten, wenn sie nicht bereits in der Vorkriegszeit über eine breite und gehobene soziale Basis verfügt hätte. Diese wurde hauptsächlich durch die neue Intelligenz verkörpert, die sich als Ergebnis des umwälzenden sozialstrukturellen Wandels herausgebildet hatte, der durch die Planwirtschaft auf vollsozialisierter Grundlage verursacht worden war<sup>12</sup>. Die autokratische Staatsführung verstand es während des Krieges in geschickter Weise, durch einen Appell an den russischen Nationalismus, die Belebung konservativer Traditionen und den Ausbau besitzbürgerlicher Vorrechte die Interessen der Funktionärsklasse in noch stärkerem Maße als bisher mit denen des Staates zu verbinden. Den Intellektuellen wurde eine größere Freiheit des geistigen Schaffens und eine freierlichere Gestaltung des privaten und öffentlichen Lebens in Aussicht gestellt. Vor allem der großrussische Teil der Sowjetintelligenz hat an der Spitze der Wehrmacht und Wehrwirtschaft entscheidenden Anteil an dem sowjetischen Endsieg gehabt.



Diese Interessengemeinschaft ist auch in der Nachkriegszeit erhalten geblieben. Die sozialökonomische Machtstellung der Intelligenz hat sich weiter gefestigt. Sie hat die „Diktatur des Proletariats“ bis auf ganz geringe Ueberreste völlig beseitigt und klassenmäßig durch eine „Diktatur der Funktionäre“ ersetzt.

#### *Auf dem Wege zum Ständestaat*

Die zunehmende besitz- und bildungsmäßige Differenzierung, die von der autokratischen Staatsführung bewußt gefördert wurde, hat in Verbindung mit den neuen Rangstufenordnungen die ständischen Züge der hierarchisch gegliederten neuen Klassengesellschaft klarer hervortreten lassen. Die vertikale Schichtung, die durch die Rangordnung bewirkt wurde, hat keineswegs zu einer Ueberwindung der bestehenden Klassenunterschiede, sondern eher zu ihrer Verfestigung in berufsständischen Formen geführt.

Mit den Rangordnungen, durch die heute bereits eine Vielzahl von Lebens- und Wirkungsbereichen des Staates bestimmt wird, ist das für das zaristische Rußland charakteristische Rangklassensystem erneuert worden. Die Einführung von Diensträngen mit den damit verbundenen Rangabzeichen, Uniformen und Privilegien, die von der Oktoberrevolution grundsätzlich beseitigt worden waren, bedeutet eine bemerkenswerte Wiederbelebung vorrevolutionärer Formen des Staatsdienstes.

#### *Das neue Rangklassensystem*

Nachdem bereits durch VO vom 22. September 1935 in der Roten Armee, durch VO vom 16. Oktober 1935 im Staatlichen Sicherheitsdienst und durch VO vom 26. April 1936 in der Arbeiter- und Bauernmiliz der NKWD Dienstränge mit den entsprechenden Rangabzeichen eingeführt worden waren, sind seit 1940 fortlaufend Gesetze über die Einführung von Diensträngen, Rangabzeichen und den damit verbundenen Uniformen erlassen worden<sup>13</sup>.

Folgende Daten markieren die Etappen eines Weges, der unverkennbar die Züge konservativer Restauration trägt:

7. Mai 1940: Generals-, Marshalls- und Admiralsränge in der Roten Armee und Flotte.
9. Mai 1941: Dienstränge für die diplomatischen Vertreter im Ausland.
21. Mai 1942: Besondere Dienstränge und Rangabzeichen der Gardetruppen.
6. Januar 1943: Goldene Schulterstücke für das Offizierskorps der Roten Armee.
28. Mai 1943: Dienstränge und Rangabzeichen für den gesamten Auswärtigen Dienst (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten)<sup>14</sup>.
4. September 1943: Dienstränge und Rangabzeichen im Eisenbahnverkehrswesen.
16. September 1943: Dienstränge und Rangabzeichen im Staatsanwaltschaftsdienst (Staatsanwälte und Untersuchungsrichter).
6. Juli 1945: Militärische Dienstränge und Rangabzeichen in dem gesamten Polizeidienst (MGB und MWD), einschließlich Strafvollzug, Zwangsarbeitslager, Standesamtswesen, Archivdienst, Straßenverkehrswesen, Bauten von Straßen, Kanälen, Wasserkraftwerken, Rüstungsanlagen.
1. September 1947: Dienstränge und Rangabzeichen in der Binnenschifffahrt<sup>15</sup>.
10. September 1947: Dienstränge und Rangabzeichen für das leitende und technische Personal in der Kohlenindustrie<sup>16</sup>.
14. Oktober 1947: Dienstränge und Rangabzeichen für das leitende und technische Personal des Geologischen Dienstes.
10. Dezember 1947: Dienstränge und Rangabzeichen für das leitende und technische Personal der Schwarzmetallindustrie (Eisen und Stahl).
20. März 1948: Dienstränge und Rangabzeichen für das leitende und technische Personal der Buntmetallindustrie.
3. Juli 1948: Dienstränge und Rangabzeichen in der Seeschifffahrt.
10. Juli 1948: Dienstränge und Rangabzeichen für das leitende und technische Personal im Finanz-, Bank- und Kreditwesen.
13. Dezember 1948: Dienstränge und Rangabzeichen im Nachrichtenwesen (Post und Rundfunk).
17. Mai 1949: Dienstränge und Rangabzeichen im Bevorratungswesen (Beschaffung und Materialreserven).
18. Mai 1949: Dienstränge und Rangabzeichen im Staatskontrolldienst.

Weitere Dienstränge und Rangabzeichen bestehen bereits beziehungsweise sollen vorgesehen sein: in der Verwaltung für Arbeitsreserven, im Außen- und Binnenhandel, in der Rüstungsindustrie, im Statistischen Dienst, bei den Organen des Staatlichen Plankomitees und im Justizdienst. Teilweise hat diese Uniformierung des öffentlichen Lebens auch auf den kulturellen Bereich übergreifen.

#### *Wachsende soziale Spannungen*

Während so nach dem Vorbild des alten zaristischen Rußlands der Dienstrang — der *Tschin* — neben der Gunst des autokratischen Herrschers zum Maß aller Dinge erhoben wird und mit althergebrachten Symbolen die Privilegien der bürokratischen und technokratischen Teile der neuen Führungsklasse gesichert werden, haben sich auf der anderen Seite die Hoffnungen der Intellektuellen, im Sinne der alten russischen „Intelligenzia“, der Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller und übrigen Kulturschaffenden in der Nachkriegszeit nicht erfüllt. Von der politischen Hochbürokratie, den „Natschalniki“, sind alle Reformen liberaler Natur aus der Angst verhindert worden, daß sie die Stabilität der bestehenden autokratischen Ordnung erschüttern könnten. Die Geschlossenheit und Einheit der sozialen Basis dieser Ordnung erschien dabei nicht nur durch den Gegen-



satz zwischen den beamteten und intellektuellen Teilen der Funktionärsklasse, sondern allgemein durch den wachsenden Antagonismus zwischen den Generationen bedroht<sup>17</sup>.

### Das Generationsproblem

Zwei Generationen sind es, die den Sowjetstaat in seiner heutigen Gestalt erbaut haben und in deren Händen die funktionsmäßige Ausübung der Staatsgewalt liegt. Auf der einen Seite ist es die alte Generation der heute 70- und 60jährigen, die Generation *Stalins* und *Molotows*. Auf der anderen Seite ist es die mittlere Generation der 50- und 40jährigen, die Generation *Berijas* und *Malenkows*. Die alte Generation ist geformt worden durch den unterirdischen Kampf gegen die zaristische Selbstherrschaft, den Ersten Weltkrieg, die Revolution, den Bürgerkrieg, den Kampf um die Macht, den Aufbau der Planwirtschaft und die Bewährung im Zweiten Weltkrieg. Die mittlere Generation hat nur einen Teil des gleichen Weges mit der alten Generation gemeinsam zurückgelegt. Gut, wenn sie die Revolution und den Bürgerkrieg bewußt miterlebt hat, der für die alte Generation das entscheidende Erlebnis gewesen ist. Für die mittlere Generation war es dagegen die Industrialisierung und Vollsozialisierung. Nach dem Kriege ist nun aber eine neue, eine dritte Generation in den Vordergrund gerückt. Es ist dies die junge Generation der 30- und 20jährigen, deren Gesicht hauptsächlich durch den Krieg geformt wurde, der ihr zum bestimmenden Erlebnis geworden ist — zusammen mit der Begegnung mit einer ihr bisher fremden, lockenden Welt. Die Bedeutung der jungen Generation ist allein schon aus der Tatsache ersichtlich, daß 1939 die Jahrgänge von 1910 aufwärts 62,2 vH der Gesamtbevölkerung ausmachten. Im Januar 1946 bildeten bei einer Gesamtbevölkerung von 193 Millionen die nach 1917 geborenen Sowjetbürger 100 Millionen, das bedeutet, daß ungefähr 52 vH unter 30 Jahren waren<sup>18</sup>.

Obwohl diese junge Generation in einem noch viel stärkeren Maße als die anderen Generationen ausschließlich vom totalitären Staat geformt worden ist, so trägt sie doch unverkennbar neue Züge. Sie ist individualistischer in ihrer Grundhaltung und damit freiheitlicher in ihrer Gesinnung. Ihr aufklärerischer Vernunftsglaube ist kritischer, ihr Fortschrittsoptimismus gedämpfter. Seelisch bedeutend labiler, schwankt sie zwischen einem skeptischen Realismus, der sie — teilweise — in einem verhaltenen passiven Widerstand gegen die bestehende totalitäre Ordnung verharren läßt, und romantischen Gefühlen, die sie das autokratische Regime als eine historische und national gerechtfertigte Notwendigkeit hinnehmen lassen.

Gemeinsam ist dieser jungen Generation in ihrer Gesamtheit, gleich ob sie realistisch oder romantisch

eingestellt sein mag, der Abstand gegenüber den beiden anderen Generationen, der erfüllt ist von der ganzen Spannung, die dem Gegensatz zwischen Vätern und Söhnen so oft eigen zu sein pflegt.

### Wachsende soziale Abhängigkeiten

Die autokratische Staatsführung hat die Gefahr, die ihrer sozialen Machtbasis aus einer oppositionellen Verbindung der Intellektuellen aller Generationen mit den Söhnen der bürokratischen Oberschicht drohen könnte, klar erkannt und sie durch eine rigorose Kulturpolitik sowie Zugeständnisse an nationalistische Gefühle und privatkapitalistische Wünsche zu bannen versucht.

Diese Zugeständnisse, die auf verschiedenen Gebieten zu einer Angleichung der Sowjetunion an den Lebenszuschnitt ihrer bürgerlich-kapitalistischen Umwelt geführt haben, müssen als das charakteristische Merkmal einer wachsenden Abhängigkeit der stalinistischen Führung von der sozialen Führungsschicht angesehen werden, die sie einst selber nach ihrem eigenen Bilde künstlich geschaffen hat. Je mehr die junge Generation an Profil und zusammen mit der mittleren Generation im gesamten Staatsleben an Boden gewinnt, um so größer wird diese Abhängigkeit, die bei einer Verschärfung der innerpolitischen Situation oder einem unvorgesehenen Führerwechsel, einen heute vielleicht noch gar nicht übersehbaren Einfluß auf die künftige Gestalt der Selbstherrschaft ausüben könnte.

### Psychologischer Hintergrund

#### Massenpsychologische Triebkräfte

Durch Dienstränge, Rangabzeichen, Uniformen, Titel, Orden und Ehrenzeichen<sup>19</sup> sowie durch die bewußte Pflege des Korpsgeistes werden massenpsychologisch durch die autokratische Staatsführung neben dem Geltungsbewußtsein Gefühle angesprochen, die nicht übersehen werden dürfen, da auf ihnen zu einem großen Teil die Stabilität der stalinistischen Selbstherrschaft sowie die Zuverlässigkeit der sowjetischen Verwaltung beruht, die sich durch größere Genauigkeit und Unbestechlichkeit gegenüber der zaristischen Verwaltung wohlthuend auszeichnet. Es sind dies die Gefühle der Ehre und der Pflicht.

Dagegen dominieren in der Sowjetunion, dem despotischen und totalitären Charakter der Autokratie entsprechend, die Gefühle des Mißtrauens und der Furcht. Der Massenterror, der durch die Staatspolizei und die Strafjustiz ausgeübt wird, und ein vielgestaltiges Ueberwachungssystem haben Mißtrauen und Furcht gleichsam institutionalisiert und zu den entscheidenden seelischen Triebkräften der Sowjetbürger erhoben<sup>20</sup>. Daneben sorgt eine in ihrer Schablonenhaftigkeit primitiv wirkende, in ihrer Monotonie jedoch äußerst wirksame Propaganda dafür, die



seelischen Widerstandskräfte der Sowjetbürger zu lähmen, ihr Bewußtsein zu spalten und sie dem selbstherrlichen Willen der Machthaber bedingungslos gefügig zu machen.

#### *Der Sowjetpatriotismus*

Auf äußerst geschickte Art und Weise hat es die autokratische Staatsführung verstanden, im Spektrum des Sowjetpatriotismus neben der entscheidenden Triebkraft des großrussischen Nationalismus<sup>21</sup> auch die Nationalgefühle der übrigen Völker zu erfassen und sie in dialektischer Verbindung mit der kommunistischen Diesseitsreligion zum Ausdruck eines großräumigen und expansiven Staatsbewußtseins werden zu lassen<sup>22</sup>. Dieses „Reichsgefühl“ wurde seit dem Zweiten Weltkrieg auch über die Orthodoxe Kirche ausgesprochen und religiös unterbaut. Zweifellos bildet es eine nicht zu unterschätzende Kraft, die nicht ohne weiteres mit dem romantischen Nationalismus des Großrussentums gleichgesetzt werden kann und daher in der Lage ist, die historische Tradition sämtlicher Reiche und Staaten in sich aufzunehmen, die jemals auf dem Boden des nunmehrigen sowjetischen Staatsgebietes bestanden haben. Von der sowjetischen Geschichtsschreibung ist dieser Aufgabe seit 1934 in besonderem Maße Aufmerksamkeit geschenkt worden<sup>23</sup>.

#### *Psychologische Massenbeeinflussung*

Die autokratische Staatsführung hat es auch in den Nachkriegsjahren bei allen ihren politischen Maßnahmen verstanden, die Mittel der psychologischen Massenbeeinflussung für ihre Zwecke einzusetzen. Neue Rangordnungen, Ehrenzeichen und Auszeichnungen, drakonische Strafgesetze, die Reorganisation der Parteipropaganda und eine allgemeine Intensivierung der politischen Schulung schufen dazu die wichtigsten Voraussetzungen.

#### *Menschliche Imponderabilien*

##### *Strukturelle Schwächen der Diktatur*

Persönliche Schwächen des Herrschers, Zwietracht unter seinen nächsten Ratgebern, Gegensätze innerhalb der staatstragenden sozialen Führungsschicht können für das politische Schicksal einer stationären Diktatur oder Wahlmonarchie, möge sie einen noch so gefestigten Eindruck erwecken, leicht verhängnisvoller werden, als es bei einer absolutistischen Erbmonarchie oder den scheinbar viel labileren Erscheinungsformen der rechtsstaatlichen Demokratie je der Fall sein könnte. Insbesondere gilt dies für einen Vielvölkerstaat, in dem noch die Spannungen zwischen der staatstragenden Nation und den übrigen Völkern hinzutreten, wie dies beispielsweise in der Sowjetunion der Fall ist.

Selbst die Geschlossenheit der stalinistischen Staats-

führung und die totalitäre Form ihrer Herrschaft lassen nicht verkennen, daß sie gegenüber menschlichen Imponderabilien anfällig ist, wenn diese eine ganz bestimmte Situation zur Wirkung kommen läßt. Eine solche könnte zum Beispiel leicht bei einem unerwarteten Wechsel im Führeramte entstehen. Nicht umsonst ist anläßlich des 70. Geburtstages Stalins, der im Dezember 1949 mit großen Feierlichkeiten begangen wurde<sup>24</sup>, die Frage nach seinem Nachfolger laut geworden.

#### *Die Sukzessionsfrage*

Die Sukzessionsfrage hat an Bedeutung um so mehr gewonnen, als im Herbst 1948 mit *Shdanow* der einzige Mann aus der nächsten Umgebung Stalins ausgefallen ist, der auf Grund seiner Fähigkeiten in der Lage gewesen wäre, ihn völlig zu ersetzen.

Da eine „Sukzessionsordnung“ verfassungsrechtlich nicht besteht, wird viel davon abhängen, ob *Stalin* selbst seinen Nachfolger designieren oder dieser erst nach seinem Tode vom Politbüro bestimmt werden wird. Dieser potentiellen Funktion des Politbüros als „Regentschaftsrat“ kommt vielleicht größere Bedeutung zu als seiner aktuellen Funktion als „Führerrat“. Darauf beruht zu einem großen Teil die Unentbehrlichkeit der Partei für die totalitäre Form der Autokratie. Rückt doch im Falle des unvorhergesehenen Todes des „Woshdj“ in dem folgenden Interregnum das Politbüro gemäß der ungeschriebenen politischen Gesamtverfassung automatisch zum höchsten Organ des Staates auf. Ihm obliegt es, die Kontinuität der Staatsform zu wahren und die Besetzung des Führeramtes in Verbindung mit dem des Generalsekretärs der Partei vorzunehmen.

#### *Wer wird Nachfolger Stalins?*

Es wäre verfrüht, bereits heute Betrachtungen über die Aussichten der einzelnen Politbüromitglieder anzustellen, Nachfolger Stalins zu werden. Gilt auch seit dem Tode *Shdanows* allgemein *Molotow* als der prädestinierte Nachfolger Stalins, so verfügen doch andererseits *Berija* und *Malenkov* über die bedeutenderen Machtpositionen. Unter diesen Umständen erscheint gegebenenfalls ein Kompromiß nicht ausgeschlossen, der auch auf die übrigen Träger der autokratischen Herrschaft, darunter vor allem die Wehrmacht, stärker Rücksicht nimmt. Es ist daher nicht unmöglich, daß die Wahl auf eine Persönlichkeit fällt, die auf Grund ihrer ausgleichenden Eigenschaften und ihrer institutionellen Mittlerstellung allen unmittelbaren Beteiligten genehm wäre. Eine solche Persönlichkeit könnte zum Beispiel der Marschall *Bulganin* sein.

Mag der Person des Nachfolgers Stalins von einem politischen Standpunkt eine noch so große Bedeutung zukommen, von einem rechtlichen Standpunkt er-



scheint nur wesentlich, in welchen Formen sich dieser Wechsel im Führeramte vollziehen wird, weil erst die Lösung der Sukzessionsfrage eine Antwort

darauf gestattet, ob sich die totalitäre Spielart der Autokratie in Rußland endgültig durchgesetzt hat oder nicht.

## Die Staatspartei

### Rechtsstellung und Herrschaftsfunktion der Partei

#### *Stellung der Partei im System der stationären Diktatur*

Nach der bekannten Formel Stalins aus dem Jahre 1925 ist die bolschewistische Partei die lenkende Kraft im System der proletarischen Diktatur. Dieses System hatte bereits in den dreißiger Jahren sein Gesicht gewandelt; aus der proletarischen ist eine bürokratische Diktatur geworden. Die Partei blieb zwar, dem totalitären Charakter des stalinistischen Regimes entsprechend, die maßgebende politische Kraft der stationären Diktatur, doch primär nur als das Instrument ihrer hierarchischen Spitze. Diese hat sich weitgehend verselbständigt und als autokratische Staatsführung institutionalisiert. Dieser Wandel wurde besonders deutlich während des Zweiten Weltkrieges, wo auch der politischen Gesamtverfassung nach die Regierung vom Staatskomitee für Verteidigung (GKO) ausgeübt wurde. Wenn dieses Kriegskabinetts auch personell nur das verkleinerte Gremium des Politbüros darstellte, so war es dennoch ein Organ des Staates und nicht der Partei. Nach der Auflösung des GKO nach Beendigung des Krieges sind seine Funktionen teilweise wieder auf das Politbüro, teilweise aber auch auf das Gremium der stellvertretenden Ministerpräsidenten, den „Kleinen Ministerrat“, das heißt ein Organ der Sowjets, übergegangen.

Da sich personell diese beiden Organe weitgehend decken, wäre es müßig, lange Betrachtungen über ihre verfassungsrechtlichen Unterschiede anzustellen. Der politischen Gesamtverfassung nach bilden beide Organe nur die verschiedenen Erscheinungsformen der gleichen autokratischen Staatsspitze, die ihre Existenz allein aus dem selbstherrlichen Willen des „Woschd“ ableitet. Dieser würde heute auch dann Staatschef bleiben, wenn er nicht diesen beiden Organen vorstehen würde, denn als ranghöchster Offizier ist er in jedem Fall Oberster Befehlshaber der gesamten Wehrmacht. Ueber seine Privatkanzlei ist ihm das gesamte vielgestaltige System der Kontrollen mit dem Kernstück des Nachrichten- und Sicherheitsdienstes der Staatspolizei unmittelbar unterstellt, gleich ob es sich bei den Kontrollenrichtungen um Organe der Partei handelt oder nicht.

#### *Verselbständigung der Parteiexecutive*

An der machtpolitischen Struktur der autokratischen Herrschaft hat bei dieser verfassungspolitischen Konstruktion des Sowjetstaates auch die Gewichtsverlage-

rung zugunsten der Partei in den Nachkriegsjahren nichts geändert<sup>25</sup>. Nur der Vorrang der KPdSU (B) gegenüber den anderen Herrschaftsmitteln ist rechtlich wiederhergestellt worden, politisch ist er auch während des Krieges nie bestritten worden. Das bedeutet natürlich nicht, daß das formal höchste Organ der Partei, der Parteikongreß, die ihm gemäß Art. 29 der Parteiverfassung rechtlich zustehende höchste Entscheidungsbefugnis und die Kontrolle über seine Exekutivorgane einschließlich des Generalsekretärs und Politbüros übernommen hätte. Bald sind es zwölf Jahre, daß kein Parteikongreß mehr einberufen worden ist.

#### *Strukturelle Wandlungen*

Die geltende Parteisatzung von 1939 sieht mindestens alle drei Jahre gemäß Art. 29 eine Tagung vor. Der 19. Parteikongreß der KPdSU (B) läßt aber weiter auf sich warten, obgleich die Kongresse der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken sowie die Gau- und Gebietskonferenzen in den Nachkriegsjahren ordnungsgemäß durchgeführt worden sind und bereits einige Zeit zurückliegen<sup>26</sup>. Auch von der Einberufung einer Parteikonferenz der KPdSU (B) hat die Parteiführung seit 10 Jahren abgesehen, obgleich gemäß Art. 37 der Parteisatzung eine Parteikonferenz jährlich einzuberufen ist. Die 18. Parteikonferenz tagte zuletzt 1941. Seitdem haben die Exekutivorgane der Partei, an ihrer Spitze die Parteisekretäre und das Politbüro, ihre regierende und verwaltende Tätigkeit ohne verfassungsrechtliche Legitimation ausgeübt und ihren personellen Bestand durch Kooptation ergänzt. Selbst die Tagungen des Zentralkomitees haben äußerst selten stattgefunden, und über ihren Verlauf sind größtenteils keine offiziellen Verlautbarungen herausgegeben worden. Dabei hat die Partei seit dem Zweiten Weltkrieg ihr Gesicht völlig gewandelt.

Wichtige Veränderungen haben stattgefunden. Aus der Kaderpartei ist eine Massenpartei geworden, die sich immer mehr zu einer Interessenpartei der Funktionsklasse entwickelt hat. An die Stelle des dialektischen und historischen Materialismus ist faktisch ein vulgärer Zweckrealismus getreten. Die Parteipropaganda ist intensiviert und die politische Schulung umfassend ausgebaut worden. Bedeutsame personelle Veränderungen sind vorsichgegangen, und der zentrale Verwaltungsapparat der Partei ist nach neuen Grundsätzen reorganisiert worden.



### *Neufassung des Parteiprogramms und der Parteisatzung*

Alle diese Reformen sind an der äußeren rechtlichen Form der Partei nicht spurlos vorübergegangen, mag sich dabei auch ihre verfassungsrechtliche Stellung weniger geändert haben als ihre herrschaftssoziologische Funktion im Dienste der Autokratie. Wie G. M. Malenkow, der dritte Parteisekretär, auf der Gründungskonferenz des Kominform im Herbst 1947 bekanntgab, soll diesen Veränderungen durch eine Neufassung des Parteiprogramms von 1919 und der Parteisatzung von 1939 Rechnung getragen werden<sup>27</sup>. Zur Aenderung des alten Parteiprogramms, das noch aus der Zeit Lenins stammt, also längst durch die Entwicklung überholt ist, wurde durch den 18. Parteikongreß ein besonderer Ausschuß unter dem persönlichen Vorsitz Stalins eingesetzt, dem 27 Mitglieder angehörten<sup>28</sup>. Bis jetzt ist über die Arbeiten dieses Ausschusses allerdings nichts Näheres bekannt geworden.

### *Funktion der Partei als autokratisches Herrschaftsinstrument*

Faßt man alle die Veränderungen, die sich seit Mitte der dreißiger Jahre vollzogen haben, in einem Gesamturteil zusammen, so kann gesagt werden, daß in dieser Zeitspanne eine weitgehende Verstaatlichung der Partei, der eine entsprechende Verparteilichung des Staates entspricht, erfolgt ist, wenn auch die grundsätzliche Unterscheidung zwischen der staatlichen und parteilichen Sphäre gewahrt geblieben ist.

Die Partei hat in ihrer Gesamtheit zwar ihr politisches Machtmonopol an die autokratische Spitze ihrer weitgehend verselbständigten Exekutive abtreten und auch den ihr zufallenden Machtanteil in stärkerem Maße mit anderen Staatsorganen teilen müssen, doch ist ihre Sonderstellung im System der Diktatur erhalten geblieben, und ihr Vorrang gegenüber den übrigen „Transmissionen“ ist in der Nachkriegszeit wiederhergestellt worden. Nur die Staatspolizei wäre heute in der Lage, ihr diesen Rang streitig zu machen. Indem sie die politisch aktivsten Elemente aller Klassen, vor allem aber der Funktionärsklasse in ihren Reihen zusammenschließt, ist sie in der Lage, ihre regulierende Herrschaftsfunktion auch in den kommenden Jahren zu erfüllen und damit auch weiterhin ein zuverlässiges Instrument in der Hand der autokratischen Staatsführung zu bilden.

### *Innere Probleme der Partei*

Wenn auch die verfassungsmäßig vorgesehenen Parteitage seit Jahren nicht mehr einberufen worden sind, darf man nicht glauben, daß die stalinistischen Machthaber die Befürchtung hegen, die Kontrolle über den Parteiapparat an die gewählten Vertreter der Parteimitgliedschaft zu verlieren. Diese Gefahr be-

steht kaum. Die Regie der Parteikongresse und Parteikonferenzen auf der Unionsebene dürfte der Parteit Spitze nicht schwieriger sein als die der Tagungen des Obersten Sowjets der Sowjetunion, die in den Nachkriegsjahren reibungslos funktioniert hat. Wie bei den Wahlen zum Obersten Sowjet ein Monopolrecht der Partei auf Nominierung der Wahlkandidaten besteht, so kommt der Hierarchie der Sekretäre praktisch das gleiche Recht bei der Nominierung der Parteitage delegierten zu, die meist aus der Zahl der vollamtlichen Parteifunktionäre bestimmt werden. Es sind eher die Spannungen, die in der Parteizentrale in Moskau selbst bestehen, und partikularistische Bestrebungen in den Parteizentralen der fremdvölkischen Gliedrepubliken, in Leningrad und den übrigen großen Industriezentren, die zusammen mit den Gegensätzen innerhalb der Funktionärsklasse dem Generationsproblem und der immer brennender werdenden Sukzessionsfrage eine Situation geschaffen haben, die eine Einberufung der fälligen Parteitage vorläufig als nicht zweckmäßig erscheinen ließ. Lieber nahm man im Kreml die berechnete titostische und trotzkistische Kritik<sup>29</sup> an der fehlenden inneren Parteidemokratie in Kauf, die zweifellos auch in der Sowjetunion von großen Teilen der Parteimitgliedschaft geteilt wird. Diese Zurückhaltung bedeutet jedoch keine Schwäche, eher Vorsicht. Die Kontrolle über die Gesamtpartei haben Stalin und das Politbüro fest in ihrer Hand und dürften sie trotz aller inneren Spannungen, wenn nicht etwas völlig Unerwartetes eintritt, auch in nächster Zukunft bewahren.

### *Von der Ordens- zur Massenpartei*

#### *Die Entwicklung der Sieben-Millionen-Partei*

„Rußland war gewöhnt, von 150 000 adligen Großgrundbesitzern regiert zu werden“, schrieb Lenin 1917. „Warum können nicht 240 000 Bolschewisten die gleiche Aufgabe übernehmen?“

Lenin hielt die Zahl von 240 000 Parteimitgliedern nicht nur für hinreichend, um alle wesentlichen Kommandohöhen des Staates besetzt zu halten, sondern auch für eine optimale Grenze, die man aus psychologischen Gründen nicht überschreiten sollte, um nicht den Charakter der bolschewistischen Partei als einer politischen Ordenspartei zu verfälschen und ihrer revolutionären Dynamik Abbruch zu tun. Diese Zahl wurde bereits bei der Machtübernahme in der Oktoberrevolution erreicht und hat sich zu Lebzeiten Lenins, trotz eines strengen Ausleseverfahrens, verdoppelt. 1923 betrug sie knapp eine halbe Million.

Unter Stalin verlor die bolschewistische Partei bald den Charakter einer Ordenspartei und wuchs in zehn Jahren zu einer Massenpartei von 3,5 Millionen an. Der Versuch, diese Massenpartei in eine Kaderpartei umzuformen, ließ in Verbindung mit den politischen Massensäuberungen von 1933 bis 1938 die Mitglie-



derzahl auf unter 2 Millionen sinken. Die Kaderpartei blieb ein Wunschtraum. Bereits 1939 und erst recht in den Kriegsjahren wurden die Eintrittsbestimmungen gelockert, und die Partei wuchs sich in kurzer Zeit wieder zu einer Massenpartei aus, die heute mit 7 Millionen Mitgliedern doppelt so stark ist wie vor Beginn der Massensäuberung. Am 1. Januar 1939 betrug die Zahl der Parteimitglieder 2 306 933, am 1. Januar 1940 bereits 3 399 975 und kurz vor Ausbruch des Krieges 1941: 3 876 000. 1941/42 fanden in den Kämpfen 605 994 Parteimitglieder den Tod; 1 340 000 wurden neu in die Partei aufgenommen, so daß 1942 die Gesamtzahl 4 610 000 betrug, die bis 1944 auf 5 Millionen anwuchs. Am 1. Januar 1945 machte die Mitgliederzahl 5 760 369 aus. Sie stieg bis 1946 auf 6 Millionen und dürfte heute rund 7 Millionen betragen<sup>30</sup>. Die letzte amtliche Verlautbarung über den Mitgliederbestand machte Malenkow auf der Gründungskonferenz des Kominform im September 1947. Er bezifferte die Mitgliederzahl der bolschewistischen Partei zu diesem Zeitpunkt mit 6 300 000<sup>31</sup>.

#### Das unerreichte Ziel — die Kaderpartei

Seit 1947 sind weitere Angaben über die zahlenmäßige Stärke der Partei nicht mehr gemacht worden. Es ist offiziell auch nicht bekannt geworden, ob nach Erreichung der 7-Millionen-Grenze, die von Malenkow in Aussicht gestellte Mitgliedssperre erfolgt ist. Sicher ist nur, daß der Eintritt in die Partei erschwert worden ist und daß von der Parteiführung durch größere ideologische Anforderungen entsprechend den Bestimmungen des früheren Parteistatuts von 1934<sup>32</sup> mit Hilfe einer allgemeinen Intensivierung der politischen Schulung und einem entsprechend verschärften individuellen Ausleseverfahren der Versuch erneuert worden ist, aus der Massenpartei eine politisch bewußte, dem stalinistischen Regime treu ergebene und aktive Kaderpartei zu schaffen.

#### Der Renovationsprozeß

Dieses Ziel ist bisher für die Parteiführung um so schwieriger zu erreichen gewesen, als nicht nur in den letzten 10 Jahren der Partei beinahe 5 Millionen Mitglieder zugeströmt sind, sondern auch von den ursprünglichen 2 Millionen, die am Ausgang der großen Säuberungen übriggeblieben waren, viele nur kurze Zeit der Partei angehört haben. So betrug der Prozentsatz der Mitglieder, die erst seit 1929 der Partei beigetreten waren, 1939 70 vH.

Nur 0,3 vH waren „Alte Kämpfer“, das heißt gehörten seinerzeit der revolutionären Untergrundbewegung an und waren der Partei vor der Oktoberrevolution beigetreten. 1922 waren es noch 2,7 vH und 1927 1,2 vH.<sup>33</sup> Wie aus der nachfolgenden Tabelle zu ersehen ist, spiegelt sich der Renovationsprozeß der Partei besonders deutlich in der veränder-

ten Zusammensetzung der Parteitagsdelegierten unter Zugrundelegung ihres Mitgliedsalters wider.

#### Dauer der Parteizugehörigkeit der Parteitagsdelegierten 1924 bis 1941 (in Prozenten)<sup>34</sup>

	1924	1927	1930	1934	1939	1941
Beitritt vor der Revolution (1903—1917)	48,7	38,5	26,9	22,6	2,4	5,0
Beitritt während des Bürgerkriegs (1917—1920)	14,0	33,0	55,5	57,4	17,0	15,0
Beitritt nach dem Bürgerkrieg (1920—1929)	37,3	28,5	—	17,4	37,6	45,0
Beitritt nach 1929	—	—	—	2,6	43,0	35,0

Die Verhältnisse bei den Parteifunktionären lagen nicht viel anders. Nach Angaben Shdanows<sup>35</sup> waren 1939 von 333 höheren Parteisekretären (ZK der Gliedrepubliken, Gau- und Gebietskomitees) 268 beziehungsweise 80,5 vH erst nach 1924, das heißt nach Lenins Tode, der Partei beigetreten. Bei den mittleren Sekretären betrug der entsprechende Prozentsatz sogar 93,5 vH. Bei den neuen Parteimitgliedern handelte es sich überwiegend um Angehörige der mittleren Generation, der Generation Shdanows, Berijas und Malenkows.

#### Der Verjüngungsprozeß

Der Renovationsprozeß der Partei, der mit dem sogenannten Lenin-Aufgebot des Jahres 1924 begann und durch die großen Säuberungen der Jahre 1934 bis 1938 und durch den Krieg mächtigen Antrieb erhielt, ist von einem allgemeinen Verjüngungsprozeß begleitet gewesen.

Dieser ließ seit Ende der zwanziger Jahre die mittlere Generation in der Partei dominieren, während seit Ende der dreißiger Jahre allgemein die junge Generation im Vordringen begriffen ist. Vor dem Kriege machten die Parteimitglieder unter 25 Jahren 8,9 vH aus. Am Ende des Krieges betrug der entsprechende Prozentsatz bereits 18,3 vH. Zur gleichen Zeit betrug der gesamte Anteil der Parteimitglieder, jünger als 35 Jahre, allgemein 63,6 vH.<sup>36</sup>

#### Alterszusammensetzung der Parteitagsdelegierten 1924 bis 1941<sup>37</sup> (in Prozenten)

Alter	1924	1927	1930	1939	1941
20—29	27,4	13,8	10,0		
30—39	55,2	62,0	60,0		
	82,6	75,8	70,0	81,5	78,4
40—49	15,4	20,0	25,0	15,5	19,8
50 und älter	2,0	4,2	5,0	3,0	1,8
Insgesamt:	100	100	100	100	100



In noch stärkerem Maße als in der Gesamtpartei machte sich der Verjüngungsprozeß, wie aus der vorstehenden Tabelle zu ersehen ist, bei den Parteitagsdelegierten und bei der Parteiführung bemerkbar.

Nach *Shdanow*<sup>38</sup> waren 1939 von 333 höheren Parteisekretären 303 beziehungsweise 91 vH jünger als 40 Jahre. 177 beziehungsweise 53,2 vH waren 30 bis 35 Jahre alt. Bei den mittleren Parteisekretären betrug der entsprechende Prozentsatz unter 40 Jahren 92 vH, von 30 bis 35 Jahren 52,7 vH.

Seit dem Kriege ist anzunehmen, daß der Anteil der jungen Generation im Verhältnis zur mittleren Generation auch in der Parteiführung zugenommen hat, wenn sich auch die Ausmaße dieses Generationswechsels vorläufig noch nicht im vollen Umfange überblicken lassen, da die entsprechenden Angaben fehlen.

Selbst wenn man davon ausgeht, daß ein großer Teil der jungen Parteimitglieder den Reihen der kommunistischen Parteijugend entstammt, ist man sich bei dieser Jugendlichkeit der Parteimassen erst im vollen Maße der Schwierigkeiten bewußt, vor denen eine bürokratische Parteiführung steht, in der zwar die mittlere Generation überwiegt, aber noch viele Spitzenstellungen von der alten Generation, der Generation Stalins und Molotows, besetzt sind, die nur wenig Kontakt mit der Jugend hat.

Politische Unreife im stalinistischen Sinne auf der einen Seite und der Generationsgegensatz auf der anderen Seite sind die schwierigen Probleme, mit denen sich die Parteiführung seit dem Ausgang des Zweiten Weltkrieges hat auseinandersetzen müssen.

Man hat nicht das Gefühl, daß es der Partei gelungen ist, diese Schwierigkeiten vollkommen zu meistern. Es scheint vielmehr, daß nach *Shdanows* Tode 1948 der Versuch der Umwandlung der Massenspartei in eine Kaderpartei zunächst gegenüber dringenderen wirtschafts- und wehrpolitischen Aufgaben zurückgestellt worden ist.

Von der Avantgarde des Arbeiterproletariats zur Interessenpartei der Funktionärsklasse

Der Wandel in der Klassenstruktur

Die soziale Umwälzung in der Sowjetunion als Folge der planökonomischen „Revolution von oben“ ist auf die bolschewistische Staatspartei nicht ohne Auswirkungen geblieben. Aus der Ordenspartei intellektueller Berufsrevolutionäre und der Avantgarde des Arbeiterproletariats ist im Verlauf der Entwicklung eine ausgesprochene Interessenpartei der bürokratischen Funktionärsklasse, der neuen Intelligenz, geworden.

Die vorsichgegangene soziale Umschichtung hat sowohl im Wandel der sozialen Struktur der Gesamtpartei als auch in der veränderten sozialen Zusammensetzung der Delegierten zu den Parteitag und

der Parteiführung Ausdruck gefunden. Man versteht das Bemühen der autokratischen Staatsführung, diese völlige Verwandlung des sozialen Antlitzes der Partei mit den daraus sich ergebenden soziologischen Schlußfolgerungen schon allein mit Rücksicht auf die Kominformpropaganda zu verschleiern, doch lassen sich die Tatsachen auf die Dauer trotz noch so geschickter Tarnung nicht ableugnen.

Soziale Umschichtung im Zeichen der Klassennivellierung

Amtliche Angaben über die soziale Klassenstruktur der Gesamtpartei sind mit Ausnahme der Bauern nur bis zum Jahre 1930 vorhanden. Von 1924 bis 1930 hat sich (siehe nachstehende Tabelle) der prozentuale Anteil der Arbeiter, vor allem auch der Arbeiter der Produktion und nicht nur der Arbeiter der sozialen Abstammung nach, beträchtlich erhöht, der Anteil sowohl der Intelligenz als auch der Bauern hat sich verringert. In großen Zügen entsprach diese Gewichtsverschiebung der tatsächlichen Entwicklung in der ersten Phase der sozialen Umwälzung, die im Zeichen der Klassennivellierung stand<sup>39</sup>.

Soziale Gliederung der Gesamtpartei von 1924 bis 1930<sup>40</sup> (in Prozenten)

	1924	1927	1930
Arbeiter . . . . .	46,0	56,0	65,3
davon Arbeiter der Produktion . . . . .	35,3	37,5	48,6
Intelligenz . . . . .	24,6	22,0	14,5
Bauern . . . . .	24,6	22,0	20,2
Sonstige . . . . .	4,8	—	—
Insgesamt . . . . .	100	100	100

Soziale Umschichtung im Zeichen der Klassendifferenzierung

Nach 1930 setzte jedoch mit der zweiten Phase der sozialen Umschichtung<sup>41</sup> eine entgegengesetzte Entwicklung ein, die dazu führte, daß sich nunmehr der prozentuale Anteil der Intelligenz, das heißt vor allem der bürokratischen Funktionäre, der Apparatschiki, ständig zunahm, während der Anteil der Bauern und vor allem der Arbeiter rapid abnahm. Diese Entwicklung war bereits von 1930 bis 1934 spürbar, wie aus der nachfolgenden Tabelle über die soziale Zusammensetzung der Delegierten zu den Parteikongressen ersichtlich ist. Sie konnte auch durch die zugunsten der Arbeiter verschärften Aufnahmebedingungen in die Partei, gemäß der Satzung von 1934<sup>42</sup>, nicht aufgehalten werden. Die Wellen der großen Säuberungen spülten alle proletarischen Vorbehalte hinweg und verhalfen der Intelligenz auch im Rahmen der Gesamtpartei zum endgültigen Durchbruch.

Dieser totale Sieg der bürokratischen und techno-



kratischen Apparatischen über das Arbeiterproletariat kam in der sozialen Zusammensetzung der Delegierten des 18. Parteikongresses 1939 in einem solchen Ausmaße zum Ausdruck, daß die Parteiführung die Veröffentlichung der entsprechenden Angaben der Mandatskommission nicht gestattete. Sie sind auch anlässlich der 18. Parteikonferenz 1941 nicht mehr veröffentlicht worden.

Dabei ist zu beachten, daß der Prozentsatz der Intelligenz unter den Delegierten der Parteitage auch vor 1939 unverhältnismäßig hoch und der Prozentsatz der tatsächlichen Arbeiter, der Arbeiter der Produktion, unverhältnismäßig niedrig gewesen ist, wenn man den entsprechenden Anteil der Arbeiter der Produktion an der Gesamtmitgliedschaft der Partei berücksichtigt. Das gleiche gilt auch für die Bauern, zumal bei ihnen ausnahmsweise Angaben über ihren prozentualen Anteil an der Gesamtpartei auch für die Jahre 1934 und 1941 vorliegen, daher auch für 1934 noch einen interessanten Vergleich zulassen. Der Anteil der Bauern, nunmehr Kollektivbauern, an der Gesamtpartei betrug 1934 28,5 vH.<sup>43</sup> Er war gegenüber 1930 erheblich gestiegen. Auf dem 17. Parteikongreß 1934 betrug aber der gleichzeitige Anteil der Bauerndelegierten nur 8,0 vH, hatte sich also nur sehr geringfügig erhöht. Von 1934 bis 1941 hat sich dagegen der Anteil der Bauern an der Gesamtpartei stark verringert. Er betrug anlässlich der 18. Parteikonferenz 1941 19,0 vH.<sup>44</sup>

Berücksichtigt man, daß zu gleicher Zeit, wie wir noch sehen werden, der Anteil der Intelligenz sich der 50-Prozent-Grenze näherte, so kann man daraus nur den Schluß ziehen, daß der prozentuale Anteil des Arbeiterproletariats bereits vor dem Kriege auf ungefähr 30 vH abgefallen war, das heißt sich um die Hälfte verringert hatte. Dieser Prozentsatz umfaßte aber nicht nur Arbeiter der Produktion, sondern auch Arbeiter der Abstammung nach, die größtenteils ebenfalls als Funktionäre der neuen Klasse der Intelligenz zuzurechnen waren.

Soziale Zusammensetzung der Delegierten auf den Parteikongressen von 1924 bis 1934 (in Prozenten)<sup>45</sup>

	1924	1927	1930	1934
Arbeiter . . . . .	63,2	71,0	71,2	60,0
davon Arbeiter der Produktion . . . . .	11,4	18,4	17,7	9,3
Intelligenz . . . . .	31,4	23,0	22,1	32,0
Bauern . . . . .	5,4	5,7	6,7	8,0
Differenz . . . . .		0,3		
Insgesamt . . . . .	100	100	100	100

Der Aufstieg der neuen „Intelligenz“

Wenn man den geringen Prozentsatz der Arbeiter der Produktion bei den Parteitagsdelegierten als Maßstab der sozialen Zusammensetzung der Parteiführung nimmt, kann man selbst für die Zeit bis 1930

die bolschewistische Partei nur bedingt als eine „Arbeiterpartei“ ansprechen.

Im Verlauf der dreißiger Jahre verlor die Parteiführung ihren proletarischen Charakter völlig.

Da von der Parteispitze seit 1930 für die Gesamtpartei und seit 1934 auch für die Parteitagsdelegierten die Angaben über die soziale Klassenzugehörigkeit sorgsam verschwiegen werden, erhebt sich die Frage, ob es nicht ein Mittel gibt, den prozentualen Anteil der Intelligenz an der Gesamtzahl der Parteimitglieder und Parteitagsdelegierten mit annähernder Genauigkeit festzustellen. Erfahrungsgemäß entspricht die Gesamtzahl der Intelligenz in der Sowjetunion weitgehend der Zahl der Vollgebildeten<sup>46</sup>. Da über den Bildungsstand der Parteitagsdelegierten laufend Mitteilungen gemacht worden sind, läßt dies die Möglichkeit einer Dechiffrierung des prozentualen Anteils der Intelligenz an der Partei auch dort zu, wo die entsprechenden Angaben von der Parteiführung vorenthalten worden sind. Es ergibt sich von 1924 bis 1941 dabei folgendes Bild:

Anteil der neuen Intelligenz an der Gesamtzahl der Parteitagsdelegierten von 1924 bis 1941 (in Prozenten)<sup>47</sup>

	1924	1930	1934	1939	1941
Nach Angaben über die soziale Zugehörigkeit	31,4	23,1	32,0	—	—
Nach Angaben über den Bildungsstand:					
Hochschulbildung	6,5	7,2	10,0	31,5	41,8
Höhere Schulbildung	17,9	15,7	31,0	22,5	29,1
Insgesamt	24,4	22,9	41,0	54,0	70,9

Schwieriger ist es, den prozentualen Anteil der neuen Intelligenz an der Gesamtpartei festzustellen. Malenkow gab 1939 bei einer Gesamtzahl von 2,3 Millionen Mitgliedern die Zahl der Parteimitglieder mit Hochschulbildung mit 127 000 und mit abgeschlossener höherer Schulbildung mit 335 000 an<sup>48</sup>, das wäre zusammen eine Zahl von 462 000, was einem Prozentsatz von 20 vH entsprechen würde. Der prozentuale Anteil der Intelligenz an der Gesamtpartei hat sich während des Krieges und in den Nachkriegsjahren noch wesentlich erhöht. 47 vH der im Kriege der Partei beigetretenen Kandidaten gehörten der Intelligenz an<sup>49</sup>.

Nach parteiamtlichen Angaben besaßen am 1. Januar 1947 bei einer Gesamtzahl von 6 Millionen Mitgliedern 400 000 eine akademische Bildung. Darunter waren 148 000 Diplom-Ingenieure, 24 000 Diplom-Agronomen, 40 000 Doktoren und 80 000 Lehrer. 1 300 000 hatten eine abgeschlossene und 1 500 000 eine beinahe abgeschlossene höhere Schulbildung<sup>50</sup>. Zusammen wären das, wenn man von der Bil-



dung als Maßstab ausgeht, 3,2 Millionen, was einem prozentualen Anteil der Intelligenz an der Gesamtpartei von mindestens 53,3 vH entsprechen würde. Bei den erhöhten ideologischen Anforderungen, die seit 1946 an die Parteimitglieder gestellt wurden, wird der Anteil der Intelligenz noch weiter angewachsen sein. Man kann ihn heute auf mindestens 60 vH schätzen, da der Intelligenz als Klasse von Amts wegen sämtliche hauptamtlichen Funktionäre, unabhängig von ihrem Bildungsgrad, angehören, das heißt auch solche mit elementarer Schulbildung.

Gefördert wurde der Aufstieg der Intelligenz im Rahmen der Gesamtpartei durch die Aufhebung aller sozialen Beschränkungen bei dem Eintritt in die Partei im Jahre 1939<sup>51</sup>. Die Verankerung der sozialen Gleichberechtigung der Intelligenz mit den Klassen der Arbeiter und Bauern in der Parteisatzung von 1939<sup>52</sup> bedeutete praktisch die verfassungsrechtliche Anerkennung der tatsächlichen sozialen Vormachtstellung der Funktionärsklasse gegenüber den beiden anderen sozialen Hauptklassen, die noch 1936 in der neuen Unionsverfassung als die alleinigen Träger des Sowjetstaates bezeichnet worden waren.

#### *Verschärfte Geheimhaltung des sozialen Entwicklungsprozesses*

Es war notwendig, bei der Behandlung des Entwicklungsprozesses, der zu einer Verwandlung der KPdSU (B) in eine Interessenpartei der bürokratischen Funktionärsklasse geführt hat, stärker auf die Vorkriegsentwicklung einzugehen, weil die entsprechenden Veränderungen der Nachkriegszeit nur im Vergleich mit den Vorkriegszahlen gedeutet werden können. Die Angaben über die soziale Zusammensetzung der Partei und die inneren organisatorischen Vorgänge unterliegen neuerdings strengster Geheimhaltung. Die Zeitschrift *Partijnaja Shisnj* (Partei-leben), die 1946 an die Stelle ihrer Vorgängerin *Partijnoje Stroitelstwo* (Parteiaufbau) getreten war und vom Leiter der Personalverwaltung des ZK der KPdSU (B) und Mitglied des Orgbüros, *Schatalin*, einem der nächsten Mitarbeiter *Malenkows*, herausgegeben wurde, hat im April 1948 ihr Erscheinen eingestellt, so daß zur Zeit die einzige amtliche Quelle für die inneren Vorgänge in der Partei die im Juni 1946 ins Leben gerufene Wochenzeitung der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU (B) „*Kultura i Shisnj*“ (Kultur und Leben) ist. Immerhin geben die amtlichen Berichte über die Tagungen der Kongresse der Kommunistischen Parteien der Gliedrepubliken sowie der Gau- und Gebietskonferenzen wichtige Aufschlüsse, die zur Abrundung des Gesamtbildes über die gegenwärtige soziale Struktur der Partei beitragen und gewisse Rückschlüsse auf die weiteren Entwicklungstendenzen erlauben.

#### *Das soziale Profil der Parteiführung*

Von der sozialen Umschichtung ist auch in besonderem Maße die Parteiführung betroffen worden. Das geht schon aus der sozialen Zusammensetzung der Parteitagsdelegierten hervor, die ja größtenteils hauptamtliche Parteifunktionäre sind. Ueber die Parteiführung im engeren Sinne liegen dabei nur Angaben aus der Vorkriegszeit vor. Gemäß den von *Shdanow* 1939 gemachten Angaben<sup>53</sup> hatten von 333 höheren Sekretären 196 beziehungsweise 58,9 vH, von 10 902 mittleren Sekretären 3115 beziehungsweise 28,6 vH und von 510 höheren Abteilungsleitern 327 beziehungsweise 64,1 vH Hochschul- beziehungsweise höhere Schulbildung.

Faktisch mußte die gesamte höhere Parteiführung der „Intelligenz“ als Klasse zugerechnet werden, da derselben ausnahmslos alle hauptamtlichen Funktionäre angehören. Der Bildungsstand und die frühere soziale Zugehörigkeit dieser hauptamtlichen Parteifunktionäre ist erfahrungsgemäß unerheblich, da sie in verhältnismäßig schneller Zeit von der neuen Führungsklasse assimiliert werden, in der die Vollgebildeten überwiegen und den Ton angeben. Sie eignen sich infolgedessen auch sehr bald den kleinbürgerlichen Lebensstil ihrer neuen Klasse an.

#### *Die Stellung der Frau in der Gesamtpartei*

Der Verjüngungsprozeß der Partei, der mit dem sozialstrukturellen Wandel in ursächlichem Zusammenhang steht, ist bereits im vorhergehenden Abschnitt behandelt worden.

In diesem Zusammenhang ist noch auf den wachsenden Anteil der Frauen an der Tätigkeit der Partei hinzuweisen. Die entsprechenden Zahlen liegen nur für die Parteitagsdelegierten vor<sup>54</sup>.

Der prozentuale Anteil der Frauen stieg von 2,7 vH 1924 über 4,6 vH 1927 auf 7,7 vH 1930, fiel 1934 auf 7,2 vH und stieg dann 1939 auf 9,1 vH an. Ein geringer Prozentsatz, wenn man bedenkt, daß 1938 bereits der prozentuale Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten 35 vH betrug. In den Nachkriegsjahren hat die Zahl der weiblichen Parteimitglieder weiter zugenommen und die Parteiführung veranlaßt, im Zuge der Reorganisation des Parteiapparates auf der Republiks-, Gau- und Gebietsebene eine besondere Zentralverwaltung der Partei für Arbeit unter den Frauen zu begründen<sup>55</sup>.

#### *Die nationale Zusammensetzung der Gesamtpartei*

Hinsichtlich der nationalen Gliederung der Partei liegen aus naheliegenden Gründen seit 1930 keine Angaben vor. Der Prozentsatz der Großrussen an der Gesamtzahl der Parteitagsdelegierten betrug 1924: 65,2 vH, 1927: 62 vH, 1930: 57,8 vH; der Prozentsatz der Ukrainer betrug 1924: 4,4 vH, 1927: 9,8 vH, 1930: 9,6 vH; der Prozentsatz der Weiß-



russen überschritt in der gleichen Zeit nicht 3,1 vH.<sup>56</sup> Es ist anzunehmen, daß der Prozentsatz der Großrussen sich in den dreißiger, vor allem aber in den vierziger Jahren noch wesentlich vergrößert hat, so daß heute die KPdSU (B) als eine ihrem nationalen Charakter nach vorwiegend großrussische Partei anzusehen ist.

### Politische Schulung im Zeichen der „Shdanowtschina“

#### *Bolschewistische Kulturpolitik als Mittel zur Integration des sowjetischen Staatsbewußtseins*

Die theoretische Unerfahrenheit der breiten Massen der Parteimitglieder und die Infektion, insbesondere der Intelligenz, durch bürgerlich-kapitalistische Gedankengänge, infolge der Berührung mit der westlichen Zivilisation und den Werten abendländischer Kultur während des Krieges, veranlaßte die autokratische Staatsführung, mit Hilfe der Partei einen großangelegten Versuch zur Neuintegration des Staatsbewußtseins zu unternehmen. Diesem Zweck dienten neben der Isolierung nach außen jene rigorosen kulturpolitischen Maßnahmen, die mit Billigung *Stalins* und des Politbüros von *Shdanow* auf sämtlichen Gebieten der Wissenschaft, der Kunst und Literatur getroffen wurden und die unter der Bezeichnung „Shdanowtschina“ zu einem festen Begriff in der Vorstellungswelt des Sowjetbürgers geworden sind. Auf sie wäre bei einer Betrachtung der kulturellen Nachkriegsentwicklung der Sowjetunion näher einzugehen<sup>57</sup>.

Hier soll nur ihre grundsätzliche Bedeutung vom Parteistandpunkt aus betrachtet und das Hauptaugenmerk auf den Ausbau der politischen Schulung und die Reorganisation der Parteipropaganda gerichtet werden, die sich gleichlaufend mit den übrigen kulturpolitischen Maßnahmen im gesamtpolitischen Bereich vollzogen haben und der Vertiefung des ideologischen Bewußtseins der breiten Parteimassen unter besonderer Berücksichtigung der Funktionärschicht dienen.

*Malenkow* hat die grundsätzliche Bedeutung der stalinistischen Kulturpolitik in seinem Informationsbericht auf der Gründungskonferenz des Kominform im Herbst 1947 mit folgenden Worten hervorgehoben:

„Der Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion ist unzertrennlich mit der kommunistischen Erziehung der Werktätigen verbunden. Unter den Verhältnissen des allmählichen Uebergangs vom Sozialismus zum Kommunismus gewinnt diese Erziehung, das heißt die Ueberwindung der Ueberreste des Kapitalismus, im Bewußtsein der Menschen entscheidende Bedeutung. Nach der Vernichtung und Liquidierung der Reste der Ausbeuterklassen in der Sowjetunion hat die internationale Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen den Sowjetstaat jeden Stützpunkt innerhalb der Sowjet-

union verloren. Sie ist jedoch bemüht, die Ueberreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Sowjetmenschen — wie etwa die Reste der Mentalität des Privatbesitzes, die Ueberbleibsel der bürgerlichen Moral, die Verehrung für die bürgerliche Kultur des Westens, das Auftreten des Nationalismus — für ihre Zwecke auszunutzen.“

„In der letzten Zeit war die Partei genötigt, entschieden gegen vereinzelte Erscheinungen von Katzbuckelei und Kriecherei vor der bürgerlichen Kultur des Westens anzukämpfen, die in einigen Schichten unserer Intelligenz eine gewisse Verbreitung gefunden haben und zu den Ueberresten der verfluchten Vergangenheit des zaristischen Rußlands gehören. Die Partei war gezwungen, in einer Reihe derartiger Fälle drastisch durchzugreifen, denn diese Erscheinungen stellen auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe eine ernste Gefahr für die Interessen des Sowjetstaates dar, da die internationale Reaktion bestrebt ist, die durch derartige Gefühle verseuchten Menschen zur Schwächung des Sowjetstaates auszunutzen.“

„Den vom Volk isolierten und ihm entfremdeten herrschenden Klassen des zaristischen Rußlands fehlte der Glaube an die schöpferischen Kräfte des russischen Volkes. Sie hielten es für ausgeschlossen, daß Rußland sich aus eigener Kraft von seiner Rückständigkeit befreien könne. Daraus entsprang die falsche Vorstellung, daß die Russen immer die Rolle der ‚Schüler‘ der westeuropäischen ‚Lehrer‘ zu spielen hätten.“

„Die Spitze der ideologischen Arbeit der Partei ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Ueberwindung der Reste der bürgerlichen Ideologie und auf die Festigung der bolschewistischen Unversöhnlichkeit gegen jede Art ideologischer Entstellungen gerichtet.“

„Die Maßnahmen des Zentralkomitees haben den Zweck, die Herrschaft des kämpferischen sowjetisch-patriotischen Geistes unter den Wissenschaftlern und Künstlern zu gewährleisten, auf diese Weise den Parteigeist der sowjetischen Wissenschaft, Literatur und Kunst zu stärken und alle Mittel unserer sozialistischen Kultur — Presse, Propaganda, Wissenschaft, Literatur und Kunst — auf ein neues, höheres Niveau zu heben. Durch die Unterstreichung der gewaltigen gesellschaftlich umgestaltenden Bedeutung von Literatur und Kunst und ihrer Rolle in der kommunistischen Erziehung des Volkes, besonders in der richtigen Erziehung der Jugend, in der Heranbildung einer aufrechten und an die Sache des Kommunismus glaubenden, sich vor keinem Hindernis fürchtenden, zur Ueberwindung jeglicher Schwierigkeiten bereiten neuen Generation, hat das Zentralkomitee der KPdSU (B) darauf hingewiesen, daß es für den sowjetischen Schriftsteller, Künstler und Kulturschaffenden keine anderen Interessen gibt und geben kann als die des Volkes und des Staates. Das ist der Grund dafür, daß jede Lehre von einer ideenlosen und apolitischen ‚Kunst um der Kunst willen‘ der sowjetischen Literatur fremd und den Interessen des sowjetischen Volkes und Staates schädlich ist und daß für sie in unseren Büchern und Zeitschriften kein Platz ist. Das Zentralkomitee der KPdSU (B) hat darauf hingewiesen, daß in Sowjetrußland Literatur und Kunst sich in



ihrer schöpferischen Arbeit von dem leiten lassen müssen, was die Lebensgrundlage des Sowjetlandes darstellt — von der Politik der Partei.“

#### *Maßnahmen zur Intensivierung der politisch-weltanschaulichen Schulung*

Zur Verwirklichung dieser kulturpolitischen Zielsetzung wurden bereits 1946 von der Parteiführung Maßnahmen zur Intensivierung der politisch-weltanschaulichen Schulung getroffen, denen jene Richtlinien zugrunde lagen, die *Stalin* in einer verfassungspolitisch außergewöhnlich bedeutsamen Rede schon im Jahr 1937 ausgegeben und dann später in seinem Rechenschaftsbericht vor dem 18. Parteikongreß der KPdSU (B) 1939 weiter ausgebaut hatte<sup>58</sup>.

Diese Richtlinien sahen die Konzentration der Leitung der gesamten Parteipropaganda und Parte agitation vor, zu welchem Zweck die Propaganda- und Agitationsabteilungen sowie die Presseabteilungen zu einer einheitlichen Verwaltung für Propaganda und Agitation beim ZK der KPdSU (B) zusammengefaßt wurden.

In jedem Gebietszentrum sollten Jahreskurse zur Fortbildung des unteren Führerkorps der Partei organisiert und eine Reihe von zweijährigen Lenin-Schulen für das mittlere Führerkorps eingerichtet werden. Zur Ausbildung qualifizierter theoretischer Kräfte sollte beim Zentralkomitee der KPdSU (B) eine Hochschule für Marxismus-Leninismus mit dreijähriger Dauer eingerichtet werden. An dieser Hochschule sollten Sechsmonatskurse zur Fortbildung der Hochschullehrer für Marxismus-Leninismus geschaffen werden. In einer Reihe von Gebietszentren sollten Schulungskurse für die Fortbildung von Propagandisten und Journalisten abgehalten werden.

#### *Die Parteischulen (Politschkoly)*

Durch den Krieg ist die Verwirklichung dieser Maßnahmen gehemmt und hinausgezögert worden. Erst nach Beendigung des Krieges konnten sie mit verstärktem Nachdruck wiederaufgenommen werden.

Wie aus dem Bericht *Malenkows* auf der Gründungskonferenz des Kominform zu ersehen ist, wurden eingerichtet:

1. In den Hauptstädten der Unionsrepubliken, Autonomen Republiken, der Gaue und Gebiete 177 Parteischulen.
2. In Moskau beim ZK der KPdSU (B) eine Hohe Schule der Partei (*wysschija partijnaja schkola*) und eine Akademie der Gesellschaftswissenschaften.

Die Parteischulen der Republiken, Gaue und Gebiete wurden in den größeren Städten am 1. November 1946 eröffnet<sup>59</sup>.

Die Schulen, die einen zweijährigen Lehrgang vorsehen, sind in zwei Fakultäten gegliedert, eine Parteifakultät für die Ausbildung der mittleren Parteifunk-

tionäre und eine Sowjetfakultät zur Ausbildung der mittleren Staatsfunktionäre<sup>60</sup>. Ferner sind neunmonatige Lehrgänge vorgesehen, die der Umschulung von Partei-, Sowjet- und Komsomolfunktionären, Redakteuren der Bezirke und Gemeinden dienen.

Die Hohe Schule der Partei beim ZK der KPdSU (B), am 1. November 1946 eröffnet<sup>61</sup>, sieht einen dreijährigen Lehrgang vor und ist entsprechend den Parteischulen in zwei Fakultäten gegliedert. Sie dient der Ausbildung des höheren Führerkorps, das heißt der Schulung der Partei- und Sowjetfunktionäre für die Exekutivorgane der Republiken, Gaue und Gebiete<sup>62</sup>. Bei ihr sind neunmonatige Schulungskurse für junge Sekretäre der Gebiets- und Bezirkskomitees sowie Vorsitzende der Gebiets Sowjets und Redakteure der Gebiets- und Bezirkszeitungen vorgesehen.

Die Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU (B) wurde gleichfalls am 1. November 1946 mit einem feierlichen Staatsakt eröffnet<sup>63</sup>. Sie ist ebenfalls in zwei Fakultäten gegliedert und hat die Aufgabe, die Kader der theoretischen Arbeiter für die zentralen Partei- und Staatsinstitutionen, die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der Unionsrepubliken und die Gau- und Gebietskomitees der KPdSU (B) sowie marxistisch-leninistisch qualifizierte Lehrkräfte für die Hochschulen und Mitarbeiter parteiamtlicher Forschungsinstitute auszubilden<sup>64</sup>. Es finden zwei Lehrgänge statt. Der eine dauert drei Jahre und dient zur Erringung eines höheren wissenschaftlichen Grades, entsprechend dem früheren „Roten Professor“. Der andere dauert ein Jahr und dient zur Vertiefung der politisch-weltanschaulichen Kenntnisse der Hochschullehrer für Marxismus-Leninismus sowie führender Staats- und Parteifunktionäre mit der Möglichkeit einer nachfolgenden Promotion.

Die Bedeutung dieser politischen Schulungsstätten wurde von *Malenkow* in den Worten zusammengefaßt:

„Die neuen Aufgaben der Partei- und Staatsarbeit, die nach dem Kriege erwachsen sind, stellen gesteigerte Anforderungen an die Parteikader und haben in aller Schärfe die Notwendigkeit aufgezeigt, das Niveau der Ideologie und der Arbeit der Partei- und Sowjetkader zu heben. Die Schulung und Umschulung der Partei- und Sowjetkader, die den Zweck hat, den Millionenmassen der Funktionäre des Partei- und Staatsapparates behilflich zu sein, sich die marxistisch-leninistische Wissenschaft anzueignen, ihnen die Kenntnis der Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, die Kenntnis der Oekonomie des Lebens und der Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates zu vermitteln und ihnen das Verständnis für die internationale Lage und die Fragen der sowjetischen Außenpolitik zu erschließen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, an denen die Partei augenblicklich arbeitet.“

Die 177 Lehrgänge der Parteischulen werden von ungefähr 30 000 Funktionären besucht. Die Lehr-



gangsteilnehmerzahl der Hohen Schule der Partei betrug durchschnittlich 1000 Funktionäre. 1947 lagen über die Zusammensetzung der zirka 1000 Lehrgangsteilnehmer folgende parteiamtliche Angaben vor: Die Kurssteilnehmer gehörten 37 verschiedenen Nationalitäten an. 192 waren frühere Sekretäre der Zentralkomitees der Unionsrepubliken sowie der Gau- und Gebietskomitees, 273 waren frühere stellvertretende Sekretäre oder Abteilungsleiter im Parteiapparat, 113 waren frühere Redakteure oder stellvertretende Redakteure von Provinzblättern, 120 waren höhere Staatsfunktionäre auf der provinziellen Sowjetebene. Die Teilnehmerzahl an den Lehrgängen der Akademie für Gesellschaftswissenschaften betrug durchschnittlich 500. Am Hauptlehrgang nahmen 300, am Sonderlehrgang 200 Personen teil.

Aus den Aufnahmebedingungen der beiden höchsten Erziehungsanstalten der Partei ist zu ersehen, daß sie ausschließlich der politischen Ausrichtung der jungen Generationsschicht der Funktionärsklasse dienen<sup>65</sup>.

Daneben ist die politisch-weltanschauliche Schulung der unteren Parteifunktionäre und der Parteimassen nicht vernachlässigt worden. An den zirka 6000 Parteischulen auf der Bezirksebene, die im Jahre 1944 eingerichtet wurden und achtmonatige Abendkurse vorsehen, nahmen 1948 200 000 untere Partei- und Sowjetfunktionäre teil<sup>66</sup>.

Von den zirka 100 000 Parteischulen der primären Parteiorganisationen, die neunmonatige Kurse vorsehen, wurden 1948/49 um 800 000 Parteimitglieder erfaßt.

#### *Ausbildung von Parteipropagandisten und ideologisches Selbststudium*

In Übereinstimmung mit dem grundsätzlichen Beschluß des ZK der KPdSU (B) über die Lage der Parteipropaganda in Verbindung mit der Ausgabe des „Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU (B)“ vom November 1938 wurde in der Nachkriegszeit besonderer Nachdruck auf die Schulung der Parteipropagandisten<sup>67</sup> und den Ausbau der sogenannten Parteikabinette gelegt, propagandistischer Stützpunkte, die vor allem das politisch-weltanschauliche Selbststudium individueller Art sowie in kollektiven Arbeitsgruppen, sogenannten Studienzirkeln, fördern und die Parteimitglieder in allen politisch-weltanschaulichen Fragen beraten sollen<sup>68</sup>.

#### *Intensivierung der Gottlosenpropaganda*

In bemerkenswerter Weise ist auch die Vorlesungspropaganda und die Unterrichtstätigkeit der Parteiseminare intensiviert worden<sup>69</sup>. Besondere Seminare sind der Gottlosenpropaganda gewidmet worden. So führte zum Beispiel das Gebietskomitee Orel im Sommer 1950 ein Seminar für wissenschaftlich-atheistische Propaganda durch<sup>70</sup>, an dem 200 Personen, darunter die Leiter der Abteilungen für Propaganda

und Agitation der entsprechenden Stadt- und Bezirkskomitees der Partei, die Leiter der Bezirksabteilungen der Allunionistischen Gesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse, die Leiter der Stadt- und Bezirksabteilungen für kulturelle Schulung, Lektoren und Kulturschaffende teilnahmen.

Im Seminar wurden folgende Vorträge gehalten: „Der Marxismus-Leninismus über die Religion und die Wege zu ihrer Beseitigung“, „Die Entstehung der Religion“, „Das Sektierertum und seine reaktionäre Rolle“, „Die Entstehung und der Klassencharakter des Christentums“, „Wissenschaft und Religion über die Entstehung des Lebens auf der Erde“, „Die Lehre Setschenows und Pawlows über die seelische Tätigkeit des Menschen“, „Die Errungenschaften der Mitschurinschen biologischen Wissenschaft“, „Ueber die atheistische Erziehung der Lernenden“, „Der Vatikan im Dienst des anglo-amerikanischen Imperialismus“. Im Anschluß an die Vorträge wurden von den Teilnehmern Fragen der Formen und Methoden der Gottlosenpropaganda diskutiert.

#### *Ideologische Ausrichtung der Jugend und Heranbildung von Verwaltungskadern*

Im besonderen Maße galt die Aufmerksamkeit der Parteiführung der politisch-weltanschaulichen Schulung der jungen Parteimitglieder, des Komsomol und der Studentenschaft<sup>71</sup>.

Trotz öfterer Kritik, die von seiten der Zentralverwaltung für Propaganda und Agitation geübt wurde<sup>72</sup>, scheint es, daß sich das System der Parteischulen durchgesetzt und bewährt hat.

Neben der politisch-weltanschaulichen Ausrichtung fiel insbesondere den höheren Schulen vorwiegend der Unterricht in praktischer, koordinierender Verwaltungstätigkeit zu. In letzter Zeit hat sich infolgedessen das Schwergewicht der Lehrtätigkeit unverkennbar auf die Gebiete des Sowjet- und Parteiaufbaues im Sinne einer stalinistischen Verwaltungslehre verlagert<sup>73</sup>.

Durch die Parteischulen werden neben Politischen Leitern vor allem Verwaltungsführer herangezogen, die in der Lage sind, die leitenden Funktionen in sämtlichen Bereichen des totalitären Befehls- und Verwaltungsstaates auszuüben.

#### *Die Reorganisation der Zentralverwaltung für Propaganda und Agitation*

Im Zuge der Reform der Parteiverwaltung ist auch die Zentralverwaltung für Propaganda und Agitation reorganisiert worden. Sie hat nach dem Tode *Shdanows* ihre frühere Bedeutung unverkennbar verloren und ist aus einer Verwaltung in eine Abteilung degradiert worden. Praktisch bedeutet das, daß sie sich in erster Linie auf den kulturellen Bereich zu beschränken hat und nicht mehr die Möglichkeit be-



sitzt, auf der ideologischen Ebene funktional das gesamte öffentliche Leben zu reglementieren.

In dem kulturellen Bereich ist ihre Befehlsgewalt gegenüber den entsprechenden Institutionen der staatlichen Kulturverwaltung wesentlich gestärkt worden. Daneben hat die Abteilung für Propaganda und Agitation in den ihr nunmehr gesetzten Grenzen die Funktionen der ideologischen Massenlenkung mit Hilfe aller zur Verfügung stehenden Mittel der Massenbeeinflussung, wie Presse, Film, Rundfunk, sowie die umfassende Kontrolle über die öffentliche Meinungsbildung beibehalten. Eine entsprechende Reorganisation ihres Verwaltungsapparates diente der intensiveren Betreuung einzelner Aufgabengebiete und der Schwerpunktbildung bei der Erfüllung bestimmter wichtiger Aufgaben. So wurde die einheitliche Presseabteilung in eine Reihe von Unterabteilungen aufgegliedert<sup>74</sup> und eine besondere Unterabteilung für Parteipropaganda gebildet<sup>75</sup>, die sich vor allem der weiteren Intensivierung der politisch-weltanschaulichen Schulung innerhalb der Partei zu widmen hat.

Auf Beschluß des ZK der KPdSU (B) vom 1. Oktober 1950<sup>76</sup> wird von der Abteilung für Propaganda und Agitation eine besondere Zeitschrift für Parteischulung — *Partijnoje Prosveschtschenije* — herausgegeben.

#### *Die Gliederung der Abteilung für Propaganda und Agitation*

Nach der Reorganisation ihres Verwaltungsapparates besteht die Abteilung für Propaganda und Agitation heute neben dem unmittelbaren Stab des Abteilungsleiters, zu dem auch die Redaktionen der Wochenzeitungen *Kultura i Shisnj* und *Partijnoje Prosveschtschenije* gehören, aus folgenden Unterabteilungen, auf deren Aufgabengebiete im Zusammenhang mit der gesamten Kulturverwaltung der Sowjetunion näher einzugehen wäre:

1. Unterabteilung für zentrale Presse.
2. Unterabteilung für Republiks-, Gau- und Gebietspresse.
3. Unterabteilung für lokale Presse.
4. Unterabteilung für Verlagswesen.
5. Unterabteilung für Filmwesen.
6. Unterabteilung für Rundfunkwesen.
7. Unterabteilung für Schöne Literatur.
8. Unterabteilung für Kunstangelegenheiten.
9. Unterabteilung für Kultur-Bildungseinrichtungen.
10. Unterabteilung für Sport- und Leibesübungen.
11. Unterabteilung für Schulbildung.
12. Unterabteilung für Wissenschaft.
13. Unterabteilung für Massenpropaganda.
14. Unterabteilung für Parteipropaganda.
15. Unterabteilung für Massenagitation.

Neben diesen Aemtern, die die allgemeinen Aufgabengebiete der Zentralverwaltung für Propaganda und Agitation bearbeiten, scheint in ihrem Rahmen

eine Sonderverwaltung für Internationale Beziehungen zu bestehen, die früher innerhalb der Komintern als Abteilung für Internationale Verbindung (*Otdjel Meshdunarodnoi Swjazi* = OMS) tätig war<sup>77</sup>. Es ist nicht bekannt geworden, ob diese Abteilung im Zuge der Verwaltungsreform nach Shdanows Tod in besondere Unterabteilungen aufgegliedert worden ist. In jedem Fall scheint sie wichtige außenpolitische Befugnisse abgegeben zu haben und auf propagandistische Aufgaben im Rahmen des Kominform beschränkt worden zu sein<sup>78</sup>.

#### *Die Leitung der Zentralverwaltung für Propaganda und Agitation*

Die einheitliche Zentralverwaltung für Propaganda und Agitation wurde bei der Reorganisation der Parteipropaganda im November 1938 durch *Shdanow* geschaffen, der mit ihrer Hilfe bis zu seinem Tode im Herbst 1948 einen bestimmenden Einfluß auf die Kulturpolitik und daneben auch auf die Außenpolitik der Sowjetunion ausübte. Die unmittelbare Leitung der Zentralverwaltung lag von 1940 bis 1947 in den Händen von G. F. *Aleksandrow*, Professor für Marxismus-Leninismus, Philosophie und Soziologie, einem typischen Vertreter der intellektuellen Funktionärschicht, die von Shdanow anfangs gegenüber der überwiegenden Masse der bürokratischen und technokratischen Funktionäre stark gefördert wurde. 1947 fiel *Aleksandrow* als Verfasser eines 1946 mit dem Stalinpreis ausgezeichneten Buches über die Geschichte der westeuropäischen Philosophie in Ungnade<sup>79</sup> und wurde durch *Ssusslow*, einen Parteigänger *Malenkows*, ersetzt, der als Nachfolger von *Aleksej Aleksandrowitsch Kusnezow*, einem nahen Mitarbeiter Shdanows, zum Parteisekretär für Propaganda und Agitation aufrückte und nach Shdanows Tode Mitglied des Politbüros wurde<sup>80</sup>. Die unmittelbare Leitung der reorganisierten Abteilung übernahm sein bisheriger Stellvertreter D. T. *Schepilow*, während die Wahrung der propagandistischen Aufgaben außerhalb der Sowjetunion P. F. *Judin* übertragen wurde, der zusammen mit *Ssusslow* das ZK der KPdSU (B) in der Kominformführung vertritt, das heißt, die neubegründete Kommunistische Internationale faktisch leitet<sup>81</sup>.

Die neubegründete Unterabteilung für Parteipropaganda untersteht P. *Ljashenko*. Eng mit der Abteilung für Propaganda und Agitation ist das *Institut Marx-Engels-Lenin* (IMEL) verbunden, das als eine Sondereinrichtung des ZK der KPdSU (B) errichtet worden ist und dessen Leitung in den Händen von P. N. *Pospelow* liegt.

Vom „Diamat“ zur „Revolution von oben“

#### *Verstärkung der fachlichen Schulung*

Seit dem Tode Shdanows im Herbst 1948 hat sich das Schwergewicht der Parteipolitik unverkennbar



von dem kulturellen auf den wirtschaftlichen Bereich verlagert. Dies bedeutete, daß die Propaganda vorwiegend zweckgebunden in den Dienst konkreter wirtschaftlicher Aufgaben gestellt wurde. So sind zum Beispiel im Frühjahr 1950 bei allen landwirtschaftlichen Ministerien besondere Abteilungen für Landwirtschaftspropaganda gebildet worden, die nicht der politisch-weltanschaulichen, sondern der Berufsschulung dienen und daher auch der Abteilung für Landwirtschaft und nicht für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU (B) unterstehen.

### *Stalins Revision des marxistisch-leninistischen Dogmas*

Bei den großen kulturpolitischen Aktionen bildete das Eingreifen *Stalins* in die sprachwissenschaftliche Diskussion gleichsam den Höhepunkt und in einer gewissen Weise einen Abschluß<sup>82</sup>. Diesem persönlichen Eingreifen des „*Woschdj*“ kommt aber eine weit über den kulturpolitischen Bereich hinausgreifende Bedeutung zu. *Stalins* grundsätzliche, theoretische Ausführungen sind die weitgehendste Revision des Marxismus-Leninismus, die bisher von ihm aus opportunistischen Erwägungen durchgeführt worden ist. Sie sind in wesentlichen Teilen eine totale Abkehr von dem ursprünglichen Dogma, die Schaffung einer im Grunde faschistischen Ideologie zur Rechtfertigung der neuen „Apparatschikgesellschaft“ und ihres Schöpfers — der totalitären stalinistischen Autokratie<sup>83</sup>.

### *Der Uebergang zum Zweckrealismus*

Das was *Stalin* lehrt und nunmehr allen Zweigen der sowjetischen Wissenschaft<sup>84</sup> und der inner- und außenpolitischen Praxis des Sowjetstaates als Richtschnur zugrunde gelegt wird, ist weiter nichts als eine völlige Umkehrung sowie Relativierung und damit eine Säkularisierung des Marxismus und eine Ersetzung des Diamat — des dialektischen und historischen Materialismus<sup>85</sup>, als Grundlagenphilosophie, durch einen vulgären Zweckrealismus. Einer der Grundgedanken des bisherigen Marxismus-Leninismus war, daß die Dynamik des historischen Ablaufs, bestimmt durch die unabhängige Variable der ökonomischen Real faktoren (Produktionskräfte und Produktionsverhältnisse) nur einen sprunghaften Entwicklungsprozeß zulasse. Ein Prozeß, der sich durch Umschlagen einer zukunftssträchtigen Quantität in eine neue Qualität, das heißt durch Revolution von unten, durch einen Aufstand der unterdrückten Klassen vollzieht. Eine andere Lösung ließ der Marxismus-Leninismus, der den ökonomischen Faktor zum Demiurg der Weltgeschichte erhob, nicht zu. Die logische Schlußfolgerung aus dieser konsequent materialistischen Grundeinstellung war, daß Wandlungen der ökonomischen Struktur der materiellen Basis entsprechende Veränderungen des ideologischen Ueberbaus,

nämlich des Staates, des Rechtes, der Ethik und der Kultur notwendig nach sich ziehen müßten. Nun lehrt *Stalin*, daß diese Grundsätze, als sie von *Marx* und *Engels* entwickelt wurden, zu ihrer Zeit allgemeine Gültigkeit beanspruchen durften, heute aber nur in revidierter Form Anwendung finden könnten. Es sei daher falsch, Werke dieses oder jenes marxistischen Autors losgelöst von jener geschichtlichen Periode zu zitieren, von der das Zitat handelt, und anzunehmen, daß diese oder jene Schlußfolgerung beziehungsweise Formel des Marxismus für alle Entwicklungsperioden richtig sei und daher unveränderlich bleiben müsse<sup>86</sup>. Vor allem gelte dies für eine Anwendung dieser Formeln auf jene geschichtlichen Bedingungen, unter denen das bolschewistische Rußland heute wirken müsse.

### *Die aktive und schöpferische Rolle des politisch-ideologischen Ueberbaues*

In Rußland sei zwar die Eroberung der Macht durch dialektisches Umschlagen der Quantität in eine neue Qualität in Gestalt der Oktoberrevolution erfolgt, die weitere Entwicklung sei dagegen bestimmt gewesen durch die aktive und schöpferische Rolle des ideologischen Ueberbaus, insbesondere des Staates<sup>87</sup>. Durch die aktive Rolle des Sowjetstaates — das heißt letzten Endes dank der autokratischen Staatsführung — sei die erste sozialistische Gesellschaft durch eine „Revolution von oben“, nicht durch eine sprunghafte, explosionsartige Umwälzung geschaffen worden<sup>88</sup>. Auf dem gleichen Wege würde auch das Zukunftsziel einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft erst in einem Lande und dann im Weltumfange erreicht werden. Die Rolle, die *Stalin* bei diesen Ausführungen dem ideologischen Ueberbau, den Ideen und Institutionen zuweist, geht weit über das hinaus, was selbst *Lenin* ihm im Verhältnis zur sozialökonomischen Basis hilfsweise zuzugestehen bereit war. Es wäre verfehlt, in dieser Hervorhebung der schöpferischen Rolle des ideologischen Ueberbaues schon gewisse Ansätze für den Uebergang vom philosophischen Materialismus zum Idealismus sehen zu wollen, doch es kann nicht übersehen werden, daß *Stalin*, empirisch der Machtstruktur des Ueberbaues vor der ökonomischen Struktur des Unterbaues den Vorrang zuweisend, zu einem utilitaristischen und pragmatischen Vulgärrealismus vorgestoßen ist, der im Gegensatz zum bisherigen orthodoxen Dogma weitere der Bewußtseinslage der neuen Führungsschicht, insbesondere aber der jungen Generation entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten keineswegs ausschließt<sup>89</sup>.

### *Folgte Stalin Mao Tse-Tungs philosophischem Vorbild?*

Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß der chinesische Kommunistenführer *Mao Tse-Tung* bereits 1937 in einer Abhandlung zu einer



noch weitgehenderen Revision des Marxismus-Leninismus gelangt ist, insofern, als der von ihm vertretene Zweckrealismus stärker psychische Faktoren berücksichtigt und damit die monistische Einseitigkeit rationalistischen Denkens des „Diamat“ bewußt verläßt. Ohne die Behauptung aufstellen zu wollen, daß die philosophische Arbeit Mao Tse-Tungs, die den Titel: „Bezüglich der Praxis. Ueber die Verbindung zwischen Erkenntnis und Praxis — Wissen und Handeln“ trägt und erst vor kurzem in das Russische übersetzt wurde, *Stalin* zum Vorbild gedient hat, wäre es möglich, daß sie ihn in seinen revisionistischen Absichten bestärkt hat. In jedem Fall bedeutet die kürzliche Veröffentlichung der Abhandlung Mao Tse-Tungs im *Bolschewik*, der theoretischen Zeitschrift des ZK der KPdSU (B)<sup>90</sup>, daß Stalin bereit ist, die Ansichten des chinesischen Kommunistenführers als richtig zu akzeptieren, um damit den Boden für weitere ideologische Revisionen des marxistisch-leninistischen Dogmas vorzubereiten.

#### *Die drei Phasen des Stalinismus*

Mit der vorliegenden Reform tritt der Stalinismus in seine dritte Phase<sup>91</sup>. Die erste Phase wurde 1925 eingeleitet durch Stalins Lehre vom „Sozialismus in einem Lande“. Die Möglichkeit, den Sozialismus in einem Lande zu errichten, wurde ja auch von Stalins Gegnern im Politbüro nicht geleugnet. Sie bestritten aber, daß es möglich sei, den Sozialismus in einem Lande zu vollenden<sup>92</sup>. In diesem feinen Unterschied lag der eigentlich entscheidende ideologische Gegensatz, zu dem noch eine verschiedene Bewertung des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen hinzutrat<sup>93</sup>. Als nun 1934/35 die Vollsozialisierung durch planmäßige Regulierung des ökonomischen Faktors geglückt war, der ideologische Ueberbau aber nicht die geringsten Anzeichen aufwies, entsprechend den Voraussagen des Marxismus-Leninismus abzusterben, vielmehr erst jetzt sich die autokratische Herrschaftsordnung voll ausbildete und immer mehr totalitäre Züge annahm, war *Stalin* gezwungen, nachdem er in der Zeit der Großen Säuberungen seine ideologischen Gegner physisch vernichtet hatte, eine neue Ideologie zur Rechtfertigung seiner selbstherrlichen Herrschaft zu entwickeln<sup>94</sup>. Er tat dies immerhin noch in Anlehnung an das ursprüngliche Dogma, was ihm allerdings nur eine negative Begründung der stationären Diktatur gestattete. So verkündete er auf dem 18. Parteikongreß 1939 die Lehre vom „Kommunismus in einem Lande“, das heißt er begründete in dieser zweiten Phase des Stalinismus nicht nur das Fortbestehen, sondern auch die Stärkung des ideologischen Ueberbaus und besonders des Staates allein durch das Weiterbestehen der bürgerlich-kapitalistischen Staatenumwelt<sup>95</sup>. Er erklärte nunmehr, daß nicht nur der Sozialismus, sondern auch der Kommunismus in

einem Lande errichtet werden könnte, daß aber der ideologische Ueberbau und mit ihm die staatliche Zwangsgewalt erst dann absterben würde, wenn es gelungen sei, die Einkreisung der bürgerlich-kapitalistischen Staatenumwelt zu beseitigen und den Sieg des Kommunismus im Weltumfange zu erringen. Diese letzten Endes dogmatisch enge und negativ gehaltene Revision schien aber auf die Dauer weder der politischen und sozialen Wirklichkeit des stalinistischen Rußlands noch dem durch die Entdeckung der Atomkraft revolutionär veränderten Weltbild der Nachkriegszeit genügt zu haben. So gelangt Stalin 1950 mit der Lehre von der „Revolution von oben“ zu einer völlig neuartigen philosophisch-weltanschaulichen Deutung der Verhältnisse, die für die bürgerlich-kapitalistische Umwelt die alten Grundsätze des Marxismus-Leninismus mit gewissen Einschränkungen bezüglich des Klassenkampfes<sup>96</sup> gelten läßt, um gleichzeitig für die sowjetische Wirklichkeit eine von den Bedingungen des orthodoxen marxistisch-leninistischen Dogmas und damit auch der bürgerlich-kapitalistischen Umwelt losgelöste positive Begründung zu finden.

Durch die Uebertragung der dialektischen Dynamik von dem ökonomischen auf den machtpolitischen Faktor wird dabei dem ideologischen Ueberbau neben einer konservierenden Funktion eine revolutionär-schöpferische Mission zugewiesen, die in ihrer Zielsetzung zur materiellen Rechtfertigung der staatlichen Zwangsgewalt in ihrer totalitären Form erhalten muß.

#### *„Ersatzkapitalistische“ Funktion als positiver Rechtfertigungsgrund der stationären Diktatur*

Neben den herkömmlichen utopischen Fernzielen des Marxismus-Leninismus, deren Erfüllung einer weiteren Zukunft zugewiesen wird<sup>97</sup>, sind es vor allem die konkreten ökonomischen Nahziele, aus denen die stalinistische Spielform der totalitären Autokratie diese Rechtfertigung schöpft. Darin hat sie viel mit den alten orientalischen Despoten mit ihrer „hydraulischen Gesellschaft“ gemeinsam<sup>98</sup>. Und es ist gewiß kein Zufall, daß kurz nach Verkündung des neuen Dogmas die großen Wasserkraftgewinnungs- und Bewässerungsprojekte veröffentlicht wurden, die vor allem der notwendigen Verbreiterung der Energiebasis der nächsten Fünfjahrespläne dienen sollen<sup>99</sup>. Doch im Grunde genommen ist die „hydraulische Gesellschaft“ nur ein Durchgangsstadium und die moderne „atomare Gesellschaft“ das Ziel. Läßt sich aber überhaupt eine solche ohne größere Freiheit der menschlichen Persönlichkeit errichten?

#### *Begrenzte kulturpolitische Zugeständnisse*

Dieser Frage scheint sich auch Stalin als nüchterner Rechner bewußt gewesen zu sein. Daher sagt er dem „Araktschew-Regime“ im wissenschaftlichen Bereich



einen unerbittlichen Kampf an<sup>100</sup> und betont, daß „sich keine Wissenschaft ohne Meinungskampf, ohne Freiheit der Kritik weiterentwickeln und Fortschritte machen kann“. Bedeutet diese Feststellung das Ende der „Shdanowtschina“ auf kulturellem Gebiet? Soweit es bestimmte Zweige der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung betrifft, darf dies als höchstwahrscheinlich angenommen werden<sup>101</sup>, auf geisteswissenschaftlichem Gebiet dagegen sicher nur in einem sehr beschränkten Maße. Die erneute Diskussion über die Theorie der Weltwirtschaftskrise, die vor kurzem im Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion stattgefunden hat, ist ein Beweis dafür<sup>102</sup>.

*Sprachnationalismus und imperiales Sendungsbewußtsein als Grundmotive der neuen Doktrin*

Durch die neue Doktrin wird die bisherige absolute Wahrheit des marxistisch-leninistischen Dogmas relativiert und dieses, wenn auch nicht völlig, seines pseudoreligiösen Charakters entkleidet, so dennoch weitgehend säkularisiert<sup>103</sup>. Durch die neue Doktrin erhebt sich der selbstherrliche „Woshdj“ selbst zur höchsten Quelle dogmatischer Erkenntnis.

Er kann dieses aber nur tun, indem er seine neue prophetische Funktion mit einer Glorifizierung der russischen Sprache und damit einerseits mit dem Sendungsbewußtsein des Russentums, andererseits mit dem Sendungsmythos des sowjetischen „Reichsgedankens“ verknüpft<sup>104</sup>. Denn aus den Ausführungen Stalins ergibt sich nicht nur der Glaube an eine von den Veränderungen der wirtschaftlichen Realfaktoren und damit der jeweiligen Klassenstruktur unabhängige nationale Eigenart der russischen Sprache, sondern auch in ihre reichsformende Kraft und weltumspannende Mission.

An die Stelle des ökonomisch bestimmten Klassenkampfes, der selbst für die bürgerlich-kapitalistische Umwelt nur bedingt anerkannt und für die „sozialistische“ Gesellschaft der Sowjetunion selbst geleugnet wird, tritt so als das eigentlich entscheidende Moment des Weltgeschehens der politisch bestimmte Sprachenkampf, der durch die Betonung der Sprachverwandtschaft bestimmter Nationen einem rassistisch bestimmten Imperialismus den Weg bahnt.

*Ideologische Begründung großräumiger Autarkie oder globaler Expansion?*

Es wäre verfrüht, heute schon ein endgültiges Urteil über die jüngste unerwartete Wendung des Stalinismus abgeben zu wollen. Ihre inner- und außenpolitischen Auswirkungen müssen zunächst abgewartet werden. Das eine dürfte allerdings heute bereits sicher sein: Die nationalistischen und imperialistischen Elemente in der Begründung und Zielsetzung des Stalinismus sind weiter verstärkt worden. Gleichzeitig haben sich aber auch die Aussichten für

eine räumliche Selbstbeschränkung der stalinistischen Machtbildung, von einem rein ideologischen Standpunkt aus gesehen, verbessert. Auch die engen dogmatischen Fesseln der sowjetischen Intelligenz sind im geistig-kulturellen Bereich gelockert worden. Allerdings unter der unmißverständlichen Bedingung, ihre intellektuellen Fähigkeiten widerspruchslos in den Dienst einer vom selbstherrlichen „Woshdj“ verkörpertem sowjetischen Staatsraison zu stellen.

*Vom „funktionalen“ zum „produktions-territorialen“ Verwaltungsprinzip*

*Wirtschaftspolitische Zweckbestimmung der Verwaltungsreform*

Die kulturpolitischen Maßnahmen und die ideologische Revision der Parteidoktrin gestatteten es der Parteiführung, die geschlossenen Kräfte der sowjetischen Staatsnation in den Dienst der Erweiterung der Energiebasis und des Aufbaus der Schwerindustrie als der zentralen wirtschaftspolitischen Ziele des bis 1960 laufenden 15-Jahr-Perspektivplanes zu stellen. Dem gleichen Zweck diene hauptsächlich auch die organisatorische Umgestaltung des Parteiapparats sowie die Reorganisation der Wirtschaftsverwaltung, auf die bei einer Darstellung der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung der Sowjetunion noch näher einzugehen wäre, soweit sie nicht bereits bei der Betrachtung der Gewerkschaften und Genossenschaften behandelt werden wird.

*Die bestimmenden Organisationsprinzipien des Sowjetstaates*

Gewaltenvereinigung, Zentralismus, einheitliche Befehlsgewalt und Planprinzip sind die bestimmenden Grundsätze, auf denen die Organisation des Sowjetstaates beruht. Die Konstruktion eines solchen totalen Befehls- und Verwaltungsstaates macht zwar die Garantie unveräußerlicher staatsbürgerlicher Rechte unmöglich, gestattet es aber einer autokratischen Staatsführung mühelos, ihren Willen in die Tat umzusetzen. Den bolschewistischen Parteiorganen fällt es zu, diesen Willen in Befehlsform zu fassen, ihn den Staatsorganen zu übermitteln und seine Durchführung zu überwachen. Die Staatsorgane, das heißt die Sowjets, haben als reine Befehlsempfänger weiter nichts zu tun, als diesen Willen zu vollstrecken.

*Grundsätzliche Bedeutung der Verwaltungsreform*

Das Bestreben, die Befehlsübermittlung von der Partei zu den Sowjets möglichst reibungslos zu gestalten und eine effektive Kontrolle über die Tätigkeit beider Institutionen zu sichern, hat mehrfach grundlegende Reformen der Verwaltung notwendig gemacht, denen verfassungspolitisch weit größere Bedeutung zukam als den vielfachen Änderungen und Neufassungen der formellen Rechtsverfassung. In diesen Reformen spiegelte sich die Auseinander-



setzung zwischen zwei gegensätzlichen Verwaltungsprinzipien wider. Dem Prinzip der Spezialisierung nach Verwaltungszweigen auf der einen Seite stand das Prinzip der Spezialisierung nach Verwaltungsfunktionen auf der anderen Seite gegenüber.

#### *Der erste Versuch — Spezialisierung nach Verwaltungsfunktionen*

Das System der „Funktionalka“ bildete sich am Beginn des planwirtschaftlichen Aufbaus Ende der dreißiger Jahre heraus. Es sah eine Doppelunterstellung des einzelnen Funktionsträgers vor, wobei die einzelnen Funktionsstränge bei verschiedenen Zentralverwaltungen zusammenliefen, deren Anordnungen und Weisungen der lokalen Befehlsgebung vorgingen. Trotz der besseren Koordinationsmöglichkeiten für eine zentrale Verwaltungsführung drohten ständige Funktions- und Kompetenzüberschneidungen und eine ungeheurere Bürokratisierung bei diesem System, den Verwaltungsapparat aktionsunfähig zu machen.

#### *Der zweite Versuch — Spezialisierung nach Verwaltungszweigen*

Von 1930 ab gelang es L. M. Kaganowitsch, unterstützt von Ordshonikidse, das Gegenprinzip der Spezialisierung nach Verwaltungszweigen erst auf der staatlichen und seit 1934 auch auf der parteilichen Ebene durchzusetzen<sup>105</sup>. Das „produktions-territoriale“ System, das mit Hilfe der Aufgliederung einzelner Verwaltungsbereiche — *Raskrupnenije* — durchgeführt wurde, ermöglichte bei einer klaren organisatorischen Scheidung von Staat und Partei die unmittelbare Führung bestimmter produktions-wirtschaftlich und territorial klar umrissener Verwaltungszweige durch die Zentrale. Entscheidungen, die von der Verwaltungsspitze getroffen wurden, konnten so unter Vermeidung bürokratischer Hemmungen auf dem schnellsten Wege verwirklicht werden. Das Parteistatut von 1934 sah daher entsprechend dem „produktions-territorialen“ System folgende Zentralverwaltungen des ZK der KPdSU (B) vor:

1. Abteilung für Landwirtschaft.
2. Abteilung für Industrie.
3. Abteilung für Verkehrswesen.
4. Abteilung für Planwirtschaft, Finanzen und Handel.
5. Abteilung für Politik und Verwaltung.
6. Abteilung für führende Parteiorgane (ZK der Gliedrepubliken, Gau- und Gebietskomitees).
7. Abteilung für Kultur und Propaganda des Leninismus.
8. Abteilung für das Marx-Engels-Lenin-Institut.
9. Abteilung für Kriegswesen (Militärische Abteilung) = Politische Verwaltung der Roten Armee und Kriegsmarine (PUR).
10. Sektor für allgemeine Geschäftsführung.
11. Sektor: Besondere Verwaltung (Geheimsachen).

Bei den ZK der Gliedrepubliken sowie den Gau-

und Gebietskomitees waren entsprechend folgende Verwaltungen vorgesehen:

1. Abteilung für Landwirtschaft.
2. Abteilung für Industrie und Verkehrswesen.
3. Abteilung für Sowjets und Handel.
4. Abteilung für Kultur und Propaganda des Leninismus.
5. Abteilung für führende Parteiorgane (Stadt- und Bezirks-Komitees).
6. Abteilung für Kriegswesen (Militärische Abteilung).
7. Besonderer Sektor: (Geheimsachen).

In jeder Zentralverwaltung der Partei war für den entsprechenden Zweig der Staatsverwaltung und Staatswirtschaft die gesamte Parteiarbeit zu konzentrieren, gleich ob sie Personalangelegenheiten, Propaganda und Agitation, Organisation und Instruktion, konkrete Verwaltungsführung oder Kontrolle der Parteidirektiven betraf<sup>106</sup>. Durch das neue Verwaltungssystem wurden die bisherigen Mängel vermieden und eine Stärkung des Verantwortungsbewußtseins erreicht. Dafür litt aber unter den Rivalitäten der einzelnen Verwaltungszweige die Einheitlichkeit der Gesamtplanung, die Geschlossenheit der politischen Ausrichtung sowie infolge der Zentralisierung — die örtliche Initiative.

#### *Der dritte Versuch — Kombination der beiden Verwaltungsprinzipien*

Unter dem Einfluß Shdanows wurde daher 1939 das funktionale System in der Parteiverwaltung größtenteils wieder eingeführt<sup>107</sup>. Nur auf einigen wenigen Gebieten blieb das produktions-territoriale System erhalten. Die Parteisatzung von 1939 sah entsprechend der Kombination dieser beiden gegensätzlichen Verwaltungsprinzipien folgende Zentralverwaltungen vor (Art. 27 und 67):

1. Verwaltung für Personalangelegenheiten (Kader).
2. Verwaltung für Propaganda und Agitation.
3. Abteilung für Organisation und Instruktion.
4. Abteilung für Landwirtschaft.
5. Abteilung für Schulwesen.
6. Abteilung für Kriegswesen (Militärische Abteilung) = Politische Verwaltung der Roten Armee (PURKKA).
7. Abteilung für Kriegsmarine = Politische Verwaltung der Roten Flotte.
8. Abteilung für Verkehrswesen = Politische Verwaltung für das Verkehrswesen.

Bei den ZK der Gliedrepubliken sowie den Gau- und Gebietskomitees waren folgende Verwaltungen vorgesehen:

1. Verwaltung für Personalangelegenheiten (Kader).
2. Verwaltung für Propaganda und Agitation.
3. Abteilung für Organisation und Instruktion.
4. Abteilung für Landwirtschaft.
5. Abteilung für Kriegswesen (Militärische Abteilung).

Die Wiedereinführung des funktionalen Systems, das in den Zentralverwaltungen für Personalangelegenheiten, für Propaganda und Agitation sowie für



Organisation und Instruktion zum Ausdruck kam, erlaubte eine starke Machtkonzentration in der Hand derjenigen Parteisekretäre, die diesen Verwaltungen vorstanden beziehungsweise ihre Tätigkeit beaufsichtigten. Dies war vor allem bei *Shdanow* und *Malenkow* der Fall.

#### Die Frage der Verwaltungsreform nach dem Kriege

Die Notwendigkeit einer grundlegenden Reorganisation der gesamten Verwaltung nach dem Kriege ließ auch die alten Gegensätze wieder aufleben. Der Kritik an dem funktionalen Prinzip suchten *Shdanow* und *Malenkow* anfangs dadurch zu begegnen, daß sie die Gesamtzahl der Parteisekretäre vergrößerten und dabei entsprechend dem produktions-territorialen Prinzip die Wirtschaftsverwaltung stärker berücksichtigten.

Die Zahl der Sekretäre des ZK der KPdSU (B) war bereits während des Krieges von vier auf fünf erhöht worden. Bei den Zentralkomitees der Gliedrepubliken und den Gau- und Gebietskomitees waren auf Grund der Satzung von 1939 (Art. 45) vier bis fünf Sekretäre vorgesehen gewesen, darunter der erste und zweite Sekretär, der Sekretär für Parteiangelegenheiten und der Sekretär für Propaganda. Meist waren aber bei den Gliedrepubliken nur drei bis vier und bei den Gauen und Gebieten nur zwei bis drei Sekretäre ernannt worden. Nunmehr wurde die Gesamtzahl der Sekretäre auf der oberen Verwaltungsstufe allgemein auf fünf Sekretäre erhöht. Dieses geschah vor allem auf das Drängen von *Kaganowitsch*, der infolge der wirtschaftlichen und politischen ernsten Auswirkungen der Dürre in der Ukrainischen SSR zeitweilig zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjet-Ukraine ernannt und zusammen mit *Patolitschew* mit der Reorganisation des Parteiapparates im Süden Rußlands beauftragt worden war<sup>108</sup>. An Stelle des zweiten Sekretärs traten infolgedessen jetzt zwei Sekretäre, ein Sekretär für Landwirtschaft und Beschaffung (Bevorratung) und ein Sekretär für Industrie. Sie wurden zuerst in der Ukrainischen und in der Weißrussischen SSR eingeführt, gemäß den Beschlüssen der Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien der Ukraine und Weißrußlands vom März 1947<sup>109</sup>. Gleichzeitig wurde die Personalvereinigung zwischen den Aemtern eines Generalsekretärs und eines Ministerpräsidenten beziehungsweise ersten Sekretärs und Vorsitzenden des Exekutivkomitees eines Sowjets aufgehoben<sup>110</sup>.

Diese Maßnahmen scheinen aber einer bestimmten Richtung im Polit- und Orgbüro, der in jedem Fall L. M. *Kaganowitsch* als eifriger Befürworter des produktions-territorialen Verwaltungsprinzips angehörte, nicht genügt zu haben. An dieser kritischen Einstellung änderte auch der Ausbau der bestehenden Zentralverwaltungen und die Umwandlung der bisherigen Abteilung für Organisation und Instruktion

in eine Verwaltung für Ueberprüfung der Parteiorgane im Jahre 1946 nichts.

Die Anhänger des produktions-territorialen Systems verstanden es, die Unterstützung *Stalins* zu gewinnen und sich nach dem Tode *Shdanows*, der dieser Entwicklung scheinbar im stärkeren Maße als *Malenkow* Widerstand entgegensetzte, erfolgreich durchzusetzen.

#### Die Rückkehr zum „produktions-territorialen“ Verwaltungsprinzip

1948 wurde das funktionale System nach dem Vorbild von 1934 völlig beseitigt<sup>111</sup>. Die Verwaltung für Personalangelegenheiten und allem Anschein nach auch die Verwaltung für Ueberprüfung der Parteiorgane wurde aufgelöst; die Verwaltung für Propaganda und Agitation, wie wir im vorhergehenden Abschnitt sahen, in Abteilung umbenannt und in ihren Befugnissen wesentlich beschränkt.

Die alten Abteilungen auf produktions-territorialer Grundlage blieben erhalten, eine ganze Reihe neuer Abteilungen wurde gegründet. Die Befugnisse der aufgelösten Verwaltung für Personalangelegenheiten und allem Anschein nach auch der Verwaltung für Ueberprüfung der Parteiorgane gingen hauptsächlich an die neue Abteilung für Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolangelegenheiten und die reorganisierte Kommission für Parteikontrolle über, soweit sie nicht von den entsprechenden Personalabteilungen der übrigen Zentralverwaltungen übernommen wurden. Die Funktionen des vierten Sekretärs für Propaganda und Agitation wurden durch die Verwaltungsreform beschränkt, die Funktionen des fünften Sekretärs für Parteiangelegenheiten dagegen erweitert, der zum Sekretär für Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolangelegenheiten aufrückte.

Nach Abschluß der Reform bestehen heute folgende Zentralverwaltungen des ZK der KPdSU (B):

1. Abteilung für Landwirtschaft.
2. Abteilung für Schwerindustrie.
3. Abteilung für Leichtindustrie.
4. Abteilung für Verkehrswesen.
5. Abteilung für Planung, Finanzen und Handel.
6. Abteilung für Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolangelegenheiten.
7. Abteilung für Propaganda und Agitation.
8. Abteilung für Schulwesen.
9. Abteilung für Kriegswesen (Militärische Abteilung) = Politische Hauptverwaltung der Sowjetarmee.
10. Abteilung für Kriegsmarine = Politische Hauptverwaltung der Kriegsmarine.
11. Sektor: Verwaltung für allgemeine Geschäftsführung.
12. Sektor: Besondere Abteilung (Geheimsachen).

Durch die Reform sind somit größtenteils die gleichen Abteilungen wiederhergestellt worden, die bereits von 1934 bis 1939 bestanden haben. Auf der Republiks-, Gau- und Gebietsebene sind außerdem



weitere Abteilungen: für Arbeit unter den Frauen sowie für Maschinenbau neu begründet worden, die sich beim ZK der KPdSU (B) selbst bisher noch nicht bestätigt haben. Das Bestehen weiterer Sonderabteilungen auf der höheren Verwaltungsstufe erscheint nicht ausgeschlossen, so daß volle Klarheit über die neue Verwaltungsstruktur der Partei erst nach Verabschiedung der neuen Parteisatzung durch den kommenden 19. Parteikongreß zu gewinnen sein wird.

#### *Vorteile und Nachteile der Verwaltungsreform*

Auf die Tätigkeit der einzelnen Zentralverwaltungen, soweit sie nicht unmittelbar die Partei selbst betreffen, wird im Zusammenhang mit der Nachkriegsentwicklung der entsprechenden Verwaltungszweige einzugehen sein. Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß mit der Reform anscheinend die endgültige Entscheidung zugunsten des produktions-territorialen Verwaltungsprinzips gefallen ist. Das bedeutet zunächst, daß damit die bisherige Doppelunterstellung der einzelnen Funktionsträger in der Parteiverwaltung beseitigt worden ist. Der zuständige Sachbearbeiter einer örtlichen Parteiorganisation erhält heute seine Befehle unmittelbar nur von dem Leiter seiner Parteiorganisation und nicht wie bisher von ihm und dem zuständigen Sachbearbeiter der nächsthöheren Parteidienststelle, dem entsprechend der hierarchischen Gliederung der Partei der Vorrang zukam. Damit hat sich bei Stärkung der Befehlsgewalt des verantwortlichen Leiters ein straff zentralisiertes Unterstellungssystem durchgesetzt, wie es auch in den übrigen Bereichen des Sowjetstaates gilt und dem militärischen Unterstellungsverhältnis in anderen Ländern gleichkommt. Entscheidungen, die von den verantwortlichen Leitern getroffen werden, können so auf dem schnellsten Wege unter Vermeidung von Kompetenzüberschneidungen und Streitigkeiten verwirklicht werden. Die Spezialisierung nach Verwaltungszweigen ermöglicht eine klarere Unterscheidung des staatlichen und parteilichen Bereichs. Sie bedeutet zugleich aber auch eine stärkere Annäherung und Angleichung dieser beiden Bereiche, die bisher bewußt vermieden wurde.

Bei dem nunmehr gemeinsamen Wirkungsbereich werden auch die beiderseitigen Grenzen auf der gleichen Verwaltungsstufe fließend. Auf Grund der unmittelbaren Befehlsübermittlung wird die Partei der Versuchung ausgesetzt, direkten Einfluß auf die operative, ausführende Verwaltungstätigkeit der staatlichen Verwaltungsorgane auszuüben. Dadurch ergeben sich nicht nur neue Kompetenzüberschneidungen, sondern die Partei selbst wird ihrer eigentlichen Aufgabe zweckentfremdet. Die entsprechenden Folgen haben sich bereits bei der Reorganisation der Staatlichen Plankommission sowie bei der Schaffung der Großkolchose bemerkbar gemacht.

### Parteiexekutive und Parteikontrolle

#### *Das Zentralkomitee*

Da ein Parteikongreß der KPdSU (B) seit zwölf, und eine Allunionistische Parteikonferenz seit zehn Jahren nicht mehr stattgefunden hat, sind die Befugnisse der höchsten Parteiorgane in der gesamten Zeit ausschließlich vom Zentralkomitee und seinen Vollzugsorganen, dem Politbüro, dem Orgbüro, dem Sekretariat und den Zentralverwaltungen, wahrgenommen worden. Bei der Bestimmung der inneren und äußeren Politik der Partei fiel dem Zentralkomitee, das vom 18. Parteikongreß 1939 im Bestande von 71 Vollmitgliedern und 68 Kandidaten neu gewählt worden war<sup>12</sup>, verfassungspolitisch nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Wenn auch die meisten Maßnahmen, die auf kultur-, agrar- und arbeitspolitischem Gebiet erfolgten, im Namen des Zentralkomitees getroffen wurden, so besteht doch keinerlei Gewähr dafür, daß den entsprechenden Beschlüssen jedesmal Plenarversammlungen des ZK vorausgegangen sind. Obgleich die Parteisatzung von 1939 im Artikel 33 mindestens alle vier Monate eine Plenarversammlung vorsieht, dürfte diese Bestimmung äußerst selten eingehalten worden sein, da über den Verlauf solcher Tagungen nach dem Kriege nur in ganz wenigen Fällen Einzelheiten bekanntgeworden sind.

Die verhältnismäßig schwache Position des Zentralkomitees sagt natürlich noch nichts über das politische Gewicht einzelner seiner Mitglieder aus, die auf Grund ihres Vertrauensverhältnisses zum „Woshdj“ beziehungsweise ihrer Stellung im Rahmen der gesamten Herrschaftsordnung manches Mitglied des Orgbüros sowie teilweise des Politbüros und Sekretariats an Einfluß und Bedeutung überragen und zum äußeren Führerring zuzurechnen sind. Zu diesen Persönlichkeiten gehört zum Beispiel der Leiter der Parteikontrollkommission, M. F. *Schkirjatow*, der Leiter der Privatkanzlei Stalins, A. N. *Poskrebyshew*, der Außenminister der Sowjetunion, A. J. *Wyschinskij*, der Kriegsminister der Sowjetunion, Marschall *Wassilewskij*, der Marineminister der Sowjetunion, Admiral *Jumaschew*, der Marschall *Timoschenko* und der bekannte Wehrwirtschaftsführer und derzeitige Minister für Schiffbauindustrie, W. A. *Malyschew*.

#### *Das Politische Büro*

Das Politbüro bildet den „Führerrat“ und ist neben dem Generalsekretär die letzte entscheidende Instanz der Partei in allen politischen Fragen. Zusammen mit dem Sekretariat und den nicht zum Politbüro gehörenden stellvertretenden Ministerpräsidenten bildet es die faktische Regierung der Sowjetunion.

Von den großen Säuberungen ist das Politbüro ebensowenig verschont geblieben wie das Zentral-



komitee. *Kossior, Tschubarj, Eiche, Petrowskij, Postyschew* fielen ihnen zum Opfer, *Kuibyschew* und *Ordshonikidse* fanden unter mysteriösen Umständen 1935 bzw. 1937 einen plötzlichen Tod.

Der 18. Parteikongreß führte daher im Jahre 1939 auch eine Neubesetzung des Politbüros durch. Es setzte sich nunmehr aus den folgenden neun Vollmitgliedern: *Stalin, Kalinin, Molotow, Woroschilow, Kaganowitsch, Andrejew, Shdanow, Mikojan, Chruschtschew* und zwei Kandidaten: *Berija* und *Schwernik* zusammen<sup>113</sup>. Von den neuen Mitgliedern war Chruschtschew seit 1938 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjet-Ukraine, *Berija* seit 1938 Chef der Staatspolizei und Schwernik langjähriger Vorsitzender des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften (WZSPS). *Malenkov*, der neben dem anderen Privatsekretär *Stalins, Poskrebyschew*, maßgeblichen Anteil am Verlauf der großen Säuberungsaktion hatte, trat um diese Zeit im Politbüro selbst noch nicht in Erscheinung. Auf Beschluß der 18. Parteikonferenz im Jahre 1941 wurde die Zahl der Kandidaten auf fünf erhöht und neben *Malenkov* auch *A. S. Schtscherbakow* und *N. A. Wosnessenskij* als Kandidaten in das Politbüro aufgenommen. Schtscherbakow war seit 1938 als Nachfolger Chruschtschews Leiter der Moskauer Parteiorganisation und Wosnessenskij Leiter der Staatlichen Plankommission der Sowjetunion (GOSPLAN) und stellvertretender Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Sowjetunion. Innerhalb der seitdem im Politbüro überwiegenden mittleren Generation bildeten sich bald zwei unverkennbare Gruppierungen heraus.

Die eine Gruppe war ihrer nationalen Zusammensetzung nach großrussisch bestimmt und geographisch auf die RSFSR konzentriert. Ihren Mittelpunkt bildete Leningrad, wenn sie auch nach Moskau übergriff. Ihr gehörten *Shdanow, Andrejew, Schtscherbakow* und *Wosnessenskij* an. Die zweite Gruppe, die sich in ihrem Kern um *L. M. Kaganowitsch* in Moskau herausgebildet hatte, war ihrer nationalen Zusammensetzung nach gemischt und stützte sich in starkem Maße auch auf die Parteiorganisationen in Weißrußland, der Ukraine, im Kaukasus und Turkestan. Neben *L. M. Kaganowitsch* gehörten ihr *Mikojan, Chruschtschew, Berija* und *Malenkov* an. Von der alten Generation nahmen *Stalin* und *Molotow* eine zwischen beiden Gruppen vermittelnde Stellung ein, während *Kalinin, Woroschilow* und *Schwernik* mehr der *Shdanow-Gruppe* zuneigten.

Überwog seit Abschluß der Säuberungen der Einfluß der *Shdanow-Gruppe*, so ließ der Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges die andere Gruppe stärker in den Vordergrund treten. Zusammen mit *Stalin* und *Molotow* stellte sie das Staatskomitee für Verteidigung (GKO), das eigentliche Kriegskabinett<sup>114</sup>. Der entscheidende Anteil der neuen Intelligenz und des Großrussentums an den sowjetischen Erfolgen

stellte am Ausgang des Krieges das Gleichgewicht der Kräfte wieder her. Der im Frühjahr 1945 erfolgte plötzliche Tod Schtscherbakows, der während des Krieges Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (PURKKA) und des Sowjetischen Informbüros war<sup>115</sup>, bedeutete für *Shdanow* einen schweren Verlust und veranlaßte ihn zu einem engeren Zusammengehen mit *Malenkov*. Die entsprechenden Veränderungen im Politbüro, die nach dem Kriege erfolgt sind, scheinen das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den einzelnen Gruppierungen gewesen zu sein. 1946 wurden *Berija* und *Malenkov* Vollmitglieder, *Bulganin, Kossygin* und *Aleksej Aleksandrowitsch Kusnezow* Kandidaten im Politbüro<sup>116</sup>. Nach dem Tode *Kalinins* rückte 1947 *Wosnessenskij* zum zehnten Vollmitglied auf<sup>117</sup>, während sich gleichzeitig die Zahl der Kandidaten auf drei verminderte. *Bulganin* und *Kossygin* hatten sich in der Staats- und Wirtschaftsverwaltung einen Namen gemacht und waren in ihrem Aufstieg nahe mit *L. M. Kaganowitsch* verbunden gewesen, während *Kusnezow* ebenso wie *Wosnessenskij* zu den ausgesprochenen Parteigängern *Shdanows* gehörte. *Bulganin* war bei seiner Aufnahme in das Politbüro Stellvertreter *Stalins* als Wehrmachtsminister, *Kossygin* Ministerpräsident der RSFSR, *Kusnezow* in Vertretung *Shdanows* Leiter der Leningrader Parteiorganisation.

Die Jahre 1946 und 1947 bedeuteten den Höhepunkt der Machtstellung *Shdanows*. Sein plötzlicher Tod im Herbst 1948, der in seinen Umständen an das Hinscheiden *Ordshonikidses* erinnert<sup>118</sup>, schuf in Verbindung mit der Reform der Parteiverwaltung ein völlig verändertes Kräfteverhältnis in der Parteiführung. *Wosnessenskij* und *Kusnezow* wurden aus dem Politbüro ausgeschlossen, die Parteiorganisationen in Leningrad und Moskau sowie der Staatsapparat der RSFSR von Anhängern *Shdanows* gesäubert<sup>119</sup>. *Susslow*, ein Parteigänger *Malenkows*, wurde 1948 Kandidat im Politbüro, dessen Gesamtzahl von 13 Mitgliedern (9 Vollmitglieder: *Stalin, Molotow, Woroschilow, Kaganowitsch, Andrejew, Mikojan, Chruschtschew, Berija, Malenkov*, und 4 Kandidaten: *Schwernik, Bulganin, Kossygin, Susslow*) sich seitdem nicht verändert hat. Die Führung im Politbüro fiel der „Troika“ *Berija-Malenkow-Chruschtschew* zu, der es gelang, die wichtigsten Machtpositionen in der Partei durch ihre Anhänger zu besetzen<sup>120</sup>. Ihr Versuch 1950, den Sturz *Andrejews* herbeizuführen, scheiterte allem Anschein nach nur an der Intervention der älteren Mitglieder des Politbüros, die sich durch die Machtzusammenballung in der Hand des neuen Dreigespanns bedroht sahen, zumal die bestehenden Spannungen nach Ausschaltung der *Shdanow-Gruppe* immer stärker den Charakter eines Generationsgegensatzes angenommen haben. Dieser Gegensatz wird sich auf die Dauer nicht so leicht überbrücken lassen, da er durch das Vordringen der



jungen Generation weiter vertieft wird, die heute im Politbüro noch gar nicht vertreten ist, obgleich sie in der Gesamtpartei überwiegt.

Da an der Loyalität der einzelnen Gruppierungen gegenüber Stalin nicht gezweifelt werden kann, kommt der gegebenen Machtkonstellation im Politbüro in Verbindung mit der Sukzessionsfrage vor allem eine potentielle Bedeutung zu. Die Troika Berija-Malenkow-Chruschtschew beherrscht heute bereits neben dem Parteiapparat und der Staatspolizei die Kultur- und Wirtschaftsverwaltung sowie die Partei- und Staatskontrolle. Der Opposition, die sich um *Molotow* gesammelt hat und zu der anscheinend auch *Mikojan* gestoßen ist, stehen dagegen neben Teilen der Staatsverwaltung nur der Auswärtige Dienst (einschließlich der Außenhandelsorganisation) und die Sowjetarmee zur Verfügung. Um den Einfluß in den Massenorganisationen wird noch gekämpft, während die Kriegsmarine sichtlich eine eigene und von der Armee unabhängige Politik verfolgt. Diese Verschiebung des Machtgleichgewichts hat den Marschall *Bulganin*, der sowohl das Vertrauen der Wehrmacht als auch der Staats- und Wirtschaftsbürokratie besitzt, stärker in den Vordergrund treten lassen. Es dürfte kein Zufall sein, daß die Festrede anlässlich der letzten Revolutionsfeier zur allgemeinen Ueberraschung gerade von ihm gehalten worden ist<sup>121</sup>. In jedem Fall haben die latent vorhandenen Spannungen im Politbüro das Eigengewicht der übrigen „Transmissionen“ vergrößert und die zentrifugalen Kräfte innerhalb des Systems der stationären Diktatur verstärkt. Kräfte, die bisher nur durch die unbestrittene Autorität Stalins zu bändigen gewesen sind.

#### *Das Organisations-Büro*

Das Orgbüro ist innerhalb der Parteiexecutive zuständig für die Entscheidung sämtlicher organisatorischer Fragen grundsätzlicher Art. Seine Bedeutung gegenüber dem Politbüro und Sekretariat darf nicht unterschätzt werden. Es diente einst *Stalin* neben dem Sekretariat als Sprungbrett zur Macht. Vom Orgbüro wechselten seine Parteigänger in das Politbüro über, so vor allem *Molotow*, *Kalinin*, *Woroschilow*, *Kaganowitsch*, *Kirow*.

Dem Orgbüro in dem Bestande von 1939 gehörten neben den vier Sekretären: *Stalin*, *Shdanow*, *Andrejew*, *Malenkow* noch *L. M. Kaganowitsch*, *Mechlis*, *Schtscherbakow*, *Schwernik* und *Michailow* an<sup>122</sup>.

*Mechlis* hatte seine Laufbahn in den zwanziger Jahren als einer der Privatsekretäre Stalins begonnen<sup>123</sup>. Neben *Jeshow* und *Malenkow* bekleidete er anschließend unter *L. M. Kaganowitsch* wichtige Schlüsselstellungen in der Parteiverwaltung. Nach dem Selbstmord *Gamarniks* und der Hinrichtung Marschall *Tuchatschewskijs* wurde er im Sommer

1937 als Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (PURKKA) mit der Säuberung der Wehrmacht beauftragt. 1940 übernahm er als Volkskommissar (seit 1946 Minister) die Leitung der reorganisierten Staatskontrolle. Ende Oktober 1950 wurde *Mechlis*, der allem Anschein nach für die neue „Troika“ zu selbständig war, durch einen der nächsten Mitarbeiter *Berijas*, Generaloberst der Staatlichen Sicherheit *Merkulow*, ersetzt<sup>124</sup>. Aus dem Orgbüro dürfte *Mechlis* bereits früher ausgeschieden sein.

*Michailow* wurde auf dem Höhepunkt der Säuberungen als Nachfolger *Kossarews* Generalsekretär des Komsomol. Er hat die Führung der bolschewistischen Parteijugend bis heute beibehalten. Von 1939 bis 1948 ist das Orgbüro hauptsächlich durch Parteigänger *Shdanows* oder *Malenkows* erweitert worden. Zu den Parteigängern *Shdanows* gehörten: *A. A. Kusnezow*, *G. M. Popow*, *G. F. Aleksandrow*, *Popkow*, *Rodionow*; zu denen *Malenkows*: *Susslow*, *Ponomarenko*, *Patolitschew*, *Andrianow*, *Schatalin*. Von den älteren Politbüromitgliedern protegert, rückten *Bulganin* und *W. W. Kusnezow* in das Orgbüro ein, wobei letzterer der *Shdanow*-Gruppe zuneigte<sup>125</sup>.

Von den ursprünglichen Parteigängern *Shdanows* dürfte heute bestenfalls *Aleksandrow* dem Orgbüro angehören, der 1947 bei *Shdanow* selbst in Ungnade gefallen und durch *Susslow* ersetzt worden war. *G. M. Popow*, der Sekretär des ZK und Leiter der Moskauer Parteiorganisation als Nachfolger *Schtscherbakows* geworden war, ist Ende 1949 in seinen hohen Stellungen durch *Chruschtschew* ersetzt worden<sup>126</sup>. Er leitet heute das politisch unwichtige Ministerium für Städtebau. *Popkow*, als Nachfolger *A. A. Aleksandrows* in Vertretung *Shdanows* Leiter der Leningrader Parteiorganisation, wurde Ende 1949 durch *Adrianow*, einen der nächsten Mitarbeiter *Malenkows* in der Leitung der Zentralverwaltungen für Personalangelegenheiten sowie Organisation und Instruktion, ersetzt<sup>127</sup>. *Rodionow* ging nach dem Tode *Shdanows* gleichfalls seines Amtes als Ministerpräsident der RSFSR verlustig und wurde durch *Tschernoussow* ersetzt. Die Parteigänger *Malenkows* haben ihre Positionen behauptet und weiter gefestigt. *Ponomarenko*, der langjährige Generalsekretär der Kommunistischen Partei Weißrußlands, hatte ebenso wie *Chruschtschew* und *Susslow* unter *Malenkow* an dem Wiederaufbau der vom Kriege zerstörten Gebiete mitgearbeitet. Er wurde nach dem Tode *Shdanows* fünfter Sekretär und ist zusammen mit *Schatalin*, einem alten Mitarbeiter *Malenkows*, aus den Zentralverwaltungen für Personalangelegenheiten sowie Organisation und Instruktion, für die Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolangelegenheiten zuständig. *Patolitschew* wirkte 1947 an der Seite von *L. M. Kaganowitsch* an der Reorganisation des



Parteiparates in der Ukraine mit. Anschließend leitete er als erster Sekretär das Gebietskomitee des wichtigen Gebietes Rostow<sup>128</sup>. Heute ist Patolitschew als Nachfolger *Gussarows*, der 1947 *Ponomarenko* abgelöst hatte, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Weißrußlands. Das Verhältnis der Berija-Malenkow-Gruppe zu dem Generalsekretär des Kom-somol, *Michailow*, scheint vorläufig ungetrübt zu sein. Dagegen hat es nicht an Anzeichen gefehlt, daß die Stellung W. W. *Kusnezows*, der über Andrejew und Schwernik Shdanow nahestanden hat, eine Zeitlang ernstlich gefährdet war<sup>129</sup>. Bislang hat W. W. *Kusnezow* sein Amt als Vorsitzender des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, das er 1944 als Nachfolger Schwerniks angetreten hat, behaupten können.

Nach der Säuberung des Orgbüros von den Parteigängern Shdanows dürfte dasselbe durch neue Mitglieder ergänzt worden sein. Amtliche Angaben liegen darüber zunächst nicht vor. Die Aufnahme *Metkulows* und *Tschernousows* erscheint wahrscheinlich. Daneben kämen als mögliche Kandidaten noch *Poskrebyschew*, *Pospelow*, *Judin* und der Molotow nahestehende Marschall *Wassilewskij* in Frage<sup>130</sup>.

Außer Stalin, Malenkow, Chruschtschew und Ssusslow ist Bulganin das einzige Mitglied des Politbüros, das gleichzeitig dem Orgbüro angehört.

In noch stärkerem Maße als im Politbüro macht sich im Orgbüro das Übergewicht der Berija-Malenkow-Gruppe bemerkbar, zumal das gesamte Sekretariat von Amts wegen dem Orgbüro angehört und seine Tätigkeit entscheidend beeinflußt.

#### Das Sekretariat

Das Sekretariat des ZK hatte in der Zeit der Großen Säuberungen teilweise in Verbindung mit der Privatkanzlei Stalins das Politbüro an Bedeutung übertroffen. Seit 1939 wurde das Gleichgewicht zwischen dem Politbüro und Sekretariat wiederhergestellt, zweifellos gefördert durch das innerhalb des Politbüros selbst sich herausbildende Gleichgewicht zwischen den einzelnen Gruppierungen und dadurch, daß Shdanow zusammen mit Malenkow das Hauptgewicht der organisatorisch-vollziehenden Tätigkeit von dem Sekretariat auf die zentralen Verwaltungen für Personalangelegenheiten, Propaganda und Agitation sowie Organisation und Instruktion verlagerte.

Die Reform der Parteiverwaltung hat die Position des Sekretariats gegenüber dem Politbüro eher gestärkt als geschwächt. Dafür stehen aber heute, abgesehen vom Generalsekretär, den einzelnen Sekretären nicht mehr die unbegrenzten Einflußmöglichkeiten offen, die bis zur Reform noch Shdanow und auch Malenkow besessen haben. Aus diesem Grunde wäre es falsch, das Sekretariat ohne weiteres als „Kleines Politbüro“ zu bezeichnen, auch wenn ihm vier Politbüromitglieder angehören. Dies liegt, ab-

gesehen von den Auswirkungen der Verwaltungsreform, an der eigenartigen Verbindung des Führeramtes mit der Stellung des Generalsekretärs, der zugleich von Amts wegen Vorsitzender des Polit- und des Orgbüros ist und der sich daraus ergebenden Verschiedenheit der Funktionen innerhalb der autokratischen Herrschaftsordnung.

Das Politbüro ist in erster Linie ein beratendes und leitendes, das Sekretariat dagegen ein anordnendes und vollziehendes Organ. Die letzte Entscheidung liegt allein beim Generalsekretär, der beiden Organen vorsteht. Es liegt ausschließlich an ihm, ob er einem der Sekretäre oder einem gewöhnlichen Mitglied des Politbüros in bestimmten Fällen das Entscheidungsrecht delegiert. Er kann auch das Sekretariat notfalls als beratendes Gremium, in diesem Falle gleichsam als „Kleines Politbüro“, heranziehen; er kann aber auch ein bestimmtes Mitglied des Politbüros, das nicht dem Sekretariat angehört, mit der Erledigung organisatorischer Fragen und dem Vollzug seiner mit oder ohne Wissen des Politbüros und Sekretariats getroffenen Entscheidungen betrauen. Dies dürfte aber immer als ein Sonderfall zu werten sein. Die Stärke des Sekretariats beruht darauf, daß es in noch weitgehendem Maße als das Politbüro oder Orgbüro die Tätigkeit der verschiedenen Exekutivorgane des Staates und der Partei koordiniert und ihre Zusammenarbeit regelt. Das Sekretariat des ZK leitet die Verwaltungstätigkeit der Zentralverwaltungen des ZK und steht an der Spitze der Hierarchie der Parteisekretäre, die den gesamten Parteiapparat und über ihn auch den gesamten Staatsapparat durchdringt und dem Willen der autokratischen Parteiführung unterwirft<sup>131</sup>.

Der 18. Parteikongreß bestätigte 1939 das Sekretariat im Bestande von *Stalin*, *Andrejew*, *Malenkow*, *Shdanow*<sup>132</sup>. 1941 wurde mit *Schtscherbakow* die Zahl der Sekretäre auf fünf erhöht. Der frühe Tod Schtscherbakows und das Ausscheiden Andrejews machten eine Neubesetzung des Sekretariats notwendig. 1946 setzte es sich aus *Stalin*, *Malenkow*, *Shdanow*, A. A. *Kusnezow* und G. M. *Popow* zusammen<sup>133</sup>. Ende 1947 wurde *Kusnezow*, der Kandidat im Politbüro wurde, durch *Ssusslow* abgelöst<sup>134</sup>. Nach dem Tode Shdanows erfolgte eine Neubesetzung und Umgruppierung des Sekretariats. Heute setzt es sich aus *Stalin*, *Chruschtschew*, *Malenkow*, *Ssusslow* und *Ponomarenko* zusammen<sup>135</sup>.

Entsprechend dem der Verwaltungsreform von 1948 zugrunde liegenden Verwaltungsprinzip ist der zweite Sekretär für die Landwirtschaft und das Beschaffungswesen, darüber hinaus für die Forstwirtschaft und Holzindustrie zuständig. Der dritte Sekretär zeichnet für die Industrie, darüber hinaus für die Gesamtplanung, die Finanzen und den Handel verantwortlich. Der vierte Sekretär hat die Propaganda und Agita-



tion unter sich. Der fünfte Sekretär ist für Angelegenheiten der Partei, der Gewerkschaften, des Komsomol und die Arbeitsverwaltung zuständig. In seiner Eigenschaft als fünfter Sekretär sind von *Ponomarenko* die Säuberungen im Partei- und Staatsapparat der baltischen Unionsrepubliken, insbesondere Estlands, und der finnokarelischen Unionsrepublik durchgeführt worden<sup>136</sup>, die wesentliche Stützen der Sdhanowschen Hausmacht gewesen sind. Die im November 1950 erfolgte Ernennung Ponomarenkos zum Minister für Beschaffung (Bevorratung)<sup>137</sup> läßt die Vermutung zu, daß er seine bisherigen Funktionen mit *Chruschtschew* getauscht hat, der als einer der Triumvirn größere Autorität besitzt, um die von der Berija-Malenkow-Gruppe erwünschten Veränderungen im Partei- und Staatsapparat zu bewirken und die Vorbereitungen zum anstehenden 19. Parteikongreß zu treffen.

Gemäß den Grundsätzen der Verwaltungsreform bleibt *Stalin* als Generalsekretär neben einer Koordination der Tätigkeit der übrigen Sekretäre die unmittelbare Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten, der Staatspolizei und Wehrmacht vorbehalten. Außer *Stalin* gibt es heute nach Verwirklichung der Verwaltungsreform nur einen einzigen Mann, dem auf Grund seiner funktionalen Wirkungsmöglichkeiten eine dem Generalsekretär annähernd gleiche Schlüsselposition zufällt. Dies ist sein georgischer Landsmann *Lawrentij Pawlowitsch Berija*, dem neben den beiden Zweigen der Staatspolizei — MWD und MGB — die Staatskontrolle und wichtige Teile der Wehrwirtschaft unterstehen<sup>138</sup>. Er durchdringt mit dem von ihm geleiteten Nachrichten- und Sicherheitsdienst nicht nur den staatlichen und wirtschaftlichen, sondern auch den parteilichen und militärischen Bereich. *Berija*, nicht *Malenkow*, mit dem ihn im übrigen ein enges Vertrauensverhältnis verbindet, ist der eigentliche Nutznießer der seit dem Tode Sdhanows vor sich gegangenen Veränderungen. Die Bestimmung des künftigen Generalsekretärs und damit die Lösung der Sukzessionsfrage dürfte entscheidend gerade von ihm abhängen, der heute bereits allgemein in der Rangfolge der obersten Parteiführer als „Dritter Mann“ neben *Molotow* und *Malenkow* gilt.

#### *Die Zentralverwaltung für Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolangelegenheiten*

Unter den neuen Zentralverwaltungen kommt der Abteilung für Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolangelegenheiten eine zentrale Bedeutung zu. Im wesentlichen hat sie die Funktionen sowohl der früheren Verwaltung für Personalangelegenheiten als auch der allem Anschein nach unterdessen aufgelösten Verwaltung für Ueberprüfung der Parteiorgane übernommen, die 1946 aus der Umwandlung

der Abteilung für Organisation und Instruktion entstanden war<sup>139</sup>.

Während die Verwaltung für Propaganda und Agitation in erster Linie die Ausbildung von Parteimitgliedern zu leitenden Funktionären durchführte, blieb die Auswahl und Verteilung dieser Kader als primäre Aufgabe der Verwaltung für Personalangelegenheiten (Kader) überlassen, deren Funktionen im unmittelbaren Bereich der Partei, der Gewerkschaften und des Komsomol nunmehr auf die oben genannte neue Abteilung übergegangen sind. Wie aus Äußerungen *Schatalins* zu ersehen ist, waren die Organe der Personalverwaltung früher auf der Gebietsebene für die Besetzung von 2600 verschiedenen Typen von Stellenpositionen und auf der Bezirksebene für eine entsprechend niedrigere Anzahl von 700 zuständig<sup>140</sup>. Dies bedeutet, daß die Organe der Personalverwaltung auf der Gebietsebene für den Einsatz von Zehntausenden und auf der Bezirksebene von Tausenden von Funktionären verantwortlich waren. So sind zum Beispiel allein im Jahre 1947 in der Stadt Leningrad Kommandohöhen in der Partei, der Staats- und Wirtschaftsverwaltung sowie in den Massenorganisationen von mehr als 12 000 neuen Funktionären besetzt worden<sup>141</sup>.

Die leitenden Kader werden laufend ausgewechselt und abwechselnd in verschiedenen Verwaltungsbereichen verwandt. So wurde z. B. *N. Pegow*, der stellvertretende Leiter der Verwaltung für Ueberprüfung der Parteiorgane, 1946 zum Sekretär des Rates für Kolchosangelegenheiten beim Ministerrat der Sowjetunion ernannt. 1948 wechselte er von der Landwirtschaft zur Industrie über und wurde Leiter der neuen Abteilung für Leichtindustrie. *A. I. Koslow*, der jetzige Leiter der Abteilung für Landwirtschaft des ZK, war bis zu der 1947 erfolgten Auflösung Leiter des Ministeriums für Viehzucht. *P. I. Lebedjew*, der jetzige Leiter des Komitees für Kunstangelegenheiten beim Ministerrat der Sowjetunion, war früher Abteilungsleiter in der Verwaltung für Propaganda und Agitation. Dieses horizontal und vertikal wirksame „Kreislaufsystem“ trägt wesentlich dazu bei, eine beim autokratischen System zwangsläufige bürokratische Erstarrung der Verwaltung zu verhindern, die Elastizität des Apparates zu erhalten und die dynamische Schwungkraft des Vollzugs zu sichern. In diesem Sinne wird von den zentralen Organen der Personalverwaltung eine straffe Kontrolle der entsprechenden örtlichen Organe ausgeübt. So wurden zum Beispiel 27 vH von Funktionären, die von der Personalabteilung des ZK der Kommunistischen Partei Aserbaidshans für leitende Positionen in der Staatsverwaltung in den Jahren 1947 und 1948 ausgewählt worden waren, auf Befehl der Moskauer Zentrale aus ihren Stellungen entfernt. Im Verlauf von achtzehn Monaten nach dem Kriege wurden in der



Weißrussischen SSR 90 vH aller Sekretäre der Bezirkskomitees der Partei, 96 vH der leitenden Funktionäre der Staatsverwaltung auf der Bezirksebene und 82 vH aller Kolchosvorsitzenden durch neue Funktionäre ersetzt<sup>142</sup>.

Die ständige Anweisung und laufende Ueberprüfung der von der Personalverwaltung ausgewählten Funktionäre gehörte zu den Kompetenzen der Abteilung für Organisation und Instruktion, die zugleich für sämtliche aktuelle organisatorische Fragen zuständig war. Sie wurde im Jahre 1943 auf Grund eines besonderen Beschlusses des ZK reorganisiert und gliederte sich in vier Unterabteilungen<sup>143</sup>. Zwei Unterabteilungen waren für die laufende Anweisung und Ueberprüfung der Parteifunktionäre vorgesehen. Die dritte Unterabteilung leitete den örtlichen Sondereinsatz von Inspektionsgruppen, die im Rahmen ihres regionalen Tätigkeitsbereiches für die Bearbeitung von Organisationsfragen in sämtlichen Verwaltungszweigen zuständig waren. Die vierte Unterabteilung „für Parteiinformation“ hatte eine genaue Ueberprüfung der von den untergeordneten Parteiorganen ständig einlaufenden Berichte durchzuführen und zu ihnen kritisch Stellung zu nehmen. Die wachsenden Verwaltungsaufgaben, vor die sich die Partei in der Nachkriegszeit gestellt sah, veranlaßten zunächst eine Intensivierung der Tätigkeit der Abteilung für Organisation und Instruktion sowie ihre 1946 erfolgte Umwandlung in eine Verwaltung für Ueberprüfung der Parteiorgane, die ihr besonderes Augenmerk auf die Kontrolle der Durchführung der Parteidirektiven zu richten hatte, was bisher in erster Linie die Aufgabe der 1939 reorganisierten Parteikontrollkommission gewesen war.

Ihre besondere Aufmerksamkeit widmet die neue Verwaltung, deren Struktur selbst sich nicht änderte, im Jahre 1947 der Tätigkeit der Motor-Traktoren-Stationen (MTS), bei denen 1946 wieder politische Abteilungen und das System der stellvertretenden Direktoren für politische Angelegenheiten eingeführt worden sind<sup>144</sup>. Von ihr wurde mit Hilfe des Umtausches von Parteimitgliedskarten im Zusammenwirken mit der Parteikontrollkommission eine genaue Ueberprüfung vor allem der jungen Parteimitglieder durchgeführt. Die Struktur und Tätigkeit der nationalen Kommunistischen Parteien, so zum Beispiel 1947 der Kommunistischen Partei Weißrußlands sowie der Parteiorganisationen in verschiedenen Industriezweigen und in der Kolchosverwaltung, wurden einer eingehenden Untersuchung unterworfen, die entsprechende „durchgreifende“ Maßnahmen auf organisatorischem und personellem Gebiet auslöste. Mit der Bildung der neuen Abteilung für Partei-Gewerkschafts- und Komsomolangelegenheiten ist die Tätigkeit der beiden bisherigen Verwaltungen begrenzt, dafür aber vereinheitlicht und geschlossen auf den Partei-, Gewerkschafts- und Komsomolapparat kon-

zentriert worden. Das System der Inspektionsgruppen ist von der neuen Zentralverwaltung übernommen worden, deren Befugnisse auch auf Personalangelegenheiten ausgedehnt worden sind.

#### *Die Kommission für Parteikontrolle*

Die Kommission für Parteikontrolle (KPK) trat 1934 an die Stelle der früheren Zentralen Kontrollkommission (ZKK). Sie wurde auf die Kontrolle der Durchführung von Beschlüssen der Partei und ihrer Exekutivorgane sowie die Belangung von Parteimitgliedern, welche die Parteidisziplin und Parteiethik verletztten, beschränkt. Sie verlor ihr bisheriges Aufsichtsrecht über die Tätigkeit des ZK, verblieb aber formell als ein vom ZK unabhängiges Kontrollorgan. An der Durchführung der „Großen Säuberungen“ hatte sie unter der Leitung von *Andrejew* und *Jeshow* maßgeblichen Anteil.

Aus dem bisherigen Kontrollorgan des Parteikongresses wurde gemäß den Bestimmungen des Art. 35 der neuen Parteisatzung ein Kontrollorgan des Zentralkomitees, dessen Funktionen auf die Ueberprüfung der Arbeit der örtlichen Parteiorganisationen ausgedehnt wurde. Mit der Wahl durch das Zentralkomitee verlor die KPK auch formell ihre bisherige Unabhängigkeit von der Parteiexecutive. Durch die Reorganisation der Staatskontrolle wurde die Zuständigkeit der Parteikontrollkommission auf die Partei und die Massenorganisationen begrenzt. Leiter der KPK verblieb auch 1939 weiter *Andrejew*<sup>145</sup>, dessen Stellvertreter an Stelle von *Jeshow*, *M. F. Schkirjatow* wurde, der an der Tätigkeit der ZKK seit ihren ersten Anfängen maßgeblich mitgewirkt und damit wesentlichen Anteil an der Eroberung der Macht durch *Stalin* gehabt hat<sup>146</sup>. In seinen Händen befindet sich heute die Leitung der KPK, deren frühere Befugnisse infolge der Verwaltungsreform zu einem großen Teil wiederhergestellt worden sind, während sie eine Zeitlang beinahe ganz auf die Verwaltung für Ueberprüfung der Parteiorgane übergegangen waren. Neben der allgemeinen Ueberwachung der Parteidirektiven bleibt die Belangung aller einer Verletzung des Parteiprogramms und des Parteistatuts sowie der Parteidisziplin schuldigen Parteimitglieder die entscheidende Funktion der KPK, deren Kern ein besonderes Parteigericht — Partkollegium — bildet. Inwieweit es der Staatspolizei gelingen wird, nach der Staatskontrolle auch die Parteikontrolle ihrem unmittelbaren Einfluß zu unterwerfen, wird vielleicht schon die nächste Zukunft zeigen. In jedem Fall dürfte bei den zukünftigen Parteisäuberungen der KPK wieder eine maßgebende Rolle zufallen.

#### *Die Zentrale Revisionskommission*

Der Zentralen Revisionskommission (ZRK) kommt im System der Parteiorgane nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Die ZRK übt gemäß Art. 42 der Par-



teisierung die Aufsicht über die Geschäftsführung der zentralen Parteiorgane und das Finanzgebaren und die wirtschaftliche Tätigkeit der Partei aus. Als ihr Leiter wurde 1939 M. F. Wladimirskij bestätigt<sup>147</sup>. Ihr Bestand, dem 50 prominente Parteifunktionäre angehören, dient als eine Art Reserveliste für das Zentralkomitee<sup>148</sup>.

So sind beispielsweise *Ssusslow* und *Schatalin* aus

der ZRK in das Zentralkomitee und seine Vollzugsorgane übernommen worden.

Neben dem ZK ist die ZRK das einzige Organ, das unmittelbar vom Parteikongreß zu wählen ist und infolgedessen als Kontrollorgan der Partei eine gewisse, wenn auch sehr beschränkte, Selbständigkeit gegenüber der Parteiexecutive bewahrt hat.

(Der Beitrag wird fortgesetzt)

## Anmerkungen

<sup>147</sup> Vgl. den Bericht in der *Iswestija* v. 7. September 1947, Nr. 211 mit der Festrede des Parteisekretärs und Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Moskauer Stadtsowjets, G. M. Popow.

<sup>148</sup> Durch Dekret des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR v. 6. September 1947. Wortlaut in der *Iswestija* v. 7. September 1947, Nr. 211; in deutscher Uebersetzung: *Neue Welt*, 2. Jg., 1947, Nr. 17.

<sup>149</sup> Wortlaut in der *Iswestija* v. 7. September 1947, Nr. 211; in deutscher Uebersetzung: *Neue Welt*, 2. Jg., 1947, Nr. 17.

<sup>150</sup> Vgl. den Bericht in der *Iswestija* v. 9. September 1947, Nr. 212.

<sup>151</sup> Vgl. G. v. Rauch: „Die Grundlinien der sowjetischen Gesellschaftsschreibung im Zeichen des Stalinismus“, *Europa-Archiv*, Nr. 19/1950, S. 3383–3388; 20/1950, S. 3423–3432; 21/1950, S. 3489–3494.

<sup>152</sup> Vgl. B. Meissner in: „Die Verfassungen der modernen Staaten“, Bd. I, Hamburg 1947, S. 150–151.

<sup>153</sup> Vgl. A. J. Wyschinskij: „Fragen des Staates und Rechts“ im „Kommunistischen Manifest“, *Sowjetskoje Gossudarstwo i Prawo*, 1948, Nr. 2, S. 1 ff. I. P. Trainin: „Die Quelle der marxistisch-leninistischen Staatstheorie“, *Iswestija* v. 8. Februar 1948, Nr. 32; in deutscher Uebersetzung: „Das Problem des Staates im Kommunistischen Manifest“, *Tägliche Rundschau* v. 29. Februar 1948, Nr. 51; ferner die Beiträge: „100 Jahre Manifest der Kommunistischen Partei“, *Neue Welt*, 3. Jg., Nr. 3, 1948.

<sup>154</sup> Zitiert nach der deutschen Uebersetzung in der *Täglichen Rundschau* v. 12. März 1948, Nr. 61 und 16. März 1948, Nr. 64.

<sup>155</sup> Vgl. hierzu auch A. J. Wyschinskij: „Die Lehre Lenins-Stalins von der Proletarischen Revolution und vom Staat“, Berlin 1949.

<sup>156</sup> Vgl. die Literaturhinweise in der Abhandlung des Verfassers: „Auswärtige Gewalt und Auswärtiger Dienst Rußlands“, die demnächst in der Reihe der Hektographierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg erscheinen wird.

<sup>157</sup> Eine gute Darstellung des vielgestaltigen Systems der Kontrollen gibt Merle Fainsod in seiner Abhandlung: „Recent Development in Soviet Public Administration“, *The Journal of Politics*, Jg. 11, 1949, Nr. 4, S. 679–714 (zitiert Fainsod II).

<sup>158</sup> Vgl. B. Meissner: „Der Wandel im sozialen Gefüge der Sowjetunion“, *Europa-Archiv*, 9/1950, S. 2989–3004; dgl.: „Stalins neuer Ständestaat“, *Sonntagsblatt*, 1950, Nr. 25; dgl.: „Neue Klassen in der klassenlosen Gesellschaft“. Der soziale Hintergrund sowjetischer Doktrin und Außenpolitik, *Sonntagsblatt*, 1951, Nr. 1; K. Mehnert: „Zentralfrage des Bolschewismus: Wann kommt der Kommunismus“, *Christ und Welt*, 1950, Nr. 25; A. Inkeles: „Social Stratification and Mobility in the Soviet Union 1940–1950“, *American Sociological Review*, 15. Jg., 1950, S. 465–479.

<sup>159</sup> Vgl. B. Meissner: „Die Verfassungsentwicklung der Sowjetunion seit dem Zweiten Weltkrieg (II)“, *Jb. f. int. u. ausl. öff. Recht*, 2. Jg., 1949, S. 783; J. D. Lewin und W. W. Karass (Herausgeber): „Grundlagen des sowjetischen Staats und Rechts“, Moskau/Leningrad, 1947 (russ.), S. 245; A. J. Denisow (Herausgeber): „Geschichte des sowjetischen Staats und Rechts“, Moskau, 1949 (russ.).

<sup>160</sup> Vgl. Potjemkin (Herausgeber): „Geschichte der Diplomatie“, Bd. III, Moskau, 1947, S. 888/9.

<sup>161</sup> Dekret vom 1. September 1947: Ueber die Einführung von persönlichen Diensträngen und Dienstrangabzeichen für

den Personalbestand des Ministeriums für Binnenschifffahrt. Wortlaut in der *Iswestija* v. 5. September 1947, Nr. 209.

<sup>162</sup> VO des Ministerrats der UdSSR v. 10. September 1947: Ueber Vor- und Sonderrechte von Untertagearbeitern, leitendem Personal und Ingenieuren-Technikern der Kohlenindustrie und des Kohlenbergbaus, Wortlaut in der *Iswestija* v. 24. September 1947, Nr. 225. Vgl. auch die Abhandlung von A. Pierre: „Die Rangordnung in den Bergwerken der UdSSR“, in: Une semaine dans le monde, Paris, wiedergegeben in: *Neue Auslese*, 3. Jg., 1948, Nr. 8, S. 20–24.

<sup>163</sup> Das Generationsproblem in der Sowjetunion hat neuerdings G. F. Achminow, ein Angehöriger der sogenannten Neuen Emigration, in seinem Buch: „Die Macht im Hintergrund, Totengräber des Kommunismus“, Ulm 1950, in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gerückt.

Es wäre falsch, bei der Bestimmung einer Generation schematisch von bestimmten Zeitspannen auszugehen. Diese können bei einer sprungartigen Entwicklung sehr verschieden sein. Es kommt immer nur entwicklungsmäßig auf das gemeinsame Schicksal und Erlebnis bestimmter Gruppen von Jahrgängen an. Im vorliegenden Fall ist die Begrenzung von 20 Jahren allein für die mittlere Generation als ungefähre Anhalt gewählt worden und dürfte annähernd zutreffen. Die alte und die junge Generation umfassen mehr Jahrgänge, da zur alten Generation auch die heute 80jährigen zuzurechnen sind, die in der Revolutionszeit als 47- bis 57jährige noch aktiv mitgewirkt haben, während zur jungen Generation noch die Jahrgänge der heute 16- bis 20jährigen stoßen. Die Grenzen zwischen den einzelnen Generationen sind fließend, doch sind unverkennbar drei Gruppen zu unterscheiden, die einen selbständigen Generationscharakter tragen. Auch Achminow trifft diese Unterscheidung (a. a. O. S. 274/5), faßt aber eigenartigerweise die beiden ersten Gruppen zu einer einzigen, der alten Generation zusammen, was bei den unverkennbar vorhandenen Unterschieden als nicht hinreichend zwingend erscheint. Bei der jahrgangsmäßigen Abgrenzung der jungen Generation stimmt Achminow (a. a. O. S. 143) mit dem Verfasser überein. Man braucht aber nicht unbedingt den Schnitt bei 1910 anzusetzen, man kann noch den Jahrgang 1915 zum Schnittpunkt nehmen. Jedenfalls sind die Jahrgänge 1910 bis 1915 im Verhältnis zwischen der jungen und mittleren Generation unverkennbar Uebergangsjahrgänge, was im gleichen Maße auch für die Jahrgänge 1890 bis 1895 im Verhältnis zwischen der mittleren und der alten Generation gilt.

Die Beurteilung der Charakterzüge der neuen Generation beruht auf eingehenden persönlichen Beobachtungen des Verfassers.

<sup>164</sup> Zahlen nach Achminow, a. a. O. S. 143 und I. Towster: „Political Power in the USSR 1917–1947“, New York 1948, S. 333.

<sup>165</sup> Zu den sowjetischen Auszeichnungen vgl. die Uebersicht bei A. Guilleaume: „Warum siegte die Rote Armee?“, Baden-Baden, 1950, S. 291–296 und den Abschnitt: „Ranks and Decorations“ bei V. Gsovski: „Soviet Civil Law“, Bd. I, Ann Arbor 1948, S. 141–144.

<sup>166</sup> Vgl. den ausgezeichneten Aufsatz von N. I. Ossipow: „Zur Psychologie des Sowjetmenschen“, *Ost-Probleme*, 2. Jg. 1950, Nr. 51/52, S. 1628–1631.

<sup>167</sup> Vgl. A. M. Pankratowa: „Das große russische Volk — die hervorragende Nation und die führende Kraft der Sowjetunion“, Moskau 1947 (russ.); „Das große russische Volk“, *Literaturnaja Gasetta* v. 24. Mai 1950; in dt. Uebersetzung, *Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, Nr. 25, S. 780–781 sowie die be-



kannten Ausführungen Stalins b. einem Empfang v. Kriegsteilnehmern im Kreml am 24. Mai 1945, zitiert b. Rauch; a. a. O., S. 3429.

<sup>22)</sup> Der psychologische Hintergrund des modernen totalitären Staates ist in einer ungemein interessanten Diskussion in der *Neuen Zürcher Zeitung* im April 1950 einer Untersuchung unterzogen worden, die durch eine Besprechung des Buches von Jules Monnerot: „Sociologie du Communisme“, Paris, durch Wilhelm Röpke (NZZ v. 2. April 1950) ausgelöst worden ist. Monnerot bezeichnet den russischen Kommunismus auf Grund seines zugleich pseudoreligiösen und imperialistischen Charakters als „atheistischen Islam des 20. Jahrhunderts“. Es ist das Verdienst von Waldemar Gurian bereits lange vor Monnerot in seinen Arbeiten auf den pseudoreligiösen Charakter des Bolschewismus aufmerksam gemacht zu haben. Vgl. hierzu auch seine jüngste Abhandlung: „From Lenin to Stalin“, *Review of Politics*, 12. Jg., 1950, Nr. 3. S. 379–388. Achminow unterschätzt in seinem Buch die pseudoreligiöse Triebkraft des Bolschewismus, die trotz der Verlagerung des Schwergewichts von den sozialistischen auf die nationalistischen Antriebe und der Säkularisierung des marxistisch-leninistischen Dogmas in der dritten Phase des Stalinismus, ihre Bedeutung keineswegs eingebüßt hat, wenn sie auch im europäischen Bereich und in Rußland selbst stark an Wirkung verloren hat.

<sup>23)</sup> Vgl. Rauch, a. a. O. und K. Mehnert: „Weltrevolution durch Weltgeschichte“, Kitzingen/Main 1950.

<sup>24)</sup> Vgl. *Iswestija* v. 22. und 23. Dezember 1949, Nr. 301 und 302; *Tägliche Rundschau* v. 21. und 22. Dezember 1949, Nr. 299 und 300 sowie „Der große Führer hatte Geburtstag“, *Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, S. 49–58.

<sup>25)</sup> Merle Fainsod: „Postwar Role of the Communist Party“, *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Mai 1949 (zitiert: Fainsod I).

<sup>26)</sup> Vgl. Mediator: „Die Parteigeneralität der KPdSU (B)“, (*Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, S. 918–928).

<sup>27)</sup> Wortlaut des Informationsberichtes Malenkows in deutscher Übersetzung in *Neue Welt*, 2. Jg., 1947, Nr. 23, S. 9–26.

<sup>28)</sup> Neben Stalin gehörten dem Ausschuß Andrejew, Bagirov, Benediktow, Berija, Wosnessenskij, Woroschilow, Wysschinskij, Donskoj, Shdanow, L. M. Kaganowitsch, Kalinin, Korotschenko, Losowskij, Malenkow, Manuilschij, Mechlis, Mikojan, Mitin, Molotow, Pospelow, Skworzow, Chruschtschew, Schwernik, Schtscherbakow, Jussupow und Jaroslawskij an.

<sup>29)</sup> Vgl. „Stalin the Heretic“, *Economist* v. 14. April 1950; in deutscher Übersetzung *Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, S. 571 bis 573; Josip Broz-Tito: „Der jugoslawische Weg zum Kommunismus“, Borba v. 27. Juni 1950; in deutscher Übersetzung *Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, S. 1245–1253; Leitartikel: „Die jugoslawische Kritik an der Sowjetunion“, *Neue Zürcher Zeitung* v. 16. August 1950.

<sup>30)</sup> Zahlen nach: „Fragen der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Kommunisten)“, in *Partijnaja-Schisnj*, 1947, Nr. 20, S. 73–83; vgl. auch Fainsod (I) a. a. O., S. 20. Sie betreffen sowohl Vollmitglieder als auch Kandidaten der Partei.

<sup>31)</sup> Vgl. Malenkow, a. a. O.

<sup>32)</sup> Vgl. W. Meder: „Die Verfassung der bolschewistischen Partei“, Europa-Archiv, 5/1949, S. 1941–1955.

<sup>33)</sup> Zahlen nach Towster a. a. O., S. 335.

<sup>34)</sup> Nach Towster, a. a. O., S. 335.

<sup>35)</sup> A. Shdanow: „Abänderungen am Statut der KPdSU (B)“, Berlin 1950, S. 47.

<sup>36)</sup> Zahlen nach *Partijnaje Stroitelstwo*, 1946, Nr. 4, S. 27–28 vgl. auch Fainsod (I), a. a. O., S. 30.

<sup>37)</sup> Nach Towster, a. a. O., S. 334.

<sup>38)</sup> Shdanow, a. a. O., S. 47.

<sup>39)</sup> Vgl. Meissner, a. a. O., S. 2991 ff.

<sup>40)</sup> Zahlen für 1924 und 1927 nach Towster, a. a. O., S. 317, 321, 327; für 1930 „Bolschaja Sowjetskaja Enziklopedija“, Bd. 11, 1930, S. 533.

<sup>41)</sup> Vgl. Meissner, a. a. O., S. 2995 ff.

<sup>42)</sup> Vgl. Meder, a. a. O., S. 1947.

<sup>43)</sup> Zahl nach Towster, a. a. O., S. 321.

<sup>44)</sup> Zahl nach Towster, a. a. O., S. 321.

<sup>45)</sup> Zahlen nach Towster, a. a. O., S. 317, 320, 327.

<sup>46)</sup> Vgl. Meissner, a. a. O., S. 2996; übereinstimmend Harper-Thompson: „The Government of Soviet Union“, New York, 1950, S. 80.

<sup>47)</sup> Zahlen nach Towster, a. a. O., S. 328 und Harper-Thompson, a. a. O., S. 80. Bei den Zahlen für 1941 erfaßt der prozentuale Anteil von 29,1 auch die nicht abgeschlossene Hochschulbildung.

<sup>48)</sup> Vgl. Prawda v. 15. März 1939.

<sup>49)</sup> Nach Harper-Thompson, a. a. O., S. 80, allerdings ohne Quellenangabe. Fainsod erwähnt als Beispiel für die soziale Zugehörigkeit der während des Krieges neu aufgenommenen Parteimitglieder das Beispiel des Gebiets Tscheljabinsk 1941/42. Zu den neu aufgenommenen Kandidaten gehörten 600 Arbeiter, 289 Kollektivbauern und 2035 Angehörige der Intelligenz. Vollmitglieder wurden zur gleichen Zeit 909 Arbeiter, 399 Kollektivbauern und 3515 Angehörige der Intelligenz. Mehr als 70 vH der neuen Kandidaten beziehungsweise Vollmitglieder dieses Gebiets gehörten somit der neuen Führungsklasse an. Vgl. Fainsod (I), a. a. O., S. 21.

<sup>50)</sup> Zahlen nach *Partijnaja Schisnj* 1947, Nr. 20, S. 83, vgl. auch Fainsod (I) a. a. O., S. 30.

<sup>51)</sup> Vgl. Meissner, a. a. O., S. 2990.

<sup>52)</sup> Vgl. Meder, a. a. O., S. 1949.

<sup>53)</sup> Shdanow, a. a. O., S. 47.

<sup>54)</sup> Zahlen nach Towster, a. a. O., S. 332.

<sup>55)</sup> Vgl. L. Nemzer: „The Kremlin's Professional Staff: The „Apparatus“ of the Central Committee Communist Party of the Union“, *American Political Science Review*, 44. Jg., 1950, S. 83. Vgl. auch den Bericht über die parteiamtliche Konferenz zu den Fragen der Arbeit unter den Frauen, an der neben den Parteisekretären Ssusslow und Ponomarenko auch der Vorsitzende der Parteikontrollkommission Schkirjatow teilnahm, *Kultura i Schisnj* v. 7. November 1950, Nr. 31.

<sup>56)</sup> Zahlen nach Towster, a. a. O., S. 337/8.

<sup>57)</sup> Vgl. W. Meder: „Materialien zur sowjetischen Kulturpolitik“, Europa-Archiv, Mai/1948, S. 1357–1362; Achminow, a. a. O., S. 212 ff.

<sup>58)</sup> Zur Stalin-Rede vor dem Plenum des ZK der KPdSU (B) am 3. März 1937. Vgl. den Bericht von W. Markert in *Ost-europa*, 12. Jg., 1936/37, S. 525–528. Zum Stalin-Bericht vor dem 18. Parteikongreß; vgl. J. Stalin: „Fragen des Leninismus“, Moskau 1947, S. 711–721.

<sup>59)</sup> Vgl. *Iswestija* v. 21. September 1946, Nr. 223.

<sup>60)</sup> Vgl. A. Inkeles: „Public Opinion in Soviet Russia“, A Study in Mass Persuasion, Cambridge Mass., 1950, S. 60/61.

<sup>61)</sup> Vgl. *Iswestija* v. 2. November 1946, Nr. 259.

<sup>62)</sup> Vgl. Inkeles, a. a. O., S. 61.

<sup>63)</sup> Vgl. den Bericht über den Staatsakt mit der Rede des Parteisekretärs A. A. Kusnezow in der *Iswestija* v. 2. Januar 1946, Nr. 259. Ferner Meder, a. a. O., S. 1358.

<sup>64)</sup> Vgl. Inkeles, a. a. O., 62.

<sup>65)</sup> In die Hohe Schule der Partei werden, unabhängig von der Dauer ihrer Parteizugehörigkeit, Parteimitglieder bis zu 40 Jahren mit abgeschlossener höherer Schulbildung aufgenommen, vgl. *Kultura i Schisnj* v. 21. Mai 1950, Nr. 14; in die Akademie für Gesellschaftswissenschaften werden nur Parteimitglieder, die mindestens 5 Jahre der Partei angehören, aufgenommen, soweit sie bis zu 40 Jahren alt sind und eine abgeschlossene Hochschulbildung besitzen. Vgl. *Kultura i Schisnj* v. 21. Januar 1950, Nr. 2, und v. 11. August 1950, Nr. 22.

<sup>66)</sup> Zahlen nach Inkeles, a. a. O., S. 56 und 60. Die Gesamtzahl der Absolventen der Parteischulen auf der Bezirksebene betrug von 1944 bis 1950 über 500 000. Vgl. „Die Partei-Abendschulen im Jahre 1950/51“, *Kultura i Schisnj* v. 20. August 1950, Nr. 23.

<sup>67)</sup> Durch den Beschluß des ZK der KPdSU (B) über die Durchführung von Ausbildungskursen der Propagandisten im Sommer 1950 (Vgl. Wortlaut *Kultura i Schisnj* v. 31. Mai 1950, Nr. 15) wurde die Fortbildung von Leitern und Propagandisten der Parteischulen und Studienzirkel sowie von Leitern von Propagandisten-Seminaren geregelt. Von den insgesamt 300 000 Parteipropagandisten nahmen 1949 und im Sommer 1950 an den Fortbildungskursen 120 000 städtische und 50 000 ländliche Propagandisten teil. Durch Kurzlehrgänge im Herbst 1950 wurden weitere 100 000 erfaßt. Vgl.: „Die Ausbildung der propagandistischen Kader ist zu sichern“, *Kultura i Schisnj* v. 20. August 1950, Nr. 23. Vgl. auch G. Gasanow: „Propagandistische Kader heranbilden und erziehen“, *Kultura i Schisnj* v. 30. Juli 1950, Nr. 21. „Größere Aufmerksamkeit der Qualität des Unterrichts in den Kursen für Propagandisten!“, *Kultura i Schisnj* v. 1. Juli 1950, Nr. 19.

<sup>68)</sup> Zu den Parteikabinetten vgl. den Bericht über die Kon-



ferenz im ZK der PKdSU (B) zur Frage der Arbeitstätigkeit der Parteikabinette, *Prawda* v. 31. Juni 1948, Nr. 213.

Zu den Studienzirkeln vgl.: „Der erste Unterricht in den Parteischulen und Zirkeln im neuen Schulungsjahr“, *Kultura i Shisnj*, v. 11. Oktober 1950, Nr. 28. Als Beispiel für den Lehrplan eines Zirkels, vgl. *Ost-Probleme*, 3. Jg., 1951, S. 29–30.

Zu dem individuellen Selbststudium vgl.: „Die Arbeit an dem Selbststudium der marxistisch-leninistischen Theorie“, *Kultura i Shisnj* v. 11. Juni 1950, Nr. 16 und „Politisches Selbststudium der Kommunisten“, *Kultura i Shisnj* v. 21. September 1950, Nr. 26. Vgl. auch H. Achminow: „Die politische Schulung in der Sowjetunion“, *Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, S. 928–930.

<sup>69)</sup> Vgl. „Die Erfahrungen der Vorlesungspropaganda der Parteiorganisationen“, *Kultura i Shisnj* v. 11. Januar 1950, Nr. 1.

„Die Qualität der Vorlesungspropaganda zur Aneignung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse ist zu heben“, *Kultura i Shisnj*, v. 31. August 1950, Nr. 24.

„Die Hauptaufgabe der Vorlesungspropaganda“, *Kultura i Shisnj*, v. 10. Dezember 1950, Nr. 34; „Seminare der Lektoren der Parteiorganisationen“, *Kultura i Shisnj*, v. 21. Dezember 1950, Nr. 35; „Seminare für Propagandisten und Konsultanten im neuen Schulungsjahr“, *Kultura i Shisnj*, v. 21. Oktober 1950, Nr. 29.

<sup>70)</sup> Vgl. den Bericht in *Kultura i Shisnj*, v. 11. Juli 1950, Nr. 19.

<sup>71)</sup> Vgl. W. Lukjanow: „Die Arbeit der Parteiorganisationen mit neuen Mitgliedern der Partei“, *Kultura i Shisnj*, v. 11. Oktober 1949, Nr. 28; „Die politische Erziehung der jungen Kommunisten“, *Kultura i Shisnj*, v. 11. Oktober 1949, Nr. 28; N. Michailow: „Die politische Schulung im Komsomol“, *Kultura i Shisnj*, v. 30. September 1949, Nr. 27; N. Kasmin: „Die ideologisch-politische Erziehung der sowjetischen Studentenschaft“, *Kultura i Shisnj*, v. 6. Juni 1950, Nr. 16.

<sup>72)</sup> Vgl. „Höher das Niveau der Parteischulung!“, *Kultura i Shisnj*, v. 13. Januar 1950, Nr. 3; „Die Leitung der Parteischulung ist zu verstärken!“, *Kultura i Shisnj*, v. 11. April 1950, Nr. 10; „Das ideologisch-politische Niveau der Kommunisten ist zu heben!“, *Kultura i Shisnj*, v. 10. September 1950, Nr. 25.

<sup>73)</sup> Zum Gegenstand der stalinistischen Verwaltungslehre, soweit sie die Sowjets, d. h. die Staatsverwaltung betrifft, vgl. W. F. Kotok: „Zur Frage des Gegenstandes des Sowjet-aufbaues“, *Sowjetskoje Gossudarstwo i Prawo*, 1949, Nr. 3, S. 13–25.

<sup>74)</sup> Vgl. Inkeles, a. a. O., S. 35.

<sup>75)</sup> Vgl. Nemzer, a. a. O., S. 76.

<sup>76)</sup> Vgl. *Kultura i Shisnj*, v. 31. August 1950, Nr. 24.

<sup>77)</sup> Der OMS wurde bis zur Zeit der Großen Säuberung von Ossip A. Pjatnizkij, einem alten Mitarbeiter Lenins, geleitet. Vgl. W. G. Krivitsky: „Ich war in Stalins Dienst“, Amsterdam 1940, S. 68/69 und R. Fischer: „Stalin und der deutsche Kommunismus“, Frankfurt a. M., 1950, S. 388/9.

<sup>78)</sup> Zu der Entwicklung des Kominform vgl. „The Evolution of the Cominform 1947–1950“, *World Today*, Chatam House Review, 6. Jg., 1950, S. 213–228.

<sup>79)</sup> Vgl. die Rede Shdanows auf dem Philosophenkongreß im Juni 1947. A. Shdanow: „Kritische Bemerkungen zu dem Buch A. F. Aleksandrows: Geschichte der westeuropäischen Philosophie“, Berlin 1950.

<sup>80)</sup> Zu der Persönlichkeit von Ssusslow vgl. *Mediator*, a. a. O., S. 921.

<sup>81)</sup> P. F. Judin, geb. 1899 in Gorki, gehört mit M. B. Mitin und G. F. Aleksandrow zu den bedeutendsten marxistisch-leninistischen Philosophen stalinistischer Prägung. 1931 tat er sich als Leiter der Parteizelle der Hochschule der Roten Professoren im Kampf gegen den Philosophen *Deborin*, 1937 gegen den Juristen *Paschukanis* hervor. 1939 gab er zusammen mit M. M. Rosenthal ein „Kurzes Philosophisches Wörterbuch“ heraus, das in zweiter Auflage 1940 erschienen ist und arbeitete an der dreibändigen Geschichte der Philosophie mit, deren dritter Band 1944 von dem ZK der KPdSU (B) mit der Begründung verurteilt wurde, daß er zu wenig national sei und die Bedeutung der deutschen Klassiker überbewerte. 1946 wurde Judin Leiter der Abteilung für Verlagswesen der Verwaltung für Propaganda und Agitation. In dieser Eigenschaft unterstand ihm das gesamte

sowjetische Verlagswesen. Gleichzeitig war er Hauptschriftleiter des Gewerkschaftsorgans *Trud*; 1947 wurde er Hauptschriftleiter der „*Sowjetskaja Kniga* und wirkte an einer veränderten Neuausgabe der Geschichte der Philosophie mit. Am 1. Februar 1948 nahm er als Vertreter der ZK der KPdSU (B) an der zweiten Tagung des Kominform in Jugoslawien teil. Unmittelbar darauf wurde er zum Hauptschriftleiter des Presseorgans des Kominform: Für einen dauerhaften Frieden, für die Volksdemokratie in Belgrad ernannt.

Judin hatte maßgebenden Anteil am Konflikt zwischen Tito und dem Kreml, sowie an der Reorganisation des Kominform.

Vgl.: „The Evolution of the Cominform“, a. a. O., S. 217 ff.

<sup>82)</sup> Einen Ueberblick über die Diskussion in der Sprachenfrage gibt die Zusammenstellung der Beiträge in der *Prawda* v. 9., 16., 23. und 30. Mai sowie 6. und 13. Juni 1950 in den *Ost-Problemen*, 2. Jg., 1950, S. 874–877. Der Wortlaut des Diskussionsbeitrages von Stalin: „Ueber den Marxismus in der Sprachwissenschaft“ ist in deutscher Uebersetzung in: *Neue Welt*, 5. Jg., 1950, Nr. 12, S. 3–22 und *Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, S. 877–885 erschienen. Der Wortlaut seiner vier Briefe: „Zu einigen Fragen der Sprachwissenschaft sowie Antwort an Genossen“ findet sich in: *Neue Welt*, 5. Jg., 1950, Nr. 13, S. 3–7; Nr. 15, S. 3–10 und „*Ost-Probleme*“, Jg., 1950, S. 1039–1045. Zur parteiamtlichen Auslegung vgl. G. Aleksandrow: „Ein neuer hervorragender Beitrag zur Schatzkammer des Leninismus“, *Neue Welt*, 5. Jg., 1950, Nr. 16, S. 35–56; W. Winogradow: „Zur linguistischen Diskussion und zu den Arbeiten I. W. Stalins über Fragen der Sprachwissenschaft“, *Neue Welt*, 5. Jg., 1950, Nr. 18, S. 22–45.

<sup>83)</sup> Zur Deutung der Stalinschen Revision des Marxismus-Leninismus siehe: Achminow, a. a. O., S. 224–234; Mehnert, a. a. O., S. 31–52 und S. 65–70; Leserzuschriften in *Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, S. 988–989, 1055–1056, 1493, 1638; G. Andrejew: „Bolschewistische Herrschaftsmethoden“, *Ost-Probleme*, S. 1626–1628.

„The Stalin-Marr Philological Controversy in the USSR“, *World Today*. Chatam House, Review, 6. Jg., 1950, S. 355–364.

„Stalin gegen Vulgarisateure des Marxismus“, *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. September und 1. Oktober 1950.

<sup>84)</sup> Zu der Rechts- und Staatswissenschaft vgl. A. I. Denissow: „Der wertvollste Beitrag zur Schatzkammer des Marxismus-Leninismus“, *Sowjetskoje Gossudarstwo i Prawo*, 1950, Nr. 9, S. 1–16; W. Ewgenjew: „Die Abhandlung des Genossen I. W. Stalin: „Ueber den Marxismus in der Sprachwissenschaft und die Aufgaben der sowjetischen Rechtswissenschaft“, *Sowjetskoje Gossudarstwo i Prawo*, 1950, Nr. 9, S. 17–28; W. Iwanow: „Einige Fragen der Staats- und Rechtslehre im Lichte der Arbeit des Genossen Stalin: „Ueber den Marxismus in der Sprachwissenschaft“, *Sowjetskoje Gossudarstwo i Prawo*, 1950, Nr. 10, S. 15–25.

Zu den Wirtschaftswissenschaften vgl.: S. Kaftanow: „Die Arbeiten J. W. Stalins zu den Fragen der Sprachwissenschaft und die Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft“, *Planowoje Chosjaistwo*, 1950, Nr. 5, S. 3–16; „Die Arbeiten des Genossen Stalin zu den Fragen der Sprachwissenschaft und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften“, *Iswestija Akademii Nauk SSSR, Otdelenije Ekonomiki i Prawa*, 1950, Nr. 5, 331–339. Zu der Geschichtswissenschaft sowie zur Philosophie vgl.: „Die Abhandlung des Genossen Stalin zu den Fragen der Sprachwissenschaft und die Aufgaben im Bereich der historischen und philosophischen Wissenschaften“, *Iswestija Akademii Nauk SSSR, Sserija Istorii i Filosofii*, 1950, Nr. 4, S. 322–359; „Ein neuer Beitrag zur Schatzkammer des Marxismus-Leninismus“, *Woprossy Istorii*, 1950, Nr. 8, S. 9–15.

<sup>85)</sup> Zum dialektischen und historischen Materialismus liegt neuerdings eine ausgezeichnete Arbeit von I. M. Bochenski: „Der sowjetrussische dialektische Materialismus (Diamat)“, Bern 1950 vor. Zu der ursprünglichen Auffassung Stalins vgl. den Abschnitt: „Ueber dialektischen und historischen Materialismus, in Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“. Kurzer Lehrgang, Berlin, 1946, S. 126–160.

<sup>86)</sup> Vgl. den Brief an den Genossen Cholopow, *Neue Welt*, 5. Jg., 1950, S. 5–10, insbesondere den Schlußsatz: „Der Marxismus erkennt keine unveränderlichen Schlußfolgerungen und Formeln an, die für alle Epochen und Perioden obliga-



torisch wären. Der Marxismus ist ein Feind jedes Dogmatismus.“

<sup>87)</sup> Die aktive und schöpferische Rolle des ideologischen Ueberbaus ist der Kern der neuen Stalinschen Lehre. Vgl. die parteiamtliche Auslegung im Aufsatz: „Ueber Basis und Ueberbau“, *Prawda*, v. 5. Oktober 1950 und *Kultura i Shisnj*, v. 21. Oktober 1950, Nr. 29; in deutscher Übersetzung in *Einheit*, 5. Jg., 1950, S. 1098–1109; G. Gläsermann: „Der Marxismus-Leninismus über Basis und Ueberbau“, *Neue Welt*, 5. Jg., 1950, S. 27–48. Zu der völlig entgegengesetzten ursprünglichen marxistischen Lehre vgl. den Abschnitt: „Ueberbau und Unterbau“ bei W. Theimer: „Der Marxismus Lehre-Wirkung-Kritik“, Bern, 1950, S. 84–116.

<sup>88)</sup> Vgl. hierzu die entsprechenden Sätze im Diskussionsbeitrag *Stalins*: „Zur Kenntnis der Genossen, die sich für die plötzlichen Umwälzungen begeistern, sei noch allgemein gesagt, daß das Gesetz vom Uebergang von der alten Qualität zur neuen durch plötzliche Umwälzungen nicht nur auf die Geschichte der Sprachentwicklung nicht anwendbar ist, sondern auch nicht immer auf andere gesellschaftliche Erscheinungen der Basis- oder Ueberbauordnung anwendbar ist. Es ist zwangsläufig für eine Gesellschaft, die in feindliche Klassen geteilt ist. Aber es ist keineswegs zwangsläufig für eine Gesellschaft, die keine feindlichen Klassen hat. In einem Zeitraum von acht bis zehn Jahren haben wir in der Landwirtschaft unseres Landes den Uebergang von der bürgerlichen Einzelbauernwirtschaftsordnung zur sozialistischen Kolchosordnung vollzogen. Das war eine Revolution, die die alte bürgerliche Wirtschaftsordnung auf dem Lande liquidierte und die neue sozialistische Ordnung schuf. Aber diese Umwälzung vollzog sich nicht explosionsartig, also nicht durch Sturz der bestehenden Macht und Errichtung einer neuen Macht, sondern durch den allmählichen Uebergang von der alten bürgerlichen Ordnung auf dem Lande zu einer neuen Ordnung. Und das konnte vollzogen werden, weil es eine Revolution von oben (Von mir gesperrt. Der Verf.) war, weil die Umwälzung auf Initiative der bestehenden Macht mit Unterstützung der großen Masse der Bauernschaft durchgeführt wurde.“ Zitiert nach: Ueber den Marxismus in der Sprachwissenschaft, *Neue Welt*, 5. Jg., 1950, Nr. 12, S. 18/19.

<sup>89)</sup> Die neue Lehre Stalins kommt nicht nur der Bewußtseinslage der romantisch, sondern auch der realistisch gesinnten Teile der Intelligenz und insbesondere der neuen Generation entgegen. Aus der Tatsache, daß durch die neue Doktrin die romantisch-nationalistischen und damit magischen Züge verstärkt worden sind, könnte man leicht in Uebereinstimmung mit *Mehner* (a. a. O., S. 65 ff) einen bewußten Uebergang von der Dialektik zur Magie ableiten. Diese Vereinfachung hieße aber die vollen Ausmaße des sich anbahnenden Wandels in den philosophischen Grundlagen verkennen und die Bedeutung der einem realdialektisch-viel-schichtigen Weltbild aufgeschlossenen Kräfte in der sowjetischen Intelligenz unterschätzen.

<sup>90)</sup> Vgl. *Bolschewik*, 1950, Nr. 23; Zu der parteiamtlichen Besprechung der Arbeit vgl. *Prawda*, v. 18. Dezember 1950, Nr. 352. Die Verbindung zwischen der neuen stalinistischen Doktrin und den Gedankengängen von *Mao Tse-Tung* wird von *Jurij Shdanow* in seinem Aufsatz: „Der Marxismus-Leninismus im Kampf gegen den Dogmatismus und das Buchstabengelehrtentum“, *Kultura i Shisnj*, v. 21. Dezember 1950, Nr. 35, hergestellt. *Jurij Shdanow*, den *Bochenski* (a. a. O., S. 172) irrtümlich als Sohn A. A. Shdanows bezeichnete, war durch seine Kritik an *Lyssenko* in Ungnade gefallen und hatte seine „Irrtümer“ in einem Brief an das ZK im Herbst 1948 widerrufen (Wortlaut *Bochenski*, a. a. O., S. 172/3).

<sup>91)</sup> Die beiden ersten Phasen des Stalinismus hat der Verfasser in Verbindung mit der Entwicklung der sowjetischen Völkerrechtslehre in seiner Arbeit: „Sowjetunion und Haager LKO“, Hamburg, 1950, behandelt.

<sup>92)</sup> Vgl. I. Deutscher: „Stalin, A Political Biography“, London-New York-Toronto, 1949, S. 286.

<sup>93)</sup> Vgl. *Snouwjeus* Analyse des Staatskapitalismus und sein Sofort-Programm, dargestellt bei R. Fischer, a. a. O., S. 592/3 und 596.

<sup>94)</sup> Zu der damit verbundenen Auseinandersetzung mit dem Haupt der sogenannten „reinen“ marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtslehre E. Paschukanis, die in ihrer grundsätzlichen Bedeutung dem von *Rauch* und *Mehner* lebendig

vor Augen geführten Kampf gegen die Lehren des verstorbenen Historikers *Pokrowskij* an Bedeutung in keiner Weise nachsteht; vgl.: R. Maurach: „Zur neuesten Wandlung in der allgemeinen Rechtslehre, im Strafrecht und Völkerrecht der Sowjetunion“, *Ztschr. f. osteurop. Recht* n. F., 3. Jg., 1936/1937, S. 737 ff und B. Meissner: „Sowjetunion und Haager LKO“, S. 23 ff.

<sup>95)</sup> J. Stalin: „Fragen des Leninismus“, Moskau 1947, S. 721–728.

<sup>96)</sup> Vgl. die grundsätzlichen Ausführungen *Stalins* zum Wesen des Klassenkampfes in seinem Diskussionsbeitrag (a. a. O., S. 12), in denen er hervorhebt, daß der Klassenkampf, so heftig er auch sein mag, nicht zum Zerfall der Gesellschaft führt. Vgl. auch G. Gläsermann: „Klasse und Nation“, *Neue Welt*, 6. Jg., 1951, S. 57–78.

<sup>97)</sup> Vgl. den Brief an den Genossen *Cholopow*, a. a. O., S. 9.

<sup>98)</sup> Vgl. K. A. Wittfogel: „Rußland und Asien. Die orientalischen Quellen sowjetischer Staatsauffassung“, *Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, S. 1191–1198.

<sup>99)</sup> Vgl. A. Sieger: „Neue Projekte der sowjetischen Wasserwirtschaft“, *Europa-Archiv*, 23/1950, S. 3549–3556 und die Wortlaute der Beschlüsse des Ministerrates der UdSSR zu den neuen Energie- und Bewässerungsprojekten, *Europa-Archiv*, 22/1950, S. 3521–3526.

<sup>100)</sup> Vgl. den Schlußteil des Diskussionsbeitrages *Stalins*, a. a. O., S. 20–21.

<sup>101)</sup> Im Kampf gegen den „Kosmopolitismus“ und „Objektivismus“ verwandelte sich der stalinistische Kommunismus, wie *Achminow*, a. a. O., S. 233, überzeugend feststellt, aus einem Mittel zur Ueberwindung der Rückständigkeit zu einem Hindernis für die Weiterentwicklung des Landes. Diese Sachlage zwang die stalinistische Führung entweder zur Aufgabe ihres imperialistischen Programms oder zu Teilzustandnissen an eine objektiv gehaltene Forschung auf einem Gebiet, wo die wissenschaftlichen Erkenntnisse zwangsläufig, wenn nicht zu einer Widerlegung, so doch zu einer Relativierung des orthodoxen Marxismus-Leninismus führen mußten. Es scheint, daß *Stalin* im Bewußtsein dieser Zwangslage durch seine Revision des Dogmas das wesentlichste Hindernis für eine Weiterentwicklung Rußlands beseitigen und durch Verzicht auf einen für alle Zeiten gültigen absoluten Wahrheitsanspruch des Marxismus-Leninismus die in den zukünftigen Erkenntnissen drohenden Gefahren vorwegnehmen wollte.

<sup>102)</sup> Der Diskussion, an der 500 Wirtschaftswissenschaftler teilnahmen, lag das Buch des Professors L. A. Mendelsohn über: „Wirtschaftliche Krisen und Zyklen im 19. Jahrhundert“ zugrunde. Vgl. *Prawda*, v. 10. Dezember 1950, Nr. 344.

<sup>103)</sup> Bei dieser Säkularisierung des Dogmas bedeutet die Stärkung der nationalistischen Antriebe und des säkularpapistischen Elements keine Schwächung der stalinistischen Selbstherrschaft, wohl aber der Vorrangstellung der bolschewistischen Partei innerhalb der autokratischen Herrschaftsordnung, der bürokratischen Schicht innerhalb der Intelligenz und in gewisser Hinsicht auch der alten Generation, die dem orthodoxen marxistisch-leninistischen Denken am meisten verhaftet gewesen ist. Die Rehabilitierung von G. F. *Aleksandrow* und *Jurij Shdanow* als der Repräsentanten der intellektuellen Schicht ist das erste Zeichen eines sich ankündenden Wandels, der sich allerdings vorläufig nur innerhalb der Partei bemerkbar zu machen scheint.

<sup>104)</sup> Vgl. *Stalins* Bemerkungen in seinem Diskussionsbeitrag über die Voraussetzungen für eine einheitliche Reichssprache (a. a. O., S. 8), die bisher stets siegreich gewesene russische Sprache (a. a. O., S. 19), die Bedeutung der Sprachverwandtschaft der slawischen Völker (a. a. O., S. 22.); und ihre Bewertung durch *Mehner*, a. a. O., S. 36–42 und 45–47.

<sup>105)</sup> Vgl. B. Meißner: „Die Entwicklung der Ministerien in Rußland“, *Europa-Archiv*, März 1948, S. 1204.

<sup>106)</sup> Vgl. den Beschluß des 17. Parteikongresses über organisatorische Fragen: „Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewisten) in den Entscheidungen und Beschlüssen der Kongresse, Konferenzen und ZK Plenarversammlungen“, Bd. II. 1925–1939, 6. Aufl., Moskau, 1940. (russ.) S. 582–588.

<sup>107)</sup> Vgl. die Begründung der Verwaltungsreform bei *Shdanow*: „Abänderungen am Statut der KPdSU (B)“, a. a. O., S. 53 ff.



- <sup>108</sup>) Vgl. *Mediator*, a. a. O., S. 922.  
<sup>109</sup>) Vgl. *Iswestija* vom 4. März 1947, Nr. 53, und v. 8. März 1947, Nr. 57.  
<sup>110</sup>) Vgl. *Mediator*, a. a. O., S. 922.  
<sup>111</sup>) Vgl. *Nemzer*, a. a. O., S. 81 ff.  
<sup>112</sup>) Zum Bestand des Zentralkomitees vgl. „Die KPdSU (B)“, II. Bd., a. a. O., S. 766.  
<sup>113</sup>) Zum Bestand der Politbüros vgl. „Die KPdSU (B)“, II. Bd., a. a. O., S. 768; Zu den Persönlichkeiten der einzelnen Politbüromitglieder vgl. W. Duranty: „Stalin & Co.“, New York 1949.  
<sup>114</sup>) Zum Staatskomitee für Verteidigung vgl. I. P. Trainin und I. D. Lewin, (Herausgeber): „Das sowjetische Staatsrecht“, Moskau, 1948; Denissow, a. a. O., S. 436/7.  
<sup>115</sup>) Vgl. Denissow, a. a. O., S. 441.  
<sup>116</sup>) Nach amtlichen sowjetischen Angaben wies das Politbüro im März 1946 folgenden Personalbestand auf: Vollmitglieder — Stalin, Molotow, Sdhanow, Kalinin, Mikojan, Chruschtschew, Andrejew, Woroschilow, Kaganowitsch, Berija, Malenkow; Kandidaten — Wosnessenskij, Schwernik, Bulgannin, Kossygin. Vgl. *Prawda* v. 20. März 1946, Nr. 67.  
<sup>117</sup>) Vgl. I. N. Hazard: „The Socialist State: The Soviet Union and its Orbit“ in F. Morstein Marx, (Herausgeber): „Foreign Governments, New York 1949“, S. 425. Hazard führt A. A. Kusnezow als Kandidaten des Politbüros nicht auf.  
<sup>118</sup>) Vgl. „Vielleicht starb Sdhanow gelegen“, *Die Zeit* v. 9. September 1948 und „Andrej Sdhanow gestorben“, *Neue Zürcher Zeitung* v. 2. September 1948.  
<sup>119</sup>) Vgl. *Mediator*, a. a. O., S. 920; „The Quiet Purge“, *Newsletter behind the Iron Curtain*, 4. Jg., 1950, Nr. 155/6, S. 1—3.  
<sup>120</sup>) Vgl. „Der Aufstieg Malenkows“, *Neue Zürcher Zeitung* v. 29. Juli 1949; „Die neue ‚Troika‘ im Politbüro“, *Die Welt* v. 25. Februar 1950.  
<sup>121</sup>) Die Festrede anlässlich der Gedenkfeier der Oktoberrevolution hielt 1945 Molotow, 1946 Sdhanow, 1947 und 1948 Molotow, 1949 Malenkow.  
<sup>122</sup>) Zum Bestand des Orgbüros vgl. „Die KPdSU (B)“, II. Bd., a. a. O., S. 768.  
<sup>123</sup>) Zur Persönlichkeit von Mechlis vgl. Lew Sacharowitsch Mechlis, *Ost-Probleme*, 3. Jg., 1951, S. 53/54.  
<sup>124</sup>) Vgl. „Mechlis entlassen“, *Neue Zürcher Zeitung* vom 1. November 1950; „Berija kontrolliert die Staatskontrolle“, *Christ und Welt* v. 9. November 1950.  
<sup>125</sup>) Nach amtlichen sowjetischen Angaben wies das Orgbüro im März 1946 folgenden Personalbestand auf: Stalin, Malenkow, Sdhanow, A. A. Kusnezow, G. M. Popow, Bulgannin, N. A. Michailow, G. F. Aleksandrow, N. N. Schatalin, W. W. Kusnezow, N. I. Rodionow, N. A. Ssusslow. Vgl. *Prawda* v. 20. 3. 1946, Nr. 67. Der Name von Mechlis fehlte. *Adrianow* ist erst nach seiner Ernennung zum Leiter der neuen Ver-

waltung für Ueberprüfung der Parteiorgane im Herbst 1946 in das Orgbüro aufgenommen worden. Im Aufsatz: „Men of the Kremlin“, *The Economist* v. 2. April 1949, werden noch die ausgeschiedenen Parteigänger Sdhanows neben Mechlis weiter als Mitglieder des Orgbüros bezeichnet, was zu diesem Zeitpunkt bei A. A. Kusnezow und Rodionow bereits nicht mehr zutrifft und bei G. F. Aleksandrow zu mindest fraglich war.

- <sup>126</sup>) Vgl. *Mediator*, a. a. O., S. 922.  
<sup>127</sup>) Vgl. *Mediator*, a. a. O., S. 921.  
<sup>128</sup>) Vgl. *Mediator*, a. a. O., S. 922.  
<sup>129</sup>) Anzeichen dafür waren die heftigen Angriffe, die 1949 gegen das Zentralorgan der Sowjetgewerkschaften, *Trud*, und das Ministerium für Arbeitsreserven gerichtet wurden, für die beide in letzter Instanz W. W. Kusnezow verantwortlich zeichnet. Vgl. hierzu auch M. Beloff: „Union of Soviet Socialist Republics“, in „Britannica. Book of the Year 1950“, Ergänzungsband der Encyclopaedia Britannica, London 1950.  
<sup>130</sup>) Auf das Vertrauensverhältnis zwischen Molotow und Marschall Wassilewski weist K. W. Kalinow in seinem Buch: „Sowjetmarschälle haben das Wort“, Hamburg, 1950, S. 192 ff., hin.  
<sup>131</sup>) Vgl. *Mediator*, a. a. O., S. 918/9.  
<sup>132</sup>) Zum Bestand des Sekretariats vgl. „Die KPdSU (B)“, II. Bd., a. a. O., S. 768.  
<sup>133</sup>) Vgl. *Prawda* v. 20. März 1946, Nr. 67.  
<sup>134</sup>) Vgl. *Nemzer*, a. a. O., S. 73.  
<sup>135</sup>) Zu den Persönlichkeiten der Sekretäre vgl. *Mediator*, a. a. O., S. 920/921; zur Persönlichkeit Malenkows vgl. außerdem: „Der Aufstieg Malenkows“, *Neue Zürcher Zeitung* v. 29. Juli 1949 und „G. M. Malenkow“, in *Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, S. 399—402.  
<sup>136</sup>) Vgl. *Newsletter behind the Iron Curtain*, 4. Jg., 1950, Nr. 172, S. 107—109.  
<sup>137</sup>) Vgl. *Prawda* v. 28. Oktober 1950.  
<sup>138</sup>) Zu der Persönlichkeit Berijas vgl. E. Crankshaw: „Lawrentij Berija“, *Ost-Probleme*, 2. Jg., 1950, S. 837—840.  
<sup>139</sup>) Vgl. *Nemzer*, a. a. O., S. 70.  
<sup>140</sup>) Zahlen nach Quellenangaben bei *Nemzer*, a. a. O., S. 65.  
<sup>141</sup>) Zahlen nach *Prawda* v. 1. März 1948.  
<sup>142</sup>) Zahlen nach *Prawda* v. 23. Juli 1948 und *Partijnaja Shisnj*, 1947, Nr. 2, S. 39.  
<sup>143</sup>) Vgl. „Aufgaben und Struktur der Abteilung für Organisations-Instruktion des ZK der KPdSU (B)“, *Partijnoje Stroitelstwo*, 1943, Nr. 17/18, S. 38. Vgl. auch *Nemzer*, a. a. O., S. 69.  
<sup>144</sup>) Vgl. *Nemzer*, a. a. O., S. 70/71.  
<sup>145</sup>) Vgl. „Die KPdSU (B)“, a. a. O., S. 768.  
<sup>146</sup>) Vgl. R. Fischer, a. a. O., S. 286/7.  
<sup>147</sup>) Vgl. „Die KPdSU (B)“, a. a. O., S. 768.  
<sup>148</sup>) Zum Bestand der ZRK vgl. „Die KPdSU (B)“, a. a. O., S. 767.

## KRITIK

## Zu unserem Beitrag „Die Grundlinien der sowjetischen Geschichtsschreibung im Zeichen des Stalinismus“ in Folge 19, 20 und 21/1950

### Zur Deutung des Stalinismus

Eine Zuschrift von M. Alexander, Jerusalem

Dr. Georg von Rauchs Artikel über die „Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung“ ist ein wichtiger Beitrag zur russischen Geistesgeschichte der letzten beiden Jahrzehnte und vermittelt dem deutschen Leser einen guten Ueberblick. Gerade aber weil es sich dabei um Neuland in der Geschichte der Geschichtsschreibung handelt, glaube ich, daß eine Formulierung des Verfassers, die eine Grundfrage der sowjetischen Geschichtsforschung betrifft, nicht unwidersprochen bleiben soll.

Dr. von Rauch schreibt, daß es „in einem eigenartigen

dialektischen Prozeß zu einer Art Synthese von materialistischer und nationalistischer Geschichtsbetrachtung gekommen ist“.

Es wäre müßig, darüber zu streiten, ob Pokrowskij ein „guter“ Marxist war; fest steht, daß er den Segen der Partei hatte (siehe Lenins lobendes Vorwort zu Pokrowskij's russischer „Geschichte“). Nach seinem Tode, und besonders nach der Veröffentlichung der berühmten „Direktiven“ von Stalin, Kirow und Sdhanow im August 1934, erfolgte, wie Dr. von Rauch ausführlich dargestellt hat,



eine völlige Abkehr von der Pokrowschtschina. Auch ohne daß wir hier auf die politischen (und besonders die außenpolitischen) Beweggründe dieser Abkehr eingehen, scheint die allgemeine Richtung der sowjetischen Geschichtsreform völlig klar: Es handelt sich dabei um eine Rechtfertigung der russischen Geschichte. Angefangen mit der Ablehnung der „Normannen Theorie“ (über die Herkunft der Waräger) und bis zum Russisch-Japanischen Kriege von 1904/05 hat sich der nationale (oder nationalistische) Standpunkt gegenüber der marxistischen Geschichtsauffassung durchgesetzt<sup>1</sup>. In allen Grundfragen der russischen Geschichte richtet man sich heute nicht mehr nach den Lehren des historischen Materialismus — womit wir keineswegs Pokrowskij meinen, sondern die bekannten Definitionen von Marx und Engels teilweise sogar von Lenin und Stalin<sup>2</sup>. Ob es sich dabei um Studien der Geschichte des Mittelalters handelt<sup>3</sup> oder Untersuchungen zur Neuen und Neuesten Geschichte — überall dasselbe Bild. Angesichts dieser Entwicklung scheint es uns verfehlt, von einer „Synthese“ von materialistischer und nationalistischer Geschichtsbetrachtung zu sprechen; „Antithese“ schiene hier mehr angebracht.

Nun kann man freilich, wie es einige englische Forscher tun, die Entwicklung der sowjetischen Geschichtsbetrachtung als eine Weiterentwicklung des Marxismus betrachten; dabei läßt sich Marx selber zitieren („moi — je ne suis pas marxiste“) sowie Lenins und Stalins Worte über die „schöpferische Methode“ usw. Einer solchen Auffassung muß man entgegenhalten, daß unter diesen Umständen die Worte „Marxismus“ und „historischer Materialismus“ ihren Sinn verlieren. Vielleicht war wirklich alles, was Marx beispielsweise über die Slawen und gegen den Zarismus schrieb, falsch und „unmarxistisch“. Es gehört jedoch eine tüchtige Portion von Spitzfindigkeit dazu, die meisten Anschauungen des historischen Marx zu verwerfen und sich dennoch Marxist zu nennen — mit Dialektik hat das kaum noch etwas zu tun<sup>4</sup>.

Damit wollen wir keineswegs den Eindruck erwecken, daß die heutige sowjetische Geschichtsauffassung dem patriotischen Lesebuch-Historismus des Jahres 1910 gleichzusetzen ist. Zweifellos gibt es heute in der Sowjetunion noch sehr starke marxistische Elemente in der Geschichtsforschung —, besonders wenn es sich um rein „akademische“ Themen handelt, die mit Grundfragen der russischen Geschichte und der Weltpolitik von 1940–50 wenig oder gar nichts zu tun haben. Wenn etwa, um ein kürzliches Beispiel zu nennen, Bascharin heute über die „Ge-

sellschaftliche Struktur der Jakuten am Anfang des 17. Jahrhunderts“ oder *Pigulewskaja* über die „Auflösung der sklaventalerischen Formationen im Nahen Osten“ (im 7. Jahrhundert) berichtet<sup>5</sup>, dann wird man in solchen Arbeiten sowohl marxistische Methode als auch Phraseologie finden. Sobald es sich jedoch um einen etwas weniger abseitigen Vorwurf handelt (vom politischen Standpunkt), verbirgt sich hinter der marxistischen Praseologie ein nationalistischer Inhalt. Ob es sich dabei um die relative Fortgeschrittenheit des Kiew-Rußlands im 12. Jahrhundert handelt oder um Fragen der russischen Staatswerdung im späten Mittelalter, ob um die Außenpolitik von *Peter I.*, *Jekaterina II.* oder *Nikolai I.* Der Marxismus-Leninismus unterscheidet bekanntlich zwischen gerechten und ungerechten (das heißt fortschrittlichen und reaktionären) Kriegen; der neuen sowjetischen Auffassung zufolge hat aber das zaristische Rußland keinen einzigen „ungerechten“ Krieg geführt. Auch die Eroberungskriege der Zaren waren „progressiv“, da sie zu einer „Mehrung des Reiches“ führten und letzten Endes dazu, daß der Kommunismus in einem Sechstel der Erde im Jahre 1917 siegte<sup>6</sup>.

Einige Historiker sehen in der Entwicklung der sowjetischen Geschichtswissenschaft der letzten fünfzehn Jahre einen zeitweiligen Kompromiß, genau so wie es derartige temporäre Verzichte auf anderen Gebieten gegeben hat; ihrer Meinung nach darf man eine Rückkehr zum „reinen“ Marxismus in einer späteren Zeit, nach dem endgültigen Sieg des Kommunismus, erwarten. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß diese Hypothese verfehlt ist; danach hätte man beispielsweise nach 1945 (nach Errichtung der Volksdemokratien) eine Revision der Geschichte Polens, Rumäniens usw. in den sowjetischen Geschichtsbüchern erwarten müssen — was keineswegs der Fall gewesen ist. Unserer Meinung nach handelt es sich bei der letzten Entwicklung der sowjetischen Geschichtsschreibung tatsächlich um eine „qualitative“ Wandlung (um den marxistischen Jargon einmal zu benutzen). Von der Weiterentwicklung einer Geschichtsphilosophie (in diesem Falle: des Marxismus) zu sprechen, wäre irreführend, nachdem von den ursprünglichen Grundsätzen dieser Auffassung nur sehr wenig übriggeblieben ist, und auch von einer Synthese sollte man lieber bei der Verbindung zweier Komponenten, die so ungleich in ihrer Wichtigkeit im heutigen Rußland sind, als Formulierung absehen.

Ob die neue sowjetische Methode „progressiv“ ist, mag strittig sein, fraglos ist, daß es sich dabei um ein völlig neues Phänomen handelt.

<sup>1</sup> Der Sammelband „25 let istoričeskoi nauki v SSSR“ (Moskau, 1943) enthält die ausführlichste Uebersicht über das historische Schrifttum der Jahre nach 1943, die bisher erschienen ist.

<sup>2</sup> In einem letzthin veröffentlichten Artikel (*Bolschewik*, Juli, 1950) verwirft *Bagirow* den „Muradismus“, obwohl *Stalin* in seinen Werken (wie man in den sowjetischen Schulbüchern nachlesen kann) den Kampf der Kaukasusvölker unter *Schamil* ausdrücklich gerechtfertigt hatte.

<sup>3</sup> Wir meinen, unter anderem, die Bücher von *Grekow*, *Bachruschin*, *Juschkow*, *Udaltzow* über das russische Mittelalter sowie die Werke von *Tarle*, *Minz*, *Pankratowa*, *Jerusalimskij*, *Pitscheta*, *Wolgin*, *Jefimow*, *Netschkina* — die drei-

bändige „Geschichte der Diplomatie“ und die verschiedenen „Geschichten“ der USSR — um nur einige zu nennen.

<sup>4</sup> *Soviet Studies* (Oxford, April–Oct. 1950) enthalten eine apologetische aber hervorragend dokumentierte Darstellung der Problematik der sowjetischen Geschichtswissenschaft, anläßlich einer Besprechung eines Jahrganges der *Woprossy Istorii* (von Dr. *Schlesinger*).

<sup>5</sup> Beide Artikel in *Woprossy Istorii*, 4, 1950.

<sup>6</sup> Daher haben die Historiker der nationalen Minderheiten, welche die nationale Geschichtsschreibung der russischen Historiker einfach übernehmen wollten, ernsthaft Verweise erhalten. (Die tatarischen und kasachischen Historiker 1944/45, die Ukrainer 1946 und die Aserbeidschaner 1950 — siehe Anmerkung 2.)



## Eine Entgegnung von Dr. Georg von Rauch

Die Zuschrift von Herrn Alexander zu meinem Beitrag hat mich sehr interessiert. Ich bin Herrn Alexander für manchen wertvollen Hinweis und — trotz meiner gegen- teiligen Auffassung in der Kernfrage — für manche An- regung zur nochmaligen Ueberprüfung der Gedanken- gänge zu Dank verpflichtet.

Die von Herrn Alexander vertretene Ansicht, daß der Stalinismus (und die neue Geschichtsauffassung) keine „Weiterentwicklung des Marxismus“ darstelle, sondern eine „qualitative Wandlung“, da von den ursprünglichen Grundsätzen wenig übriggeblieben sei, steht nicht ver- einzelt da. Sie entspricht beispielsweise der im Sonder- heft der *Schweizer Rundschau* 1948 vertretenen Ansicht: Stalin hätte nach den Gesetzen der Dialektik den Marxis- mus „aufgehoben“. Der berühmte Brief an den Genossen Cholopow vom 22. Juli 1950 mit der Ablehnung des Dogmatismus scheint diese Auffassung zu bestätigen.

Herr Alexander meint daher, man sollte nicht so sehr von einer Synthese zwischen materialistischer und nationa- listischer Geschichtsbetrachtung sprechen als von einer Antithese.

So verlockend einfach diese Deutung des Stalinismus als einer Art „Nationalbolschewismus“, losgelöst von seinen marxistischen Wurzeln, auch sein mag, so kann ich mich ihr doch keinesfalls anschließen.

Ich bin tatsächlich der Ansicht, daß der Stalinismus sich ebensowenig vom dialektischen Materialismus als geistigem Kern des marxistischen Lehrgebäudes gelöst hat, wie er die marxistische Eschatologie mit dem End- ziel der Weltrevolution aufgegeben hätte. Die Welt- revolution wurde weder 1934/35 noch 1945 (wie man meinen könnte) aufgegeben. Man ist sich bloß darüber klar geworden, daß das Endziel hinausgeschoben werden mußte. Darum wurde auch der schon längst in dieser Hinsicht skeptische Professor Warga 1950 wieder rehabi- litiert. Seit jeher war Abwartenkönnen die starke Seite der russischen Politik. Da laut Stalin das Absterben der nationalen Unterschiede und die Verschmelzung der Na- tionen erst nach der Errichtung der Diktatur des Prole- tariats im Weltmaßstab zu erwarten ist und nicht in der Epoche des Sieges des Sozialismus in einem Lande, so sieht er im russischen Volk, der „führenden Kraft inner- halb der Sowjetunion“ (Rede vom 24. Mai 1945), den eigentlichen Träger dieser Entwicklung — ebenso wie ihm die russische Sprache prädestiniert erscheint, zur Weltsprache schlechthin zu werden.

Somit ist Stalins Konzeption weder ein „zeitweiliger Kompromiß“ noch eine Abkehr vom Marxismus im Sinne einer „qualitativen Wandlung“, sondern die bewußte, planmäßige Ausnutzung und Lenkung vorhandener ge- schichtlicher und volkpsychologischer Voraussetzungen. Wir haben es also mit einer Fortentwicklung des Marxismus durch Einarbeitung zu- sätzlicher Elemente im Sinne eines dialektischen Prozesses zu tun (in diesem Sinne vielleicht auch eine „List der Geschichte“ in der Auffassung Hegels).

Im allgemeinen Ablauf des Weltgeschehens bedeutet

die neue Stalinsche Phase des Marxismus — ideologisch gesehen — eine Verlangsamung des Tempos der Ent- wicklung. Durch diese Verlangsamung sind aber zusätz- liche Kräfte zu gewinnen. Die Uebernahme territorial- imperialistischer Ziele, panslawistischer Parolen und des geschichtlichen Mythos der nationalrussischen Vergangen- heit hat durch die seit dem Zweiten Weltkrieg vorliegen- den Erfolge die Zweckmäßigkeit dieser Verbreiterung der ideologischen Angriffsfront vollauf gerechtfertigt. In der heutigen weltpolitischen Machtstellung sind die Früchte zu erkennen. Sie beschränken sich aber nicht nur auf den Einfluß der Sowjetunion als Staat unter Staaten. Die Richtstrahlen der sowjetischen Propaganda nach Süd- amerika, Afrika (Addis Abeba und Johannesburg) und Südostasien zeigen, daß man über diese Schicht rein staatlicher Expansionstaktik in vollem Bewußtsein eine zweite stülpt, die nach wie vor schlicht und einfach: kommunistische Propaganda genannt werden muß.

Ich würde daher, wenn die Formulierung gestattet ist, eher von „quantitativer Wandlung“ als von einer quali- tativen sprechen.

Herr Alexander gibt zu, daß es heute noch in der Sowjetunion sehr starke marxistische Elemente in der Geschichtsforschung gibt; er glaubt sie aber nur bei „rein akademischen, abseitigen Themen“ zu finden. Bei The- men der eigentlichen russischen Geschichte verberge sich aber „hinter der marxistischen Phraseologie ein nationa- listischer Inhalt“.

Mir scheint — im Gegenteil — hinter der nationalis- tischen Phraseologie solcher Themen aus der national- russischen Geschichte ein marxistischer Inhalt sich zu ver- bergen: entsprechend der alten Formel „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“, die noch keineswegs ab- geleugnet wird, sondern noch immer einen der obersten Grundsätze der bolschewistischen Kultur- und Nationali- tätenpolitik darstellt und auch die Geschichtsauffassung beeinflusst. (Wenn übrigens nach der heutigen sowjeti- schen Auffassung das Zarenreich keinen einzigen un- gerechten Krieg geführt hat, so wird damit doch keines- wegs die marxistisch-leninistische Unterscheidung zwis- chen gerechten und ungerechten Kriegen hinfällig! Es waren eben die Feinde Rußlands, die die ungerechten Kriege führten!)

Es entspricht daher dem Wesen der sowjetischen Ge- schichtsschreibung nicht (um die Wendung von Herrn Alexander zu gebrauchen), diesen Inhalt über der Form zu vergessen! Es ist zwar nicht mehr derselbe, wie zur Zeit von Marx oder auch Lenin. Er ist weiterent- wickelt worden. Aber die Wurzeln sind geblieben. Der Stalinismus ist eine neue Phase des Marxismus. Und die Sowjethistoriker werden noch 1949 aufgerufen, nicht etwa für „Mütter- chen Rußland“ zu zeugen wie die Rotarmisten von 1941, sondern „in vorderster Linie im Kampf für die Errich- tung der kommunistischen Gesellschaft zu stehen“ und „wie eine Armee von Propagandisten für die marxistische Geschichtswissenschaft“ sich über die breiten Schichten des Volkes zu ergießen (*Woprossy Istorii* 1949, 4).



# Entwicklung, Methoden und Probleme der sowjetischen Wirtschaftsstatistik

*Von Dr. Heinz Lotz*

In der Beurteilung der Verhältnisse in Osteuropa und in der Sowjetunion spielt die Frage der Verlässlichkeit der dort angewandten statistischen Erhebungsmethoden eine entscheidende Rolle. Da die Beurteilung der wirtschaftlichen und sozialen Lage hinter dem Eisernen Vorhang auch für alle politischen Überlegungen, die im Westen angestellt werden, von entscheidender Bedeutung ist, handelt es sich hier nicht nur um ein rein statistisches, sondern um ein wirtschaftspolitisches und letzten Endes um ein rein politisches Problem. Aus diesem Grunde scheint uns der nachfolgende Beitrag besonderer Beachtung wert.

*Co.*

## I. Einleitung

Die sowjetische Wirtschaftsstatistik und die Verwendung ihrer Ergebnisse, sei es für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion oder für vergleichende Betrachtungen der sowjetischen Wirtschaftsverhältnisse und derjenigen anderer Länder, ist für die westliche Welt schon stets ein Problem für sich gewesen, und zwar ein sehr schwieriges Problem. Während etwa bis zum Abschluß des ersten Fünfjahresplanes (1932) ein sehr reichhaltiges, aber nur wenig einheitliches Material verfügbar war, das oft zahlreiche Widersprüche aufwies, wurde das veröffentlichte Zahlenmaterial seit dem zweiten Fünfjahresplan (1933 bis 1937) allmählich immer spärlicher und dürtiger. Um 1940 begann die sowjetische Wirtschaftsstatistik statt der absoluten Zahlen in steigendem Maße nur noch Prozentzahlen bekanntzugeben. Immer deutlicher wurde das Bestreben, die wirtschaftliche Entwicklung besonders dem Ausland gegenüber aus wehrpolitischen, vor allem aber aus propagandistischen Gründen, zu verschleiern. Was 1940, während des Krieges, immerhin bis zu einem gewissen Grade verständlich war.

Diese Verschleierungstaktik hat sich nach Beendigung des Krieges, statt, zumindest in den ersten Jahren, eine Abschwächung zu erfahren, in noch erheblich verstärktem Maße fortgesetzt. Die Jahres- und Vierteljahresberichte der Statistischen Zentralverwaltung beim Ministerrat der Sowjetunion über die Erfüllung des ersten Nachkriegs-Fünfjahresplanes, der 1946 begann und 1950 seinen Abschluß fand, brachten fast nur noch Prozent- und lediglich wenige unwesentliche oder beziehungslose absolute Zahlen. Die Basiserzeugung, zu der sämtliche Vomhundertzahlen in Beziehung gesetzt wurden, war dabei eine vollkommen unbekannte Größe, nämlich die Erzeugung des Jahres 1945, die zwar den Sowjets bekannt, aber niemals veröffentlicht worden ist. Ferner wurden Vomhundertzahlen der Plan-

erfüllung für die wichtigsten Ministerien bekanntgegeben, aber die absoluten Planzahlen dieser Ministerien lagen nicht vor.

Eine derartige „Statistik“ vermag der Aufgabe einer jeden ordnungsmäßigen Wirtschaftsstatistik, von dem Ablauf der Volkswirtschaft eines Landes der Außenwelt gegenüber ein Bild in Zahlen zu geben, das einerseits die Produktionsgrundlagen, einschließlich der wirtschaftlichen Organisation, andererseits den Ablauf der Wirtschaft in seinen Phasen — Erzeugung, Handel, Verkehr, Einkommensbildung und Verbrauch — darstellt, offensichtlich nur in einem ganz ungenügenden Maße oder überhaupt nicht gerecht werden. Hinzu kommt, daß auch jenes Zahlenmaterial, das zur Veröffentlichung zugelassen ist, infolge der Art seiner Zusammenstellung oft nur ein sehr entstelltes und verzerrtes Bild von der wirklichen Lage gibt. Es liegt also offenbar gar nicht in der Absicht der Sowjets, das von der Wirtschaftsstatistik der freien Länder zumindest angestrebte möglichst zuverlässige Zahlenbild zu zeichnen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist jedoch darauf hinzuweisen, daß jene Zahlen und Zahlenreihen, deren Veröffentlichung in den Ländern der westlichen Welt selbstverständlich ist, auch in der Sowjetunion in oft vorbildlicher Genauigkeit, welche diejenige der Statistiken der westlichen Länder vielfach übertrifft, vorhanden sind. Sie ruhen aber unveröffentlicht in den Geheimfächern der Statistischen Zentralverwaltung und werden nur einem kleinen Kreise der „Wissenden“ zugänglich gemacht.

Ihre gesetzliche Grundlage erhielt die Verschleierungstaktik der Sowjets auf wirtschaftsstatistischem Gebiet durch jene Verordnung vom 9. Juni 1947, welche die Verbreitung von Nachrichten nicht nur militärischen, sondern auch wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Charakters mit schweren Strafen bedroht. „Fast alle wirtschaftlichen und sozialen Infor-



mationen, die in demokratischen Ländern den Bürgern und der Welt ohne weiteres zugänglich sind, stellen in der Sowjetunion Staatsgeheimnisse dar<sup>2</sup>. Lediglich Nachrichten und Zahlenangaben, die von der Sowjetregierung amtlich zur Verbreitung zugelassen sind, dürfen veröffentlicht werden.

Daß die Frage der sowjetischen Wirtschaftsstatistik, die bereits vor dem Kriege in der nichtbolschewistischen Welt ein Gegenstand zahlreicher Erörterungen gewesen ist, heute nach wie vor ein Thema von höchster Aktualität darstellt, wird durch die Tatsache unterstrichen, daß in der Nachkriegszeit besonders amerikanische Wirtschaftszeitschriften sich in steigendem Maße mit den Problemen der sowjetischen Wirtschaftsstatistik befassen. Immer wieder wird auf die besonderen Taktiken der statistischen Geheimhaltung in der Sowjetunion hingewiesen und

vor der kritiklosen Verwendung sowjetamtlicher statistischer Angaben gewarnt. Gleichzeitig werden die Gründe für das in der ganzen Welt einzig dastehende Verhalten der Sowjetunion auf statistischem Gebiet aufzudecken versucht. Im Verlaufe der nachfolgenden Darstellung werden diese Beiträge, soweit erforderlich, als Quellen mit herangezogen.

Nachdem im zweiten Teil dieser Abhandlung zuerst auf die Entwicklung und die Organisation der sowjetischen Statistik eingegangen wird, wird im dritten Teil versucht, die Methoden der sowjetischen Wirtschaftsstatistik und damit auch die Ziele und Absichten, die hinter diesen statistischen Methoden stehen, möglichst eingehend zu untersuchen. Sodann werden, im vierten Teil, einige wichtige Probleme der sowjetischen Wirtschaftsstatistik behandelt. Es folgt (Teil V) die Zusammenfassung.

## II. Entwicklung und Organisation der sowjetischen Statistik

Im zaristischen Rußland war die Statistik nur wenig entwickelt gewesen, obwohl die statistische Wissenschaft durch mehrere namhafte russische Statistiker — Janson, A. J. Tschuprow, Kaufmann, A. A. Tschuprow und andere — wertvolle Anregungen empfangen hatte<sup>3</sup>. Seit 1858 bestand ein Zentrales Statistisches Komitee beim Ministerium des Innern, das sich fast ausschließlich mit Bevölkerungsstatistik und daneben noch mit Landwirtschaftsstatistik befaßte. Die letztere war im alten Rußland bereits recht fortgeschritten, selbst im Vergleich zur Landwirtschaftsstatistik mittel- und westeuropäischer Länder, was insbesondere Lenin später anerkannt hat. Die erste und einzige allrussische Volkszählung wurde im alten Rußland erst 1897 durchgeführt.

Ausführende Organe des Zentralen Statistischen Komitees waren die seit 1834 bestehenden Statistischen Komitees der Gouvernements, die teilweise eine recht rege Tätigkeit entfalteten, so besonders diejenigen des Warschauer, Livländischen und Kaukasischen Gouvernements. Auch die landwirtschaftlichen Selbstverwaltungen in den Gouvernements, die Semstvos, führten unabhängig von der Gouvernementsstatistik eigene statistische Erhebungen über die Verhältnisse in der Landwirtschaft, aber auch in der Industrie, im Handwerk und im Verkehrswesen durch. Neben dieser geographisch und vertikal gegliederten Statistik provinzieller und kommunaler Verwaltungen bestand noch eine stark ausgebauten Ressortstatistik der einzelnen Ministerien. Dem Landwirtschaftsministerium war seit 1881 eine Statistische Abteilung angegliedert. Das Ministerium für Handel und Industrie führte unter anderen eine Statistik der Fabrikinspektion, der gewerblichen Unfälle sowie eine Produktions-, Preis- und Montanstatistik. Die anderen Ministerien besaßen in kleinerem Rahmen ebenfalls eigene Statistiken. |

### *Die Entwicklung bis zum Beginn der Fünfjahrespläne (1917 bis 1928)*

Der Sieg der bolschewistischen Revolution im November 1917 führte auch zu einer Neuordnung der Statistik. Lenin hatte sich in seinen Schriften schon lange vor der Revolution mit statistischen Fragen befaßt und die Bedeutung einer geordneten, gut funktionierenden Statistik für den sozialistischen Staat unterstrichen. Er bezeichnete eine umfassende Rechnungslegung und Kontrolle als die Hauptbedingungen für das richtige Funktionieren der sozialistischen Wirtschaft, worauf er besonders nach der bolschewistischen Machtergreifung immer wieder hinwies. Bekannt geworden ist der Satz, den er auf einer Parteiversammlung im November 1917 ausgesprochen hat: „Sozialismus — das ist Rechnungslegung.“

Auf Veranlassung Lenins trat im Juni 1918 in Moskau ein Statistikerkongreß zusammen, der die Neuordnung der Statistik in Sowjetrußland vorbereiten sollte. Die Beschlüsse dieses Kongresses dienten, mit nur geringen Änderungen, mehreren Verordnungen des Rates der Volkskommissare als Grundlage, welche die Statistik neu organisierten. Die noch vor dem Statistikerkongreß herausgekommene Verordnung vom 30. Mai 1918 regelte die staatliche Statistik; das Statut der Zentralen Statistischen Verwaltung wurde am 25. Juli 1918 verkündet, die Verordnung vom 15. September 1918 regelte die lokale Statistik und die Verordnung vom 21. September 1918 die Organisation des Statistischen Rats.

Bereits im Juli 1918 nahm die Zentrale Statistische Verwaltung (ZSU = *Zentralnoje Statistitscheskoje Uprawlenije*) in Moskau ihre Tätigkeit auf. In den Gouvernements wurden Gouvernementsstatistische Büros gebildet. Bis Ende 1918 begannen die wichtigsten Abteilungen der ZSU mit ihrer Tätigkeit. In den folgenden Jahren wurden in der ZSU 30 Abtei-



lungen, Sektoren genannt, gebildet, entsprechend den verschiedenen Zweigen der Statistik. Oertliche Organe der ZSU waren neben den Gouvernementsstatistischen Büros weitere statistische Stellen bei den Kreis- und Stadträten, die gleichzeitig auch Sektionen der betreffenden örtlichen Verwaltungen waren. Die daneben bestehende Ressortstatistik war noch stärker entwickelt als zur zaristischen Zeit: von sechzehn Volkskommissariaten besaßen 1924/25 dreizehn Volkskommissariate eigene statistische Abteilungen, die teilweise wiederum örtliche statistische Filialen hatten.

Durch das Nebeneinander der verschiedenen statistischen Organe ergaben sich häufige Reibungen, die nur zum Teil durch eine gewisse Arbeitsteilung und gegenseitige Fühlungnahme, die sich an einigen Orten herausgebildet hatte, überwunden werden konnten. Ausgleichend und zusammenfassend wirkten die Statistischen Konferenzen, die in den zwanziger Jahren mindestens einmal jährlich von der Statistischen Zentralverwaltung einberufen werden mußten, sowie der Statistische Rat, der aus den Vertretern der gesetzgebenden Körperschaften, der Statistischen Konferenzen, der Ressortstatistik und der Statistischen Wissenschaft gebildet wurde.

In der ersten Zeit ihres Bestehens befaßte sich die Statistische Zentralverwaltung in erster Linie mit besonderen statistischen Erhebungen und Untersuchungen auf den verschiedensten Gebieten. Die regelmäßige statistische Berichterstattung untergeordneter Stellen mußte, im Vergleich zur Entwicklung in der späteren Zeit, zunächst noch in den Hintergrund treten, weil die Voraussetzungen für eine solche noch nicht gegeben waren. So wurden bereits 1918 eine Industrie- und eine Berufszählung, 1919 eine landwirtschaftliche Repräsentativzählung von 10 vH aller landwirtschaftlichen Betriebe und, nach dem Stände vom 28. August 1920, die erste sowjetische Volkszählung, verbunden mit einer landwirtschaftlichen und einer verkürzten Industriezählung, durchgeführt. Wegen des noch tobenden Bürgerkrieges konnten bedeutende Teile der Ukraine, die gesamte Krim, der ganze Kaukasus sowie verschiedene Gebiete Zentralasiens, des Fernen Ostens, Sibiriens sowie des Hohen Nordens nicht erfaßt werden. Obwohl die Volkszählung von 1920 unter sehr schwierigen Verhältnissen stattfand, erbrachte sie dennoch wertvolle Teilergebnisse, welche die Regierung bei ihrer Wirtschaftspolitik verwenden konnte. 1923 folgte eine gewerbliche Betriebszählung in den Städten, 1926 die erste gesamtsowjetische Volkszählung.

Daneben fanden in den zwanziger Jahren noch zahlreiche Sonderuntersuchungen statt, so seit 1921 alljährliche Untersuchungen der bäuerlichen Betriebe (Repräsentativerhebung von 3 bis 5 vH, nach 1926

bis 10 vH der Betriebe), jeweils im Frühling (Anbau-) und im Herbst (Erntestatistik). Von 1923/24 bis 1928/29 wurden ferner jährliche Untersuchungen der Handelsbetriebe durchgeführt, die damals, zur Zeit der Neuen Oekonomischen Politik (NEP), sich noch weitgehend in privaten Händen befanden. Seit der Mitte der zwanziger Jahre wurden bereits auch sogenannte volkswirtschaftliche Bilanzen zusammengestellt, so beispielsweise Getreidebilanzen und Bilanzen der gesamten Volkswirtschaft für die Jahre ab 1923/24.

Diese Arbeiten — dies bezieht sich besonders auf die volkswirtschaftlichen Bilanzen — entsprachen jedoch noch nicht den gestellten Anforderungen und noch weniger den Erfordernissen, denen eine zuverlässige Statistik in der übrigen Welt genügen muß.

In jeder Hinsicht wiesen die Statistiken der zwanziger Jahre große Mängel auf, obwohl das von der ZSU verarbeitete statistische Material oft weit umfassender und vollständiger war als das entsprechende Material der zaristischen Zeit. Die Veröffentlichungen entsprachen auch nicht den Anforderungen des „sozialistischen Aufbaus“: sie erfolgten meist zu spät, Wesentliches wurde mit Unwesentlichem vermengt, das veröffentlichte Material war zwar sehr umfangreich, aber wenig inhaltsvoll. Schon in den zwanziger Jahren wurden diese Mängel vielfach auf die Tätigkeit „klassen- und sowjetfeindlicher Elemente“ im statistischen Apparat zurückgeführt. Die trotz dieser Mängel ständig zunehmende Bedeutung der Statistik im Rahmen der sowjetischen Staats- und Wirtschaftsverwaltung kam jedoch darin zum Ausdruck, daß die Statistische Zentralverwaltung durch Verordnung vom 19. März 1926 zu einer besonderen Zentralverwaltung beim Rat der Volkskommissare (RdVK) der Sowjetunion erhoben und als Vereinigtes Volkskommissariat organisiert wurde.

#### *Die beiden ersten Fünfjahrespläne (1928 bis 1937)*

Seit der Durchführung des ersten Fünfjahresplanes (1928 bis 1932) erwies sich eine engere Verbindung der ZSU mit dem obersten Planungsorgan, die bereits von *Lenin* seinerzeit gefordert worden war, als immer dringlicher<sup>4</sup>. Durch VO vom 23. Januar 1930 wurde die Statistische Zentralverwaltung in einen „Sektor der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung“ der Staatlichen Plankommission (Gosplan) umgebildet und als selbständige Abteilung in dieses System eingegliedert. Durch eine weitere VO vom 9. Mai 1931 wurde, ausgehend von der Feststellung, daß die Statistik und die Rechnungslegung die wichtigsten Mittel für die Aufstellung der volkswirtschaftlichen Pläne und für die Kontrolle ihrer Durchführung seien, bestimmt, daß die Staatliche Plankommission durch ihren Sektor der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung das zentrale, führende Organ der



gesamten Rechnungslegung und Statistik sei, das die sämtlichen, im einzelnen näher aufgezählten statistischen Arbeiten und Aufgaben durchzuführen habe. Auch die lokalen statistischen Organe wurden entsprechend mit den örtlichen Planungsorganen verbunden.

Durch die VO vom 17. Dezember 1931 wurde der Sektor der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung des Gosplan in eine „Zentrale Verwaltung der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung beim Gosplan“ (ZUNChU) umgebildet, der, als einer selbständigen, allunionistischen Verwaltung, nunmehr die zentralisierte Leitung der Statistik und des Rechnungswesens in der Sowjetunion oblag. Die lokalen statistischen Organe, die Sektoren = Abteilungen der Plankommissionen in den Republiken, Gebieten und Gauen, wurden entsprechend in „Verwaltungen der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung“ (UNChU) bei den Plankommissionen dieser Gebiete umbenannt. Daneben bestanden noch, gemäß der am 10. März 1932 erlassenen Satzung der ZUNChU, städtische Verwaltungen der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung (mit den Rechten gebietlicher Verwaltungen) in Moskau und Leningrad bei den örtlichen Plankommissionen sowie Inspekturen der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung in den Rayons und verwaltungsmäßig selbständigen Städten bei den Rayon-Vollzugskomitees bzw. Stadträten.

Die ZUNChU bildete nicht nur mit den UNChUs ein einheitliches, stark zentralisiertes System der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung, wobei die nachgeordneten Stellen sich nach den Direktiven der Zentralverwaltung zu richten hatten, sie besaß außerdem noch ein verbindliches Weisungsrecht gegenüber den Organen der Ressortstatistik. Ferner wurde bestimmt, daß der Leiter der ZUNChU gleichzeitig der Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission (Gosplan) sein sollte. Durch diese Regelung wurde die große Bedeutung, die man der Statistik beimaß, besonders unterstrichen. In der Satzung der ZUNChU und in der ebenfalls am 10. März 1932 erlassenen Satzung der lokalen Organe der ZUNChU wurden die Aufgaben und Zuständigkeiten der statistischen Verwaltungen und Inspekturen im einzelnen näher umrissen. Durch die Verordnung vom 7. Februar 1933 wurde die Zentrale Verwaltung der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung beim Gosplan der Sowjetunion in „Zentrale Verwaltung der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung des Gosplans der Sowjetunion“ umbenannt. Dadurch sollte zum Ausdruck kommen, daß es sich um eine dem Gosplan eingegliederte Behörde handelte.

Durch die Erfordernisse der Planungsarbeit im Laufe des ersten und zu Beginn des zweiten Fünfjahresplanes, durch die Eingliederung der ZUNChU

in das System des Gosplans sowie durch die im Gefolge dieser Entwicklung eingetretene Ausweitung der Statistik zu einer allgemeinen — oft rein betriebswirtschaftlichen, buchhalterischen oder kalkulatorischen — Rechnungslegung hatte der Umfang der statistischen Berichterstattung und Rechnungslegung außerordentlich stark zugenommen<sup>5</sup>. Die Folge war eine ungeheure Aufblähung des gesamten statistischen Apparates, der zahlreiche Arbeiten ausführte, die entweder besser von den Volkskommissariaten oder anderen Behörden ausgeführt werden konnten, oder bereits von diesen durchgeführt wurden. Wichtige statistische Arbeiten wurden oft unterlassen, während weniger wichtige Arbeiten desto genauer ausgeführt wurden. Eine Verordnung vom April 1934 verfügte hierauf eine Einschränkung sowie Vereinheitlichung und Rationalisierung der statistischen Rechnungslegung. In dieser Verordnung wurde die Aufblähung der Rechnungslegung als „eine der schlimmsten Erscheinungen der Bürokratie“ bezeichnet. Fortan sollte eine strenge Ueberwachung und wesentliche Einschränkung der statistischen Erhebungen stattfinden.

Im weiteren Verlauf der dreißiger Jahre wurden diese Direktiven jedoch nur ungenügend befolgt. Der Gosplan stellte wiederholt fest, daß die Lage auf dem Gebiet der statistischen Erhebungen nach wie vor unbefriedigend war. Die geforderte Vereinheitlichung und Rationalisierung des statistischen Apparates wurde weitgehend durch eine formale Bestätigung der statistischen Erhebungen ersetzt.

#### *Die Entwicklung vom dritten Fünfjahresplan (1928 bis 1942) bis zur Gegenwart*

Der dritte Fünfjahresplan bezeichnet den Beginn einer neuen Epoche in der Entwicklung und Organisation der sowjetischen Statistik. Im wesentlichen während des dritten Planjahres erhielt die sowjetische Statistik diejenige Form und Ausbildung, sowohl nach ihrer äußeren Organisation wie auch hinsichtlich der von ihr verfolgten Aufgaben und Veröffentlichungsmethoden, die sie bis zur Gegenwart beibehalten hat. Das allgemeine Charakteristikum dieser Periode ist eine immer größere Zurückhaltung in der Bekanntgabe statistischer Daten, wobei immer mehr dazu übergegangen wurde, keine absoluten, sondern nur noch Verhältniszahlen, in erster Linie Prozentzahlen, zu veröffentlichen. Diese Methode hat in der Nachkriegszeit ihre reinste Ausprägung erhalten.

Nachdem die Volkszählung des Jahres 1937 wegen „ungenügender Fragestellung“ annulliert worden war (in Wirklichkeit hatte unter anderem die unvorsichtigerweise gestellte Frage nach der Religionszugehörigkeit eine zu hohe Zahl von Gläubigen ergeben), wurde auch die ZUNChU, vor allem ihre Leitung, von einer durchgreifenden Säuberung



betroffen, wobei alle „Volksfeinde“ ausgeschieden, verbannt und zum Teil sogar erschossen wurden, so insbesondere die für die Vorbereitung und Durchführung der verunglückten Volkszählung verantwortlichen leitenden Beamten. Gleichzeitig eröffnete der im *Bolschewik* veröffentlichte Aufsatz „Ueber die Folgen der Schädlingsarbeit in der Statistischen Wissenschaft“<sup>6</sup> einen heftigen ideologischen Kampf gegen die von den bisher maßgebend gewesenen Statistikern vertretenen Theorien. Man wandte sich besonders gegen die bisher vertretene Theorie des „Absterbens“ der Statistik und ihres Hinüberwachsens in die Rechnungslegung.

1938 wurde auch die Organisationsstruktur der ZUNChU entsprechend den neuen Erfordernissen umgestaltet<sup>7</sup>. Bis 1938 war die Organisationsstruktur der ZUNChU sehr häufig verändert worden, fast täglich wurden neue Abteilungen oder Sektoren gebildet, die neue besondere Aufgaben übernehmen mußten. Angeblich von den „Volksfeinden“ war die Organisationsstruktur früher nach dem engen Funktionalprinzip errichtet worden, so daß die Abteilungen und Fachgruppen der ZUNChU mit den Volkskommissariaten und anderen Zentralbehörden vielfach Doppelarbeit verrichteten oder deren Arbeitsergebnisse einfach in ihre Tabellen übertrugen. Aber selbst im eigenen Apparat der ZUNChU wurde von verschiedenen Abteilungen vielfach Doppelarbeit geleistet, wobei die betreffenden Abteilungen oft widersprechende Angaben über den gleichen Tatbestand lieferten. Gemäß der neuen Organisationsstruktur bestanden die Untergliederungen der ZUNChU nur noch aus Abteilungen und Sektoren, während früher außer den Abteilungen und Sektoren noch besondere Untergliederungen, Gruppen usw. bestanden hatten. Nach der neuen Organisationsstruktur erfolgte die Gliederung sowohl nach Sachgebieten als auch nach dem Funktionalprinzip.

Die nachstehend gebrachte Organisationsstruktur der ZUNChU — Änderungen sind nicht bekannt geworden, die nachstehende Struktur dürfte aber im wesentlichen noch der heute geltenden Organisationsstruktur der jetzigen Statistischen Zentralverwaltung (ZSU) entsprechen — ist in mehrfacher Hinsicht von großem Interesse. Einmal durch das Bestehen besonderer Abteilungen (Geheimabteilung, Spezialabteilung), die in Statistischen Aemtern von Ländern der freien Welt höchstens in Kriegszeiten möglich sind und deren Bestimmungszweck nur erraten werden kann. Sodann ist eine sehr weitgehende Aufgliederung in Abteilungen und Sektoren festzustellen, welche zweifellos die Möglichkeit bietet, nahezu sämtliche Gebiete des sowjetischen Staats- und Wirtschaftslebens in umfassender Weise statistisch zu durchleuchten. Das Büro der unveränderlichen Preise besitzt sicherlich für jedes Jahr die Schlüsselzahlen

für die Berechnung des Verhältnisses von laufenden zu unveränderlichen Preisen, welche der Außenwelt nicht bekannt sind. Die Sektoren für die Budgets (Haushaltsrechnungen) der Kolchosbauern und der Arbeiter und Angestellten besitzen das Material, welches bereits seit dem Beginn der dreißiger Jahre nicht mehr veröffentlicht wird, dessen Bekanntgabe in den Ländern der freien Welt dagegen selbstverständlich ist. Die Zurückhaltung dieses — wehrwirtschaftlich unmittelbar nicht bedeutsamen — Materials, um nur diese beiden Beispiele herauszugreifen, muß zweifellos seine besonderen, im ganzen Sowjetsystem verankerten Gründe haben, auf die im weiteren Verlauf dieser Abhandlung näher einzugehen sein wird.

*Die Organisationsstruktur der ZUNChU nach dem Stande von 1938*

Abteilungen:	Sektoren:
1. Die Leitung der ZUNChU	Die Geheimabteilung
2. Das Sekretariat der Leitung	— — —
3. Die Abteilung der zusammenfassenden Statistik	Laufende Rechnungslegung Rayone
4. Die Abteilung der volkswirtschaftlichen Bilanzen	Volkseinkommen Materialbilanz Finanzbilanz Grundkapitalien Büro der unveränderlichen Preise
5. Die Abteilung für industrielle Statistik	Schwerindustrie Leichtindustrie Holzindustrie Lebensmittelindustrie Baustoffindustrie Zusammenfass. Statistik Genossenschaftliche Kleinindustrie
6. Die Abteilung für landwirtschaftliche Statistik	Viehzucht Sowchase Kolchase und Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) Kolchosbauern-Budgets Zusammenfass. Statistik
7. Die Abteilung für Erntestatistik	Getreidebau Technische Kulturen Landvorräte und Anbauflächen
8. Die Abteilung für Statistik des kapitalen Bauwesens	Kapitales Bauwesen in der Industrie Kommunaler und sozialer Wohnungsbau Bauwesen im Verkehrs- u. Nachrichtenwesen Zusammenfass. Statistik



9. Die Abteilung für Statistik des Verkehrs und des Nachrichtenwesens	Eisenbahnverkehr Schiffahrtsverkehr Luft- und Kraftwagenverkehr Zusammenfass. Statistik
10. Die Abteilung für Arbeitsstatistik	Gleichzeit. Untersuchungen Numerische Stärke und Lohnfonds Budgets der Arbeiter und Angestellten
11. Die Abteilung für Finanz- und Kreditstatistik	Finanzen der einzelnen Wirtschaftszweige Finanz- u. Kreditbehörden
12. Die Abteilung für Handelsstatistik	Groß- und Einzelhandel Beverratung Kolchoshandel
13. Die Abteilung für die Statistik der Kommunal- und Wohnungswirtschaft	Kommunalwirtschaft Wohnungswirtschaft
14. Die Spezialabteilung	---
15. Die Abteilung für Bevölkerungsstatistik	---
16. Die Abteilung für die Statistik des Gesundheitswesens und der Sozialversicherung	---
17. Die Abteilung für die Statistik der Kadervorbereitung u. Kulturstatistik	Schul- und Vorschul- erziehung Kadervorbereitung für die politische Erziehung
18. Die Finanzabteilung	---
19. Die Abteilung für Statistik der Weltwirtschaft	---
20. Die Abteilung für Bestätigung der statistischen Erhebungen	---
21. Die Abteilung der Unterrichtsanstalten	---
22. Die Abteilung für Erfassung u. Verteilung der Kader	---
23. Die Abteilung für Mechanisierung der Statistik	---
24. Die Abteilung d. Statistischen Inspektion	---
25. Die Abteilung für graphische Darstellung	---
26. Die Abteilung für Bauarbeiten und Materialwesen	---
27. Die Geschäftsführung	---
28. Die zentrale wissenschaftliche Bibliothek	---
29. Das Zentralarchiv	---

Im Februar 1939 — im Januar 1939 war die zweite allsowjetische Volkszählung erfolgreich durchgeführt worden — erfolgte ein verstärkter Einbau der ZUNChU, die bisher immer noch ein gewisses Maß von Selbständigkeit innerhalb des Gosplan besessen hatte, in das System des Gosplan. Die Umorganisation ging auf Forderungen zurück, die auf dem 18. Parteitag im März 1939 zu Beschlüssen erhoben worden waren. Danach sollten gleichzeitig mit einer Verbesserung der gesamten Planungsarbeit in der Volkswirtschaft auch die Organisation und der Ablauf der statistischen Rechnungslegung eine wesentliche Verbesserung erfahren<sup>8</sup>. Als die zentrale Aufgabe des Umbaus der Planungsarbeit wie auch der Statistik wurde die „*Organisation der bolschewistischen Ueberwachung der Planerfüllung*“ bezeichnet. Diese Aufgabe könnte nur gelöst werden, wenn das System der statistischen Rechnungslegung vollständig dem Gosplan unterstellt und die Organisation sowie die Methoden der statistischen Arbeit neu überprüft würden. Der bis dahin noch vielfach vorhanden gewesene Gegensatz zwischen Gosplan und ZUNChU hätte zu einer Entfernung der letzteren von der Praxis der Planung geführt. Auch hätte die ZUNChU sich bis in die letzte Zeit nicht mit der Organisation und Leitung der statistischen Rechnungslegung überall im Lande, das heißt mit dem Aufbau einer zuverlässigen, einfachen, klaren und aktuellen Primärstatistik, befaßt. Der gesamte statistische Apparat und die statistische Arbeit sollten vereinheitlicht und der straffen Lenkung der ZUNChU unterstellt sowie alle überflüssigen Arbeiten eingestellt werden.

Die Umorganisation der Arbeit der ZUNChU gemäß den neuen Richtlinien führte seit 1939 zu beachtlichen Ergebnissen. Nach Durchführung der Volkszählung im Januar 1939 wurden 1939/40 mehrere statistische Sammelwerke veröffentlicht. Auch sonst besserte sich die Arbeit der Zentralverwaltung erheblich, die Zahlen der Planerfüllung wurden schneller geliefert, widersprechende Angaben wurden nicht mehr veröffentlicht. Fragen der statistischen Theorie wurden in neuer Sicht beleuchtet, 1940 nahm der Sektor für Statistik im Institut für Oekonomie der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion seine Tätigkeit auf. Die laufenden statistischen Veröffentlichungen wurden jedoch infolge des 1939 begonnenen Krieges immer inhaltloser, sie beschränkten sich fast nur noch auf die Bekanntgabe von Prozentzahlen. Der sowjetische Statistiker *Lifschitz* beklagte 1940 die Tatsache, daß in der Sowjetunion seit zehn Jahren keine statistische Zeitschrift mehr bestehe<sup>9</sup>.

Während des Krieges (1941 bis 1945) waren die Anforderungen, die von der Regierung an die sowjetische Statistik gestellt wurden, sehr groß. Statt ab-



zunehmen, wuchs der Umfang der Arbeiten außerordentlich an. Die Verlagerung der Rüstungsindustrie in die östlichen Gebiete, die Bereitstellung der für diese Industrien benötigten Arbeitskräfte, Rohstoffe und Halbfabrikate sowie andere kriegsbedingte Aufgaben erforderten umfangreiche statistische Vorarbeiten, die erfolgreich durchgeführt werden konnten. Die neu organisierte sowjetische Statistik hatte im Krieg ihre Bewährungsprobe bestanden.

Während des Krieges, nach anderen Nachrichten aber erst in der Nachkriegszeit, fand eine erneute Umorganisation der ZUNChU statt, über die einwandfreie Angaben aus sowjetischen Quellen nicht vorliegen. Vermutlich in der Kriegszeit (etwa 1942/44.) nach Bergson aber bereits vor dem Kriege 1939<sup>10</sup>, wurde die ZUNChU zunächst wieder in „Zentrale statistische Verwaltung“ (ZSU) umbenannt. Für die spätere Umbenennung während des Krieges spricht die Tatsache, daß in den sowjetischen Veröffentlichungen des Jahres 1940 noch stets von der ZUNChU gesprochen wird. Gleichzeitig wurde die Stellung der ZSU wahrscheinlich auch mehr selbstständig, obwohl sie noch im System des Gosplan verblieb. Gemäß einer französischen Quelle der jüngsten Zeit<sup>11</sup> soll die Statistische Zentralverwaltung, die bis dahin dem Gosplan unterstanden habe, erst seit Januar 1949 in eine autonome Zentralverwaltung beim Ministerrat der Sowjetunion umgewandelt worden sein. Die sowjetische Presse hat über diese Neuregelung keinerlei Einzelheiten gebracht. Bezeichnenderweise bringen auch die sonst sehr gut unterrichteten amerikanischen Wirtschaftszeitschriften weder Einzelheiten noch den genauen Zeitpunkt dieser Umorganisation. Tatsache ist jedoch, daß der Bericht über die Erfüllung des Jahresplanes 1948 im Januar 1949 erstmalig von der „Statistischen Zentralverwaltung beim Ministerrat der Sowjetunion“ bekanntgegeben worden ist. Vorher erfolgte die Bekanntgabe durch das „Staatliche Plankomitee des Ministerrates der Sowjetunion“. Danach ist als er-

wiesen anzusehen, daß die Statistische Zentralverwaltung seit 1949 eine selbständige, nicht mehr dem Gosplan unterstehende Körperschaft ist. Der Zeitpunkt der Umbenennung der ZUNChU in „Statistische Zentralverwaltung“ ist damit freilich noch nicht geklärt. Sie wird jedoch, wie bemerkt, schon früher, wahrscheinlich während des Krieges, erfolgt sein.

Die vorstehend nur in den Grundzügen dargelegte Entwicklung der sowjetischen Statistik und ihrer Organisationsformen seit 1918 zeigt, daß die zunächst selbständige Statistische Zentralverwaltung (ZSU) nach über einem Jahrzehnt ihres Bestehens in eine dem Gosplan unterstehende „Zentrale Verwaltung der volkswirtschaftlichen Rechnungslegung“ (ZUNChU) umgewandelt wurde, der zahlreiche Aufgaben übertragen wurden, die erheblich über den Rahmen der Aufgaben von Statistischen Aemtern, wie sie in anderen Staaten bestehen, hinausgingen, so zum Teil auch die Organisation und Zusammenfassung von Buchführungs- und Kalkulationsarbeiten in den staatlichen Betrieben und Industriezweigen. Nach einem weiteren Jahrzehnt wurde ein Teil der getroffenen Neuregelungen wieder rückgängig gemacht; die ZUNChU wurde wieder zur „Zentralen Statistischen Verwaltung“ (ZSU), die eine selbständige und weitgehend unabhängige Zentralverwaltung beim Ministerrat der Sowjetunion darstellt; die Unterstellung unter den Gosplan wurde aufgehoben. Damit nimmt die Statistik in der Sowjetunion — rein organisationsmäßig betrachtet — wieder eine ähnliche Stellung ein, wie sie dort bereits zu Beginn der sowjetischen Herrschaft, und wie sie in der außersowjetischen Welt schon stets bestanden hatte. Im Rahmen der sowjetischen Planwirtschaft kommt der Statistik jedoch, wie bereits bemerkt wurde, eine entscheidende, geradezu ausschlaggebende Bedeutung sowohl für die Aufstellung der Pläne als auch für die Kontrolle der Planerfüllung zu, welche erheblich über die Bedeutung hinausgeht, die der Statistik in den nicht planwirtschaftlich regierten Staaten beigemessen wird.

### III. Methoden der sowjetischen Wirtschaftsstatistik

Die sowjetische Statistik ist, wie auch aus der vorstehend gebrachten Organisationsstruktur der ZUNChU beziehungsweise der Statistischen Zentralverwaltung hervorgeht, vornehmlich eine Wirtschaftsstatistik, wie dies auch für die Statistik anderer Länder zutrifft.

Es kann nicht der Zweck des vorliegenden Abschnitts sein, der die Methoden der sowjetischen Wirtschaftsstatistik behandeln soll, die allgemein bekannten und üblichen statistischen Methoden der Sammlung des Urmaterials, der Aufbereitung, Gliederung und Darstellung des Materials zu beschreiben, wie sie überall in der Welt, wo die Wirtschaft

und ihr Ablauf statistisch beobachtet werden, zur Anwendung gelangen. Der Hauptzweck der vorliegenden Abhandlung ist vielmehr, gerade die besonderen Methoden und Eigentümlichkeiten der sowjetischen Wirtschaftsstatistik zu beschreiben und zu untersuchen, durch welche diese sich von der Statistik anderer Länder unterscheidet. Die Erforschung dieser Unterschiede ist vor allem deshalb wichtig, weil ohne deren Kenntnis und Berücksichtigung die Verwendung sowjetamtlicher statistischer Angaben zu den größten Fehlschlüssen führen kann und, wie die Vergangenheit lehrt, überwiegend schon geführt hat und auch noch heute dauernd führt. Diese Feststel-



lung bezieht sich sowohl auf die Beurteilung der innersowjetischen Verhältnisse wie auch auf Vergleiche dieser Verhältnisse mit denen anderer Länder.

Daß die Sowjetstatistik besondere Eigentümlichkeiten aufweist, die sie von der Statistik anderer Länder unterscheiden, ist schon frühzeitig erkannt worden, allerdings, so muß hinzugefügt werden, nur von einer verhältnismäßig begrenzten Zahl von Volkswirtschaftlern und Statistikern (das bezieht sich in erster Linie auf die angelsächsischen Länder)<sup>12</sup>.

In Deutschland wies *Auhagen*<sup>13</sup> bereits 1933 auf die Unzuverlässigkeit des Geldwertes und speziell der Preise von 1926/27 für die Berechnung der industriellen Produktionsvermehrung hin, wobei eine weitere zusätzliche Erhöhung des Index dadurch eintrete, daß stets nur die Bruttonproduktion gewertet wird. Die eigentliche Leistung der Industrie könne aber richtig nur an der Nettoproduktion — wie dies in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten geschieht — gemessen werden, welche den in den einzelnen Betrieben erzielten Wertzuwachs erfaßt.

K. *Michael*<sup>14</sup> hat 1935 in einer sehr gründlichen Abhandlung unter anderem auch verschiedene Methoden und Kunstgriffe der sowjetischen Statistik eingehend beschrieben und kritisiert. Ferner sind Fragen der sowjetischen Wirtschaftsstatistik in den Ost- und Wirtschaftszeitschriften der Vorkriegszeit in zahlreichen kleineren Aufsätzen behandelt oder erwähnt worden, wobei wichtige Besonderheiten der Sowjetstatistik oft treffend erkannt und beschrieben wurden.

Demgegenüber war die angelsächsische Rußlandforschung der Vorkriegszeit auch in bezug auf dieses Gebiet — wie überhaupt — noch ziemlich wenig entwickelt. *Colin Clark* („A Critique of Russian Statistics“, London 1939) hat in seinem sehr gründlichen, aber heute veralteten Buch in den angelsächsischen Ländern erstmalig den wahren Charakter der sowjetischen Statistik aufgedeckt. Er berechnete unter anderem, daß das sowjetische Volkseinkommen sich von 1928—36 nur um 56 vH, statt um 320 vH, wie die offizielle Angabe lautete, vermehrt hätte.

Für die Erkenntnis des Wesens und der Methoden der Sowjetstatistik ist die Abhandlung von *Rolf Wagenführ* über „Die Rolle der Propaganda in der sowjetischen Wirtschaftsstatistik“ noch immer grundlegend, vor allem wegen ihrer zusammenfassenden Ueberschau und ihrer hervorragenden Systematik<sup>15</sup>. Diese Abhandlung beruht auf Sonderuntersuchungen, die von Wagenführ mit mehreren Mitarbeitern im *Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung* (früher Institut für Konjunkturforschung) durchgeführt worden sind. Merkwürdigerweise scheint die Abhandlung von Wagenführ den meisten der amerikanischen Nachkriegsautoren nicht bekannt zu sein. Die Ausführungen von Wagenführ haben auch heute für die

Erkenntnis des Wesens der sowjetischen Statistik nichts von ihrer Bedeutung verloren.

Das Werk von S. N. *Prokopowicz* „Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets“ (Zürich und New York 1944) ist unter anderem besonders durch seine Kritik der aufgeblähten Preise von 1926/27 und die Berechnung des sowjetischen Volkseinkommens von Bedeutung.

In der Nachkriegszeit hat die hauptsächlich von Emigranten aus Osteuropa — meist erstklassigen Fachleuten — betriebene amerikanische Rußlandforschung auch zu den Fragen der sowjetischen Wirtschaftsstatistik bereits zahlreiche Veröffentlichungen vorgelegt.

Von den amerikanischen Nachkriegsautoren, die sich mit Fragen der sowjetischen Wirtschaftsstatistik befaßt haben, sind zu nennen: Paul A. *Baran*, Abram *Bergson*, Alexander *Gerschenkron*, Naum *Jasny*, Alexander *Jugow* (Yugow), Harry *Schwartz*, Paul *Studenski*, Julius *Wyer*. Ihre Beiträge sind zumeist in den großen amerikanischen Wirtschaftszeitschriften veröffentlicht worden. Die englischen Autoren sind bis auf *Clark* (z. Z. Australien), was die Erforschung der sowjetischen Statistik betrifft, weniger hervorgetreten.

Der besondere Charakter der Sowjetstatistik, der sie von den Statistiken anderer Länder unterscheidet, hat sich im wesentlichen erst seit dem Beginn des ersten Fünfjahresplanes (1928—1932) herausgebildet. Gleichzeitig mit der Umwandlung der ZSU in die ZUNChU, die ihrerseits dem Gosplan unterstellt wurde (1930/31), wurde auch die gesamte statistische Arbeit dem Ziel der Planerfüllung um jeden Preis untergeordnet. Die Statistik verlor ihre Bestimmung als Werkzeug zur objektiven Beobachtung und Registrierung der Wirtschaftsabläufe. Sie sollte nunmehr selbst in den Wirtschaftsablauf eingreifen, um auch ihrerseits die Planerfüllung um jeden Preis zu unterstützen.

Dieses Eingreifen der Statistik in den Wirtschaftsablauf konnte vor allem in der Form der *Propaganda*, das heißt einer von Propagandagesichtspunkten bestimmten Darstellung der statistischen Ergebnisse, vor sich gehen, und zwar nach zwei Richtungen. Günstige Ergebnisse der Wirtschaftsentwicklung wurden so herausgestellt, daß deren Wiederholung, Ueberbietung oder Nacheiferung allen Sowjetbürgern als erstrebenswertes Ziel erscheinen mußte, während ungünstige Tatsachen, um die Planerfüllung auf anderen Gebieten nicht zu gefährden, zu einem großen Teil — jedoch nicht immer — entweder vollkommen geheimgehalten oder nur in einer solchen Form bekanntgegeben wurden, daß daraus keine unerwünschten Schlüsse gezogen werden konnten. Der Hauptzweck dieser propagandistischen Darstellung der statistischen Ergebnisse



war somit, der Planerfüllung zu dienen, während als sehr erwünschter Nebenzweck eine Stärkung des Ansehens der Sowjetunion im In- und Ausland erreicht wurde.

Mit diesem wichtigsten Gesichtspunkt der Propaganda im Dienste der Planerfüllung für das Inland sowie, in geringerem Maße, auch für das Ausland, konkurrierten noch einige andere Gesichtspunkte, die mit dem zuerst genannten Ziel teilweise in Widerspruch gerieten. Die Planungsaufgaben erforderten nämlich eine möglichst eingehende Erfassung und Durchdringung der gegebenen wirtschaftlichen Tatsachen und Mißstände. Diesem Erfordernis konnte man dadurch gerecht werden, daß man die Statistik zwar noch weiter ausbaute und immer zuverlässiger gestaltete, dabei jedoch den Teil ihrer Ergebnisse, der Mißstände oder Unzulänglichkeiten des Systems aufdeckte, nur einem sehr kleinen Kreise zugänglich machte.

In unmittelbaren Widerspruch mit dem Ziel der Propaganda im In- und Ausland geriet aber der wehrwirtschaftliche Gesichtspunkt, der es nahelegte, über günstige (wie ungünstige) Tatsachen der Wirtschaftsentwicklung, soweit sie von wehrwirtschaftlicher Bedeutung waren — und was konnte schließlich nicht von wehrwirtschaftlicher Bedeutung sein? —, möglichst wenig oder gar nichts zu berichten. Es ist reizvoll zu verfolgen, wie während der dreißiger Jahre diese beiden Gesichtspunkte — Propaganda und Wehrwirtschaft — in einem ständigen Widerstreit miteinander liegen. Während in den ersten Jahren der Gesichtspunkt der Propaganda bei weitem den Vorrang hatte, schob sich gegen Ende der dreißiger Jahre die wehrwirtschaftliche Forderung immer mehr in den Vordergrund, bis 1940/41 im wesentlichen nur noch Prozentzahlen veröffentlicht wurden, deren ausschließliche Bekanntgabe bei unbekannten Beziehungszahlen geradezu zum Kennzeichen der sowjetischen Nachkriegsstatistik geworden ist.

Doch auch die Zahlenreihen, die in den letzten Vorkriegsjahren noch veröffentlicht werden durften, wurden durch besondere Berechnungsmethoden oftmals so kunstvoll gegen andere Zahlenreihen abgeschirmt, daß Vergleiche nicht gezogen und Widersprüche nicht aufgedeckt werden konnten. Den größten Wert besaßen vor dem Kriege noch die absoluten Mengen- oder Gewichtsangaben, soweit sie bekanntgegeben wurden.

In den letzten Vorkriegsjahren und in der Nachkriegszeit hat mithin der wehrwirtschaftliche Gesichtspunkt über den propagandistischen unbestritten den Sieg davongetragen. Zweifellos würden die Sowjets heute am liebsten überhaupt keine Statistiken mehr veröffentlichen, da sie ihre Volkswirtschaft seit Kriegsende im Hinblick auf den er-

warteten dritten Weltkrieg vollständig den Forderungen der Kriegswirtschaft untergeordnet haben. Da sie aber ohne Propaganda — besonders im Inland — nicht auskommen können, haben sie die Methode der ausschließlichen Bekanntgabe von Prozentzahlen erfunden, die sich noch ganz gut zu Propagandazwecken verwenden läßt — ein Unikum in der Statistik aller Zeiten und Länder.

Für die Beurteilung nur der sowjetischen Nachkriegsstatistik genügte es somit, wie vielleicht angenommen werden könnte, sich auf eine Betrachtung der Methode der ausschließlichen Bekanntgabe von Prozentzahlen zu beschränken. Das genügt aber schon deshalb nicht, weil die gegenwärtige Sowjetstatistik naturgemäß untrennbar mit der Vorkriegsstatistik verbunden ist und weil, je spärlicher die statistischen Quellen der Gegenwart fließen, um so öfter auf die Statistiken der Vorkriegszeit zurückgegriffen werden muß.

Wie Naum *Jasny*<sup>16</sup> mit Recht bemerkt, haben die Sowjets seit dem Kriege keine einzige Statistik herausgebracht, die auch nur der Form nach den Anforderungen, die an eine zuverlässige Statistik gestellt werden, entspricht, das heißt, die Mengen-, Gewichts- oder Flächenangaben in ihrer Gliederung nach den territorialen Verwaltungseinheiten anführt. Bisher ist diese von den Sowjets selbst als „Klassenstatistik“ bezeichnete statistische Berichterstattung von den internationalen statistischen Aemtern und vielen maßgebenden Statistikern und Wirtschaftlern der außersowjetischen Länder ohne Widerspruch hingenommen worden. Die Sowjetunion nutzt diese Unkenntnis oder Bequemlichkeit der übrigen Welt vielfach aus, um ihre eigenen Statistiken aus ausländischen internationalen Veröffentlichungen als deren Produkt zu reimportieren und damit im Inlande Propaganda zu machen.

Es ist deshalb von größter Wichtigkeit, daß das wahre Wesen und die Methoden der sowjetischen Wirtschaftsstatistik nicht nur von einigen wenigen, sondern von möglichst allen Wirtschaftlern und Statistikern der westlichen Welt erkannt werden. Diesem Zweck dient auch die vorliegende Abhandlung<sup>16a</sup>. —

Vorstehend wurde bereits darauf hingewiesen, daß einerseits die Propaganda im Sinne besonderer Herausstellung und andererseits die Geheimhaltung die beiden grundlegenden Methoden der sowjetischen statistischen Veröffentlichungstechnik sind. Diese Methoden können noch weiter aufgegliedert werden, wie dies vorbildlich und einzigartig von *Wagenführ* in seiner schon erwähnten Abhandlung durchgeführt worden ist, auf dessen Ausführungen daher die nachfolgende Beschreibung der Methoden der sowjetischen Wirtschaftsstatistik sich im wesentlichen stützen muß, wobei freilich auch Hinweise aus anderen Arbeiten verwertet werden<sup>17</sup>.



*Wagenführ* unterscheidet im einzelnen vier Methoden, die von den Sowjets zur Beeinflussung ihrer Statistik angewendet werden; die an fünfter Stelle genannte Methode ist auf Grund der Nachkriegsentwicklung hinzugefügt. Es handelt sich um die folgenden Verfahren zur Erzielung genehmer statistischer Ergebnisse:

1. Beeinflussung des Urmaterials;
2. Unterdrückung bestimmter Statistiken;
3. Schlüsselung statistischer Reihen zur Verhinderung von Vergleichen und Rückschlüssen;
4. Verzerrung der statistischen Angaben durch Wahl besonderer Darstellungs- und Auswertungsmethoden;
5. Ausschließliche Bekanntgabe von Prozent- und Verhältniszahlen.

Nachstehend werden in Anlehnung an *Wagenführ* verschiedene Beispiele für die genannten Verfahren angeführt, wobei es sich keinesfalls um eine erschöpfende Uebersicht handeln kann.

#### *Beeinflussung des Urmaterials*

a) Eine Beeinflussung des Urmaterials, die zu von vornherein vorbestimmten Ergebnissen führt, kann bereits durch die Fragestellung beziehungsweise durch die Wahl des Erhebungsmerkmals erfolgen, was besonders deutlich bei den Volkszählungen zutage tritt. So können zunächst einmal bestimmte wichtige Merkmale überhaupt nicht erfragt werden. Die bei der Volkszählung von 1937 unvorsichtigerweise gestellte Frage nach der Religionszugehörigkeit führte zum Beispiel zu für die Machthaber so ungünstigen Resultaten, daß die ganze Volkszählung mit aus diesem Grunde annulliert wurde, ein in der Geschichte der statistischen Massenerhebungen aller Zeiten einzig dastehender Vorgang. 1939 wurde dieser Fehler nicht mehr wiederholt, so daß die Behauptung der Regierung, der weitaus größte Teil des Volkes habe sich von der Religion abgewandt, zahlenmäßig nicht widerlegt werden konnte.

Ferner können, bei dem primitiven Bildungsstand der breiten Massen in der Sowjetunion, Suggestivfragen gestellt werden, die ebenfalls bestimmte Ergebnisse schon von vornherein festlegen.

Ein statistisches Beispiel hierfür ist das Verschwinden des Analphabetentums, auf das die Sowjets so großes Gewicht legen: der Anteil der Analphabeten an der Gesamtbevölkerung soll von 1926 bis 1939 von 49 auf 19 vH zurückgegangen sein. Dabei galt 1926 jeder als schreibkundig, der auch nur seinen eigenen Familiennamen schreiben konnte, als lesekundig, wer durch Buchstabieren oder silbenweises Lesen gedruckte Worte begreifen konnte. Bei der Volkszählung von 1937 brauchte dem Zähler auf die Frage nach der Schreib- und Lesekundigkeit nur

mit ja oder nein geantwortet zu werden, ohne daß eine nähere Nachprüfung erfolgte. Durch diese Art der Fragestellung wurde die Zahl der Analphabeten verständlicherweise erheblich vermindert.

Ein weiteres Beispiel für die Bedeutung der Wahl des Erhebungsmerkmals ist das Gebiet der Städtebildung bei der Volkszählung von 1926. In dem Bestreben, die Zahl der Städte und die städtische Bevölkerung möglichst hoch erscheinen zu lassen, wurde der Begriff der Stadt in der Volkszählung viel weiter gefaßt als nach der administrativen Einteilung. So ergaben sich nach der Verwaltungseinteilung 692, nach der Volkszählung aber 1926 Städte, mit Bevölkerungen von 20,2 bzw. 26,3 Mill. Einwohnern, und der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung betrug entsprechend 13,7 vH bzw. 17,9 vH.

Für die Wirtschaftsstatistik liegen, da die Sowjets bereits vor dem Kriege über ihre statistischen Methoden kaum etwas bekannt werden ließen, nur wenige Beispiele für die Beeinflussung des Urmaterials durch die Fragestellung vor. Zweifellos ist aber auch das Urmaterial der Wirtschaftsstatistik durch die Form und durch Verschiebungen der Fragestellung erheblich beeinflußt worden, was durch eingehende Forschungen nachgewiesen werden könnte.

b) Eine weitere Form der Beeinflussung des Urmaterials ist durch das ganze System der sowjetischen Planwirtschaft bedingt. Die sowjetischen Planforderungen sind durchweg überhöht und erfordern zu ihrer Erfüllung die Anspannung auch der letzten Kräfte der wirtschaftenden Betriebe. Fehlermöglichkeiten sind vor allem dadurch gegeben, daß erstens die Produktionsergebnisse zum Monatsende nach oben abgerundet werden, und zweitens, daß die Ausschußware als reguläre Erzeugung ausgegeben wird, um die Planerfüllung nachzuweisen. Der Erlaß der Verordnung des RdVK vom 10. Juli 1940, welche die Erzeugung von Ausschuß- oder unfertigen Waren unter Strafe stellt, beweist, daß derartige Manipulationen oft vorgekommen sind.

*Wagenführ* weist die Auswirkung derartiger fehlerhafter Angaben an einigen Beispielen nach:

*Statistik der Eisenerzförderung.* In den zehn Jahren von 1929 bis 1938 sind rd. 10 Millionen Tonnen Eisenerz (in Fe-Gehalt berechnet) „verschwunden“, denn in dieser Zeit wurden 106,5 Millionen Tonnen Eisenerz (Fe-Gehalt) gefördert, die Roheisengewinnung (94,5 Millionen Tonnen) zuzüglich der Ausfuhr (2,2 Millionen Tonnen) betrug aber nur 96,7 Millionen Tonnen. Obwohl für diese Differenz auch technische Gründe maßgebend gewesen sein können — die Unmöglichkeit der Verhüttung von ärmeren Erzen —, kann sie auch dadurch zu erklären sein, daß die Förderung stets um 5 bis 10 vH zu hoch angegeben wurde.

*Statistik der Erdölförderung.* Hier wurde die Erdölverarbeitung in der Regel um etwa 10 vH höher angegeben, als der Erzeugung an fertigen Derivaten ent-



sprach. Die Differenz kann durch Verluste beim Transport und bei der Verarbeitung entstanden sein, oder die Statistik der Erdölgewinnung wurde jeweils um 10 vH zu hoch ausgewiesen.

*Statistik der Baumwollernte.* Hier sind erhebliche Unterschiede in den Angaben über die Baumwollernte und den Baumwollverbrauch festzustellen, die so groß waren, daß sie selbst in der sowjetischen Fachpresse diskutiert wurden. So wurden zum Beispiel von 1934 bis 1938 rund 3,4 Millionen Tonnen Baumwollfasern geerntet, aber von 1935 bis 1939 nur 2,9 Millionen Tonnen Baumwollfasern verarbeitet. Die Differenz von rund 500 000 Tonnen Rohbaumwolle könnte verdorben oder auf Lager sein, oder die Erntestatistik war falsch, das heißt überhöht.

Wenn auch bei diesen Beispielen die Differenzen wahrscheinlich auf falsche Angaben derjenigen zurückgingen, die das Urmaterial zu liefern hatten, so daß die Zentralbehörde keine Schuld trifft, so war es doch immerhin ihre Pflicht, den Widersprüchen nachzugehen und die Befragten zu genauerer Ausfüllung der Fragebogen zu veranlassen.

#### *Unterdrückung bestimmter Statistiken*

Wie bereits kurz erwähnt wurde, kann die Unterdrückung bestimmter Statistiken zwei Ursachen haben: sie kann einmal auf wehrwirtschaftliche Gründe und zweitens auf propagandistische Erwägungen zurückgehen. Propagandistische Erwägungen sind vor allem dann maßgebend, wenn es sich um wehrwirtschaftlich weniger wichtige Gebiete handelt: die Unterbindung der Veröffentlichungen erfolgt dann, um Schwächen in der Wirtschaftsstruktur und im Wirtschaftsorganismus der Sowjetunion zu verbergen, Entwicklungsstörungen und Krisen im Wirtschaftsablauf nicht erkennen zu lassen sowie die Zuspitzung der sozialen Verhältnisse zu verschleiern.

Auf wehrwirtschaftliche Gründe vor allem ist ganz allgemein die außerordentliche Schrumpfung der statistischen Veröffentlichungen im Verlaufe der dreißiger Jahre zurückzuführen, bis 1940/41 hauptsächlich und seit 1945/46 fast ausschließlich Prozent- und sonstige Verhältniszahlen, größtenteils auf unbekannte Basiszahlen bezogen, bekanntgegeben wurden. Der Umfang des amtlichen statistischen Jahrbuches ging zum Beispiel von über 700 Seiten im Jahre 1936 auf etwa 200 Seiten kleineren Formats im Jahre 1939 zurück. Während jedoch die für 1939/40 zunächst nicht veröffentlichten absoluten Produktionszahlen für wehrwirtschaftlich wichtige Erzeugnisse nachträglich doch noch bekanntgegeben wurden, fehlen in der Nachkriegszeit absolute Zahlen über die Höhe der Produktion gänzlich, und zwar nicht nur für die wehrwirtschaftlich wichtigen, sondern für sämtliche Erzeugungen. Die Wehrwirtschaft umfaßt nunmehr die gesamte Volkswirtschaft.

Aus den schon genannten propagandistischen Gründen wurde vor dem Kriege eine ständig wachsende Zahl von Statistiken oder einzelnen statistischen Angaben unterdrückt. So wurde beispielsweise amtlich nicht bekanntgegeben, wie groß auf Grund der Volkszählung von 1939 die Zahl der industriell Erwerbstätigen war. Erst durch einen versteckten Hinweis in einem Aufsatz von Varga wurde bekannt, daß nur etwa 17 vH der insgesamt Erwerbstätigen in der Industrie beschäftigt waren. Das ist natürlich nur ein sehr geringer Anteilssatz, wenn man bedenkt, daß laut offiziellen Angaben damals bereits über 80 vH des sowjetischen Volkseinkommens auf die Industrie entfallen sollten.

Bemerkenswert ist, daß in der Sowjetunion schon seit dem Beginn der dreißiger Jahre (1931) keine Angaben über die Bewegung der Geburten- und Todesfälle veröffentlicht werden. Die Gründe für die Unterdrückung dieser Statistik sind unschwer zu erkennen: im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung zu Beginn der dreißiger Jahre war die Sterblichkeitsrate hoch und die Geburtenrate niedrig. Als die Verhältnisse sich etwas normalisierten, ging die Geburtenrate infolge der Auswirkungen der Abtreibungsseuche noch weiter zurück. Erst gegen Ende der dreißiger Jahre besserte sich das Verhältnis, nachdem die Abtreibung 1936 verboten worden war. Doch im Vergleich zu den Ländern der westlichen Welt war die Sterblichkeit noch immer zu hoch.

Manchmal werden die statistischen Angaben erst mit großer Verspätung veröffentlicht, wie zum Beispiel die Produktionszahlen des Jahres 1936 für Landwirtschaft und Industrie. Dieses Jahr wies eine ausgesprochen schlechte Ernte auf, und auch die Industrie hatte wegen innerer Krisen, welche bald zu den bekannten Schädlingsprozessen führten, nur eine ungenügende Erzeugung aufzuweisen. Besonders auffällig war in der Vorkriegszeit die zunehmende Verarmung der Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Sozialstatistik, so daß 1939 keine der in der übrigen Welt üblichen Sozialstatistiken mehr veröffentlicht wurden. Auf das Gebiet der Sozialstatistik wird in einem späteren Zusammenhang nochmals näher einzugehen sein.

#### *Schlüsselung statistischer Reihen zur Vermeidung von Vergleichen und Rückschlüssen*

Eines der Grundgesetze der Statistik ist, daß deren Ergebnisse innerhalb eines Landes stets ein unteilbares Ganzes bilden und untereinander in einem engen Zusammenhang stehen. Aus der Entwicklung der einen Reihe können oft Schlüsse auf die einer anderen Reihe gezogen werden. „Um derartige Zwischenvergleiche und damit zusammenhängende Rückschlüsse unmöglich zu machen“, bemerkt Wagenführ, „sind die Sowjets einen Schritt weitergegangen



und haben viele Gebiete der Statistik gegeneinander ‚abgeriegelt‘ und ‚geschlüsselt‘“<sup>18</sup>. Auch hierbei handelt es sich um eine in jeder Beziehung „einzig“ dastehende Methode statistischer Darstellungstechnik.

Es werden vor allem für die einzelnen Zahlenreihen bewußt verschiedenartige Berechnungsmethoden angewendet, um unliebsame Quervergleiche unmöglich zu machen. Als wichtigstes Mittel dient hierzu die Wahl verschiedener Preisbasen, und zwar der bekannten „unveränderlichen Preise von 1926/27“ in Gegenüberstellung zu den „laufenden“ oder „jeweiligen“ Preisen. Wagenführ bringt für diese Darstellungsweise einige Beispiele.

Eine große Höhe der sogenannten „Investitionsrate“, das heißt des Anteils der Investitionen am Volkseinkommen, läßt erkennen, daß der Konsum der breiten Volksmassen stark gedrosselt ist und daß diese somit einen niedrigen Lebensstandard haben. Die Investitionsrate ergibt sich aus dem Verhältnis vergleichbarer Reihen des Volkseinkommens zu den Nettoinvestitionen. Um jedoch diesen Vergleich unmöglich zu machen, berechnen die Sowjets das Volkseinkommen in gleichbleibenden Preisen von 1926/27, während die Investitionen in laufenden Preisen angegeben werden. Gleichzeitig erscheint dadurch die Zunahme der Investitionen und damit die „Planerfüllung“ besonders groß, da zur Steigerung des Investitionsvolumens noch die bekannte Steigerung der Investitionskosten tritt.

Auch der Anteil der Löhne am Wert der Industrieproduktion konnte nicht durch den Vergleich der Lohnsummen und des Produktionswertes ermittelt werden, weil die Löhne in laufenden Preisen angegeben, die Produktion aber in Preisen von 1926/27 ausgedrückt wurde. Dadurch erschienen gleichzeitig die Löhne als möglichst kräftig gestiegen, was propagandistisch verwertet werden konnte.

Die Statistik der Einzelhandelsumsätze wird nur in laufenden Preisen veröffentlicht, aber grundsätzlich nicht in Preisen von 1926/27 (wie die Industrieproduktion), weil dadurch Rückschlüsse auf die Entwicklung der Einzelhandelspreise möglich wären. Die Einzelhandelsumsätze werden auch nicht systematisch nach der Herkunft der Waren, das heißt nach agrarischen und industriellen Erzeugnissen, aufgeteilt, weil dann zum Beispiel der Umsatzwert an Industriewaren im Vergleich zum Produktionswert der Verbrauchsgüterindustrie doch noch Rückschlüsse auf die Steigerung der Verbraucherpreise gestatten würde. So erscheint das, was in Wirklichkeit eine Zunahme der Verbrauchsgüterpreise war, dem ungeschulten Betrachter als eine Erhöhung der Einzelhandelsumsätze, das heißt des Verbrauchs — ein für die sowjetische Propaganda äußerst erwünschtes Er-

gebnis. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß seit der Währungsreform vom Dezember 1947 die Verbrauchsgüterpreise mehrfach, wenn auch insgesamt nicht wesentlich, herabgesetzt worden sind, so daß die seitdem eingetretenen Erhöhungen der Einzelhandelsumsätze als echte Umsatzsteigerungen angesehen werden können.

*Wahl verschiedener Preisbasen für wichtige  
Wirtschaftsreihen<sup>19</sup>*

+ = vorhanden;      — = nicht vorhanden.

Bezeichnung der Reihe	Wichtig für Errechnung	Preisbasis laufende Preise	
		1926/27	
Volkseinkommen	Investitionsrate	+	—
Investitionen		—	+
Produktionswert der Industrie	Lohnquote	+	—
Arbeitslohnsumme	Arbeitslohn je Produktivität der Arbeit	—	+
Produktivität der Arbeit		+	—
Einzelhandelsumsatz	Verbrauchsgüterproduktion	—	+
Verbrauchsgüterproduktion		+	—

Die vorstehende Zusammenstellung zeigt, wie für wichtige Wirtschaftsreihen bewußt verschiedene Preisbasen gewählt werden, um unliebsame Quervergleiche und damit gleichzeitig die Aufdeckung unrichtiger, zu überhöhten Ergebnissen führender Berechnungsmethoden unmöglich zu machen. Für diese immerhin sehr seltsame statistische Methode — sonst werden in der Statistik nach Möglichkeit stets Zahlenreihen gebildet, die miteinander verglichen werden können — ließen sich noch zahlreiche andere Beispiele anführen.

Hier sei nur noch eine weitere „Abriegelung“ auf dem Gebiet der Produktionskosten erwähnt, die Wagenführ (S. 34) wie folgt beschreibt. Bei Kenntnis der Anteile der einzelnen Kostenarten am Produktionswert kann man daraus entsprechende Schlüsse auf die Bewegung der Lohnquote, der Reallöhne, der Lebenshaltungskosten usw., ziehen. Wenn die Lohnsumme (in laufenden Preisen) und der Anteil der Löhne am Produktionswert bekannt sind, so kann man daraus den Produktionswert in laufenden Preisen berechnen. Aus dem Vergleich dieser Produktionsreihe mit der amtlichen Produktionsreihe zu den Preisen von 1926/27 ließe sich zum Beispiel ein Preisindex gewinnen. Die Berechnung des Produktionswertes in laufenden Preisen wurde aber dadurch unmöglich gemacht, daß die einzelnen Kostenelemente nicht in vH des Produktionswertes, sondern was eine vollkommen ungebräuchliche Darstellungsweise ist — in vH der Gesamtkosten ausgedrückt



wurden. Dadurch wird die oben angedeutete Schlußkette unmöglich gemacht.

Die Schlüsselung der statistischen Reihen stellt ein raffiniert ausgeklügeltes System zur Verhinderung von Vergleichen und Rückschlüssen dar, die zur Erkenntnis des wahren Wesens der betrachteten Reihen und der für diese verwendeten Berechnungsmethoden beitragen könnten.

#### *Verzerrung der statistischen Angaben durch Wahl besonderer Darstellungs- und Auswertungsmethoden*

Die Methoden der statistischen Verzerrung, die nicht eine vollständige Fälschung, aber doch eine gewollte Verschiebung und Entstellung der statistischen Ergebnisse mit sich bringen, gehören zu den wichtigsten und am häufigsten angewendeten Verfahren der „praktischen“ Sowjetstatistik.

Der sowjetische Statistiker W. Nemtschinoff veröffentlichte 1940 einen Aufsatz über den wichtigen Beitrag, den Stalin zur statistischen „Theorie“ beigesteuert habe<sup>20</sup>. Darin wird die Entwicklung der sowjetischen Statistik, wie sie in den Reden und Schriften Stalins zum Ausdruck gekommen sei, folgendermaßen beschrieben. Im ersten Jahrzehnt der sowjetischen Herrschaft seien von Stalin vorwiegend Produktions- und Indexzahlen verwendet worden. In diesen sei vor allem das ungeheure Entwicklungstempo der sowjetischen Wirtschaft zutage getreten.

Auf dem XIV. Parteitag im Jahre 1925, als die „Wiederaufbauperiode“, die Zeit der „Neuen Oekonomischen Politik“ (NEP), bereits abklang, habe Stalin jedoch erklärt, daß neben dem Tempo auch der Stand der Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft beachtet werden müsse. Die erste Methode der reinen Wachstumsvergleiche sollte jedoch, soweit erwünscht, beibehalten werden, so insbesondere bei internationalen Vergleichen.

Auf dem XVIII. Parteitag im Jahre 1939 habe Stalin wiederum eine Weiterentwicklung der statistischen „Theorie“ veranlaßt. Er hat gefordert, daß neben dem Entwicklungstempo und dem Stand der Produktion auch noch die Produktion je Kopf der Bevölkerung ermittelt werden müsse. Erst wenn die Sowjetunion nicht nur mit dem Entwicklungstempo und mit dem absoluten Produktionsstand, sondern auch mit der Produktion je Kopf der Bevölkerung die kapitalistischen Länder übertroffen habe, habe sie diese in Wahrheit eingeholt und überholt.

In Anlehnung an diese Beiträge Stalins zur statistischen „Theorie“ — in Wirklichkeit sind es Fragen der statistischen Darstellungstechnik — ist es möglich, die sowjetischerseits durch Wahl besonderer Darstellungs- und Auswertungsmethoden geübte Verzerrung und Entstellung der statistischen Angaben gut zu verfolgen<sup>21</sup>.

In der ersten Periode, als das Hauptgewicht auf die Herausstellung des Entwicklungstem-

po s gelegt wurde — daneben sind freilich im ersten Jahrzehnt der sowjetischen Herrschaft mehr absolute Zahlenangaben veröffentlicht worden als jemals vorher oder nachher —, versuchte man vor allem, durch die gewaltigen Steigerungssätze Eindruck zu machen. Der nichtgeschulte Betrachter und Nicht-Statistiker übersieht dabei leicht, daß der Prozentsatz des Wachstums um so größer sein kann, je kleiner die Ausgangsbasis ist. Diese war jedoch in der Sowjetunion nach der Revolution und dem Bürgerkrieg sehr klein. In dieser ersten Periode konnten sehr große Steigerungsprozentsätze nur deshalb nachgewiesen werden, weil schon vorhandene, aber vorübergehend stillgelegte Kapazitäten in Betrieb genommen wurden. Die Verwendung von Prozent- und Indexzahlen ist jedoch auch in den folgenden Perioden die von den Sowjets am liebsten gebrauchte Methode geblieben, bis zur Nachkriegszeit, in der sie sogar zu einem besonderen System ausgebaut worden ist.

Einige Beispiele mögen verdeutlichen, wie durch diese Methode oftmals eine Verzerrung der statistischen Angaben erzielt wird und auch erzielt werden soll. Nach dem Statistischen Jahrbuch der Sowjetunion von 1939 — dem letzten, das die Sowjets veröffentlicht haben — ist die Produktion einzelner Waren der Lebensmittelindustrie von 1933 bis 1938 wie folgt gestiegen:

Brot und Backwaren . . . . .	+ 105,8 vH
Wurst . . . . .	+ 700 vH
Fleisch . . . . .	+ 169 vH
Tierische Butter . . . . .	+ 59 vH

Diese Entwicklung ist insofern vollkommen ungewöhnlich, weil Brot und Fleisch zu den „starren“ Bestandteilen des Angebots an Konsumgütern zu gehören pflegen, deren Verbrauch im allgemeinen keine großen Schwankungen aufweist. Dennoch können die genannten Zahlen formal durchaus „richtig“ sein. Die Sowjets haben nur vergessen, ihren Angaben hinzuzufügen — was in jedem anderen statistischen Jahrbuch der Welt geschehen wäre —, daß mit der Steigerung der fabrikmäßigen Herstellung dieser Waren die bäuerliche oder kleingewerbliche Erzeugung der gleichen Waren stark zurückgegangen ist. Nach außen wird aber von einem „gigantischen Wachstum der Verbrauchsgüterproduktion“ berichtet. Die Uebersteigerung der Angaben wird hierbei durch die Ausschaltung der handwerklichen Fertigung erreicht.

Besonders groß sind die von den Sowjets behaupteten Steigerungen ihrer Maschinenproduktion, die sich, in Preisen von 1926/27, von 1929 bis 1938 verzehnfacht haben soll. Hier wird die Uebersteigerung durch die Bewertungsmethode, eben durch die Preise des Jahres 1926/27, erzielt. Im vierten Teil dieser Abhandlung wird diese Bewertungsmethode einer eingehenden Untersuchung unterzogen werden. Hier



sei zum Verständnis dieser Methode nur folgendes bemerkt. Alle Maschinen — wie auch sämtliche anderen Waren des sowjetischen Produktionsindex — werden in Preisen des Jahres 1926/27 berechnet und ausgewiesen. Wurde die Erzeugung bestimmter Maschinen oder sonstiger Waren aber erst nach 1926/27 erstmalig aufgenommen, so werden die überhöhten Preise des ersten Produktionsjahres — die Produktion im ersten Jahr der Produktionsaufnahme war naturgemäß teuer — als „gleichbleibende“ Preise auch für alle folgenden Jahre zugrunde gelegt.

Auf dem Gebiet des Maschinenbaues sind seit 1926/27 zahlreiche Erzeugnisse neu in das Produktionsprogramm aufgenommen worden. Der Anteil der neuen und daher überteuerten Waren hat also ständig zugenommen; er betrug gegen Ende der dreißiger Jahre mindestens etwa 70 bis 80 vH der gesamten Maschinenproduktion. *Wagenführ* schätzt auf Grund überschlägiger Berechnungen die Ueberhöhung in der Bewertung der Maschinenproduktion für die Zeit von 1929 bis 1938 auf mindestens ein Drittel.

Sie ist jedoch noch wesentlich höher, denn *Wagenführ* nimmt ein wenig später für die Gesamtzeugung an Industriewaren eine übersteigerte Zuwachsrate in Höhe von mehr als 75 vH an<sup>22</sup>. Auf keinem anderen Gebiet der sowjetischen Wirtschaft war aber der Anteil der neuen Erzeugnisse an der Gesamtproduktion so hoch, wie gerade auf dem des Maschinenbaues. Daher ist die Ueberhöhung beim Maschinenbau als wesentlich größer anzusehen als in der Gesamtindustrie.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (früher Institut für Konjunkturforschung) hat in der Vorkriegszeit Berechnungen über den Stand der Industrieproduktion in der Sowjetunion durchgeführt, in denen eine berichtigte Indexziffer der sowjetischen Industrieproduktion angegeben wird<sup>23</sup>.

#### Industrieproduktion der UdSSR

Jahr	Sowjetische Indexziffer (überhöht)	Indexziffer d. DfW.
1929	100	100
1938	477	313

Während die Industrieproduktion sich somit von 1929 bis 1938 nach der sowjetischen Indexziffer um fast das Fünffache erhöht hat, vermehrte sie sich nach der Indexziffer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung nur um etwas mehr als das Dreifache.

Eine weitere — und sehr erhebliche — Erhöhung der Indexziffer der Industrieproduktion, die von den amerikanischen Rußlandforschern bisher fast gar nicht beachtet worden ist, findet durch die sowjetische Berechnungsmethode der Bruttoproduk-

tion statt, worauf besonders *Auhagen* und *Michael* hingewiesen haben<sup>24</sup>. Die Bruttoproduktion umfaßt den Wert der Produktion, die das Werk verläßt, also den Gesamtwert der Produktion an Fertigerzeugnissen und Halbfabrikaten, abzüglich der im eigenen Werk verbrauchten oder verarbeiteten Erzeugnisse der Eigenproduktion. Die bei der Produktion verwendeten Rohstoffe und Halbfabrikate gehen somit mit ihrem vollen Wert in den Produktionswert ein. Sofern diese Waren jedoch bereits andere Produktionsstufen durchlaufen haben — was meistens der Fall ist —, so treten oft nicht nur doppelte, sondern sogar drei- bis mehrfache Verrechnungen desselben Wertes ein. Der Wert der Eisenerze erscheint zum Beispiel in dem Wert der Produktion der Hochöfen, der Stahlwerke und schließlich der Maschinenfabriken, der Produktionswert der Hochöfen in dem der Stahlwerke und der Maschinenfabriken und so fort.

Ein Produktionsindex, der sich auf die Bruttoproduktion bezieht, hat daher nur einen geringen wissenschaftlichen und statistischen Wert. Die wirkliche Leistung der Industrie kann nur an der Nettoproduktion gemessen werden, die den in den einzelnen Betrieben erzielten Wertzuwachs umfaßt. In den Ländern der westlichen Welt wird deshalb durchweg nur diese Methode zur Berechnung der Industrieproduktion verwendet. Produktionswerte von Ländern der freien Welt bedeuten daher grundsätzlich immer Nettoproduktionswerte, sofern nichts anderes vermerkt ist.

Auch die Sowjetunion hat einen Nettoproduktionswert aufgestellt. Das hat sie allerdings nur einmal getan — im Jahre 1928 im zweibändigen Werk über den ersten Fünfjahresplan. Darin wurde die Bruttoproduktion der Industrie für das vorausgegangene Wirtschaftsjahr 1927/28 mit 18,3 Milliarden Rubel, die Nettoproduktion dagegen für das gleiche Jahr mit 6,6 Milliarden Rubel (zu Preisen von 1926/27) angegeben. Aus dieser Gegenüberstellung wird die bemerkenswerte Größe des Unterschiedes zwischen Brutto- und Nettoproduktion sichtbar. Obwohl es, wie aus dem Fünfjahresplan hervorging, beabsichtigt war, in den folgenden Jahren neben der Bruttoproduktion auch die Nettoproduktion laufend auszuweisen, ist dieses nicht geschehen. Die Gründe für den Wegfall der Nettoproduktionswerte wurden von den Sowjets nicht bekanntgegeben, sie können aber auf Grund der vorstehenden Darlegungen leicht erraten werden. Nettoproduktionswerte hätten niemals diese überhöhten Steigerungssätze ergeben, die den Sowjets aus propagandistischen Gründen erwünscht waren.

Es ist nicht bekannt, in welchem Verhältnis die Nettoproduktion zur Bruttoproduktion in den folgenden Jahren gestanden hat. Jedoch ist folgendes zu beachten. Die Sowjetwirtschaft hat seit dem



ersten Fünfjahresplan einen großen Aufschwung genommen. Eine Erweiterung des Produktionsvolumens pflegt stets von einer Vermehrung der Produktionsstufen begleitet zu sein. Es kann daher angenommen werden, daß das Verhältnis 1:2,8 von Netto- zur Bruttoproduktion im wesentlichen bestehen geblieben ist. Selbst wenn man nur ein Verhältnis von 1:2,5 annimmt, so ergäbe das beispielsweise einen Nettoproduktionswert der gesamten Industrie von rund 80 Milliarden Rubel statt des im Nachkriegs-Fünfjahresplan angegebenen Bruttoproduktionswertes von 205 Milliarden Rubel (in Preisen von 1926/27) als Planzahl für 1950.

Die Ueberhöhung der Produktionsindexziffern war den Sowjets aus vielen Gründen erwünscht. Die durchschnittliche Arbeitsleistung, errechnet aus dem Produktionsindex und der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden, wurde dann ebenfalls durch eine überhöhte Indexziffer ausgedrückt. Man konnte damit der Welt zeigen, wie hoch die Qualität und die Produktivität der Sowjetarbeit sei. Das war indirekt wieder ein Beweis für die günstigen sozialen Verhältnisse der Arbeiter. Nach sowjetischen Angaben hatte sich die Produktionsleistung je Industriearbeiter von 100 (Index) im Jahre 1929 auf 223 im Jahre 1938 erhöht. Die Indexziffer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung betrug jedoch für 1938 nur 146.

Die überhöhte Produktionsindexziffer gestattete es den Sowjets ferner, die Stellung der Sowjetunion unter den großen Industriemächten der Welt als außerordentlich stark hinzustellen — viel stärker, als dies der Wirklichkeit entsprach. Seit den Jahren 1937/38 wurde von allen Sowjethandbüchern behauptet, die Sowjetunion nehme unter den Industriemächten in Europa die erste und in der Welt die zweite Stelle (nach den Vereinigten Staaten) ein. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung verneint für 1938 den Anspruch der Sowjetunion auf den ersten Platz unter den europäischen Industriestaaten. Nach dieser Berechnung stand Deutschland an erster, die Sowjetunion aber erst an zweiter Stelle.

In der Landwirtschaft findet eine Ueberhöhung des Produktionswertes dadurch statt, daß die Ernte „auf dem Halm“ errechnet wird, und nicht, wie es sonst überall üblich ist, als „Speicherernte“. Als sowjetische „Normalernte“ gilt dabei die geschätzte Halmernte abzüglich eines unvermeidlichen technischen Verlustes von 10 vH. Die tatsächlichen Verluste, besonders unter den sowjetischen Verhältnissen, sind aber erheblich höher, etwa 20 bis 30 vH. Das ist ein wesentlicher Unterschied: die Getreideernte des Jahres 1937 betrug dann nicht 120 Millionen Tonnen, sondern weit unter 100 Mil-

lionen Tonnen. Die von der Sowjetstatistik wider besseres Wissen ausgewiesenen höheren Zahlen sollen aber wiederum eine größere wirtschaftliche Machtstellung vortäuschen, als sie in Wirklichkeit besteht.

Auf der gleichen Linie liegen die Ueberbewertungen der natürlichen Bodenschätze, indem nicht nur die Kategorien A (sichere), B (wahrscheinliche) und C<sub>1</sub> (vermutete), sondern auch C<sub>2</sub> (erhoffte) Vorräte zusammengezählt werden, so daß die Sowjetunion in vielen Rohstoffen „an erster Stelle in der Welt“ steht, obwohl die Vorratslage in Wirklichkeit oft nicht so günstig ist.

Sehr beliebt ist auch das Operieren mit anderen Begriffsinhalten, als man sie in der übrigen Welt gewöhnt ist. Auch dadurch findet oft eine nicht unerhebliche Verzerrung der statistischen Angaben statt. Hier können aus Raumangel nur wenige Beispiele angeführt werden.

Die Sowjetunion sollte ein Land des „Films“ werden. Daher wurden zu den ortsfesten Kinotheatern alle Wanderfilmwagen, Filmecken, Schmalfilmapparaturen usw. hinzugezählt, so daß die Sowjetunion auch auf diesem Gebiet die „erste Stelle“ in der Welt einnehmen kann. — In der Viehzucht wird der Produktionswert durch Hinzurechnung des Zuwachses im Viehstapel aufgebläht. — In der Statistik der Rundfunkhörer wird auch jeder Arbeiter einer Fabrik als Hörer gezählt, wenn im „Klub“ des Werkes ein Empfänger steht. — Die Zahl der „Studenten“ an den „Hochschulen“ umfaßt vielfach auch die Schüler der verschiedensten Fachschulen. — Ein großer Teil der Hunderttausenden von „Ärzten“ entspräche in Deutschland und anderen zivilisierten Ländern qualitätsmäßig etwa Sanitätern oder Heilgehilfen (Feldscherer); ein großer Teil der ebenfalls Hunderttausenden von Ingenieuren und Architekten — etwa Technikern oder Werkmeistern. — Von der Zahl der ausgewiesenen Lastkraftwagen ist meist ein großer Teil außer Betrieb und so weiter.

Bei sehr vielen oder fast allen Statistiken wird versucht, soziale Schwierigkeiten zu verdecken, krisenhafte Erscheinungen nicht zum Ausdruck kommen zu lassen und Erfolge vorzutäuschen, die in Wirklichkeit in dieser Form noch gar nicht erreicht worden sind. Die tatsächlich bestehenden Verhältnisse werden durch diese Methoden verzerrt oder entstellt.

Die vorstehenden Beispiele sind, wie bereits bemerkt wurde, Wagenführs mehrfach erwähnter Abhandlung entnommen worden.

#### *Ausschließliche Bekanntgabe von Prozent- und Verhältniszahlen*

Die Methode der ausschließlichen Bekanntgabe von Prozent- und Verhältniszahlen wurde von den Sowjets in der Nachkriegszeit zu einem besonderen, aufs genaueste ausgeklügelten System erhoben. Bei



Betrachtung der übrigen Methoden der sowjetischen Wirtschaftsstatistik wurde bereits das Wesen dieser Darstellungsweise in den Grundzügen umrissen. Es besteht darin, daß von den meisten Tatsachen des Wirtschaftslebens nur Prozentzahlen veröffentlicht werden. Daneben werden gelegentlich auch absolute Zahlen bekanntgegeben, jedoch betreffen diese fast nur verhältnismäßig unwesentliche Einzelheiten, die dazu noch aus jedem Zusammenhang herausgerissen sind. Gelegentlich gestatten prozentuale Angaben, die sich auf das Jahr 1940 beziehen, die Errechnung absoluter Zahlenwerte. Diese so errechneten absoluten Zahlenwerte betreffen dann jedoch fast niemals — bis auf ganz wenige Ausnahmen — Mengen- oder Gewichtsangaben, sondern fast stets nur die überhöhten und nicht vergleichbaren Angaben in Rubeln von 1926/27 oder in laufenden Rubeln.

Die Bekanntgabe statistischer Daten vollzieht sich in der Sowjetunion fast nur in der Form der Bekanntgabe von Planergebnissen jeweils vierteljährlich nach Abschluß der Vierteljahrespläne und jährlich nach Abschluß des Jahresplanes. Die Veröffentlichung erfolgt als „Mitteilung der Statistischen Zentralverwaltung beim Ministerrat der Sowjetunion“ in einer gewissen feierlichen Form. Ein solcher Jahresbericht, zum Beispiel der Bericht über „Die Ergebnisse der Erfüllung des staatlichen Plans für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft der Sowjetunion im Jahre 1949“, hat einen beträchtlichen Umfang. Dieser Bericht gliedert sich in zehn große Abschnitte:

1. Die Erfüllung des Produktionsplans in der Industrie;
2. Die Steigerung der Produktion von Industrieerzeugnissen;
3. Die Einbürgerung der neuen Technik in der Volkswirtschaft;
4. Die Landwirtschaft;
5. Die Zunahme des Gütertransports im Eisenbahn-, Schiffs- und Kraftwagenverkehr;
6. Das Anwachsen des volkswirtschaftlichen Großneubaus;
7. Die Entfaltung des Warenumsatzes;
8. Die Zunahme der Arbeiter- und Angestelltenzahl und die Steigerung der Arbeitsproduktivität;
9. Kultureller Aufbau, Gesundheitsschutz und Kommunalwirtschaft;
10. Die Zunahme des Volkseinkommens und der Einkünfte der Bevölkerung.

Die Vierteljahresberichte (zum Beispiel der Bericht vom 27. April 1950 über die Erfüllung des staatlichen Plans im ersten Vierteljahr 1950) sind ähnlich gegliedert, der genannte Bericht hat aber nur sieben Abschnitte und ist auch kürzer gefaßt.

Am wichtigsten sind die beiden ersten Abschnitte über die Erfüllung der Produktionspläne in der Industrie (in Prozenten zum Produktionsplan), so-

wie über die Steigerung der Produktion von Industrieerzeugnissen (in Prozenten zum vorhergehenden Jahr). Im ersten Abschnitt ist zum Beispiel gesagt, daß das Ministerium für Metallurgie seinen Jahresplan 1949 zu 102 vH erfüllt habe, das Ministerium für Kohlenindustrie ebenfalls zu 102 vH; es folgen sodann die anderen Wirtschaftsministerien, die bestimmte Produktionszweige verwalten. Im zweiten Abschnitt folgen die eigentlichen — auch nur prozentualen — Produktionsangaben: danach hat sich die Produktion von Roheisen 1949 in Prozenten zu 1948 auf 119, die von Stahl auf 125 usw. vermehrt (die Produktion des Jahres 1948 wird gleich 100 gerechnet).

Während die statistischen Angaben in den beiden ersten Abschnitten — begleitet von einem erklärenden Text — listenmäßig aufgeführt werden, sind sie in den folgenden Abschnitten überall im Text verstreut. Auch dieser enthält zum weitaus größten Teil Prozentzahlen, nur selten erscheinen absolute Zahlen. Bei diesen handelt es sich fast stets ebenfalls um Zahlen, die auf Grund der verwendeten — in den vorstehenden Abschnitten näher betrachteten — Berechnungsmethoden als überhöht anzusehen sind. Die vor allem interessierenden Zahlen über die Produktion an industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen in absoluten Mengen- oder Gewichtseinheiten werden nicht gebracht.

Es ist jedoch zur Vermeidung von Mißverständnissen darauf hinzuweisen, daß das 1946 verkündete Gesetz über den Nachkriegs-Fünfjahresplan zahlreiche absolute Zahlen als Planzahlen für 1950 enthält, sowohl für die gesamte Sowjetunion als auch für die einzelnen Republiken. So wird zum Beispiel für das Hüttenwesen angegeben, daß die Produktion von Roheisen 1950 auf 19,5, die von Stahl auf 25,4 und die von Walzgut auf 17,8 Mill. t steigen soll. Die Produktion von Kohlen sollte auf 250, die von Erdöl auf 35,4 Millionen Tonnen gesteigert werden usw. Weitere ausgewählte absolute Zahlen werden für fast alle Wirtschaftszweige angegeben, jedoch stets nur als Planzahlen für 1950.

Demgegenüber beziehen sich, wie bereits erwähnt wurde, die im bisherigen Verlauf des Nachkriegs-Fünfjahresplanes in den Vierteljahres- und Jahresberichten bekanntgegebenen prozentualen Produktionsergebnisse nur auf die Erfüllung der Jahresproduktionspläne der einzelnen Ministerien, wobei die absolute Höhe dieser Jahresproduktionsziele unbekannt ist, oder auf die Produktion bestimmter Erzeugnisse im Vergleich zum jeweils vorhergehenden Jahr, beziehungsweise, wenn man in der Reihe der Planjahre zurückgeht, im Vergleich zur völlig unbekannten Produktion des Jahres 1945. Auch hier sind die verschiedenen Zahlenreihen gegeneinander „abgeschirmt“. Es bleibt abzuwarten, ob Anfang



1951, nach Abschluß des Nachkriegs-Fünfjahresplanes, die absoluten Zahlen der 1950 in den einzelnen Wirtschaftszweigen erreichten Produktion

oder abschließende Prozentzahlen der Planerfüllung — aus denen die ersteren errechnet werden könnten — bekanntgegeben werden<sup>24a</sup>.

#### IV. Probleme der sowjetischen Wirtschaftsstatistik

Nachstehend sollen drei ausgewählte Probleme der sowjetischen Wirtschaftsstatistik gesondert behandelt werden (sowie an vierter Stelle kurz das Problem der Bevölkerungsstatistik). Es handelt sich um besonders wichtige Fragen, die bereits im vorstehenden Teil dieser Arbeit, bei Betrachtung der Methoden der sowjetischen Wirtschaftsstatistik, oftmals gestreift worden sind. Der zur Verfügung stehende Raum gestattet es leider nicht, diese Probleme so eingehend zu behandeln, wie es vielleicht notwendig und erwünscht wäre. Hier kann daher nur eine gedrängte Zusammenfassung geboten werden.

##### *Die Bruttoproduktionswerte in Preisen von 1926/27*

Die sowjetischen Bruttoproduktionswerte der Industrieerzeugung wurden vorstehend bereits hinreichend gekennzeichnet. Es wurde festgestellt, daß die Bruttoproduktionswerte gegenüber den an sich allein angemessenen Nettoproduktionswerten wesentlich überhöht sind, und zwar im Verhältnis von etwa 2,8 bis 2,5:1.

Hier ist nun zu bemerken, daß die Bruttoproduktionswerte der Landwirtschaft insofern nicht als überhöht zu betrachten sind, weil erstens die Erzeugnisse der Landwirtschaft im allgemeinen nicht mehrere Produktionsstufen zu durchlaufen pflegen und weil zweitens von der Landwirtschaft seit 1926/27 kaum die Produktion neuer Erzeugnisse aufgenommen worden ist. Rein statistisch wird daher die Bruttoproduktion in der Industrie im Vergleich zur Bruttoproduktion der Landwirtschaft wesentlich überhöht ausgewiesen.

Die Ueberhöhung der industriellen im Vergleich zur landwirtschaftlichen Bruttoproduktion hat aber eine sehr wesentliche Folge: Der Anteil der Industrieproduktion am Produktionswert der gesamten Volkswirtschaft erscheint bedeutend höher, als er in Wirklichkeit ist. Nur so sind die — wiederum verzerrten — sowjetischen statistischen Angaben zu verstehen, daß bereits 1937 die Industrie rund 83, die Landwirtschaft aber nur rund 17 vH der Bruttoproduktion der gesamten Volkswirtschaft erzeugte — bei einem Anteil der industriell Erwerbstätigen von nur 17 vH an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 1939. Dabei wohnten in der Sowjetunion 1937 erst 25,5 vH der Bevölkerung in den Städten, jedoch 74,5 vH auf dem Lande.

Ein in der Tat überraschendes Ergebnis: in einem Staat, in dem drei Viertel der Bevölkerung auf dem Lande leben und nur ein Viertel in den Städten

und in dem nur 17 vH der Bevölkerung in der Industrie tätig sind, erzeugt dieses knappe Fünftel der Bevölkerung mehr als drei Viertel der Gesamtproduktion des Landes! *Prokopowicz*<sup>25</sup> bemerkt mit Recht, daß das paradoxe Mißverhältnis zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion nur eine Folge des Preissystems von 1926/27 ist, das die Industriewaren — auf Grund willkürlich festgesetzter Preise — hoch, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse — Abnahmepreise! — aber niedrig bewertet. Ein anderes Preissystem, etwa das von Großbritannien, würde ein ganz anderes Verhältnis der Anteile der Bruttoproduktion und auch des Volkseinkommens aus den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft ergeben.

Damit ist das Problem der „Preise des Jahres 1926/27“ bereits in vollem Umfange angeschnitten. Die sowjetischen amtlichen Veröffentlichungen sprechen heute nicht mehr — wie dies früher geschah — von den Preisen von 1926/27, sondern schamhaft nur noch von „vergleichbaren Preisen“. Man soll nicht von vornherein darauf gestoßen werden, daß diese Preisgrundlage schon sehr alt und auch veraltet ist.

Die Schaffung eines Preisindex unter Anwendung von „unveränderlichen Preisen“, so daß die Größe der Produktion und des Volkseinkommens in den einzelnen Jahren in je einer dynamischen Reihe angeordnet werden kann, ist bereits von *Marx* und nach ihm auch von *Lenin* gefordert worden. Bei den Vorarbeiten zum ersten Fünfjahresplan (1928 bis 1932) wurde dann das Preisniveau von 1926/27 als „unveränderliche Grundlage“ für die Bemessung der künftigen Produktion gewählt und ist es bis heute geblieben.

Bei der Beschreibung der von den Sowjets angewendeten statistischen Methoden wurde bereits das Grundproblem dieser Preise von 1926/27 umrissen: die Tatsache, daß sämtliche in den folgenden Jahren neu erzeugten Güter mit ihren überhöhten Preisen des ersten Produktionsjahres eingesetzt wurden. Dies führte folgerichtig zu einer Ueberhöhung des gesamten Index, obwohl die Sowjets in der Lage gewesen wären, diese Ueberhöhung zu verhindern. Denn sie besaßen, das steht zweifelsohne fest, für jedes auf 1926/27 folgende Jahr den Umrechnungsschlüssel für das Verhältnis laufender Preis zu stabiler Preis (insbesondere für die Industrie). Bei Anwendung dieser Umrechnungsschlüssel auf die jeweils ersten Produktionspreise der verschiedenen



neuen Erzeugnisse hätten die Sowjets somit un-  
schwer zu wirklichen vergleichbaren Preisen gelan-  
gen können.

Wenn sie das nicht taten, so beweist dies nur, daß  
sie die durch ihre Berechnungsart entstandene Ueber-  
höhung des Index nur zu gern in Kauf nahmen, um  
eine weit höhere Produktionssteigerung vorzutäu-  
schen, als sie tatsächlich stattgefunden hatte. Wie  
bereits bemerkt, sieht *Wagenführ* den Industrie-  
Index als um 75 vH überhöht an. Damit sind aber  
die angeblich stabilen Preise des Jahres 1926/27  
keine vergleichbaren Preise mehr, und der auf dieser  
Grundlage erstellte Produktionsindex hat, weil stark  
überhöht, keinen wissenschaftlichen und statistischen  
Vergleichswert. Die sowjetischerseits statistisch be-  
gründeten Behauptungen, daß die Produktionswerte  
bestimmter Industriezweige sich in einem gewissen  
Zeitraum beispielsweise auf das Fünf- oder gar  
Zehnfache erhöht hätten, sind somit falsch.

In fünf Beiträgen namhafter amerikanischer Ruß-  
landforscher, die 1947 zum Thema der Bewertung  
der sowjetischen Wirtschaftsstatistik erschienen sind<sup>26</sup>,  
steht das Problem der Preise von 1926/27 mit im  
Mittelpunkt der Betrachtungen. Sämtliche Autoren  
bis auf *Yugow* (der, nach einer Äußerung von Naum  
*Jasny* über einen anderen Aufsatz von ihm, ganz im  
Sinne der *Prawda* schreibt), bewerten die Preise von  
1926/27 — mit im wesentlichen denselben Begrün-  
dungen und Argumenten — in der gleichen Weise,  
wie dies vorstehend geschehen ist. Die Berechnun-  
gen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung,  
die bereits wiedergegeben wurden, werden zitiert  
und als ziemlich zutreffend bezeichnet.

Im Februar 1948 nahmen der Engländer Maurice  
*Dobb* und der Amerikaner Harry *Schwartz* noch  
einmal zum gleichen Thema Stellung<sup>27</sup>. Während  
*Schwartz* die Besonderheiten der sowjetischen stati-  
stischen Methoden erkennt und kritisch beleuchtet,  
erweist sich Maurice *Dobb*, der bereits in seinem  
Werk über die sowjetische Wirtschaftsentwicklung  
die sowjetischen Statistiken kritiklos verwendet<sup>28</sup>, als  
ein Verteidiger des Preissystems von 1926/27.

In einer äußerst scharfsinnigen Untersuchung ver-  
sucht Dr. J. *Rosen*<sup>29</sup> auf Grund der im Buch von  
N. *Wosnessensky* über die Kriegswirtschaft der  
Sowjetunion<sup>30</sup> verstreuten Zahlenangaben eine Um-  
rechnung der stabilen Rubel in laufende Rubel für  
die Jahre 1940, 1942 und 1943 durchzuführen und  
damit gleichzeitig eine Entschlüsselung des unbe-  
kannt gehaltenen Verhältnisses von stabilen zu lau-  
fenden Rubeln zu erreichen. Nach sehr komplizierten  
Berechnungen kommt *Rosen* zum Schluß, daß das  
für das Jahr 1940 amtlich mitgeteilte Volkseinkom-  
men in Höhe von 128,3 Milliarden stabilen Rubeln  
dem Betrag von 223,7 Milliarden laufenden Rubeln  
gleichwertig sei. 1940 war demnach das Volksein-

kommen in laufenden Rubeln um etwa 75 vH  
höher als das in den stabilen oder „vergleichbaren“  
Rubeln ausgedrückte Volkseinkommen. In den Jahren  
1942 und 1943 hat eine ähnliche Relation zwischen  
stabilen und laufenden Rubeln bestanden wie 1940.

Es ist wohl kaum möglich, die von *Rosen* ange-  
wendete Untersuchungsmethode auch auf die Nach-  
kriegsjahre auszudehnen, da für diese kein derartiges  
Zahlenmaterial zur Verfügung steht, wie für die  
Kriegsjahre auf Grund des Buches von *Wosnessenski*.

In jüngster Zeit (1950) sind mehrfach Presse-  
meldungen zu verzeichnen gewesen, daß die Sowjet-  
regierung die Grundlage der „vergleichbaren Preise  
von 1926/27“ aufzugeben beabsichtige und sich mit  
dem Gedanken trage, eine neue Preisbasis für ihre  
Indices ausarbeiten zu lassen. Wieweit diese Nach-  
richten zutreffen, ist nicht bekannt.

#### Die Statistik des Volkseinkommens

Die Berechnung des Volkseinkommens ist in allen  
Ländern eines der schwierigsten Probleme der Sta-  
tistik. Infolge der verschiedenen Berechnungsmetho-  
den des Volkseinkommens in den einzelnen Ländern  
sind internationale Vergleiche des Volkseinkommens  
nur mit Vorbehalten durchzuführen. Erst recht un-  
möglich sind sie in bezug auf die Sowjetunion, deren  
Volkseinkommen nach ähnlich unzulänglichen Metho-  
den berechnet wird wie die Produktion.

#### Die Entwicklung des Volkseinkommens in der Sowjetunion\*

Jahr	Mrd. Rbl. 1926/27	Index
1913	21,0	100,0
1921	8,0	38,1
1927	23,0	109,5
1932	45,5	216,6
1937	96,3	458,5
1940	125,5	597,6
1950 Plan	177,0	842,9

\*) Nach sowjetamtlichen Angaben.

*Prokopowicz*<sup>31</sup>, der in der Zeit vor dem ersten  
Weltkriege selbst die erste Berechnung des russi-  
schen Volkseinkommens durchgeführt hat, unterzieht  
die sowjetischen Berechnungsmethoden einer schar-  
fen Kritik. Er bezeichnet das sowjetischerseits aus-  
gewiesene Wachstumstempo des Volkseinkommens, im  
Vergleich zum Wachstumstempo in den anderen  
Ländern, als höchst ungewöhnlich. Dieses unge-  
wöhnliche Tempo sei jedoch im wesentlichen nur  
auf die Berechnungsmethoden zurückzuführen.

Er führt im einzelnen an: seit 1929 Einbeziehung  
der Holzindustrie, des Fischfangs und der Jagd in  
die Produktion der Industrie, desgleichen von Vor-  
gängen der primären Verarbeitung der landwirt-  
schaftlichen Erzeugung. Das öffentliche Verkehrs-



wesen wurde aus der Berechnung des Volkseinkommens ausgeschieden. Im dritten Fünfjahresplan wurde damit das Volkseinkommen endgültig als „die Summe der reinen Produktion lediglich derjenigen Volkswirtschaftszweige, welche natural-stoffliche Gebrauchsgüter erzeugen“, aufgefaßt. Dagegen ist die bereits beschriebene „Halmernte“ in der Landwirtschaft um mindestens 10 vH zu hoch angegeben. Die Berechnung des Volkseinkommens aus der Industrie ist aus den schon bekannten Gründen stark überhöht (Preise von 1926/27; die materiellen Kosten der Produktion werden jedoch in Abzug gebracht). Die Ausschaltung der handwerklichen Fertigung, die früher statistisch nicht erfaßt wurde, brachte weitere Ueberhöhungen.

Ferner — was sehr wichtig ist: bis 1940 wurde in der Sowjetunion die Produktion von Ausschußwaren und Fabrikaten schlechter Qualität in die Bruttoproduktion mit einbezogen. Die Wirkungen des schon erwähnten Dekrets vom 10. Juli 1940 zur Bekämpfung dieser Erscheinung können nicht abgeschätzt werden. Vorher war der Ausschußanteil jedoch sehr hoch; nach Prokopowicz betrug er durchschnittlich etwa 30 vH. Er führt für 1932 folgende interessante Berechnung an<sup>32</sup>:

Bruttoproduktion der Industrie	43,5 Mrd. Rbl. (1926/27)
30 vH Ausschußware . . . .	13,0 Mrd. Rbl. (1926/27)
Nettoproduktion nach Sowjetberechnung . . . . .	20,6 Mrd. Rbl. (1926/27)
Nettoproduktion unter Abzug des Ausschusses . . . . .	7,6 Mrd. Rbl. (1926/27)

Eine Ausschußproduktion im Umfange von 30 vH — sie mag seit 1936, als die Ausschußproduktion stärker bekämpft wurde, teilweise auch um 20 vH geschwankt haben — senkte nach Prokopowicz die Nettoproduktion der Industrie und entsprechend auch das Volkseinkommen um 63,1 vH. Eine Senkung nur um 50 vH hätte bereits eine Halbierung des amtlich ausgewiesenen Volkseinkommens zur Folge. Ganz ungenügend war auch die Berechnung in der Bauwirtschaft. Von den 5 Teilen, aus denen sich das Volkseinkommen der Sowjetunion zusammensetzt, hält Prokopowicz nur die Berechnung des Ertrages aus der Landwirtschaft, mit einer kleinen Korrektur, für richtig.

Somit ist auch das Volkseinkommen der UdSSR, ebenso wie die Produktion, statistisch stark überhöht, ohne daß das Ausmaß der Ueberhöhung genau angegeben werden kann, und obwohl der Begriff des Volkseinkommens „enger“ gefaßt ist, als in den westlichen Ländern (*Rosen*). Dies ist aber nur rein theoretisch der Fall. Prokopowicz weist, um die Ueberhöhung zu unterstreichen, noch auf folgendes hin: in einer aus kleinen Anfängen rasch aufstrebenden Volkswirtschaft pflegt das Wachstum des Eisen-

bahngüterverkehrs und der Einzelhandelsumsätze wesentlich schneller vor sich zu gehen als das Wachstum des Volkseinkommens. In der Sowjetunion ist es genau umgekehrt: das Volkseinkommen hat von 1927/28 bis 1932 und 1937 — auf dem Papier — schneller zugenommen, als dies für den Eisenbahngüterverkehr und die Einzelhandelsumsätze zutraf.

Auf Grund der von ihm durchgeführten Untersuchungen über das Verhältnis von stabilen zu laufenden Rubeln plante *Rosen*, eine weitere Arbeit über das Volkseinkommen in der Sowjetunion und in den westlichen Ländern zu veröffentlichen, die mit Hilfe seiner Berechnungen vergleichbar gemacht werden sollten. Beim Abschluß der vorliegenden Arbeit lag *Rosens* Aufsatz noch nicht vor.

### Die sowjetische Sozialstatistik

Die sowjetische Sozialstatistik bietet ein besonders gutes Beispiel für das Bestreben der Sowjets, soziale Schwierigkeiten oder Störungen oder auch nur die normalen sozialen Verhältnisse statistisch nicht in Erscheinung treten zu lassen. Man müßte annehmen, der „sozialste Staat der Welt“ werde der Sozialstatistik besondere Pflege angedeihen lassen. Dem ist aber nicht so. Zwar wird in den Mitteilungen über die Planergebnisse auch über „Kulturellen Aufbau, Gesundheitsschutz und Kommunalwirtschaft“ sowie über „Die Zunahme des Volkseinkommens und der Einkünfte der Bevölkerung“ berichtet. Ueber die Zunahme der Einkünfte der Arbeiter und Angestellten ist dort beispielsweise gesagt, daß diese Einkünfte, in vergleichbaren Preisen und umgerechnet auf einen Erwerbstätigen, 1949 um 12 vH höher waren als 1948 und im Vergleich zu 1940 um 24 vH gestiegen sind. Die Einkünfte der Bauern waren 1949 um 14 vH höher als 1948 und im Vergleich zu 1940 um mehr als 30 vH gestiegen.

Wie jedoch hieraus zu ersehen ist, hat die Sowjetregierung auf dem Gebiet der Lohnstatistik eine neue „Abriegelung“ errichtet. Vor dem Kriege wurden die Löhne in laufenden Rubeln angegeben, jetzt aber in „vergleichbaren“ Preisen. Aber es werden keinerlei Lohnsummen angegeben, sondern nur Prozentzahlen, aus denen man keine Lohnquote errechnen kann. Die Umstellung dieser Statistik auf die „vergleichbaren“ Preise wurde vorgenommen, um jeden Vergleich der Löhne mit dem herrschenden Preisniveau — zum Beispiel die in Amerika beliebten Berechnungen der Kaufkraft des Einkommens je Stundenlohn — unmöglich zu machen.

Darüber hinaus wurde die Veröffentlichung einer Reihe von wichtigen Sozialstatistiken, die in jedem demokratischen Lande bekanntgegeben werden, bereits vor dem Kriege vollkommen eingestellt. Wa-



genführ bringt hierüber eine Zusammenstellung nach dem Stande von 1938<sup>33</sup>.

### Wichtige Sozialstatistiken, die in der Sowjetunion nicht mehr veröffentlicht wurden

+ = veröffentlicht; — = nicht mehr veröffentlicht.

Symptome bzw. Reihe	Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs	1927	1932	1934	1935	1936	1937	1938
Dauer des Arbeitstages in der Industrie . . . . .	+	+	+	+	+	+	+	—
Reallohn des Industriearbeiters . . . . .	+	—	—	—	—	—	—	—
Lebenshaltungsindex . . . . .	+	—	—	—	—	—	—	—
Verbrauchsbudget in Mengen . . . . .	+	—	—	—	—	—	—	—
Zahl der gebauten Wohnungen . . . . .	+	+	+	+	—	—	—	—
Nahrungsmittelverbrauch der Landbevölkerung . . . . .	+	—	—	—	—	—	—	—
Kaufkraft d. Agrarerzeugnisse, gemessen an den Industriepreisen . . . . .	+	—	—	—	—	—	—	—

Der vorstehenden Uebersicht braucht keinerlei Kommentar hinzugefügt zu werden. Es sei nur noch bemerkt, daß zusammenfassende Preisstatistiken seit dem Beginn der dreißiger Jahre nicht mehr bestehen.

Es ist eine Tatsache, daß der soziale Druck auf die Arbeiterschaft — die Ausbeutung — im Laufe der Fünfjahrespläne erheblich verstärkt wurde.

Diese Tatsache sollte jedoch amtlich oder nichtamtlich in keiner Weise hervortreten oder bekannt werden. Nach innen wie nach außen hielt man streng an der Behauptung fest, die Sowjetunion sei der fortschrittlichste Arbeiterstaat der Welt. So mußte, wie Wagenführ mit Recht bemerkt, die Statistik dazu herhalten, um aus dem sozialen Mißstand einen sozialen Fortschritt werden zu lassen.

### Die Lücken der sowjetischen Bevölkerungsstatistik

Die Bevölkerungsstatistik kann oftmals ein Spiegelbild der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung in einem bestimmten Lande sein. Schweigt sich die Bevölkerungsstatistik eines Landes über wichtige statistische Reihen vollkommen aus, so können daraus — mittelbar — ebenfalls Rückschlüsse auf die Verhältnisse dieses Landes gezogen werden.

In der sowjetischen Bevölkerungsstatistik fehlt eine Anzahl von statistischen Reihen — beziehungsweise sie werden nicht veröffentlicht —, deren Bekanntgabe in jedem anderen Lande selbstverständlich wäre. Es sind die folgenden Reihen (nach Wagenführ, a. a. O.):

Geburtenhäufigkeit . . . . .	fehlt
Sterblichkeitsziffer . . . . .	fehlt
Todesursachenstatistik . . . . .	fehlt
Statistik der Selbstmorde . . . . .	fehlt
Konfessionsstatistik . . . . .	fehlt
Gliederung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsabteilungen	Zählung 1926 vorhanden Zählung 1939 fehlt.

Dieses Beispiel zeigt besonders deutlich, wo die Sowjets die Aufdeckung für sie unangenehmer Tatsachen befürchten.

## V. Zusammenfassung

Zur Bewertung der sowjetischen Statistik ist auf folgendes hinzuweisen:

Da über die Sowjetunion keine anderen Zahlen vorliegen als die sowjetamtlichen statistischen Angaben, kann auf sie für die Beurteilung der sowjetischen Verhältnisse nicht verzichtet werden. Auf jeden Fall sind die sowjetamtlichen Angaben von größerem Wert als nicht einwandfrei begründete Schätzungen von ausländischen „Fachleuten“, die oft nur eine geringe Kenntnis von der wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion besitzen.

Es muß aber zumindest gefordert werden, daß sowjetamtliche statistische Angaben, bevor sie in den freien Ländern veröffentlicht werden, von Kennern der sowjetischen Wirtschaft und Statistik begutachtet und kommentiert werden. Denn eine kommentarlose Bekanntgabe sowjetamtlicher statistischer Angaben dient unweigerlich den Zwecken der sowjetischen Propaganda.

Es genügt daher nicht, wenn Naum Jasny<sup>34</sup> — in bezug auf die von den internationalen Organisationen veröffentlichten Statistiken — nur verlangt, daß die Veröffentlichung sowjetischer Daten, wenn sie überhaupt fortgesetzt werden soll, sich strikt auf offiziell bekanntgegebene Ziffern — nur solche, beziehungsweise sich auf diese stützende gibt es ja überhaupt — beschränken soll, denen unmittelbar eine deutlich erkennbare Quellenangabe zu folgen habe. Alle nicht aus unbedingt offiziellen Bekanntmachungen stammenden Texte oder Zitate sollen dagegen nach Jasny vollkommen von der Veröffentlichung ausgeschlossen werden. Das wäre, beim Vorliegen guter Kommentare, nicht einmal erforderlich. Gerade auch die amtlichen Angaben dürften aber nicht ohne erklärende Kommentare erscheinen.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Es ist die Aufgabe einer jeden Statistik, objektive Tatsachenbilder in Zahlen zu liefern. Die



sowjetische Statistik liefert solche objektive Angaben nicht. Zwar sagt man allgemein, daß mit der Statistik alles zu beweisen sei. Dieser Satz trifft für Statistiken freier Länder nur in einem sehr bedingten Maße zu. Für die sowjetische Statistik aber gilt diese Behauptung in einem viel stärkeren Maße, obgleich auch, wie wir gesehen haben, nicht uneingeschränkt.

In Abwandlung eines bekannten Ausspruchs von *Talleyrand* — der einmal bemerkt hat, die Sprache diene den Menschen zu dem Zweck, um ihre Gedanken zu verbergen —, kann daher abschließend gesagt werden: Die Zahlen dienen den Sowjets zu dem Zweck, um die tatsächlichen

Verhältnisse ihres Landes zu verbergen.

Und sie haben sehr viel zu verbergen. Wäre dem nicht so, niemals führten sie diese Zahlenkunststücke vor, sondern ließen die Zahlen für sich sprechen. Sie wären die letzten, die zögern würden, das zu tun, wenn die Zahlen tatsächlich für sie sprächen.

Die sowjetische Statistik ist also eigentlich gar keine Statistik im wirklichen Wortsinne, das, was eine ordnungsmäßige Statistik ihrer Bestimmung nach sein sollte. Sie ist vielmehr nur folgendes: Zahlenakrobatik im Dienste von Wehrwirtschaft und Propaganda.

### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Vgl. Wilhelm Winkler: „Grundriß der Statistik“. Teil II: Gesellschaftsstatistik. Berlin 1933, S. 121/122.

<sup>2)</sup> Stuart A. Rice: „The United Nations and Soviet Statistics“ (Kommuniqué Nr. 876, 31. Mai 1950, der USA-Vertretung bei den Vereinten Nationen) zitiert nach *Ost-Probleme*, 2. Jg. Nr. 34, v. 24. Aug. 1950, S. 1067.

<sup>3)</sup> Vgl. zum folgenden J. Pissarew: „Is istorii sowetskoi statistiki“ (Aus der Geschichte der sowjetischen Statistik) in *Planowoje Chosjastwo* (Planwirtschaft), Jg. 1947, Heft 1, S. 66 ff., sowie „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, 7. Bd., 4. Aufl., Jena 1926, S. 925 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu Boris Meißner: „Die Entwicklung der Ministerien in Rußland“, in *Europa-Archiv*, Frankfurt a. M., Februar 1948, S. 1149—1154, März 1948, S. 1201—1208, April 1948, S. 1255—1262 sowie *Sobranije Sazonow i Rasporaschewij rabotsche-krestjanskogo pravitelstwa SSSR* (Sammlung d. Gesetze u. Verordnungen d. Regierung d. UdSSR) der entsprechenden Jahrgänge.

<sup>5)</sup> Vgl. J. Pissarew, „Rabota ZUNCHU na urowenj nowych sadatsch“ (Die Arbeit der ZUNCHU auf dem Niveau neuer Aufgaben), in *Planowoje Chosjastwo*, Jg. 1940, Nr. 1, S. 20 ff.; ferner F. Lifschitz, „Einige Ergebnisse eines Jahres theoretischer Arbeit der Moskauer Statistiker“ (russ.), in *Problemy Ekonomiki*, Jg. 1940, Nr. 11/12, S. 215 ff.

<sup>6)</sup> *Bolschewik*, Jg. 1938, Nr. 23/24, S. 116—123.

<sup>7)</sup> Hierzu *Planowoje Chosjastwo*, Jg. 1938, Nr. 8, S. 148/149.

<sup>8)</sup> J. Pissarew, a. a. O., S. 19 ff.

<sup>9)</sup> F. Lifschitz, a. a. O., S. 229.

<sup>10)</sup> Abram Bergson, „A Problem in Soviet Statistics“, in *The Review of Economic Statistics*, Cambridge/USA, Jg. 1947, Nr. 4, S. 235.

<sup>11)</sup> *Economie Soviétique & Economies Planifiées*, Jg. 1949, Heft 2, S. 20.

<sup>12)</sup> Vgl. hierzu Naum Jasny: „International Organizations and Soviet Statistics“ in *Journal of the American Statistical Association*, Vol. 45, Nr. 249, March 1950, S. 48 ff.

<sup>13)</sup> Otto Auhagen: „Die Bilanz des ersten Fünfjahresplanes der Sowjetwirtschaft“, Breslau 1933, S. 10/11.

<sup>14)</sup> K. Michael: „Querschnitt durch die Industrie Sowjetrußlands“ in *Ostraum-Berichte*, Breslau, Jg. 1935, Heft 1, S. 70 ff.

<sup>15)</sup> In den *Vierteljahresheften zur Wirtschaftsforschung* (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Berlin, 16. Jg. 1941/42, Heft 1/2, Neue Folge, S. 26—42.

<sup>16)</sup> Naum Jasny, a. a. O., S. 50.

<sup>17a)</sup> In diesem Zusammenhang ist ein Aufsatz über „Die theoretischen Grundlagen der sowjetischen Statistik“ (*Statistische Praxis*, Berlin [Ost], Jg. 1950, H. 11, S. 175—179), in der Form eines Berichts über die am 20. und 21. Februar 1950 abgehaltene methodologische Konferenz in der Statistischen Zentralverwaltung der Sowjetunion, von großem Inter-

esse. Aus diesem Bericht geht hervor, daß sich an der seit dem 1. Fünfjahresplan herausgebildeten Zweckbestimmung der sowjetischen Statistik bis heute nichts geändert hat. Die Ziele der sowjetischen Statistik treten heute noch ausgeprägter hervor und sind inzwischen theoretisch eingehend begründet worden. Der „formalistisch-mathematischen bürgerlichen“ Richtung der Statistik, die vornehmlich mit dem Gesetz der großen Zahl arbeite, wird in diesem Aufsatz „die Statistik als Gesellschaftswissenschaft“ gegenübergestellt, deren theoretische Grundlage der dialektische und historische Materialismus und die marxistisch-leninistische politische Ökonomie bilden. Einige Sätze aus diesem Bericht mögen die theoretischen Grundlagen der sowjetischen Statistik näher verdeutlichen: „In der sozialistischen Gesellschaft dient die Statistik der planmäßigen Lenkung der Wirtschaft zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft... Die Statistik beteiligt sich an diesem Kampf (für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft), indem sie ungenutzte Reserven herausstellt, den Prozeß der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes laufend kontrolliert und statistisches Material ausarbeitet, das die staatlichen Organe benötigen. Die Statistik wendet die Lehrsätze des Marxismus und Leninismus konkret bei der Bestimmung der statistischen Kennziffern für die Entwicklung der Gesellschaft an. Sie arbeitet dabei eigene wissenschaftliche Regeln und theoretische Grundsätze aus... Nur eine Statistik, die sich auf den historischen Materialismus und die politische Ökonomie stützt, ist eine wissenschaftliche Statistik... Die sowjetischen Statistiker... können ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie... die Praxis der sowjetischen Statistik entsprechend den von den staatlichen und gesellschaftlichen Organen gestellten Aufgaben verbessern... Die Basis der Methode der Statistik ist die allseitige Analyse der gesellschaftlich-ökonomischen Erscheinungen, die der statistischen Beobachtung vorausgeht. Diese Analyse ist die Grundlage der Gruppierungen und das Wesen der statistischen Forschung...“

Diese wenigen Beispiele mögen genügen. Es sei noch bemerkt, daß unter den sowjetischen Statistikern, wie aus dem Aufsatz hervorgeht, eine kleine oppositionelle Richtung mit *Nemtschinow* und *Pissarew* an der Spitze besteht, die eine mehr „universalistische“ Auffassung von der Statistik vertritt.

<sup>17)</sup> *Wagenführ*, a. a. O., S. 27 ff.

<sup>18)</sup> *Wagenführ*, a. a. O., S. 32 ff.

<sup>19)</sup> *Wagenführ*, a. a. O., S. 33.

<sup>20)</sup> W. *Nemtschinoff*: „Stalin i statističeskaja nauka“ (Stalin und die statistische Wissenschaft) in: *Problemy ekonomiki* (Probleme der Ökonomie). Jg. 1940, Nr. 1, S. 105 ff.

<sup>21)</sup> *Wagenführ*, a. a. O., S. 35 ff.

<sup>22)</sup> *Wagenführ*, a. a. O., S. 37.

<sup>23)</sup> „Der Stand der Industrieproduktion in der UdSSR“, in: *Wochenbericht* (Schriften des Instituts für Konjunkturforschung), 13. Jg. 1940, Nr. 12/13, vom 30. März 1940.

<sup>24)</sup> *Auhagen*, a. a. O., S. 10; *Michael*, a. a. O., S. 74.



<sup>24a)</sup> Bei Drucklegung der vorliegenden Arbeit lagen die abschließenden Ergebnisse für den Nachkriegs-Fünfjahresplan noch nicht vor. Die Ergebnisse des Jahres 1950 wurden vom Statistischen Zentralamt beim Ministerrat der Sowjetunion am 27. Januar 1951 veröffentlicht. Soweit aus dem Bericht der Täglichen Rundschau vom 27. Januar 1951 hervorgeht, werden auch in diesem Bericht nur Prozentzahlen genannt.

<sup>25)</sup> S. N. Prokopowicz: „Der vierte Fünfjahresplan der Sowjetunion 1946—1950“. Zürich/Wien 1948, S. 97.

<sup>26)</sup> „Appraisals of Russian Economic Statistics“, mit Beiträgen von Colin Clark, A. Gerschenkron, Paul A. Baran, Abram Bergson, A. Yugow, in: *The Review of Economic Statistics*, Vol. XXIX, Nov. 1947, Nr. 4, S. 213—246.

<sup>27)</sup> *The Review of Economics and Statistics*, Vol. XXX, Febr. 1948, Nr. 1, S. 34—41.

<sup>28)</sup> Maurice Dobb: „Soviet Economic Development since 1917“. London 1948.

<sup>29)</sup> J. Rosen: „Volkseinkommen und Sozialprodukt der UdSSR“ in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, Nr. 1, Febr. 1950, S. 49—64.

<sup>30)</sup> N. Wosnessenski: „Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges“. Berlin 1949. (Russ. Ausg. v. 1947.)

<sup>31)</sup> S. N. Prokopowicz: „Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets“. Zürich/New York 1944, S. 352 ff.

<sup>32)</sup> S. N. Prokopowicz: „Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets“, S. 362.

<sup>33)</sup> Wagenführ, a. a. O., S. 32.

<sup>34)</sup> Naum Jasny, a. a. O., S. 63.

## Literaturverzeichnis

### Bücher:

Auhagen, Otto: „Die Bilanz des ersten Fünfjahresplanes der Sowjetwirtschaft.“ Breslau 1933.

Clark, Colin: „A Critique of Russian Statistics.“ London 1939.

„Der Fünfjahresplan der Sowjetunion 1946—1950.“ Berlin 1947.

„Die Ergebnisse der Erfüllung des ersten Fünfjahresplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der UdSSR.“ Moskau 1933 (russ.).

„Die Ergebnisse der Erfüllung des zweiten Fünfjahresplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der UdSSR.“ Moskau 1939 (russ.).

Dobb, Maurice: „Soviet Economic Development Since 1917.“ London 1948.

„Große Sowjetische Enzyklopädie“ (russ.). Moskau 1947. 52. Band.

„Handwörterbuch der Staatswissenschaften.“ 7. Band. 4. Aufl. Jena 1926.

Prokopowicz, S. N.: „Der vierte Fünfjahresplan der Sowjetunion 1946—1950.“ Zürich/Wien 1948.

Prokopowicz, S. N.: „Rußlands Volkswirtschaft unter den Sowjets.“ Zürich/New York 1944.

Weber, Adolf: „Marktwirtschaft und Sowjetwirtschaft.“ München 1949.

Winkler, Wilhelm: „Grundriß der Statistik.“ Teil II: Gesellschaftsstatistik. Berlin 1933.

Wosnessenski, N.: „Die Kriegswirtschaft der Sowjetunion während des Vaterländischen Krieges.“ Berlin 1949. (Russ. Ausgabe von 1947.)

### Abhandlungen aus Zeitschriften:

„Appraisals of Russian Economic Statistics“ (mit Beiträgen verschiedener Autoren), in: *The Review of Economic Statistics*, Vol. XXIX, Nov. 1947, Nr. 4, S. 213 bis 246.

Jasny, Naum: „International Organizations and Soviet Statistics“, in: *Journal of the American Statistical Association*, Vol. 45, Nr. 249, March 1950.

Lifschitz, F.: „Einige Ergebnisse eines Jahres theoretischer Arbeit der Moskauer Statistiker“, in: *Problemy Ekonomiki*, Jahrg. 1940, Nr. 11/12 (russ.).

Meißner, Boris: „Der Wandel im sozialen Gefüge der Sowjetunion“, in *Europa-Archiv*, 9/1950, S. 2989—3004.

Meißner, Boris: „Die Entwicklung der Ministerien in Rußland“, in: *Europa-Archiv*, Februar 1948, S. 1149 bis 1154, März 1948, S. 1201—1208, April 1948, S. 1255 bis 1262.

Michael, K.: „Querschnitt durch die Industrie Sowjetrußlands“, in: *Ostraum-Berichte*, Breslau, Jg. 1935, H. 1.

Nemtschinoff, W.: „Stalin und die statistische Wissenschaft“ in: *Problemy Ekonomiki*, Jg. 1940, Nr. 1 (russ.).

Pissarew, J.: „Aus der Geschichte der sowjetischen Statistik“, in: *Planoweje Chosjaistwo*, Jg. 1947, Nr. 1 (russ.).

Pissarew, J.: „Die Arbeit der ZUNChU auf dem Niveau neuer Aufgaben“, in: *Planoweje Chosjaistwo*, Jg. 1940, Nr. 1 (russ.).

Rosen, J.: „Volkseinkommen und Sozialprodukt der UdSSR“, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, Jg. 1950, Nr. 1 (Febr.).

Rice, Stuart A.: „The United Nations and Soviet Statistics“ (Kommuniqué Nr. 876 v. 31. Mai 1950 der USA-Vertretung bei den Vereinten Nationen).

Wagenführ, Rolf: „Die Rolle der Propaganda in der sowjetischen Wirtschaftsstatistik“, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, Berlin, 16. Jg. 1941/42. N. F. H. 1/2, S. 26—42.

### Zeitschriften und Zeitungen:

*Bolschewik*, Moskau. Jg. 1935—1950.

*Economie Soviétique & Economies Planifiées*. Jg. 1949 bis 1950.

*Europa-Archiv*, Frankfurt a. M. Jg. 1946—1950.

*Iswestija*. Moskau.

*Ost-Probleme*. Bad-Nauheim. Jg. 1949—1950.

*Planoweje Chosjaistwo*. Moskau. Jg. 1930—1950.

*Prawda*. Moskau.

*Problemy Ekonomiki*. Moskau. Jg. 1936—1950.

*Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Regierung der UdSSR* (russ.).

*The Review of Economics and Statistics*. Vol. XXX. Febr. 1948.

*Wochenbericht* (Schriften des Instituts für Konjunkturforschung). Berlin, Jg. 1940.



# Das Ost-Archiv unserer Zeitschrift

Eine Auswahl bisher erschienener Beiträge

## SOWJETUNION

### Geschichte

- Versuch der Eingliederung Asiens in eine universal-geschichtliche Konzeption von Otto Hoetzsch  
(E. A. Juni 1947, S. 655)
- Einheit und Grenzen Europas bei Constantin Frantz und Henri Martin  
(E. A. 23—24/1949, S. 2656)
- Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus  
(E. A. 19/1950, S. 3381, 20/1950, S. 3423 und 21/1950, S. 3489)

### Innenpolitik

- Die Verfassung der bolschewistischen Partei  
(E. A. 5/1949, S. 1941)
- Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewisten) vom März 1939  
(E. A. 5/1949, S. 1961)
- Die Entwicklung der Ministerien in Rußland  
Die Ministerien im zaristischen, im demokratischen und im bolschewistischen Rußland  
(E. A. Februar 1948, S. 1149, März 1948, S. 1201, April 1948, S. 1255)
- Die Wahlen in Sowjetrußland am 10. Februar 1946  
Die Wahlbestimmungen der Verfassung — Die Wahlrede Stalins vom 9. Februar 1946 — Die Rede Molotows  
(E. A. Juli 1946, S. 14)
- Die verfassungsändernde Gesetzgebung des Obersten Sowjets der UdSSR und die Entwicklung der Ministerien 1947 — 1949  
(E. A. 14/1949, S. 2301 und E. A. 15/1949, S. 2351)
- Gesetz über die Bestätigung der Dekrete des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „über Umgestaltung des Ministeriums für Automobilindustrie in ein Ministerium für Automobil- und Traktorenindustrie“ und über Bildung eines Ministeriums für Forstwirtschaft der UdSSR vom 4. Februar 1948  
(E. A. 14/1949, S. 2305)
- Gesetz über die Bestätigung der Dekrete des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „betreffend Vereinigung, Begründung und Auflösung einzelner Ministerien der UdSSR“ vom 14. März 1949  
(E. A. 14/1949, S. 2306)
- Gesetz über die Bestätigung des Dekrets des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „betreffend Ausgliederung des Amurgebietes aus dem Bestande des Gaues Chabarowsk und betreffend die Umwandlung dieses Gebietes in ein selbständiges Gebiet der RSFSR“ vom 14. März 1949  
(E. A. 14/1949, S. 2306)

### Außenpolitik

- Von München bis Moskau  
(E. A. 1/1950, S. 2713 und E. A. 2/1950, S. 2757)
- Verträge und Abkommen der Sowjetunion seit 1939  
Verträge und Abkommen mit Deutschland: Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 — Geheimes Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 — Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 — Geheimprotokoll vom 28. September 1939 — Gemeinsame Regierungserklärung vom 28. September 1939. Neutralitätspakt mit Japan vom 13. April 1941.

- Bündnisvertrag mit Großbritannien vom 26. Mai 1942.  
Abkommen mit den Vereinigten Staaten vom 11. Juni 1942.  
Vertrag mit Frankreich vom 10. Dezember 1944.  
(E. A. Dezember 1947, S. 1043)
- Abkommen über den Krieg der Sowjetunion gegen Japan vom 11. Februar 1945 (Geheimabkommen von Jalta)  
(E. A. Februar/März 1947, S. 404)
- Die Stellung der Weltmächte im Fernen Osten seit Potsdam  
(E. A. Februar/März 1947, S. 369)
- Der chinesisch-sowjetische Vertrag mit Zusatzabkommen und Vereinbarungen vom 14. August 1945  
(E. A. Februar/März 1947, S. 411)
- Iran zwischen den Großmächten 1941 — 1948  
(E. A. Oktober 1948, S. 1585)
- Dokumente zum sowjetisch-finnischen Freundschafts- und Beistandsvertrag vom 6. April 1948  
Kommuniqué über den Abschluß des Vertrages — Erklärung des finnischen Ministerpräsidenten Pekkala — Erklärung des sowjetischen Außenministers Molotow — Wortlaut des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepublik und der Finnischen Republik  
(E. A. Mai 1948, S. 1439)
- Definition des Angreifers und Beistandsverpflichtungen in den europäischen Verträgen der Nachkriegszeit  
Der Wandel der Vertragsformulierungen im Zeichen der Ost-West-Spannungen — Die Verträge der Sowjetunion seit 1942 — Die Verträge der osteuropäischen Staaten untereinander — Andere internationale Sicherheitsabkommen der Nachkriegszeit  
(E. A. 6/1949, S. 1977)
- Die sowjetische Außenpolitik und der Abschluß des Atlantikpaktes  
Der sowjetische Vorschlag für eine Zusammenkunft Truman-Stalin — Sowjetische und kommunistische Aktionen vor Abschluß des Paktes  
(E. A. 9/1949, S. 2093)
- Dokumente zum vorstehenden Beitrag: Das Kommuniqué über die Gründung des Osteuropäischen Wirtschaftsrates vom 25. Januar 1949 — Antworten J. W. Stalins auf Fragen des europäischen Generaldirektors der amerikanischen Nachrichtenagentur International News, Service, Kingsbury Smith, vom 27. Januar 1949 — Telegrammaustausch Kingsbury Smith — J. W. Stalin — Die sowjetische Note an Norwegen vom 29. Januar 1949 — Die norwegische Antwortnote an die Sowjetunion vom 1. Februar 1949 — Die sowjetische Verbalnote an Norwegen vom 5. Februar 1949 — Die norwegische Antwortnote an die Sowjetunion vom 3. März 1949 — Memorandum der Regierung der UdSSR an die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Kanada vom 31. März 1949  
(E. A. 9/1949, S. 2115—2120)

### Die Haltung der Sowjetunion auf internationalen Konferenzen

- Moskauer Konferenz vom Oktober 1943  
(E. A. August 1946, S. 49)
- Konferenz von Teheran November/Dezember 1943  
(E. A. August 1946, S. 49 und Juli 1947, S. 701)



- Moskauer Konferenz Oktober 1944  
(E. A. August 1946, S. 50)
- Krimkonferenz (Jalta) Februar 1945  
(E. A. Oktober/November 1946, S. 211 und Dokumente und Berichte des E. A., Band 6, S. 54 sowie E. A. Juli 1947, S. 684)
- Potsdamer Konferenz August 1945  
(E. A. Oktober/November 1946, S. 215)
- Londoner Konferenz September 1945  
(E. A. August 1946, S. 50)
- Moskauer Konferenz Dezember 1945  
(E. A. August 1946, S. 50 und E. A. Februar/März 1947, S. 404)
- Pariser Konferenz April/Mai 1946  
(E. A. August 1946, S. 52)
- Pariser Konferenz Juni/Juli 1946  
(E. A. September 1946, S. 98 u. Okt./Nov. 1946, S. 182)
- Pariser Konferenz Juli/Oktober 1946  
(E. A. Oktober/November 1946, S. 187)
- New Yorker Konferenz November/Dezember 1946  
(E. A. Januar 1947, S. 321)
- Londoner Konferenz Januar/Februar 1947  
(E. A. April 1947, S. 490)
- Pariser Konferenz Februar 1947  
(E. A. April 1947, S. 483)
- Moskauer Konferenz März/April 1947  
(Sonderheft des E. A. Juli 1947, S. 671—774)
- Pariser Konferenz über europäische Wirtschaftsplanung, 2. Juli 1947  
(E. A. August 1947, S. 822 und Oktober 1947, S. 913)
- Die Informationskonferenz von Warschau September 1947  
(Bildung der Kominform)  
(E. A. Oktober 1947, S. 935)
- Londoner Konferenz November/Dezember 1947  
(E. A. Januar 1948, S. 1067)
- Warschauer Konferenz Juni 1948  
(E. A. Juni/Juli 1948, S. 1439)
- Belgrader Donaukonferenz Juli/August 1948  
(E. A. November 1948, S. 1641 und E. A. Dezember 1948, S. 1705)
- Pariser Außenministerkonferenz Mai/Juni 1949  
(E. A. Juli 1949, S. 2287 und S. 2327)
- Prager Außenministerkonferenz vom Oktober 1950  
(E. A. 23/1950 S. 3560)
- Der Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten über die Einberufung einer Viererkonferenz
1. Sowjetische Einladung an die Westmächte zu Besprechungen über Deutschland vom 3. November 1950
  2. Sowjetische Erwiderung auf die Note der Westmächte vom 30. Dezember 1950
  3. Note der Sowjetunion an die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens vom 15. Dezember 1950  
(E. A. 3/1951, S. 3711)

#### Wirtschaftliche und soziale Probleme

- Der Wandel im Sozialgefüge der Sowjetunion  
Verstädterung — Klassennivellierung — Klassendifferenzierung — Zusammensetzung der sowjetischen Intelligenz  
(E. A. 9/1950, S. 2889)
- Der erste Nachkriegs-Fünfjahresplan der Sowjetunion  
Die Hauptaufgaben des Fünfjahresplanes — Der Plan

für eine Steigerung der Produktion und der Kapitalentwicklung — Der Plan für die Steigerung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus — Der Plan für die Wiederherstellung und die Entwicklung der Volkswirtschaft der Unionsrepubliken  
(E. A. Februar/März 1947, S. 445)

- Das russische Transportwesen  
Der Bahntransport — Die Binnenschifffahrt — Die Hochseeschifffahrt — Landstraßen und Automobilverkehr — Der Luftverkehr  
(E. A. August 1946, S. 69 und September 1946, S. 133)
- Weltverkehrsfluffahrt (UdSSR)  
(E. A. April 1947, S. 528)
- Die Verbrauchsgüterwirtschaft in der Sowjetunion unter dem neuen Fünfjahresplan  
(E. A. Oktober 1947, S. 925 und Dez. 1948, S. 1725)
- Der Beschluß über die Währungsreform und die Abschaffung der Rationierung in der Sowjetunion vom 14. Dezember 1947  
(E. A. März 1948, S. 1225)
- Soziale Versicherung und soziale Fürsorge in der Sowjetunion  
(E. A. Mai 1948, S. 1335)
- Die drei Zonen der sowjetischen Wehrwirtschaft  
(E. A. 16/1949, S. 2399)
- Mittel und Wege der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Sowjetunion  
Wesen und Charakter des sowjetischen Leistungsbegriffes — Mittel und Wege zur Leistungssteigerung  
(E. A. 16/1950, S. 3275 und 17/1950, S. 3311)
- Das Aufforstungsprojekt der Sowjetunion für 1950—1965  
(E. A. 11/1949, S. 2191)
- Energie- und Bewässerungsprojekte in der Sowjetunion  
Beschlüsse des Ministerrats der Union der SSR — Projekt eines Wasserkraftwerks von Kujbyschew an der Wolga  
(E. A. 22/1950, S. 3521)
- Neue Projekte der sowjetischen Wasserwirtschaft  
(E. A. 23/1950, S. 2549)

#### Kulturelle Fragen

- Materialien zur sowjetischen Kulturpolitik  
Erweiterung und Vertiefung der politischen Erziehung — Diskussionen um Professor Varga — Maßregelung sowjetischer Künstler und Komponisten  
(E. A. Mai 1948, S. 1357)
- Die schöne Literatur in der Sowjetunion  
(E. A. Juli 1946, S. 37)
- Russisches Theaterleben  
(E. A. Juli 1946, S. 40)
- Musik in Rußland  
(E. A. September 1946, S. 153)
- Zur geschichtlichen Entwicklung der russischen Malerei  
(E. A. Dezember 1947, S. 1055)
- Die Presse in Sowjetrußland  
(E. A. Januar 1948, S. 1119)
- Vom Buchhandel in der Sowjetunion  
(E. A. Januar 1948, S. 1123)
- Rußlandliteratur in den Vereinigten Staaten  
(E. A. Oktober 1948, S. 1629)
- Rußlandstudium in den Vereinigten Staaten  
(E. A. Dezember 1948, S. 1743)

In einer Reihe weiterer Beiträge haben wir über den *Einfluß der Sowjetunion auf die Entwicklung in den osteuropäischen Staaten* berichtet. In der nächsten Folge des Europa-Archivs bringen wir im Anschluß an einen Beitrag über die Entlohnung der Arbeiter in der sowjetischen Besatzungszone eine Auswahl unserer bisherigen Veröffentlichungen über die *sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland und deren Auswirkungen*.



## Die Ereignisse in Europa

### Dänemark

16. Januar: Die Außenminister Schwedens, Norwegens und Dänemarks, Oesten *Undén*, Halvard *Lange* und Ole Björn *Kraft*, treffen in Kopenhagen zu einer Konferenz zusammen. In einem Kommuniqué heißt es, auf der Konferenz seien die Korea-Frage, die Hilfeleistungen für Korea und Palästina, die sowjetische Forderung auf Ausdehnung der Territorialgewässer in der Ostsee sowie Probleme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas besprochen worden.
6. Februar: Das Folketing billigt die Unterstellung der in Deutschland befindlichen dänischen Truppenteile unter das Kommando des Obersten Alliierten Befehlshabers in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*.

### Finnland

17. Januar: Die Regierung wird unter Einbeziehung von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei umgebildet. Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident: Urho K. *Kekkonen*, Innenminister: Vieno J. *Sukselainen*, Außenminister: Ake H. *Gartz*, Verteidigungsminister: Emil A. *Skog*, Justizminister: Teuvo *Aura*, Finanzminister: Onni A. *Hiltunen*, Handels- und Industrieminister: Penna *Tervo*, Landwirtschaftsminister: Martti A. *Miettunen*, Verkehrsminister: Onni E. *Peltonen*, Erziehungsminister: Lennart A. *Heljas*, Sozialminister: Vihtori *Vesterrinen*, Minister in der Staatskanzlei: Johannes *Viro-lainen*.
27. Januar: Der frühere Staatspräsident, Marschall Karl Gustaf Baron *Mannerheim*, stirbt in Lausanne im Alter von 83 Jahren.

### Deutschland

16. Januar: Ein von 50 Personen unterzeichneter „Aufruf gegen Wiederaufrüstung und für allgemeinen Friedensschluß“ wird veröffentlicht, in welchem es heißt, daß die Besatzungsmächte die Deutschen nicht gegeneinander bewaffnen, sondern die beiderseitige Entwaffnung in Ost- und Westdeutschland zur Grundlage ihrer gegenseitigen Sicherheit machen sollten. Ohne Volksabstimmung sollten keinesfalls folgende Maßnahmen vorgenommen werden: 1. Wiedereinführung der Wehrdienstpflicht; 2. Einbeziehung Ost- und Westdeutschlands in internationale Sicherheitspakete; 3. Anwerbung deutscher Staatsbürger zum Wehrdienst irgendwelcher Art. Der Aufruf ist unter anderen von Erich *Arp*, Dr. Günther *Gereke*, Professor Ulrich *Noack*, Joachim von *Ostau*, Karl Heinz *Priester* und

Professor Reinhard *Strecker* unterzeichnet. Professor Noack erklärt, der Aufruf sei von ihm zusammen mit Dr. *Gereke*, Dr. *Heinemann* und Kirchenpräsident Martin *Niemöller* ausgearbeitet worden. Dr. *Heinemann* habe jedoch seine Unterschrift zurückgezogen. Der Berliner Journalist Heinz *Krüger* erklärt in einem Brief an den *Tagesspiegel*, er habe den Aufruf nicht unterzeichnet. Am 22. Januar distanziert sich Dr. *Heinemann* in einer Erklärung von diesem Aufruf. Kirchenpräsident Martin *Niemöller* erklärt am 26. Januar in einem an Professor Noack gerichteten Schreiben, daß er mit dem Aufruf völlig übereinstimme und ihn im Ausland verbreiten wolle. Dabei wolle er darauf hinweisen, daß sich in der deutschen Presse kaum noch ein Niederschlag der öffentlichen Meinung finden lasse.

Der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone *Kirkpatrick*, erklärt in Berlin zu den Kritiken an seiner Hamburger Rede, daß er die westdeutsche Absage an den Kommunismus, wie sie sich aus den Wahlergebnissen zeige, anerkenne. Deutschland solle lernen, sein mangelndes Einfühlungsvermögen zu verbessern. Vor dem britischen Presseklub erklärt er, die Bundesregierung werde ihre Politik der freien Wirtschaft aufgeben müssen, um die volle Kapazität der westdeutschen Industrie für die Verteidigung zu gewinnen.

18. Januar: Das Berliner Abgeordnetenhaus wählt den bisherigen Oberbürgermeister Professor Ernst *Reuter* (SPD) mit 77 gegen 11 Stimmen bei 36 Enthaltungen und 1 Stimme für den Berliner SPD-Vorsitzenden Franz *Neumann* zum Regierenden Bürgermeister. Der bisherige Stadtkommandant von Berlin, General Maxwell D. *Taylor*, verabschiedet sich vor dem Abgeordnetenhaus.

Der ehemalige britische Außenminister Anthony *Eden* trifft zu einem dreitägigen Deutschlandbesuch in Düsseldorf ein. Er wird am 19. Januar von Bundespräsident Professor Theodor *Heuss* empfangen und trifft in Gegenwart des britischen Hohen Kommissars mit Bundeskanzler Dr. Konrad *Adenauer* zusammen.

Im Bundestag erklärt der Abgeordnete Joseph *Strauß* (CDU), daß die Besatzungskosten im Jahre 1950 rund 4,6 Milliarden DM betragen hätten und gegenwärtig auf den Kopf der Bevölkerung etwa 95 DM gegenüber 350 DM in der sowjetischen Besatzungszone aufgewendet werden müßten. Bundesfinanzminister Fritz *Schäffer* erklärt, daß die Alliierte



Hohe Kommission nachträglich einen Haushalt in Höhe von 1,414 Milliarden DM überreicht habe. Damit belaufe sich der Besatzungskostenhaushalt für das Rechnungsjahr 1950/51 auf 5,462 Milliarden DM.

19. Januar: Der parlamentarische Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Ernest *Davies*, erklärt in Berlin, die Atlantikpaktstaaten würden einen ausreichenden Schutz der Bundesrepublik gewährleisten. In seiner Unterredung mit Bundeskanzler Dr. *Adenauer* hätten sich keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten gezeigt. Er glaube, daß Dr. *Schumacher* nach der Unterredung die britische Einstellung zu den entsprechenden Fragen besser verstehe.

Ein Brief des jungen Deutschen Herbert G. *Roske* vom 29. Dezember 1950 an den amerikanischen Hohen Kommissar wird veröffentlicht. *Roske* betont darin, daß ein großer Teil der Jugend es liebe, als freie Soldaten unter gleichen Bedingungen zu kämpfen. Sie werde sich aber widersetzen, wenn sie als Menschen niederer Klasse kämpfen sollte. Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. *McCloy*, betont in seiner Antwort, daß die Bundesrepublik nur auf freiwilliger Basis im Rahmen einer intereuropäischen Streitmacht auf gleichberechtigter Grundlage einen Beitrag leisten solle. Die deutsche Jugend hege mehr Begeisterung für internationale Ideen als die anderer europäischer Länder. Die Ehre des deutschen Offizierskorps in seiner Gesamtheit sei sogar von früheren Feinden Deutschlands anerkannt worden.

Prinz *Hubertus zu Löwenstein* berichtet in Kiel dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Walter *Bartram*, und dem britischen Landeskommissar *Reginald Luce* über seine Helgolandaktion und entwirft einen Plan zum Aufbau der Insel.

Ein Beamter der amerikanischen Hohen Kommission erklärt in Frankfurt, sobald die Bundesrepublik der Teilnahme an der europäischen Verteidigung zustimme, würden die Besatzungskosten als Verteidigungsbeitrag anerkannt werden.

Auf einer im Anschluß an eine vom Internationalen Studentenbund (ISB) vom 13. bis 18. Januar durchgeführte Exekutivtagung abgehaltenen Pressekonferenz in Berlin verliest der Präsident des ISB, Josef *Grohmann*, ein Kommuniqué, in welchem erklärt wird, daß die Einladung zur Vorbereitung der Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Sommer in Berlin angenommen worden sei.

20. Januar: In Berlin wird der 3. Kongreß für Deutsch-Sowjetische Freundschaft eröffnet. In einem am 22. Januar an das deutsche Volk gerichteten Aufruf heißt es, nun erst recht müßten sich die Deutschen zusammen an einen Tisch setzen. Am 23. Januar wird der Oberbürgermeister von Ostberlin, Friedrich *Ebert*, erneut zum Präsidenten der Gesellschaft gewählt. Dem 91 Mitglieder umfassenden Zentralvorstand gehören unter anderem an: der Präsident der Länderkammer, Reinhold *Lobedanz*; der Chef der sowjetischen diplomatischen Mission, G. M. *Puschkin*; der Präsident der Volkskammer: Johannes *Dieckmann*. Staatspräsident Wilhelm *Pieck* wird zum Ehrenpräsidenten der Gesellschaft ernannt.

Der Oberkommandierende der Atlantischen Streit-

kräfte, General Dwight D. *Eisenhower*, erklärt bei seiner Ankunft in Frankfurt, Westeuropa sei die Wiege dessen, was man unter Kultur verstehe. Er sehe das Vergangene als vergangen an und verspüre gegenüber dem deutschen Volk keine Ressentiments. Am 22. Januar trifft der General auf einem Empfang des amerikanischen Hohen Kommissars, John J. *McCloy*, in Bad Homburg mit Bundeskanzler Dr. *Adenauer*, dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Erich *Ollenhauer*, dem Beauftragten für die Unterbringung der Besatzungstruppen, Theodor *Blank* sowie den ehemaligen Generälen Hans *Speidel* und Adolf *Heusinger* zusammen. Am 23. Januar erklärt General *Eisenhower* vor seinem Abflug nach Paris in Frankfurt, er sei von dem politischen und wirtschaftlichen Fortschritt Westdeutschlands beeindruckt. Wie er Bundeskanzler Dr. *Adenauer* bereits mitgeteilt habe, sei ihm bewußt geworden, daß ein echter Unterschied zwischen den deutschen Soldaten und Offizieren und Hitler mit seiner verbrecherischen Gruppe bestehe. Er glaube nicht, daß der deutsche Soldat als solcher seine Ehre verloren habe.

Die Vorsitzende des Zentrums, Helene *Wessel*, wendet sich auf einer Veranstaltung religiöser Friedensfreunde in Bonn gegen die Form der Beantwortung des Grotewohl-Briefes und erklärt, jede Gelegenheit, zu einem gesamtdeutschen Gespräch zu gelangen, müsse ausgenutzt werden. Der Leiter des Nauheimer Kreises, Professor Ulrich *Noack*, erklärt, die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sei zu weitgehenden Zugeständnissen bereit gewesen; sie habe Dr. *Gustav Heinemann* mitgeteilt, daß sie bereit sei, freie und geheime Wahlen sowie die Aufstellung von Kandidaten aller Parteien zuzugestehen.

21. Januar: Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt *Schumacher*, erklärt über den Sender RIAS Berlin, es gäbe gar keinen Grotewohl-Brief, sondern nur eine Briefaktion der russischen Außenpolitik. Die deutsche Einheit sei nur möglich, wenn die Freiheit des Westens auch dem Osten gegeben werde.

Nach einem im Anschluß an eine zweitägige Sitzung des Parteivorstandes der SPD in Bonn herausgegebenen Kommuniqué erklärt Dr. *Schumacher*, es dürfe sich nicht die These durchsetzen, daß die europäischen Truppen die Hauptlast eines möglichen Krieges zu tragen hätten, während die Amerikaner das Schergewicht ihres Anteils auf die Luftwaffe und Marine legen könnten.

23. Januar: Der Vorstand der SPD veröffentlicht eine Liste der Teilnehmer an den Polizeilehrgängen in Hannoversch-Münden und Traunstein, nach welcher eine größere Anzahl der Teilnehmer ehemalige Mitglieder der NSDAP gewesen sein sollen. Am 24. Januar betont das Bundesinnenministerium, daß nur politisch unbelastete oder durch Spruchkammerbescheid entlastete Personen an den Lehrgängen teilgenommen hätten.

Bundesfinanzminister Fritz *Schäffer* erläutert vor der Presse in Bonn die finanzielle Situation der Bundesrepublik. Bund, Länder und Gemeinden müßten im Haushaltsjahr 1951/52 4,505 Milliarden DM für die innere und äußere Sicherheit, für Sozialaus-



gaben sowie für die Anpassung der Löhne und Gehälter zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ausgeben. 2,255 Milliarden DM müßten durch zusätzliche Steuern aufgebracht werden.

24. Januar: Bundestagspräsident Dr. Hermann Ehlers betont in seinem Antwortschreiben an den Präsidenten der Volkskammer, Johannes Dieckmann, auf dessen Brief vom 30. Dezember 1950, es sei kein Zutrauen zu dem Willen, in ganz Deutschland freie und geheime Wahlen durchzuführen, vorhanden, wenn nicht Sicherungen geschaffen würden, die eine Wiederholung des 15. Oktober 1950 unmöglich machten.

Der Bundestag verabschiedet in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz über den Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Zahlungsunion.

Ein Regierungssprecher erklärt in Bonn, die Erklärungen von General Eisenhower über die Ehre des deutschen Soldaten und die Gleichberechtigung deutscher Truppenkontingente in einer europäischen Armee seien von der Bundesregierung begrüßt worden. Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärt, er glaube, daß Eisenhower keine Ressentiments mehr gegenüber dem deutschen Volke hege.

25. Januar: Ministerpräsident Reinhold Maier erklärt im Landtag von Württemberg-Baden, daß das Bundeskabinett angesichts der gespannten inner- und außenpolitischen Lage beschlossen habe, die Frage des Süd-West-Staates zurückzustellen.

Auf einer Konferenz der Sozialpartner über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der eisenschaffenden Industrie und im Bergbau wird unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer in allen wesentlichen Punkten Einigung erzielt. Ein Sprecher der Bundesregierung teilt mit, daß die Bundesregierung auf Grund der Ergebnisse der Besprechungen sofort einen Gesetzentwurf ausarbeiten und den gesetzgebenden Organen vorlegen werde.

Der Ältestenrat des niedersächsischen Landtages beschließt, einer Einladung des brandenburgischen Landtages, an einer Sitzung in Potsdam teilzunehmen, nicht nachzukommen.

Peru beendet den Kriegszustand mit Deutschland.

26. Januar: Das Bundespresseamt in Bonn bestätigt den Eingang einer französischen Einladung zur Teilnahme an Besprechungen über eine gemeinsame europäische Armee. Der stellvertretende französische Hohe Kommissar, Armand Bérard, erklärt in Bad Godesberg, die Bundesrepublik werde an den Beratungen als auch in den Körperschaften der europäischen Armee als gleichberechtigter Partner vertreten sein. Am 29. Januar erklärt der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, auf einer Pressekonferenz in Bonn, wenn die Konferenz ernsthaft arbeiten wolle, müsse der Plevén-Plan, der eine Deklassierung aller Deutschen als Nation bedeute, als Diskussionsgrundlage fallengelassen werden. Am 30. Januar nimmt die Bundesregierung die Einladung an.

27. Januar: Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Georg Dertinger, und der Leiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen, Dr. Stanislaw Skrzyszewski, unterzeichnen in Frankfurt an der Oder ein Abkommen

über die Ausführung der Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen. Durch das Abkommen sollen die Bestimmungen der in Görlitz am 6. Juli 1950 getroffenen Abmachungen in Kraft gesetzt werden. Am 1. Februar billigt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik das Abkommen.

Der ehemalige britische Außenminister Anthony Eden erklärt vor seiner Rückreise in Düsseldorf, Bundeskanzler Dr. Adenauer habe ihm seinen Standpunkt zur Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages in einleuchtender Weise dargelegt. Er verstehe die Einstellung, daß Deutschland auch gewisse Garantien für sich und nicht nur für die übrigen europäischen Länder wünsche.

28. Januar: Vertreter der Landesverbände des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten beschließen in Bonn die Konstituierung auf Bundesebene. Zum ersten Vorsitzenden des vorläufigen Vorstandes wird der stellvertretende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Waldemar Kraft, zum zweiten Vorsitzenden Bundestagsabgeordneter Hans Tichi und zum dritten Vorsitzenden Professor Wilhelm Ziegler gewählt.

In Württemberg-Baden finden Gemeinderatswahlen statt. Am 3. Februar wird folgendes Gesamtergebnis bekanntgegeben:

CDU	3 646 960	18,6 (24,6)	632 (1122)
SPD	5 659 508	28,8 (31,3)	731 (925)
DVP	3 111 311	15,9 (17,0)	195 (331)
KPD	1 246 373	6,3 (9,1)	53 (87)
DG/BHE	1 394 496	7,1 (—)	354 (—)
Freie Wählergemeinschaften	4 569 762	23,3 (18,2)	5916 (5256)

(In Klammern die Ergebnisse des Jahres 1947)

Auf dem ersten westdeutschen Kongreß gegen die Remilitarisierung in Essen, wird ein Manifest verkündet. Darin heißt es, daß ein dritter Weltkrieg in Deutschland beginnen und Deutsche gegen Deutsche kämpfen würden. Die Teilnehmer forderten daher die Bundesregierung auf, eine Volksabstimmung über die Frage der Remilitarisierung abzuhalten. Der Kongreß wählt eine Arbeitsgemeinschaft gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung, der der Vorsitzende des westdeutschen Friedenskomitees, von Hatzfeld, Pfarrer Oberhof, Dr. Witte, Dr. Thiersch, Professor Alfred Lüdge sowie der Vorsitzende des Londoner Friedenskomitees, Sandy, und der Generalsekretär des französischen Friedenskomitees, Vigne, angehören.

29. Januar: Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, lehnt auf einer Pressekonferenz in Bonn den in einem Brief des ersten Vorsitzenden der KPD, Max Reimann, an ihn gerichteten Vorschlag, gemeinsam gegen die Remilitarisierung vorzugehen und eine Verständigung zwischen der KPD und der SPD herbeizuführen, ab. Die Kommunisten seien eine Aufrüstungspartei. Die Länder, in denen sie die Macht hätten, seien am stärksten aufgerüstet.
30. Januar: Die Bundesregierung weist in einem im Anschluß an eine Sondersitzung des Kabinetts herausgegebenen Communiqué darauf hin, daß zur selben



Zeit, in der der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik auf die deutschen Ostgebiete Verzicht leiste, die Volkskammer zur Schaffung einer rechtsstaatlichen Ordnung aufruft und für sich in Anspruch nimmt, für das gesamte deutsche Volk zu sprechen.

Der französische Hohe Kommissar, André *François-Poncet*, erklärt auf einer Pressekonferenz in Kiel, der Abschluß des Ostgrenzenvertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Polen deute darauf hin, daß die Sowjetunion auf der nächsten Viererkonferenz die deutsche Grenzfrage nicht behandeln wolle. Die gegenwärtige Regelung an der Saar sei ebenso wie die deutsche Ostgrenze ein Provisorium, das erst durch einen Friedensvertrag endgültig geregelt werden könne. Es sei ein französischer Wunsch, daß aus der Saar ein Bindeglied zwischen Frankreich und Deutschland werden solle. Vor Studenten der Universität Kiel erklärt er, es sei kein leeres Wort, daß zwischen Deutschland und Frankreich eine geistige Verwandtschaft bestehe; die Studenten sollten an der Ueberwindung nationalistischer Grundsätze und an der Verwirklichung des Europa-Gedankens mitarbeiten.

Auf einer außerordentlichen Sitzung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik verliest Ministerpräsident Otto *Grotewohl* eine Regierungserklärung. Darin heißt es, Dr. *Adenauer* wolle ein gesamtdeutsches Gespräch verhindern, das bereits im Gange sei. Er fordere deshalb nach wie vor das Gespräch der Deutschen am Runden Tisch ohne Bedingungen, ohne Tagesordnung und ohne jede Festlegung auf bestimmte Verfahrensregelungen. Die Volkskammer beschließt, einen Appell an den Bundestag zu richten, in dem es heißt, die Volkskammer billige die Initiative Grotewohls. Sie schlage dem Bundestag vor, einen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat einzuberufen. Die Volkskammer erkläre sich bereit, auch solche Fragen zu erörtern, wie sie Bundeskanzler Dr. *Adenauer* in seiner Erklärung vom 15. Januar angedeutet habe.

Der britische Hohe Kommissar, Sir Ivone *Kirkpatrick*, erklärt vor dem amerikanischen Presseklub in Frankfurt, die Deutschen stünden auf seiten des Westens und müßten als gleichberechtigter Partner behandelt werden. Die Frage der deutschen Truppen sei gegenüber dem Aufbau der eigenen Verteidigung der westeuropäischen Länder zweitrangig.

31. Januar: Der amerikanische Hohe Kommissar, John J. *McCloy*, und der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa, General Thomas T. *Handy*, geben ihre Entscheidungen über Gnadengesuche der in Nürnberg und Dachau als Kriegsverbrecher verurteilten und in Landsberg gefangen gehaltenen Personen bekannt. Der amerikanische Hohe Kommissar entscheidet in 79 von 89 ihm vorgelegten Gnadengesuchen auf Strafmilderung. General *Handy* verwandelt bei 13 seiner Zuständigkeit unterliegenden Fällen die Todesstrafe in lebenslängliches Gefängnis um, während in 2 Fällen die Todesstrafe bestehen bleibt.

In Anwesenheit des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm *Pieck*, eröffnet

die erste Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Elli *Schmidt*, in Berlin die 3. Ratstagung der Internationalen Frauenföderation.

1. Februar: Der Bundestag verabschiedet mit den Stimmen aller Fraktionen, außer denen der KPD, das Gesetz über die Errichtung eines Bundesverfassungsgerichtes.

Das Berliner Abgeordnetenhaus wählt mit 114 gegen 8 Stimmen bei 3 Enthaltungen den neuen Berliner Senat in folgender Zusammensetzung: Regierender Bürgermeister: Ernst *Reuter* (SPD); stellvertretender regierender Bürgermeister: Walther *Schreiber* (CDU); Senatoren: für Rechtswesen: Valentin *Kielinger* (CDU); für Finanzen: Friedrich *Haas* (CDU); für Verkehr: Herbert *Hausmann* (SPD); für Post- und Fernmeldewesen: Hugo *Holthöfer* (FDP); für Bau- und Wohnungswesen: Karl *Mahler* (FDP); für Arbeit: Karl *Fleischmann* (SPD); für Sozialwesen: Otto *Bach* (SPD); für Gesundheitswesen: Walter *Conrad* (FDP); für Volksbildung: Joachim *Tiburtius* (CDU); für Wirtschaft und Ernährung: Paul *Hertz* (SPD) (gleichzeitig zuständig für ERP und Kreditwesen); für Inneres: Werner *Müller* (parteilos); Berliner Vertretung in Bonn: Günter *Klein* (SPD).

Der Westteil des bei Berlin gelegenen Ortes Staaken wird in die Verwaltung der Deutschen Demokratischen Republik übernommen und dem Berliner sowjetischen Sektor angeschlossen.

2. Februar: Ein Sprecher der Bundesregierung erklärt vor der Presse in Bonn, die Bundesregierung stimme den Erklärungen von General *Eisenhower* zu, daß ein deutscher Verteidigungsbeitrag eine politische Gleichberechtigung voraussetze.

4. Februar: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob *Kaiser*, fordert in einer Rundfunkansprache die Organisation eines Selbstschutzes gegen die kommunistische Agitation in der Bundesrepublik. Nicht der Weg über den vorgeschlagenen Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat führe zu Frieden, Freiheit und Sicherheit, sondern eine aus wirklich freien Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung.

Unter Anschluß der Öffentlichkeit wird in Hannover die Sozial-Republikanische Vereinigung (SRV) als eine politische Partei gegründet.

5. Februar: Unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs für europäische Angelegenheiten, George W. *Perkins*, treffen in Frankfurt die amerikanischen diplomatischen Vertreter in Europa zu einer dreitägigen Konferenz zusammen.

Die Provinzialsynode Berlin-Brandenburg tritt in Berlin-Oberschöneweide zu einer Tagung zusammen. Am 8. Februar lehnt die Synode die vom brandenburgischen Ministerpräsidenten geforderte Verlegung der Kirchenleitung von Westberlin nach der sowjetischen Besatzungszone ab.

7. Februar: Bundeskanzler Dr. *Adenauer* spricht sich in seiner Rede im Bayerischen Rundfunk gegen eine Neutralisierung Deutschlands aus und betont, daß ein Land inmitten eines Kriegsgebietes nur dann neutral bleiben könne, wenn es militärisch und wirtschaftlich stark genug sei, seine Grenzen zu verteidigen. Er warne vor dem geforderten gesamtdeutschen Gespräch. Die Regierung der Deutschen Demokrati-



schen Republik sei mit der Regierung der Sowjetunion identisch.

9. Februar: Die Bundesregierung übermittelt dem Rat der OEEC in Paris ein Memorandum über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklungsmöglichkeiten der Bundesrepublik bis zum Ende des Marshall-Plan-Jahres 1952/53.
10. Februar: Bundeskanzler Dr. *Adenauer* erklärt in einer Rede vor Studenten in Bonn, daß in der Ostzone seit 1945 rund 200 000 Deutsche in Kz-Lager gesperrt und rund 37 000 Deutsche nach der Sowjetunion deportiert worden seien. Dies hätten die Machthaber zu verantworten, die jetzt für freie, gleiche und geheime Wahlen einträten. Er glaube, daß die Menschen in der Ostzone so eingeschüchtert seien, daß sie gar nicht frei wählen könnten. Er wolle nachdrücklich feststellen, daß die Deutschen — und das gelte auch für die Deutschen der Ostzone — hundertprozentig im Lager des Westens und nicht im Lager der Sowjetunion stünden.

Bundestagspräsident Hermann *Ehlers* erklärt auf einer Kundgebung der CDU in Bremen, ein Gespräch über den Eisernen Vorhang hinweg solle man nicht ablehnen. Große Teile des deutschen Volkes in Ost und West seien durch die erste Beantwortung des Grotewohl-Briefes nicht befriedigt worden.

#### Frankreich

16. Januar: Die Sechsmächte-Konferenz über den Schuman-Plan nimmt in Paris ihre Arbeiten wieder auf.
17. Januar: Der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, trifft zu einem dreitägigen inoffiziellen Besuch in Paris ein, um mit indischen Diplomaten aus Europa und Amerika zu konferieren. Am 18. Januar trifft er mit Mitgliedern der französischen Regierung und mit dem in Paris weilenden Generalsekretär der Vereinten Nationen, Trygve *Lie*, zusammen.
24. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*, führt vor Abschluß seiner Informationsreise durch Westeuropa erneut Besprechungen mit der französischen Regierung und mit dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Westunion, Feldmarschall Lord *Montgomery*. Am 25. Januar tritt er die Rückreise nach den Vereinigten Staaten an.
25. Januar: Der Generalresident in Marokko, General Pierre-Alphonse *Juin*, wird zum Generalinspekteur der französischen Streitkräfte ernannt und beauftragt, Frankreich in allen militärischen Ausschüssen und Konferenzen des Atlantikpaktes zu vertreten. Er behält seine bisherige Dienststellung bei.
26. Januar: Die Regierung lädt die europäischen Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes und die Bundesrepublik Deutschland zu einer Konferenz über die Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Armee ein. Die Vereinigten Staaten und Kanada werden eingeladen, Beobachter zu entsenden.
30. Januar: Das Informationsbüro des Europarates gibt bekannt, daß die Universität Straßburg während der Sitzungsperioden der Konsultativversammlung „Kurzlehrgänge für europäische Studien“ einrichten wird, an denen jeweils 40 Studenten aus den Mitgliedstaaten des Europarates teilnehmen können.

2. Februar: In Paris wird ein Vertrag unterzeichnet, durch den Frankreich die Souveränität über die indische Stadt Tschandemagor der indischen Regierung überträgt.

7. Februar: Der Ministerrat billigt den Entwurf einer Wahlrechtsreform.

Ministerpräsident René *Pleven* berichtet der Nationalversammlung über seine Besprechungen in Washington und Ottawa. Er betont, daß sein Besuch die Einigkeit zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich und das Vertrauen in Frankreichs Bereitschaft, sein Bestes für die Verteidigung Europas zu geben, gestärkt habe. Die Nationalversammlung billigt seine Politik mit 401 gegen 182 Stimmen.

9. Februar: Der Ausschuß der Konsultativversammlung des Europarates, der die Möglichkeiten zur Bildung einer übernationalen Behörde für das Transportwesen prüfen soll, tritt in Paris zu seiner ersten Sitzung zusammen und wählt den französischen Abgeordneten Edouard *Bonnefous* zu seinem Vorsitzenden.

#### Griechenland

26. Januar: Der Ministerrat beschließt, die Zahl der Ministerien auf fünfzehn zu reduzieren. Die Kabinettsmitglieder reichen daraufhin dem Ministerpräsidenten, Sophokles *Venizelos*, ihren Rücktritt ein. Am 1. Februar wird das neugebildete Kabinett vereidigt. Es setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident, Außen- und Verteidigungsminister: Sophokles *Venizelos*, Innenminister: Nicholas *Bakopoulos*, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für wirtschaftliche Koordinierung sowie Erziehung: Georges *Papandreou*, Justizminister: Ilias *Lagakos*, Finanzminister: Stavros *Kostopoulos*, Handelsminister: John *Glavanis*, Handelsmarineminister: Evstathios *Malamidas*, Arbeitsminister: Georges *Bakatselos*, Minister für öffentliche Arbeiten: General Napoleon *Zervas*, Landwirtschaftsminister: Andreas *Lambropoulos*, Industrieminister: Leon *Maccas*, Verkehrsminister: Johannes *Janopoulos*, Sozialminister: Phokion *Zaimis*, Minister bei der Präsidentschaft des Rates: Emmanouil *Kothris*.

#### Großbritannien

16. Januar: Nach dem Scheitern der informellen Besprechungen über den Kaschmir-Streitfall appelliert der pakistanische Premierminister, Liaquat *Ali Khan*, in London auf einer Pressekonferenz an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, eine freie und unbeeinflusste Volksabstimmung in Kaschmir herbeizuführen.

Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*, führt am letzten Tage seines Besuches in London Besprechungen mit Mitgliedern der Regierung sowie dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Westunion, Feldmarschall Lord *Montgomery*, und wohnt einer Sitzung des Rates der Außenministerstellvertreter des Atlantikpaktes bei. In einer Pressekonferenz lobt General Eisenhower die Bereitschaft der Regierungen und Bürger der von ihm besuchten Länder, zur Bewältigung der gegenwärtigen Aufgaben beizutragen.

17. Januar: Eine Umbildung der Regierung wird bekanntgegeben: Der bisherige Gesundheitsminister, Aneurin



*Bevan*, wird Arbeitsminister, der bisherige Arbeitsminister, *George A. Isaacs*, wird Pensionsminister, der bisherige Pensionsminister, *Hilary A. Marquand*, wird Gesundheitsminister. Das Ministerium für Stadt- und Landplanung unter *Hugh Dalton* wird in „Ministerium für Selbstverwaltung und Planung“ umbenannt und übernimmt einige Kompetenzbereiche des Gesundheitsministeriums.

23. Januar: Premierminister *Clement R. Attlee* erklärt vor dem Unterhaus, auf Grund neuer Informationen des britischen Geschäftsträgers in Peking brauche man die Hoffnung auf eine friedliche Regelung des Korea-Konfliktes und auf eine Besserung der Beziehungen Chinas zur übrigen Welt noch nicht aufzugeben. Die britische Regierung befürworte die den Vereinten Nationen vorliegende Resolution, durch die die Chinesische Volksrepublik der Unterstützung eines Angriffskrieges beschuldigt wird, sie halte aber die Zeit noch nicht für gekommen, weitere Maßnahmen gegen die Chinesische Volksrepublik in Erwägung zu ziehen. Der Führer der Opposition, *Winston Churchill*, warnt die Regierung davor, sich durch Manöver, die nur dem Interesse der Sowjetunion dienen, in ernste Meinungsverschiedenheiten mit den Vereinigten Staaten drängen zu lassen.

29. Januar: Premierminister *Clement R. Attlee* legt dem Unterhaus ein neues Aufrüstungsprogramm der Regierung vor. Danach soll die Mannschafftsstärke der Streitkräfte, die im April etwa 800 000 betragen wird, im Laufe des Sommers durch ein umfangreiches Einberufungsprogramm weiter erhöht werden. Die Produktion von Waffen und Ausrüstung soll bis zum Jahre 1954 vervierfacht werden. Für das Programm sind Ausgaben in Höhe von 4,7 Milliarden Pfund Sterling, davon 1,3 Milliarden im kommenden Rechnungsjahr, vorgesehen. Der Premierminister bezeichnet es als wichtigste Aufgabe, diese Ausgaben so weit wie möglich aus eigenen Mitteln zu decken und ausländische Hilfe nur in geringem Ausmaß in Anspruch zu nehmen.

1. Februar: Das Unterhaus lehnt mit 289 gegen 300 Stimmen einen Tadelsantrag der konservativen Opposition ab, in dem die Regierung für die schlechte Kohlenversorgung verantwortlich gemacht werden sollte.

7. Februar: Das Unterhaus lehnt mit 298 gegen 308 Stimmen den Antrag der konservativen Opposition ab, die Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie in Anbetracht der hervorragenden Leistungen dieser Industrie und der Notwendigkeit weiterer Produktionssteigerungen zu verschieben. Der Antrag war von der Regierung als Mißtrauensantrag angesehen worden. Am 8. Februar lehnt das Unterhaus einen weiteren Mißtrauensantrag wegen der mangelhaften Fleischversorgung mit 298 gegen 306 Stimmen ab.

9. Februar: Die Ernennung von Luftmarschall *Sir Hugh Saunders* zum Befehlshaber der Luftstreitkräfte der Westunion an Stelle von Luftmarschall *Sir James Robb* wird bekanntgegeben.

#### Island

25. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General *Dwight D. Eisenhower*, führt Besprechungen

mit der Regierung über die Rolle Islands in der nordatlantischen Verteidigung.

#### Italien

18. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General *Dwight D. Eisenhower*, führt Besprechungen mit der Regierung über den Beitrag Italiens zur Verteidigung Westeuropas.

#### Jugoslawien

19. Januar: Das Präsidium der Nationalversammlung beschließt die Aufhebung des Kriegszustandes zwischen Jugoslawien und Oesterreich. Am 27. Januar kommen beide Länder überein, die diplomatischen Beziehungen wieder aufzunehmen.

1. Februar: Die Regierung gibt die Auflösung der Staatlichen Kontrollkommission bekannt.

#### Luxemburg

19. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General *Dwight D. Eisenhower*, führt Besprechungen mit der Regierung über den Beitrag Luxemburgs zur Verteidigung Westeuropas.

#### Niederlande

24. Januar: Außenminister *Dr. Dirk U. Stikker* tritt zurück, nachdem seine eigene Partei im Parlament einen Mißtrauensantrag gegen ihn eingebracht hat wegen seiner nachgiebigen Haltung in der Streitfrage über West-Neuguinea. Daraufhin erklärt das gesamte Kabinett seinen Rücktritt. Nachdem *Dr. Stikker* vergeblich versucht hat, eine neue Regierung zu bilden, werden am 2. Februar der bisherige Ministerpräsident, *Dr. Willem Drees*, und sein Stellvertreter, *Dr. Josephus van Schaik*, von Königin *Juliane* mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

#### Norwegen

16. Januar: Die Regierung veröffentlicht das Budget für das Rechnungsjahr 1951/52, das Ausgaben in Höhe von 2,67 Milliarden Kronen, davon 500 Millionen für die Landesverteidigung, vorsieht.

#### Oesterreich

16. Januar: Der Nationalrat verabschiedet einstimmig das Gesetz über die Wahl des neuen Bundespräsidenten, das die Wahl durch das Volk unter Wahlpflicht vorsieht. Am 17. Januar billigt der Bundesrat das Wahlgesetz. Am 9. Februar verweigert der sowjetische Vertreter im Alliierten Rat, General *Zinjew*, dem Wahlgesetz seine Zustimmung, da es auf der Verfassung von 1929 beruhe, die die Sowjetunion nicht anerkenne. Da der Alliierte Rat sich über einen Einspruch gegen das Gesetz nicht einigen kann, wird es 31 Tage nach seiner Verabschiedung, d. h. am 17. Februar, automatisch in Kraft treten.

#### Portugal

17. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General *Dwight D. Eisenhower*, führt Besprechungen mit der Regierung über den Beitrag Portugals zur Verteidigung Westeuropas.



*Schweiz*

2. Februar: Auf Einladung und unter Vorsitz des Präsidenten der Europäischen Parlamentarier-Union, Richard Graf Coudenhove-Kalergi, tritt in Basel der „Konstituierende Ausschuß für die Vereinigten Staaten von Europa“, bestehend aus 60 Abgeordneten der Konsultativversammlung des Europarates, zusammen, um mit der Ausarbeitung einer europäischen Bundesverfassung zu beginnen.

*Sowjetunion*

20. Januar: Die Regierung überreicht den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens Antwortnoten auf deren Noten vom 5. Januar. In den ähnlich lautenden Noten wird die Behauptung zurückgewiesen, daß die Aufstellung deutscher Truppenverbände eine Defensivmaßnahme sei und daß der Atlantikpakt keinen aggressiven Charakter trage. Die Atlantikpaktstaaten seien dabei, ein Militärbündnis mit der revanchelusternen deutschen Bundesregierung zu schließen und es durch verlogene Phrasen von der Gefahr eines kommunistischen Angriffs zu tarnen.
21. Januar: Bei der Gedenkfeier zum Todestage *Lenins* erklärt der Direktor des Marx-Engels-Lenin-Instituts, Pjotr N. Pospelow, an den Händen der amerikanischen Imperialisten, die schon 1918 die Aufteilung Rußlands geplant hätten, klebe das Blut russischer Menschen. Lenins Worte, daß der Imperialismus sich selbst sein Grab schaufele, sollten jedoch den „wildgewordenen kapitalistischen Irrsinnigen“ der herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten, die in die Fußtapfen der Hitlerschen Imperialisten treten, eine Warnung sein. Die phantastischen Weltherrschaftspläne der amerikanischen Imperialisten seien zu

einem vollständigen Zusammenbruch verurteilt. Die Ideologie Lenins und Stalins werde auch in Zukunft große Erfolge erringen.

23. Januar: Die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten überreichen der Regierung neue Noten zur Frage der vorgeschlagenen Viermächtebesprechungen, in denen sie die Sowjetregierung um Klarstellung ersuchen, ob sie bereit ist, außer dem Deutschlandproblem auch andere Fragen zu besprechen, deren Lösung die derzeitige Spannung in der Welt mildern könnte. Am 5. Februar antwortet die Regierung durch weitere Noten, in denen sie feststellt, daß die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse über die Entmilitarisierung Deutschlands von größter Bedeutung für die Beseitigung der Spannungen sei. Die Erörterung anderer Fragen durch die Außenminister werde für möglich gehalten, falls die Konferenz auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse zusammenkomme. Die Westmächte werden beschuldigt, den Zusammentritt der Konferenz absichtlich zu verzögern, um die Remilitarisierung Westdeutschlands und ihr eigenes Rüstungswettrennen ungestört fortsetzen zu können.

*Tschechoslowakei*

7. Februar: Die Regierung überreicht den Botschaftern Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gleichlautende Noten, in denen sie feststellt, daß die Versuche der Westmächte, eine machtvolle deutsche Kriegsmaschine wieder zu begründen, eine Gefährdung der Tschechoslowakei darstelle. Die Westmächte werden beschuldigt, die aus der Tschechoslowakei und Polen ausgesiedelten Deutschen in ihren Revanchegedanken zu bestärken.

## Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

*Afrika**Ägypten*

22. Januar: In Kairo beginnt eine Konferenz der Ministerpräsidenten der in der Arabischen Liga zusammengeschlossenen Länder. Am 2. Februar unterzeichnen die arabischen Staaten mit Ausnahme Jordaniens einen kollektiven Sicherheitspakt. In einem Schlußkommuniqué des Rates der Liga wird festgestellt, die arabischen Staaten seien bereit, ihre Verpflichtungen den Vereinten Nationen gegenüber zu erfüllen und zur Erhaltung des Weltfriedens beizutragen. Doch müßten ihre nationalen Ansprüche anerkannt und ihnen militärische und wirtschaftliche Hilfe zur Verfügung gestellt werden.

*Südafrikanische Union*

19. Januar: Generalgouverneur Dr. Ernest G. Jansen eröffnet mit der Thronrede die neue Sitzungsperiode des Parlaments. Er bezeichnet es als vordringlichste Aufgabe der Regierung, sich mit der Rolle vertraut zu machen, die die Südafrikanische Union in einem allgemeinen Kriege zur Verteidigung des afrikanischen Kontinents zu spielen haben wird.

*Tunesien*

8. Februar: Ein Uebereinkommen mit der französischen Regierung wird getroffen, das eine Vergrößerung der

tunesischen Selbstverwaltung vorsieht. Es bestimmt, daß der Vorsitz im Ministerrat von dem französischen Generalresidenten auf den Ministerpräsidenten, Sidi M'Hamed *Chenif*, übergeht und daß die Portefeuilles der Justiz, der sozialen Angelegenheiten, des Handels, der Industrie, der Volksgesundheit und der Landwirtschaft ganz in tunesische Verantwortlichkeit übergehen.

*Amerika**Brasilien*

18. Januar: Das Oberste Wahlgericht verkündet das endgültige Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 3. Oktober 1950. Danach wurden Getulio *Vargas* zum Präsidenten und Joao *Cafe jr.* zum Vizepräsidenten gewählt. Am 31. Januar legt der neue Präsident den Amtseid ab. Er gibt die Ernennung der folgenden Koalitionsregierung, bestehend aus Sozialdemokraten, progressiven Sozialisten, Nationaldemokraten und Mitgliedern der Arbeiterpartei, bekannt: Außenminister: Joao *Neves da Fontoura*, Innen- und Justizminister: *Negrao de Lima*, Kriegsminister: General *Estillao Leal*, Marineminister: Admiral *Nelson Guilhobel*, Luftwaffenminister: Brigadegeneral *Nero Moura*, Finanzminister: *Horacio Lefer*, Arbeitsminister: *Danton Coelho*, Landwirtschaftsminister: Joao



*Cleofas*, Verkehrsminister: *Alvaro de Souza Lima*, Erziehungsminister: *Simoes Filho*.

#### Kanada

26. Januar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*, trifft nach Abschluß seiner Informationsreise durch Westeuropa in Ottawa ein und nimmt Besprechungen mit der kanadischen Regierung auf über den Beitrag Kanadas zur Verteidigung des nordatlantischen Raumes und über die kanadische Waffenhilfe an die europäischen Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes.
30. Januar: Generalgouverneur Lord *Alexander* kündigt in seiner Thronrede zur Eröffnung der neuen Parlamentssession ein umfangreiches Verteidigungsprogramm an. Am 5. Februar legt Verteidigungsminister *Brooke Claxton* dem Unterhaus das auf drei Jahre befristete Aufrüstungsprogramm in Höhe von 5 Milliarden can. Dollar vor. Er erklärt dazu, das Programm sehe eine Verstärkung der Kriegsmarine und der Luftstreitkräfte sowie die Aufstellung neuer Landstreitkräfte in Stärke von mehr als einer Division vor. Kanada wolle eine Brigade und eine Fliegerdivision so bald wie möglich zur Verstärkung der gemeinsamen Streitmacht der Atlantikpaktstaaten nach Europa entsenden.
2. Februar: Der französische Ministerpräsident, René *Pleven*, trifft zu einem zweitägigen Besuch in Ottawa ein. Er führt Besprechungen mit der Regierung und nimmt an einer Sitzung des Unterhauses teil.

#### Kolumbien

3. Februar: Finanzminister *Rafael Delgado* erklärt seinen Rücktritt. Daraufhin wird das Kabinett folgendermaßen umgebildet: Der bisherige Erziehungsminister, *Antonio Alvarez Restrepo*, wird Finanzminister; sein Portefeuille wird vom bisherigen Handelsminister, *Rafael Azula Barrera*, übernommen, an dessen Stelle *José Maria Guerrero* neu ernannt wird.

#### Peru

26. Januar: Der Kongreß beschließt die Beendigung des Kriegszustandes zwischen Peru und Deutschland.

#### Vereinigte Staaten

18. Januar: Präsident *Harry S. Truman* betont auf seiner Pressekonferenz, daß er gemäß der Verfassung das Recht habe, amerikanische Truppen nach Europa zu entsenden; er werde jedoch anstreben, sich dieses Recht vom Kongreß ausdrücklich bestätigen zu lassen.
25. Januar: Präsident *Harry S. Truman* erklärt in seiner Pressekonferenz, er sei der Auffassung, daß ein Angreifer ein Angreifer genannt werden müsse; trotzdem lasse die von den Vereinigten Staaten den Vereinten Nationen vorgelegte Resolution zur Verurteilung der Chinesischen Volksrepublik noch genügend Spielraum für Verhandlungen. Die Vereinigten Staaten würden keine unüberlegten Schritte tun, sondern die zu ergreifenden Maßnahmen eingehend mit befreundeten Nationen besprechen.
26. Januar: Die Regierung ordnet einen allgemeinen Lohn- und Preisstop an.
27. Januar: Außenminister *Dean Acheson* teilt dem französischen Außenminister, *Robert Schuman*, in einem

Schreiben mit, daß die Vereinigten Staaten den französischen Plänen zur Schaffung einer einheitlichen europäischen Armee wohlwollend gegenüberstehen. Die amerikanische Regierung begünstige jeden Versuch, die Vereinigung Europas vorwärtszubringen. Sie sei aber davon überzeugt, daß die französische Regierung die Vordringlichkeit der Stärkung der Verteidigungsorganisation des Atlantikpaktes anerkennen werde.

29. Januar: Der französische Ministerpräsident, René *Pleven*, trifft in Begleitung des Generalinspektors der französischen Streitkräfte, General *Pierre-Alphonse Juin*, in Washington ein, um Besprechungen mit Präsident *Harry S. Truman* und Mitgliedern der Regierung sowie des Generalstabes zu führen. Am 30. Januar stellen der Präsident und der Ministerpräsident in einem abschließenden gemeinsamen Kommuniqué fest, daß zwischen ihren Ländern eine grundsätzliche Übereinstimmung der Ansichten besteht. Hinsichtlich des Fernen Ostens seien sie sich darüber einig, daß man der Aggression entgegenreten müsse und daß die freien Nationen Ostasiens in ihren Bemühungen um Freiheit und Unabhängigkeit unterstützt werden müßten. Die Hilfeleistung der Vereinigten Staaten an die drei assoziierten Staaten Indochinas werde beschleunigt. In Europa müßten die Meinungsverschiedenheiten und Rivalitäten einer harmonischen Wirtschaft und einer straffen Organisation Platz machen; das demokratische Deutschland müsse schrittweise in die westeuropäische Gemeinschaft eingegliedert werden.
1. Februar: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Dwight D. *Eisenhower*, berichtet dem Kongreß über die Ergebnisse seiner Besprechungen mit den Regierungen der Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes. Er stellt fest, daß es in Europa zwar noch Pessimismus gebe, daneben aber auch Widerstandsgest und eine wachsende Entschlossenheit, seinen Platz in der Welt zu behaupten. Es sei notwendig, der im kommunistischen Machtbereich durch Gewalt und Zwang geschaffenen Einheitlichkeit die höhere Einheit freier Menschen entgegenzustellen. Dabei müßten die Vereinigten Staaten die führende Rolle übernehmen. Sie müßten eine machtvolle und bewegliche Reserve bereithalten, um eine Bedrohung in jedem Teile der Welt abwehren zu können. Zur Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages erklärt der General, die politische Gleichberechtigung Deutschlands müsse erst hergestellt werden, bevor man über den Einschluß deutscher Einheiten in irgendeine Armee sprechen könne. Am 2. Februar fordert der General vor den Außenpolitischen und Wehrausschüssen beider Häuser des Kongresses die baldige Entsendung weiterer amerikanischer Truppen nach Europa.
2. Februar: Präsident *Harry S. Truman* legt dem Kongreß ein umfangreiches Programm für Steuererhöhungen vor, das eine Erhöhung des Gesamtsteueraufkommens um 10 Milliarden Dollar vorsieht.
4. Februar: Der republikanische Senator *Robert A. Taft* sagt vor Pressevertretern, trotz des guten Eindrucks, den der Bericht des Generals *Eisenhower* hinterlassen habe, bestehe er darauf, daß der Präsident jede Übereinkunft mit den europäischen Partnern des Atlantikpaktes dem Kongreß vorlege, damit dieser



prüfen könne, ob das Verhältnis zwischen den von den Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellten Truppen und den eigenen Streitkräften der europäischen Staaten zufriedenstellend ist. Am 8. Februar fordert Senator Taft vor dem Senat, daß höchstens eine amerikanische Division in der europäischen Streitmacht auf neun europäische kommen dürfe. Er sei der Ansicht, daß General Eisenhower die Gefahr, Europa könne mit seinem wirtschaftlichen Potential der Sowjetunion anheimfallen, ein wenig übertrieben habe.

8. Februar: Der neuseeländische Premierminister, Sydney C. Holland, der sich auf der Rückreise von der Londoner Commonwealth-Konferenz für drei Tage in Washington aufhält, führt Besprechungen mit Präsident Harry S. Truman und Außenminister Dean Acheson.
9. Februar: Der frühere Präsident, Herbert Hoover, fordert in einer Rundfunkrede erneut, daß die Vereinigten Staaten keine Landstreitkräfte nach Uebersee entsenden und dafür eine starke See- und Luftmacht aufbauen sollten. Er schlägt das folgende Programm vor: Ausbau einer starken See- und Luftmacht und deren unbegrenzte Benutzung im Falle eines Angriffs auf Europa; Lieferung von Waffen und Ausrüstung an Länder, die ihr Bestes tun, sich selbst zu verteidigen; Einstellung der Entsendung von Truppen nach Europa; Einschränkung der Rüstungsausgaben auf eine tragbare Höhe; Verteidigung Formosas, Japans und der Philippinen, freie Hand für die nationalchinesische Regierung; Wiederherstellung der vollen Unabhängigkeit Deutschlands und Japans; Aufbau einer zweiten Verteidigungslinie im Mittelmeer und im Indischen Ozean und Aufrechterhaltung des Rechts des Kongresses, über Krieg und Frieden zu entscheiden.

## Asien

### Chinesische Volksrepublik

17. Januar: In einer Antwortbotschaft an den stellvertretenden Generalsekretär der Vereinten Nationen, David Owen, weist Ministerpräsident Tschu En-lai die am 13. Januar von den Vereinten Nationen unterbreiteten Waffenstillstandsvorschläge zurück. In der Botschaft heißt es, ein Waffenstillstand ohne vorausgehende Verhandlungen könne nur dazu dienen, den amerikanischen Truppen in Korea eine Atempause zu verschaffen. Die Volksregierung schlage dagegen vor: Sofortige Aufnahme von Verhandlungen auf der Grundlage des Abzugs der ausländischen Truppen aus Korea, Einschluß der Formosafrage und anderer ostasiatischer Probleme in diese Verhandlungen, sofortige Aufnahme der Volksrepublik in die Vereinten Nationen, Teilnahme der folgenden sieben Staaten an den Verhandlungen: Chinesische Volksrepublik, Sowjetunion, Großbritannien, Vereinigte Staaten, Frankreich, Indien, Ägypten.
3. Februar: Ministerpräsident Tschu En-lai bezeichnet in einer über den Rundfunk abgegebenen Erklärung die Resolution der Vereinten Nationen, durch die die Chinesische Volksrepublik zum Angreifer erklärt wurde, als „Beleidigung des chinesischen Volkes“. Er erklärt, die Volksregierung betrachte die Resolution als null und nichtig, da sie ohne ihre Teil-

nahme zustande gekommen sei; sie werde auch von dem Schlichtungsausschuß keine Notiz nehmen. Diese Entscheidung habe den Weg zu einer friedlichen Lösung endgültig blockiert.

### Indien

21. Januar: Premierminister Jawaharlal Nehru appelliert bei einer Pressekonferenz in Bombay an die Großmächte, keine Schritte zu unternehmen, die Verhandlungen im Wege stehen könnten. Die Antwort der Chinesischen Volksregierung auf die Waffenstillstandsvorschläge der Vereinten Nationen dürfe nicht als Zurückweisung angesehen werden, denn die darin formulierten Gegenvorschläge deckten sich in vielem mit den Prinzipien der Vereinten Nationen. Die Situation sei zu ernst, um mit den althergebrachten diplomatischen Mitteln behandelt werden zu können. Am 24. Januar wendet sich der Premierminister in einer Rundfunkansprache gegen die von den Vereinten Staaten im Politischen und Sicherheitsausschuß der Vereinten Nationen vorgeschlagene Resolution zur Verurteilung der Chinesischen Volksrepublik als Angreifer. Er erklärt, man müsse endlich die großen Veränderungen anerkennen, die in Asien vor sich gegangen sind; die asiatischen Nationen seien nicht mehr bereit, sich in der alten Weise behandeln zu lassen.

### Irak

6. Februar: Der frühere Ministerpräsident Tawfik Suweidi wird zum Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten und der bisherige Minister ohne Portefeuille, Omar Nadhmi, zum Innenminister ernannt. Beide Ministerien waren bisher von anderen Ministern mitverwaltet worden.

### Japan

25. Januar: Der Berater des amerikanischen Außenministeriums, John Foster Dulles, trifft in Tokio ein, um mit der japanischen Regierung und dem Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstreitkräfte, General Douglas MacArthur, Besprechungen über den Friedensvertrag mit Japan zu führen.

Kaiser Hirohito eröffnet die neue Sitzungsperiode des Parlaments mit einer Thronrede, in der er feststellt, daß die Zeit nahe sei, da Japan wieder seinen Platz in der internationalen Gemeinschaft einnehmen werde. Das sei das Ergebnis der Anstrengungen des japanischen Volkes und der Hilfe der Alliierten. Am 26. Januar stellt Ministerpräsident Shigeru Yoshida vor dem Parlament fest, daß die Diskussion um die Wiederaufrüstung bereits unnötige Mißverständnisse im Lande und im Ausland hervorgerufen habe; überdies sei eine ausreichende Aufrüstung im Augenblick für die japanische Wirtschaft untragbar. Er fordert die Abgeordneten auf, die Frage der Wiederaufrüstung mit Vorsicht und Diskretion zu behandeln.

28. Januar: Die Liberale Partei, der Ministerpräsident Shigeru Yoshida angehört, veröffentlicht eine Erklärung, in der die Rückgabe der Kurilen, der Riu-Kiu- und Bonin-Inseln an Japan gefordert wird. Am 31. Januar stellt der amerikanische Sonderbotschafter, John Foster Dulles, dazu auf einer Pressekonferenz fest, es sei nicht beabsichtigt, die bei der Kapitulation



Japans gestellten Bedingungen abzuändern oder die alliierte Besatzungspolitik zu revidieren. Am 2. Februar erklärt Dulles in einer Rede von der Amerikanisch-Japanischen Gesellschaft, Japan könne sich, wenn es das wünsche, an kollektiven Sicherheitsmaßnahmen beteiligen, doch sei dies seiner eigenen Entscheidung anheimgestellt. Seine vordringlichste Aufgabe werde jedoch sein, sich vor der Infiltration feindlicher Agenten zu schützen.

10. Februar: Der amerikanische Sonderbotschafter, John Foster Dulles, und Ministerpräsident Shigeru Yoshida geben in getrennten Erklärungen bekannt, daß im Laufe ihrer Besprechungen grundsätzliche Übereinstimmung über ein Verteidigungsabkommen zwischen beiden Ländern erzielt worden sei. Dulles stellt in seiner Erklärung fest, daß Japan den Wunsch geäußert habe, auch nach Abschluß eines Friedensvertrages durch amerikanische Truppen geschützt zu werden. Die Vereinigten Staaten würden jeden Angriff auf Japan als einen Angriff gegen sich selbst betrachten. In der Erklärung des Ministerpräsidenten heißt es, Japan würde die Belassung amerikanischer Truppen im Lande begrüßen, es sei sich jedoch auch seiner eigenen Verantwortung für seine Verteidigung bewußt.

#### Korea

16. Januar: Die Truppen der Vereinten Nationen führen Gegenstöße mit begrenzten Zielen, in deren Verlauf die Städte Suwon und Wonju innerhalb weniger Tage mehrmals den Besitzer wechseln.
20. Januar: Der Oberbefehlshaber der Truppen der Vereinten Nationen, General Douglas MacArthur, sagt anläßlich eines Frontbesuchs vor Pressevertretern, die Streitkräfte seien in der Lage, die Front in Korea so lange zu halten, wie die Vereinten Nationen dies wünschten. Niemand werde sie ins Meer treiben können.
26. Januar: Die Truppen der Vereinten Nationen gehen zur Offensive über und nehmen Suwon, Kumyangjang, Ichon und Yaju. Vom 28. Januar ab entwickelt sich im westlichen Frontabschnitt eine heftige Schlacht mit chinesischen Truppen, in deren Verlauf die alliierten Truppen sich an den Stadtrand der südkoreanischen Hauptstadt Seoul herankämpfen.
30. Januar: Der nordkoreanische stellvertretende Ministerpräsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Kim Chek, erliegt einem Herzschlag.
10. Februar: Die Truppen der Vereinten Nationen nehmen den Hafen Inchon und den Flugplatz Kimpo und erreichen in breiter Front das Südufer des Han-Flusses.

#### Pakistan

22. Januar: Premierminister Liaquat Ali Khan sagt nach Rückkehr von der Londoner Commonwealth-Konferenz vor Pressevertretern, die Premierminister hätten das Menschenmögliche getan, um den Kaschmirstreitfall zu schlichten; man müsse sich jedoch darüber klar sein, daß die Länder des Commonwealth nicht in der Lage seien, einen souveränen Staat wie Indien zu einer bestimmten Politik zu zwingen.

Deshalb müsse der Sicherheitsrat die Kaschmirfrage schnell und entschlossen behandeln, wenn er an der Erhaltung des Friedens interessiert sei.

9. Februar: In Karatschi wird der Zweite Islamische Weltkongreß, an dem die Vertreter von Mohammedanern aus 30 Ländern teilnehmen, durch eine Ansprache des pakistanischen Premierministers, Liaquat Ali Khan, eröffnet.

#### Philippinen

28. Januar: Der indonesische Staatspräsident, Dr. Achmed Soekarno, trifft zu einem einwöchigen Staatsbesuch in Manila ein. Am 29. Januar erklärt er vor dem Kongreß, Indonesiens Kampf um seine Unabhängigkeit sei noch nicht zu Ende, solange noch Teile seines Gebiets von einer europäischen Kolonialmacht besetzt seien. Alle Völker Südostasiens, die die Kolonialherrschaft am eigenen Leibe verspürt hätten, müßten zusammenstehen und denen helfen, die noch unter Kolonialherrschaft leben.

#### Vietnam

16. Januar: Die seit dem 14. Januar im Gange befindliche Offensive der Viet-minh-Truppen auf Hanoi wird unter dem Einsatz frischer Reserven noch verstärkt. Es entwickelt sich eine heftige Schlacht, die von beiden Seiten unter Einsatz aller verfügbaren Kräfte geführt wird. Am 18. Januar nehmen die Angriffe an Heftigkeit ab. Die Viet-minh-Truppen ziehen sich zurück. Am 23. Januar stellt der französische Hohe Kommissar und Oberbefehlshaber in Indochina, General Jean de Lattre de Tassigny, auf einer Pressekonferenz in Saigon fest, daß die Entscheidung der Schlacht auf des Messers Schneide gestanden habe. Die Verluste der Viet-minh seien ungewöhnlich hoch gewesen. Man dürfe einer weiteren Offensive jetzt mit größerer Ruhe entgegensehen.
20. Januar: Staatschef Bao Dai weist den Ministerpräsidenten, Tran Van Huu, an, die Regierung aufzulösen und ein neues Kabinett auf breiterer Grundlage zu bilden.
5. Februar: Staatschef Bao Dai kündigt in einer Botschaft zum chinesischen Neujahrsfest einen wirtschaftlichen Wiederaufbauplan an. Darin sind vorgesehen: Bodenreform, Elektrifizierung, Entwicklung der Gewerkschaften und Schutz der Währung. Der Staatschef erklärt, der von der französischen Verwaltung übernommene ausgezeichnete Wirtschaftsapparat werde weiter ausgebaut werden. Vietnam werde sich an die Französische Union und an internationale Kreditgeber wenden, um Kapital und die notwendige technische Hilfe zu erlangen.

#### Organisation der Vereinten Nationen

20. Januar: Der amerikanische Delegierte, Warren R. Austin, unterbreitet dem Politischen und Sicherheitsausschuß der Vollversammlung einen Resolutionsentwurf, durch den die Chinesische Volksrepublik zum Angreifer erklärt werden soll. Die Chinesische Volksrepublik wird darin aufgefordert, die Feindseligkeiten einzustellen und ihre Truppen aus Korea



zurückzuziehen. Der Präsident der Vollversammlung soll erneut einen Schlichtungsausschuß zur Beendigung des Konflikts bilden. Der Ausschuß für Kollektivmaßnahmen soll mit Vordringlichkeit Sanktionen erörtern, die gegen diesen Angriff angewendet werden könnten.

22. Januar: Der indische Delegierte, Sir Benegal N. Rau, macht dem Politischen und Sicherheitsausschuß Mitteilung von einer dem indischen Botschafter in Peking übergebenen Klarstellung der Chinesischen Volksregierung zu ihren Gegenvorschlägen für die Beendigung des Koreakrieges. Darin heißt es, die Volksregierung sei bereit, ihre Freiwilligen aus Korea zurückzuziehen, wenn die Zurücknahme aller ausländischen Truppen aus Korea als Prinzip anerkannt worden sei. Ein Waffenstillstand könne die erste Vereinbarung der vorgeschlagenen Siebenmächtekonferenz sein. Die endgültige Anerkennung der legitimen Mitgliedschaft der Volksrepublik in den Vereinten Nationen müsse zugesichert werden. Am 24. Januar unterbreitet eine Gruppe von zwölf asiatischen und arabischen Staaten dem Ausschuß einen Resolutionsentwurf, in dem die sofortige Einberufung einer Siebenmächtekonferenz, gemäß dem chinesischen Vorschlag, zur Regelung der koreanischen und weiterer ostasiatischer Fragen vorgeschlagen wird. Am 25. Januar schlägt der indische Delegierte, Sir Benegal N. Rau, vor, die augenblickliche Kampfpause in Korea zur Aufnahme von Verhandlungen zu benutzen. Der britische Delegierte, Sir Gladwyn Jebb, warnt vor Kollektivmaßnahmen gegen die Chinesische Volksrepublik, die leicht zu einer Ausdehnung des Konflikts führen könnten. Am 29. Januar teilt Sir Benegal dem Ausschuß mit, daß seine Regierung Informationen von höchster Stelle besitze, daß im Falle der Verurteilung der Chinesischen Volksrepu-

blik keine Aussicht mehr auf eine friedliche Beilegung des Konflikts bestehe. Der syrische Delegierte, Faris el-Khoury, warnt davor, daß die Annahme der von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Resolution die Teilung der Welt in zwei gleich starke Hälften zur Folge haben könne, wobei 800 Millionen Asiaten gegen die Vereinigten Staaten und ihre Freunde stehen würden. Am 30. Januar billigt der Ausschuß die Resolution mit 44 gegen 7 Stimmen, nachdem einige Abänderungsvorschläge zur Milderung des Textes berücksichtigt wurden. Der Vermittlungsvorschlag der asiatischen und arabischen Staaten wird vorher in Punkt-für-Punkt-Abstimmungen abgelehnt. Am 31. Januar beschließt der Sicherheitsrat einstimmig, die Koreafrage von seiner Tagesordnung zu streichen. Am 1. Februar billigt das Plenum der Vollversammlung die Resolution mit der gleichen Stimmenzahl wie der Politische und Sicherheitsausschuß.

2. Februar: Der Politische und Sicherheitsausschuß nimmt die Debatte über den sowjetischen Antrag, die Vereinigten Staaten des Angriffs auf Formosa zu beschuldigen, wieder auf. Der amerikanische Delegierte, Warren R. Austin, stellt fest, daß jede einzelne der sowjetischen Beschuldigungen jeder Grundlage entbehre. Er fordert den Ausschuß auf, sie prompt und unmißverständlich zurückzuweisen. Am 6. Februar bringt der sowjetische Delegierte, Semjon K. Tsarapkin, einen neuen Antrag ein, in dem gefordert wird, die Vereinigten Staaten wegen einer Reihe von Luftüberfällen auf chinesisches Gebiet zu verurteilen. Er erklärt dazu, amerikanische Flugzeuge hätten in 328 Fällen Ziele in der Mandschurei angegriffen. Am 7. Februar werden beide Anträge mit 5 gegen 49 bzw. 5 gegen 50 Stimmen abgelehnt.



# EUROPA - ARCHIV

## Mikrofilm- und Fotokopierdienst

für politische, wirtschaftliche und soziale Dokumentation

In Zusammenarbeit zwischen dem Europa-Archiv und dem Mikrofilmdienst der Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitswesen, der neben der Bearbeitung aller Fragen auf medizinischem Gebiet die technische Herstellung von Mikrofilmen und Fotokopien übernommen hat, können die Materialien des Europa-Archivs nunmehr auch der in- und ausländischen Öffentlichkeit zur Benutzung und Auswertung zugänglich gemacht werden.

### Die Materialien des Europa-Archivs

**Zeitungsschnittarchiv** mit über 700 000 Schnitten der in- und ausländischen Presse. Laufender monatlicher Zugang ca. 6000—8000 Schnitte.

**Pressearchiv** mit einer Sammlung von über 200 in- und ausländischen periodischen Veröffentlichungen.

**Titelkartei** mit über 70 000 Titeln wichtiger Beiträge aus in- und ausländischen Zeitschriften.

**Handbibliothek** mit über 3000 Titeln. In erster Linie dokumentarische Literatur, Nachschlagewerke und Handbücher.

**Spezial-Quellensammlung** zu europäischen Fragen der Nachkriegszeit.

### Bezugsbedingungen

**Mikrofilm** je angefangene 20 Seiten . . . . . DM 1.20

**Fotokopie** je angefangene Seite Din A 5 . . . . . DM 0.35

je angefangene Seite Din A 4 . . . . . DM 0.55

**Bearbeitungsgebühr:** Mindestgebühr DM 1.—, pro Arbeitsstunde DM 3.—

Präzise Angaben über das gewünschte Material beschleunigen die Erledigung Ihres Auftrages.

### Lesegeräte für Mikrofilm

befinden sich u. a. in den Universitätsbibliotheken Erlangen, Frankfurt, Berlin, Heidelberg, Marburg, München, Würzburg, Mainz

ferner in allen Amerika-Häusern und in zahlreichen wissenschaftlichen Instituten.

**Europa-Archiv, Frankfurt am Main, Eschersheimer Landstraße 86**



# NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

6. JAHR

WICHTIGE ZUGÄNGE VOM 16. JANUAR BIS 10. FEBRUAR 1951

4/5. FOLGE

## Bücher und Broschüren

Aktenstücke zur Beurteilung des Grotewohlbriefes. Veröffentlicht im Auftrage der Bundesregierung. Bonn, Deutscher Bundes-Verlag; 1951. 71 S.

Das Weißbuch der Bundesregierung enthält 30 Dokumente im Wortlaut, die bis zur Tagung des Außenministerrats der vier Mächte vom 23. Mai bis 20. Juni 1949 zurückreichen und die für die Beantwortung des Grotewohlbriefes durch den Bundeskanzler von Wichtigkeit sind.

Basilewitsch, K. W., S. W. Bachruschin, A. M. Pankratowa, A. W. Focht: Geschichte der UdSSR. Teil I und II. Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur; 1947—1949. 298 und 344 S.

Blomeyer, Arwed: Die Entwicklung des Zivilrechts in der sowjetischen Besatzungszone. Vortrag im Königsteiner Kreis (Vereinigung der Juristen und Beamten aus der sowjetischen Besatzungszone) am 23. September 1950. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. 19 S.

China's Youth March Forward. Peking, Foreign Languages Press; 1950. 70 S.

Die Durchführung des Dreijahresplans des Wiederaufbaus der Wirtschaft in Polen. Warszawa; 1950. 61 S.

Für die wahre Zusammenarbeit zwischen den Völkern und den Staaten. Die Stellungnahme Jugoslawiens in der Organisation der Vereinten Nationen. Druck: Verlag Neue Presse GmbH., Frankfurt a. M.; o. J. 30 S. Preis: DM 0.50.

Die Broschüre enthält neben einem Vorwort von Marshall Tito die Rede des jugoslawischen Außenministers Edward Kardelj im Politischen Ausschuß der Vereinten Nationen vom 30. Oktober 1950.

Gourévitch, S. und Partigoul, S.: Le Nouvel Essor de l'Economie Nationale de l'U.R.S.S. dans la Période Quinquennale d'après-Guerre. Moscou, Editions en Langues Etrangères; 1950. 150 S.

In diesem Buch wird über die Entwicklung der sowjetischen Volkswirtschaft berichtet, den diese im Rahmen des Nachkriegsfünfjahresplanes genommen hat. An vielen einzelnen Beispielen auf dem Gebiete der Industrie, des Transportwesens und der Landwirtschaft wird in den für die UdSSR üblichen Prozentzahlen über die erzielten Ergebnisse berichtet.

Grabowsky, Adolf: Demokratie und Diktatur. Grundfragen politischer Erziehung. Zürich, Occident-Verlag; 1949. 316 S.

Kao Kang: La Reconstruction Economique du Nord-Est de la Chine. (Titre original: Mettons-nous à l'avant du front de la Reconstruction économique du Nord-Est.) Peking, Editions en Langues Etrangères; 1950. 46 S.

Mao Tse Tung on People's Democratic Dictatorship. Together with his two speeches delivered at The Preparatory Committee Meeting and The First Plenary Session of The Chinese People's Political Consultative Conference. Rev. second Edition Peking, Foreign Languages Press; 1950. 45 S.

Meeting of the Information Bureau of Communist Parties in Hungary in the latter Half of November 1949. Published by The Journal „For a Lasting Peace, for a People's Democracy!“ 1950, 95 S.

Mehnert, Klaus: Weltrevolution durch Weltgeschichte. Die Geschichtslehre des Stalinismus. Schriftenreihe der Deutschen Europa-Akademie, Heft 9. Herausgegeben vom Generalsekretariat der Deutschen Europa-Akademie. Kitzingen/Main, Holzner Verlag; o. J. 84 S. DM 2.—.

Mit dieser Schrift packt Dr. Klaus Mehnert die Probleme der bolschewistischen Ideologie an den Wurzeln an.

Es ist schon richtig, daß eine Analyse der bolschewistischen Geschichtsbetrachtung weit über den engen Rahmen der Historiographie hinaus einen Schlüssel zum Verständnis des Bolschewismus in seiner heutigen Form bietet. Die berühmte Wende zum Sowjetpatriotismus in den 30er Jahren stellte die sowjetischen Historiker nach und nach vor die große Aufgabe, eine neue Ideologie zu schaffen. Gestützt auf Direktiven und Verlautbarungen von Stalin — von dem Dekret vom 16. Mai 1934 an, das ein Verdammungsurteil über die Schule von Pokrowskij fällte, bis auf seine aufsehenerregenden Prawdaartikel vom Juli 1950 — ist diese Aufgabe in umfassender Weise gelöst worden.

Das Ergebnis ist verblüffend. Die sowjetische Geschichte hat nach Zeit und Raum eine gewaltige Ausdehnung erfahren; sie ist zum Angelpunkt der gesamten Weltgeschichte geworden, die in Zukunft am Maß der Sowjetgeschichte gemessen werden soll. Mehnert baut seine Deutung dieses Vorgangs in Form einer logischen Kette auf, die er in 12 Glieder zerlegt, unabhängig von der tatsächlichen chronologischen Entwicklung in den 15 Jahren von 1934—1950.

Vielleicht tritt durch die gewissermaßen lockere Szenenfolge dieser 12 Bilder — sie hätten auch um einige reduziert werden können — die ungeheure Dramatik der Geschehnisse im wirklichen zeitlichen Ablauf dieser 15 Jahre etwas in den Hintergrund. Da stehen z. B. die großen Katastrophen der Jahre 1937/38 (Säuberungen) und 1941/45 (Krieg) als Wendepunkte vor uns, durch die die Dynamik der ideologischen Entwicklung weitgehend bestimmt wurde. Außerdem tritt die Geschmeidigkeit des Stalinismus nicht richtig in Erscheinung, wenn der Eindruck eines fertigen ideologischen Schemas, an dessen Neuaufbau der Kreml sich 1934 machte, vorherrscht.

Wohl aber ist die analytische Methode Mehnerts in hervorragendem Maße dazu angetan, die eigentlichen Hintergründe jeder Einzelmaßnahme zu decouvrieren und sie in ein Gesamtbild einzuordnen, das etwas schlechthin Zwingendes an sich hat. Mit seiner Hilfe läßt sich, kann man wohl sagen, der sowjetische Mythos entzaubern.

Aus der — gänzlich unmarxistischen — These von der Verschiedenheit und Ewigkeit der Völker leitet der Stalinismus die Sonderstellung der sowjetischen Nation und seines Kernvolkes, der Russen, ab. Die Behauptung von der autochthonen Entwicklung der slawischen Völker ergibt eine Leugnung aller auswärtigen Einflüsse und Entlehnungen und den erbitterten Kampf gegen jeden Versuch, diese Entwicklung objektiv zu sehen. Dem russischen Volk wird in Erfindungen und Entdeckungen eine absolute Priorität zugesprochen. Die Frage der Periodisierung der Weltgeschichte wird von eminenter Wichtigkeit, weil sie die Möglichkeit gibt, die fortschrittliche Rolle des russischen Volkes bei der stufenweisen Entwicklung der Menschheit zu exemplifizieren.

Aber das russische Volk ist nicht nur Schrittmacher des Fortschritts, sondern es spielt auch die Rolle der „Hebamme“ bei der Evolution kulturell niedriger stehender Völker, die durch die Hineinziehung in seinen Machtbereich aller Segnungen dieser fortschrittlichen Entwicklung teil-



haftig werden; deren soziale Probleme von nun ab durch diesen Einfluß einer Lösung entgegengebracht werden. Die russische Sprache erlebt eine Apotheose wie nie zuvor, auch nicht zur Zeit der Slawophilen; sie ist das einigende Band einer Reichsbildung, nicht unähnlich dem Persischen oder Lateinischen zu seiner Zeit, sie ist die kommende Weltsprache.

Das Ergebnis ist, wie Mehnert in fesselnder Weise ausführt, der Versuch, die Weltrevolution durch eine neue Interpretation der Weltgeschichte herbeizuführen, nachdem die bisherigen Versuche mißglückt sind. Indem der Sinn der Geschichte aller Völker dieser Erde sich nur im Rahmen der Sowjetunion zu erfüllen scheint, ist ein russischer Weltimperialismus gleichsam gerechtfertigt als ein Mittel, zu einem Weltpatriotismus im Sinne des marxistischen Endzieles zu gelangen.

Den Marxismus jedoch sieht Mehnert durch Stalins neue Ideologie in seiner Absolutheit relativiert. Das Dogma habe der Sophistik Platz gemacht, an Stelle des „ehernen Gesetzes“ der marxistischen Logik sei eine neue Form des magischen Erlösungsglaubens der Russen getreten. Und somit sei der Stalinismus dem Faschismus des 20. Jahrhunderts nähergerückt als dem Marxismus. Die Geschlossenheit des Marxismus sei durchbrochen.

Hierin aber gerade, in diesen Widersprüchen im ideologischen Bau der Sowjetunion, liege der Keim des Zerfalls beschlossen. An diesen Widersprüchen werde die Sowjetunion eines Tages zugrunde gehen; hierin liege die wahre Bedeutung der Geschichtslehre Stalins.

So überzeugend diese Beweisführung auch erscheint, so darf ihr doch folgendes entgegengehalten werden. Es ist zweifelhaft, ob der Stalinismus wirklich durch die Entfernung von den marxistischen Grundlagen eine Schwächung seines ideologischen Potentials erfahren hat. Vielleicht ist die Entfernung von der einstigen Grundlage doch nur eine scheinbare. Vielleicht stellt der Stalinismus eine Weiterentwicklung des ursprünglichen Marxismus dar, bei der alle nationalistischen und universalistischen Elemente der russischen Entwicklung hineingearbeitet wurden? Die zwei Motoren in Stalins Flugzeug: wer könnte behaupten, daß sie nicht in gleichem Takt liefen? Auch der ursprüngliche Marxismus ist eine eschatologische Heilslehre, und der stalinistische Messianismus knüpft nicht nur an den russischen Sendungsglauben allein an. Darin gerade, in dieser unlöslichen Amalgamierung des marxistischen mit dem altrussischen Messianismus, liegt das Neue der jetzigen Lehre Stalins und seiner Historiographen, nicht bloß in der Systematisierung bisher ungeordneten und vereinzelt auftretenden Gedankenguts.

Zweifelloso aber ist die Erscheinung des Titoismus, seiner geistigen Herkunft nach die äußerste Konsequenz des stalinistischen Nationalismus, der gefährlichste Hemmschuh auf der vorgezeichneten Entwicklungsbahn. Sobald er Schule

macht, wäre das Signal für eine weitere Kursänderung der Kreml-Ideologie, scheint uns, gegeben.

Aus dem Angedeuteten erhellt die starke Aktualität der außerordentlich lebhaft und anregend geschriebenen und durch zahllose Beispiele und Belege fundierten Schrift von Klaus Mehnert. Sie gehört auf den Tisch eines jeden Menschen, der sich mit dem Problem des Bolschewismus auseinandersetzen möchte.

G. v. R.

Meißner, Boris: Rußland-Bibliographie. Erster Teil. Die Grundordnung des Staates. Folge 1. UdSSR und RSFSR. Allgemeines. Hamburg, Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg; 1950. 128 S. Preis: DM 4.—.

Meißner, Boris: Rußland-Bibliographie. Erster Teil. Die Grundordnung des Staates. Folge 2. Gliedrepubliken und Autonome Nationale Gebietskörperschaften der UdSSR und RSFSR. Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg; 1950. 107 S.

Die Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht beginnt mit dem vorliegenden ersten Band eine bibliographische Reihe, die der wissenschaftlichen Auslandsforschung und dem Studium der ausländischen Beziehungen als Hilfsmittel dienen soll. Die erste Folge ist der gesamtstaatlichen Organisation der Sowjetunion gewidmet und in zwei Teile aufgegliedert: Rußland bis zur Revolution 1917 und Rußland nach der Revolution von 1917. Die zweite Folge befaßt sich mit den einzelnen Gliedrepubliken und den autonomen nationalen Körperschaften der UdSSR und RSFSR.

Der Bibliographie liegen vorwiegend Bücher und Veröffentlichungen in Zeitschriften zugrunde, die seit dem Jahre 1900, insbesondere aber seit 1917, erschienen sind. Besonders wurde das Schrifttum seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges berücksichtigt.

Reuther, Walter und David Dubinsky: Gewerkschaftler und Kommunisten. Herausgeber: Die Neue Zeitung, München. 32 S. Preis: DM —.30.

Romer, E. i. J. Wasowicz: Atlas Polski Wspolczesney, Wydanie Piate. Warszawa, Ksiaznica-Atlas; 1950. 16 S.

The Chinese People's Liberation Army. Peking, Foreign Languages Press; 1950. 62 S.

Aus Anlaß des 23. Geburtstages der chinesischen Volksbefreiungs-Armee — am 1. August 1950 — wurde diese Broschüre herausgegeben. Darin wird über die Geschichte der Volksarmee, die sich aus kleinen Anfängen heraus zu einer starken Streitmacht entwickelte, wie über die Erziehung und Ausbildung der Armee berichtet.

## EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Dr. J. W. Brügel, London; Dr. Karl Cornides, Wien; Erika Feldmann, Verden/Aller; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt a. M.; Dr. Walther Hofer, Zürich, Gastdozent Berlin; Boris Meissner, Hamburg; Herbert Rehbein, Frankfurt a. M.; Fritz Steppat, München; Dr. Erwin Weghorn, Frankfurt a. M.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Eschersheimer Landstraße 86, Telefon 58083

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Copyright: 1951 by Europa-Archiv

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt a. M. GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar vom Verlag zu beziehen, Einzelpreis jeder Folge DM 2.—, ö. S. 6.—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10.50, ö. S. 25.— und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38.—, ö. S. 100.—, sfr. 38.— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste.

Allgemeine Ausgabe: Verlag Europa-Archiv, Oberursel bei Frankfurt a. M. Auslieferung: Carl Fr. Fleischer, Frankfurt a. M.

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12. Auslieferung: Zentralgesellschaft für buchgewerbliche und graphische Betriebe Inh. Rob. Mohr, Wien 1.

Ausgabe für die Beneluxländer und die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel. Auslieferung: H. R. Sauerländer & Co., Aarau